

Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

# Sozialismusdebatte chinesischer Prägung

LinkerChinaDiskurs  
Band 1

VSA:



Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)  
Sozialismusdebatte chinesischer Prägung  
LinkerChinaDiskurs 1

## **Die Herausgeber**

*Yang Ping* ist Chefredakteur der Zeitschrift »Beijing Cultural Review« und speziell berufener wissenschaftlicher Mitarbeiter des »Zentralinstituts für Sozialismus«, ein Forschungsinstitut, das gemeinsam von den acht demokratischen Parteien Chinas gegründet wurde. In den 1990er Jahren war er Mitbegründer und Chefredakteur der einflussreichen Zeitschrift »Strategy and Management«.

*Jan Turowski* ist Leiter des Beijing Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2012 bis 2019 war er Assoziierter Professor für Politische Wissenschaft an der »Southeast University« in Nanjing.

Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

# **Sozialismusdebatte chinesischer Prägung**

LinkerChinaDiskurs 1

Eine Publikation des Beijing-Büros der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza  
Umschlagfoto: Chinesische Drachentanzkünstler im Olympiapark in Beijing  
(Foto: How Hwee Young, picture alliance/dpa)  
ISBN 978-3-96488-099-4

# Inhalt

<b>Einleitung: Auch in China wird Sozialismus diskutiert</b> .....	7
von Jan Turowski	
<b>Das Durcheinander des 21. Jahrhunderts</b> .....	21
Interview mit Li Tuo	
<b>Sozialismus 3.0: die Realität und die Zukunft des chinesischen Sozialismus</b> .....	37
von der Redaktion der <i>Beijing Cultural Review</i>	
<b>»Post-Parteipolitik« und Zukunftsoptionen: die weltweite Krise der Repräsentation</b> .....	63
von Wang Hui	
<b>Die chinesische Zivilisation und die Kommunistische Partei Anlässlich des 96. Jahrestages der KPCh</b> .....	85
von der Redaktion der <i>Beijing Cultural Review</i>	
<b>Logik und Verlauf der politischen Reform</b> .....	107
von Fang Ning und Zhang Qian	
<b>Revolution und Rechtsstaatlichkeit: den chinesischen Weg verstehen</b> .....	125
von Jiang Shigong	
<b>Rückblick auf 40 Jahre Reform und Öffnung</b> .....	139
von Cao Jinqing	
<b>Was aus den »Klassen« geworden ist</b> .....	155
von Han Shaogong	
<b>Über die Weitergabe von Reichtum: zur Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft</b> .....	179
von Huang Jisu	
<b>Wie man das gegenwärtige China verstehen kann</b> .....	195
von Zhang Zhiqiang	
<b>Glossar</b> .....	209
<b>Die Autor:innen</b> .....	217



# Einleitung

## Auch in China wird Sozialismus diskutiert

von Jan Turowski

### Sozialismus oder nicht?

Seit Deng Xiaoping Ende der 1970er Jahre die Reform- und Öffnungspolitik einleitete, hat sich China dramatisch verändert. Eine historisch einzigartige Wachstumsperiode, angetrieben durch die Expansion von Märkten, durch den Zufluss von ausländischem Kapital, Technologie und Expertise, durch massive Urbanisierung und Industrialisierung, Wirtschaftslenkung und Investitionen in Infrastrukturen, haben in nur einer Generation das städtische China zu einer Mittelklassengesellschaft gemacht und im ländlichen China Hunderte Millionen aus der Armut befreit. Während dieser gesamten Transformation hat die Staatsführung immer wieder betont, auf einem sozialistischen Entwicklungspfad zu sein. Sie hat die Wirtschaft als »sozialistische Marktwirtschaft« definiert und erklärt, sich bis zum Jahr 2050 in ein umfassend sozialistisches Land zu entwickeln.

Gleichwohl wird Sozialismus in China und insbesondere auch in der Kommunistischen Partei weniger als Zustand, sondern eher als strategisch zielgerichteter Entwicklungsprozess verstanden und diskutiert. Angesichts der Vielzahl von sozial-ökonomischen Herausforderungen und Zwängen der alltäglichen Politikgestaltung und -implementierung ist die chinesische Sozialismusdebatte im Grunde eine Hintergrundmelodie, die den praktischen Politikbetrieb mal lauter, meist leise und kaum wahrnehmbar begleitet. Es ist eine theoretische Debatte, die im ständigen Wechselspiel mit den realpraktischen Entwicklungen, Interessenkonflikten und Policy-Erfordernissen steht, sich entsprechend verändert, experimentiert, sich anpasst und dennoch den Politikprozess richtungsweisend und langfristig strukturiert. Nicht zuletzt hat sie eine normative, gleichwohl abstrakte Zielvorgabe und einen komplexen Katalog von Begriffen und historischen Referenzen bereitgestellt.

Im Westen hingegen ist die Debatte, ob China sozialistisch ist oder nicht, oft eher unproduktiv auf den *Zustand* ausgerichtet, der sodann in binäre Kategorien einsortiert gehört: Sozialismus oder nicht? Angesichts der immensen Geschwindigkeit des Wandels ist es allerdings äußerst schwierig, das chinesische Modell selbst in dem historisch kurzen Zeitraum der letzten 20 Jahre auf einen Moment hin zu fixieren. Dadurch geraten nicht nur die Grautöne aller der praktischen, situativen und nicht-linearen Denkansätze und Politikent-



scheidungen aus dem Blick. Der Debatte geht auch eine Reflexion über Entwicklungsoptionen und Gestaltungsperspektiven verloren, die in dem chinesischen System immer noch angelegt sind oder sich überhaupt erst aus der Transformation der letzten Jahrzehnte ergeben haben.

Wenn man sich für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert interessiert, dann wird man das Geschehen in China ernst nehmen müssen. Denn dessen zukünftige Wirtschaftsdominanz wird entweder den globalen Kapitalismus prägen, auf den Sozialisten weltweit reagieren müssen; oder die Zukunft des Sozialismus wird dadurch bestimmt, was durch Chinas programmatische Transformation hin zu einer sozialistischen Wirtschaft passieren könnte. So oder so: Die Auswirkungen auf die Welt, die sich durch Chinas Aufstieg ergeben, sind zu massiv, als dass man sie ignorieren könnte. In der westlichen Chinadebatte finden sich immer auch ein paar chinesische Stimmen, die die westliche Expertise und Interpretation häufig zu ergänzen und zu bestätigen scheinen. Doch Aspekte, wie Chinas Gesellschaft über sich selbst diskutiert, wie die intellektuelle Diskurslandschaft strukturiert ist, welche Fragestellungen und Interessen sich für chinesische Akteure ergeben und um welche Ideen gestritten wird, finden in der breiteren Diskussion in Europa oder Nordamerika kaum Beachtung. Mehr noch: In der westlichen Sozialismusdebatte finden sich so gut wie keine chinesischen Akteure und Positionen; hier werden zentrale Herausforderungen, politische Systeme und Kulturen, Selbstverständnisse und Weltwahrnehmungen meist als zu unterschiedlich bewertet, als dass chinesische Impulse, Deutungen oder Strategien für den eigenen Diskurs ernst genommen und als diskussionswürdig erachtet werden. Im Rest der Welt hingegen hat der westliche Sozialismus-Diskurs seine exklusive Definitions- und Bewertungsfunktion längst verloren und kann – nicht zuletzt wegen der politischen Schwäche westlicher sozialistischer Parteien und Organisationen – der Welt nicht mehr allein erklären, was Sozialismus ist und was nicht.

## Ein chinesischer Diskurs

Natürlich wird auch in China darüber diskutiert, ob China ein sozialistisches Land ist, ob es sich noch auf einem sozialistischen Entwicklungspfad befindet oder gar, ob die Zielvision eines zu erkämpfenden Sozialismus noch zeitgemäß ist. Was bedeutet Sozialismus vor dem Hintergrund der Reform- und Öffnungspolitik, sozialer Ungleichheit oder der Einbettung von Chinas Wirtschaft in einen globalen Kapitalismus? Wie kann man die chinesische Entwicklung konzeptionell erfassen, was sind die sozial- und geschichtswissenschaftlichen Analysekatoren, was die Begriffe, die Chinas Entwicklung angemessen beschreiben und erklären? Und wie kann die lange chinesische Kulturgeschichte

als »Steinbruch« für politisch-philosophische Ideen genutzt werden, um Chinas Modernisierung zu reflektieren und zu kritisieren? Dass die chinesische Verfassung China als einen sozialistischen Staat bestimmt, ist dabei eher Ausgangs- anstatt Endpunkt der Debatte.

Das vorliegende Buch soll einen Einblick in *eine* chinesische Sozialismusdebatte bieten. Zehn Artikel der Beijing Cultural Review (aus den letzten zehn Jahren), die eine kontroverse Debatte angeregt haben, wurden übersetzt und in diesen Band aufgenommen. Zehn Artikel, die in China mitunter heftig diskutiert wurden und auch auf Widerstand stießen, jedoch Themen setzten, Problemstellungen artikulierten und Wahrnehmungen veränderten. Sie markieren jeweils die Eckpunkte eines Diskursfeldes, auf dem sich chinesische Intellektuelle artikulieren (müssen) und welches historisch in einem spezifisch chinesischen Kultur- und Politikkontext gewachsen und entsprechend anders ist als vergleichbare Diskursfelder in Europa oder Nordamerika.

## Beijing Cultural Review

Die Zeitschrift *Beijing Cultural Review* ist eines der wichtigsten intellektuellen Debattenjournale der letzten Jahre in China. Die 2008 gegründete interdisziplinäre Zeitschrift versteht sich explizit als sozialistischer Diskursraum für die Suche nach Lösungen angesichts der Modernisierungskrisen Chinas, die sich aus der rasanten Transformation ergeben. Zu den Themen der Zeitschrift gehören Wertewandel, Parteipolitik und nationale Entwicklung, der soziale Wandel sowohl des städtischen als auch des ländlichen Chinas, technologische Revolution und neue Industrialisierung sowie andere wichtige Themen aus Politik, Wirtschaft und Kultur. In den letzten zehn Jahren haben für Beijing Cultural Review mehr als 1.200 Autor:innen, darunter auch renommierte internationale Namen wie beispielsweise Joseph Stiglitz, Amartya Sen, Immanuel Wallerstein, Samir Amin oder Perry Anderson geschrieben. Die Herausgeber:innen der Beijing Cultural Review haben eine eigene wissenschaftliche Abteilung gegründet, die jenseits des Alltagsbetriebs für Themenplanung und unabhängige Forschung verantwortlich ist und ihrerseits eine Reihe einflussreicher Publikationen hervorgebracht hat. 2019 wurde die Zeitschrift zwar in den chinesischen sozialwissenschaftlichen Zitationsindex aufgenommen (was bemerkenswert ist, da die Beijing Cultural Review die einzige Zeitschrift im Index ist, die nicht direkt mit einer Universität und einem staatlichen Forschungsinstitut verbunden ist), doch die Redaktion legte stets großen Wert darauf, dass die publizierten Beiträge sich nicht in kleinstteiligen Fragestellungen, Selbstreferenzen oder im Wissenschaftsjargon verlieren. Es geht darum, Wissenschaftlichkeit mit politischer Relevanz zu verbinden. Auf diese Weise

hat sich Beijing Cultural Review zu einem wichtigen Forum aktueller wie auch grundsätzlicher politischer Debatten in China entwickelt: Sie ist *einerseits* im akademischen Diskurs eine der am häufigsten zitierten Zeitschriften, deren Themensetzungen *andererseits* immer wieder in die breitere Öffentlichkeit schwappen und diskutiert werden.

Die gedruckte Ausgabe der Beijing Cultural Review hat eine Auflage von 15.000 pro Ausgabe, ihre WeChat/Social Media-Plattform hat jedoch 400.000 Abonnent:innen und einige ihrer Artikel wurden in den sozialen Medien sogar über drei Millionen Mal geteilt. Der chinesische Sozialismus-Diskurs insgesamt ist selbstverständlich viel weitreichender als die von Beijing Cultural Review initiierten Debatten. Er ist auch in China komplex und historisch vielschichtig, aufgeteilt in mehrere wissenschaftliche und politische Teildiskurse, teilweise Anschluss an den globalen Diskurs suchend, teilweise auf die chinesische Geschichte und Situation fokussierend, regierungsnah und technokratisch, dogmatisch, verbohrt und irrelevant, visionär, spannend und interessant, philosophisch und abstrakt, radikal oder konservativ. Es wäre vermessen zu versuchen, einen solchen Gesamtdiskurs in ein Buch pressen und umfassend präsentieren zu wollen. Gleichwohl ist die Diskussion, die in der Beijing Cultural Review in den letzten zehn Jahren geführt wurde, durchaus aufschlussreich und lässt Rückschlüsse auf den Gesamtdiskurs zu, vor allem hinsichtlich der Art und Weise, wie bestimmte Themen behandelt werden oder wie und wann sie überhaupt zu Themen werden. So ist beispielsweise eine rasant gewachsene soziale Ungleichheit kein Umstand, auf den westliche Beobachter:innen ihre chinesischen Freund:innen erst nachdrücklich aufmerksam machen müssten. Soziale Ungleichheit wird als Problem in China seit 40 Jahren diskutiert. Und doch ist der sozial-ökonomische Entstehungszusammenhang der gegenwärtigen Ungleichheit ein gänzlich anderer als in Europa – und wird entsprechend anders adressiert. Die ausgewählten Artikel machen deutlich, dass die chinesische Debatte wesentlich von konkreten Herausforderungen und Fragestellungen vorangetrieben wird, die sich aus der speziellen Transformation des Landes in den letzten Jahren ergeben haben. Wie könnte es denn auch anders sein?

Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass es hinsichtlich der Problemstellungen, Analysen und Lösungsansätze, der Strategien und Visionen zwischen dem chinesischen und westlichen Sozialismus-Diskurs nicht auch sehr große Schnittmengen gibt. Um die Diskussion in eben dieser Schnittmenge produktiv zu machen, braucht es aber ein Verständnis von und Interesse dafür, was und wie jenseits des eigenen Diskursraums debattiert wird. Man kann insgesamt sagen, dass hier die Kenntnisse chinesischer Intellektueller hinsichtlich des westlichen Diskurses sehr viel größer sind als umgekehrt das Wissen westlicher Intellektueller über Chinas Diskurs.

Die versammelten Artikel decken eine ganze Bandbreite von Themen ab, sind hinsichtlich ihres Stils und ihres Duktus recht unterschiedlich und stehen oft sogar in Opposition zueinander. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren, dabei sind manche weit besser »gealtert« als andere. So waren zum Beispiel manche von Li Tuos Einschätzungen, wie unterschiedliche Länder die Covid-19 Pandemie bewältigt haben, sehr verfrüht. Stellenweise werden die artikulierten Positionen bei den deutschen Leser:innen Ablehnung und Kritik provozieren, Verwunderung erzeugen und weitere Fragen aufwerfen. So mancher Argumentationsstil wirkt gegebenenfalls fremd. Die Artikel insgesamt weisen die ganze Bandbreite von inhaltlicher wie sprachlicher Nähe zum offiziellen Regierungsdiskurs bis hin zu expliziter Distanz zur Parteirhetorik auf. Dieses Kontinuum in all seinen Abstufungen gilt es zum Verständnis der chinesischen Sozialismusdebatte abzubilden und es bestimmte entsprechend die vorgenommene Auswahl der Artikel.

Formulierungen wie zum Beispiel »Unruhen von 1989« für die Niederschlagung der Tiananmen-Proteste werden Widerwillen erzeugen. In anderen Hinsichten wird vielleicht die Brisanz übersehen. So ist beispielsweise Cao Jinqings Vorstoß, über Privatisierung des kollektiven Besitzes von Grund und Boden zu diskutieren, im chinesischen Kontext als gewagt und provokativ zu bewerten und steht außerhalb des politischen Mainstreams. Sein Artikel ist dabei auch ein Beispiel dafür, dass die Debatte in China wie auch im Westen immer von konkreten Problemkonstellationen und Fragestellungen vorangetrieben wird. Bei den hier versammelten Artikeln geht es also nicht um richtig oder falsch. Es geht darum, Umrisse eines Diskurses vorzustellen, der vielfältig und widersprüchlich, aber vor allem würdig ist, interessiert und unvoreingenommen betrachtet zu werden.

Die in diesem Buch versammelten Artikel sind für ein chinesisches Publikum geschrieben worden. Die Autor:innen konnten bestimmte Vorkenntnisse voraussetzen. Vor allem konnten sie davon ausgehen, dass die Leser:innen die jeweiligen Positionen in die politische Diskurslandschaft einsortieren können. Ein kurzer Abriss der historischen Entwicklung des chinesischen Diskurskontextes, seiner Struktur und Dynamik mag helfen, die Artikel in ihrem diskursiven Ökosystem zu verstehen. Im Glossar am Ende des Buches können zentrale Begriffe und im Buch vorkommende Persönlichkeiten nachgeschlagen werden.

## **Kontext des chinesischen Diskurses**

Obschon chinesische Intellektuelle in den 1980er Jahren immer noch unter dem Schock der Kulturrevolution standen, begannen sich langsam neue Publikationslandschaften, politische Orientierungen und intellektuelle Strömungen

gen auszuprägen. In dieser Zeit flammten heftige Debatten – z.B. in Anschluss an die Fernsehdokumentation »Heshang«, die äußerst kritisch den Niedergang der traditionellen chinesischen Kultur behandelt – zwischen Liberalen, Kulturkonservativen und Autoritaristen wieder auf. Sie erinnern in manchen Hinsichten an die Diskussionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Während öffentliche Debatten einerseits immer noch äußerst repressiv reguliert sind, entwickelten sich in kleinen Universitätszirkeln durchaus freie Diskussionen, wohl nicht zuletzt deshalb toleriert, weil die Führung der KPCh nach den ideologischen Erschütterungen der Kulturrevolution ihrerseits auf der Suche nach einem brauchbaren Identitätsnarrativ war. Die Gesellschaftsstruktur war immer noch sehr einfach, die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Land und auch die meisten Städter:innen standen unter Transformationsstress und waren mit neuen Möglichkeiten und Zwängen überbeschäftigt, sodass diese Debatten fast ausschließlich in kleinsten Zirkeln von Intellektuellen und Parteikadern geführt wurden.

Die erste Hälfte der 1990er Jahre war nach der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz durch eine erneute Schockstarre geprägt. Doch die dann fortschreitenden Reformen, die die Gesellschaft und Institutionen verändern und zunehmend ausdifferenzieren, schufen neue Freiheiten und stellten neue Fragen. In den Mainstream-Medien war es in der zweiten Hälfte der 1990er immer noch schwierig, offene Kritik an der Politik zu üben, doch in jenen Jahren entstanden im akademischen Umfeld einige wichtige und prägende Zeitschriften wie beispielsweise »Lesen« (Dushu), »Grenzen« (Tianya) oder »Strategie und Management« (Zhanlüe yu Guanli). Sie setzten sich mit theoretischen wie praktischen Fragen kritisch auseinander und wurden zu Plattformen unterschiedlicher Denkschulen und politischer Strömungen mit erheblichem Einfluss. Diese Zeitschriften wurden zu Theorieforen des Postmodernismus, der Modernisierungstheorie, Semiotologie, Weltsystem-Theorie oder auch des Postkolonialismus, ebenso wie sie Räume kritischer politischer Diskussionen über den chinesischen Reformweg bereitstellen. Anfang der 2000er Jahre kamen neue, kommerziell orientierte Magazine und Zeitschriften hinzu, die die Bandbreite von Sichtweisen und Themen nochmals vergrößerten. Das »Südliche Wochenblatt« (Nanfang Zhoumo) beispielweise entwickelte sich zu einer wichtigen liberalen Wochenzeitung und geriet in den folgenden Jahren immer wieder in Konflikt mit Provinz- und zentralstaatlichen Regierungen.

Sozialstrukturell prägte sich in den Städten langsam eine neue Mittelschicht aus, mit neuen Fragestellungen, politischen Erwartungen und neuen Diskussions- und Lesebedürfnissen. Im Zuge der Bildungsexplosion hatte sich die Zahl der Studierenden, die sich jedes Jahr an Hochschulen neu einschrieben, von 1990 bis 2020 weit mehr als verzehnfacht. Die Zahl der Hochschuleinrichtungen (Universitäten, Fachhochschulen, Akademien) hatte sich allein von 2010

bis 2020 mehr als verdoppelt. Auch wenn es Widersprüche und Probleme gab, brachte die Expansion eine neue Vitalität und Möglichkeiten mit sich. Millionen Studierende, die die ersten ihrer Familie waren, die studieren konnten, veränderten die universitären Institutionen.

Über die Rezeption westlicher, vor allem liberaler Denker:innen hatte eine junge Generation von Intellektuellen und Hochschulabsolvent:innen in China zunehmend ein diversifiziertes Verständnis des Westens und Chinas entwickelt. Viele wurden zu Befürworter:innen von »Marktfreiheit« und zu Gegnern des »alten Systems«. Viele junge Lehrer:innen, die neu eingestellt wurden, haben neuen Entwicklungsraum und viele gut ausgebildete Hochschulabsolvent:innen strömen zunehmend in neue Medien, öffentliche Wohlfahrtsinstitutionen, ausländische und private Unternehmen. All dies veränderte den diskursiven Resonanzraum radikal. Es waren zwei Diskursstränge, die die Debatten jener Jahre rahmen: Einerseits die Erzählung des systemischen Zusammenbruchs. Die im Westen kursierenden Prognosen, dass Chinas Wirtschaft und/oder politisches System alsbald kollabieren und wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen würde, waren auch in der chinesischen Debatte allgegenwärtig. Andererseits die Erzählung des westlichen Entwicklungsstandards. China wurde als ein Land nachholender Entwicklung diskutiert, das nicht nur zum Westen aufschließen, sondern – früher oder später – wie der Westen werden müsste. Im linken und im nationalistischen Diskurs fanden sich zwar Forderungen, anstatt »westliche Erfahrung« bloß zu akzeptieren oder abzulehnen, müsse das Land unabhängig davon beurteilt und reflektiert werden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts fehlte dieser Debatte jedoch noch die öffentliche Aufmerksamkeit. Das Jahr 2008 stellte dafür eine wichtige Zäsur dar. Zum einen zeigten »dreißig Jahre Reform und Öffnung« offensichtliche Erfolge und schienen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu beweisen. Die erfolgreich durchgeführte Peking Olympiade tat ihr Übriges. Entgegen so mancher Einschätzungen im Westen war die chinesische Führung bei ihren Entscheidungen über den Entwicklungspfad bis dahin alles andere als selbstsicher und selbstbewusst. Die Reform- und Öffnungspolitik war in der Tat eher ein vorsichtiges Tasten nach Steinen beim Überqueren des Flusses. Zum anderen zeigte die Finanz- und Wirtschaftskrise im Westen die Schwäche des liberal-kapitalistischen Modells auf. Der Westen funktionierte als real-praktische und normative Vorlage nicht mehr. Diese beiden Ereignisse veränderten nachhaltig die chinesische Sozialmentalität sowohl der Eliten als auch in der Bevölkerung – und entsprechend auch die geführten Auseinandersetzungen. Die Erzählung vom nahenden Zusammenbruch verschwand fast gänzlich aus dem Diskurs, und nach 2008 waren immer mehr Chines:innen davon überzeugt, dass »Chinas Aufstieg« mehr als nur eine abstrakte Erwartung war: Es war ein sich bestätigender Trend. Die Debatte verlagerte sich merklich, und je mehr über ein

»China Modell« oder »Chinas Entwicklungspfad« diskutiert wurde, desto stärker verblasste die einheitliche und westlich zentrierte historische Erzählung einer prototypischen Modernisierung.

Während in den Jahren zuvor der offizielle Partei-Diskurs mit seinen offiziellen Medien und die öffentliche Debatte eigentümlich berührungslos nebeneinander existierten und sich oft schlicht ignorierten (solange sie sich nicht frontal angriffen), wurde in den Jahren nach 2008 die Schnittmenge größer; Begriffe und Konzepte des jeweils anderen Diskurses wurden aufgegriffen und diskutiert und beeinflussten sich gegenseitig merklich. Vor diesem Hintergrund sortierten sich zugleich die Diskursakteure inhaltlich und positionell neu aus: im Partei-Diskurs fanden vermehrt unterschiedliche Positionen Platz; innerhalb der jeweiligen Strömungen multiplizierten nachwachsende Generationen Ansichten und Forderungen; öffentliche Policy-Debatten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Expertise wurden weniger ideologisch und aktionistisch, sondern zunehmend technokratisch geführt.

Die *Liberalen*, die lange und diskursiv sehr dominant für eine rasche Privatisierung, Deregulierungen und Reformen der Eigentumsrechte und Rechtsstaatlichkeit plädiert hatten, verloren massiv an Einfluss. Die neoliberale Strömung zog sich in den 2010er Jahren diskursiv zurück und wurde nun allenfalls von »technokratischen Beamt:innen« mit »professionellen« oder »realistischen« Forderungen artikuliert. Vor allem konnte ihre Erzählung über wirtschaftliche und politische Reformen die junge Generation nicht mehr begeistern. Während deren Eltern noch den Mangel, die Armut und das Chaos ständiger politischer Kampagnen der Mao-Jahre erlebt hatten und sich lebensperspektivisch viel von den Marktreformen erhofften, wurde sie in die Marktwirtschaft und Konsumgesellschaft hineingeboren und hatte die negativen Auswirkungen der Reformen direkt erlebt. Während die Elterngeneration also eine mögliche kapitalistische *Zukunft* verklärte, verklärten die jungen Leute ihrerseits eine sozialistische *Vergangenheit*, die sie selbst nicht mehr erlebt haben.

Die *neue Linke* (»neu« in Abgrenzung zu den maoistischen Konservativen) kritisierte die Exzesse der Privatisierung, das rein marktwirtschaftliche Denken und die reduktionistische Wachstumslogik der Reformpolitik. Die linken Wissenschaftler:innen wiesen darauf hin, dass für die rasche Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ein sehr hoher Preis vor allem von Wanderarbeitnehmer:innen, Arbeitnehmer:innen staatlicher Unternehmen und Landwirt:innen gezahlt wurde. Die »Reformdividende« der ersten 30 Jahre müsse nun an die »Massen« ausgezahlt werden. Eine schlichte Rückkehr zu Mechanismen der Vor-Reformzeit war nicht möglich, sodass die neue Linke forderte, dass sich ein sozialistisches Modell im chinesischen Kontext und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts komplett *neu erfinden* müsse.

In eben diesem Umfeld entstand auch die *Beijing Cultural Review*.

Die traditionellen Wiederbelebungstheoretiker:innen schließlich räumten ein, dass zwar die marktorientierten Reformen die Wirtschaft mit hoher Geschwindigkeit entwickelt hätten, diese Entwicklung aber sozial-kulturell destruktiv und nicht nachhaltig sei. Ein besonderer Vorteil Chinas bestehe aber darin, dass es sich auf den Konfuzianismus und andere traditionelle ideologische Ressourcen stützen könne. So könne die Geschwindigkeit des Kapitalismus durch »kulturelle Bremsen« verringert werden.

## Neue Orte der Debatte

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts war das chinesische Diskursfeld noch stabil unterteilt: Hier der offizielle Politik- und Parteidiskurs, dort der akademisch-kulturelle mit seinen Plattformen unterschiedlicher politischer Strömungen. Mit dem rasanten Anwachsen des Internets wurde das Diskursfeld in den 2010er Jahren jedoch komplexer und unübersichtlicher.

Die Regierung hatte keine Erfahrung, wie sie mit der »öffentlichen Meinung im Internet« umgehen sollte, aber auch akademische Zirkel samt ihren angestammten Publikationen hatten angesichts der direkten und ungefilterten Kommunikation Schwierigkeiten, ihre Rolle zu finden. Sie verloren ihre exklusive – sowie ihre abgehobene und elitäre – Mittlerfunktion zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Im Internet wurden nun offensichtliche soziale Widersprüche, nicht gezahlte Löhne, Umweltskandale oder Korruption direkt und scharf artikuliert. Das Internet bedeutete einen massiven Zustrom von neuen Diskursteilnehmer:innen.

*Erstens* beteiligte sich eine neue, die zweite Generation von Wanderarbeiter:innen. Diese wollte im Gegensatz zu ihren Eltern nicht aufs Land zurückkehren, sondern sich in den in Städten niederlassen, stand aber vor dem Dilemma »hoher Immobilienpreise« und »niedrigen Einkommen«. Diese zweite Generation hatte meist weiterführende Schulen besucht, wusste das Internet zu nutzen und verfügte über eine ganze Bandbreite von Ausdrucksmitteln. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um neue Arbeitnehmerrechte (die 2014 gesetzlich implementiert wurden) hatte es diese Wanderarbeiter-Generation durchaus geschafft, im Internet Identität und Gemeinschaft und damit letztlich Diskursmacht zu bilden. Unter anderem war ihr dies über einige selbstironische, satirische und kritische Kommunikationskonzepte, wie beispielweise »Menschen, die Ziegel tragen«, »Verlierer«, »die zweite Generation der Armen« usw. gelungen.

*Zweitens* kam es aufgrund der raschen Verstädterung, zunehmender sozialen Ungleichheit, rigoroser Stadtplanung und Umweltschutzproblemen immer wieder zu Protestbewegungen und Konflikten zwischen landlosen Bäu-



rinnen und Bauern und der neuen Bürgerklasse, die allesamt auch im Internet ausgefochten wurden.

*Drittens*, aufgrund der zunehmenden sozialen Mobilität und dem rasanten Anwachsen der städtischen Mittelschicht, neuer Beschäftigungsformen und neuer Lebensstile, kam es zu einem verstärkten Austausch globaler Ideen, der neue Themen wie »Feminismus« oder »Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft« und damit verbundene soziale Protestpraktiken in die chinesische Debatte einführte. Das Internet schuf die notwendige Voraussetzung für die diversifizierte Konzept- und Gruppenidentifikation.

Im Jahr 2011 wurde das 3G-Mobilfunknetz zuerst in den Städten und bald auch in ländlichen Gebieten ausgebaut. Zugleich förderten relativ preiswerte inländische Smartphones deren Popularisierung und China trat in das »Zeitalter des mobilen Internets«. Smartphones ersetzten nicht nur Computer und wurden zum Werkzeug zur Informationserfassung, sondern integrierten auch eine Reihe intelligenter Anwendungssoftware und -systeme, wurden Teil des Lebensstils der Menschen und änderten und formten sogar deren Gewohnheiten. Über die Expansion und Entwicklung neuer Medien seit 2011 beschleunigte sich der Einfluss der »öffentlichen Meinung im Internet« in der chinesischen Gesellschaft, während sich die relative Bedeutung traditioneller Medien nochmals reduzierte. Vor allem die Popularität von Mikroblogs veränderte den Stil der öffentlichen Debatte. Dieser neue Kommunikationsmodus schuf einen völlig neuen Typus von »Meinungsführer:innen« und »öffentlichen Intellektuellen«, wie beispielweise Yao Chen, Han Han, Mao Yushi. Da Textinformationen im Mikroblog auf 140 chinesische Schriftzeichen begrenzt waren, waren die Inhalte meist persönlich und emotional. In der Phase, in der die chinesische Gesellschaft immer komplexer und differenzierter wurde, brach sich die Unzufriedenheit in Mikroblogs auf allen Ebenen Bahn. Die App *WeChat* begann 2015 Mikroblogs zu ersetzen und wurde zur einflussreichsten Social-Media-Plattform. Über *WeChat* wurde die mittlere Altersgruppe, die Wanderarbeiter:innen und die Bauern, die alle in der frühen Phase der Entwicklung des mobilen Internets noch zurückgeblieben waren, ebenfalls in das »Zeitalter des mobilen Internets« geholt. Die öffentliche Meinung im Internet, die ursprünglich von der städtischen Mittelschicht dominiert wurde, wurde vielfältiger. Und es gab Unterschiede und sogar Konflikte zwischen den Appellen, Themen, Forderungen der jeweiligen Gruppen.

Doch im Gegensatz zu der Frühphase des Internets verstand es die Staatsführung nun besser, die digitale Debatte in ihrem Sinne einzubetten und zu kontrollieren. Auf der *Nationalen Konferenz zu Propaganda und ideologischer Arbeit* 2013 forderte die neue Staats- und Parteiführung, »die Arbeit der öffentlichen Meinung im Internet als oberste Priorität der Propaganda und der ideologischen Arbeit zu betrachten«. Dies geschah einerseits durch eine zu-

nehmende Regulierung und massive Überwachung, andererseits indem Partei und Staat ihrerseits die sozialen Medien professionell und geschickt nutzten. Die Vernetzung der offiziellen Mainstream-Medien wurde massiv gefördert. Traditionelle Mainstream-Medien wie die Volkszeitung (*Renmin Ribao*) und die *Xinhua*-Nachrichtenagentur waren auf den neuen Medienplattformen wie Micro-Blog und WeChat stets präsent. Darüber hinaus hat die Zentralregierung Mechanismen zur Rechenschaftspflicht lokaler Parteien- und Regierungsorganisationen auf allen Ebenen und die Einrichtung von »Büros zur Verwaltung der öffentlichen Meinung im Internet« gefördert. Man wollte offensichtlich verhindern, dass Konfliktthemen tagelang unkontrolliert im Internet wabern und irgendwann hochkochen.

## Diskursive Rezession

Im Vergleich zu den frühen 2000er Jahren ist die öffentliche Debatte heute, aber auch der letzten Jahre weit weniger anregend, kontrovers, inspirierend oder gar visionär. Diese Entwicklung ist sicherlich auf verstärkte Überwachung und Zensur, Druck auf Akteure und Organisationen und entsprechender Selbstzensur zurückzuführen. Aber auch andere Faktoren spielen eine wichtige Rolle. Angesichts neuer Medien gelang es vor allem den traditionellen Zeitungen und Zeitschriften nicht, ihre Leserschaft und ihre Abonnent:innen zu halten oder neue Leser:innen zu gewinnen. Dies führte zu einer massiven Reduzierung der Abonnement-, Werbe- und Vertriebslöse, was diese Medien in ihrer Existenz bedrohte. Um dieser Herausforderung zu begegnen, versuchten traditionelle Papiermedien, sich digital neu zu erfinden, eigene Smartphone-Anwendungen (APP) zu entwickeln und in mobile Internetplattformen wie Micro-Blog und WeChat einzusteigen. Doch in diesen technischen Formaten können sie ihre ursprüngliche komplexe Diskursfunktion nicht mehr erfüllen.

Die politische Kontroverse und der ideologische Suchprozess in den 2000er Jahren profitierte auch von der enormen Expansion des Universitätssystems. Eine Vielzahl von neuen Instituten und Fakultäten wurde gegründet und viele neue Universitätsstellen geschaffen, die die frische und aufregende Nachfrage nach neuen Themen, Ideen und Theorien massiv steigerte. 2011 war der Höhepunkt dieser Expansion erst einmal erreicht und es kam zu einer strukturellen Sättigung, die für die nachfolgende Generation junger Wissenschaftler:innen harter Wettbewerb um die verbleibenden Stellen und enormer Druck auf Lehre und wissenschaftliche Forschung bedeutete. Externe Forschungsstipendien und -preise und absurder Veröffentlichungszwang führten zu Disziplinspezialisierung, quantitativer Empirisierung und Mathematisierung auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Das ließ für normative Theorien

oder grundsätzliche Problemreflexion schlicht keinen Raum und keine Zeit mehr. Die chinesische Kulturindustrie ist in den letzten 20 Jahren enorm gewachsen und wird auch mehr und mehr Stichwortgeber und Rahmen für die nationale Themensetzung. So ist etwa zu beobachten, dass das chinesische Publikum immer weniger Interesse an Produkten der amerikanischen Kulturindustrie hat. Und schließlich ist die Gesellschaft heterogen geworden: Die Lebensstile und vor allem die Interessen von Jung und Alt, hoch- und niedrig-bezahlt, privatwirtschaftlich und öffentlich beschäftigt haben sich ausdifferenziert. Doch die Positionen sind nicht so klar und kohärent wie es zuvor bei den unterschiedlichen Intellektuellendiskursen und Stömungsplattformen der Fall war. Die Vertreter:innen haben unterschiedliche Orientierungen zu verschiedenen Themen, zeigen manchmal ausgeprägte realistische und utilitaristische Handlungsorientierungen und konzentrieren sich eher auf konkrete Themen wie Bildungsgleichheit, Lebensmittelsicherheit, Sozialordnung, Finanzmarkt, Umweltschutz usw.

## **Offizieller und zivilgesellschaftlicher Diskurs**

Diese öffentlichen Debatten und Auseinandersetzungen sind überwölbt von und zugleich eingebettet in den offiziellen Politik-Diskurs der KPCh und die chinesische politische Kommunikation, also den Prozess, in dem die politische Führung, die Medien und die Bevölkerung die politische Information sowie Mitteilungen austauschen und interpretieren, die einen Bezug zum politischen Prozess und zur Regierungsgewalt haben. Die politische Kommunikation eines Landes ist immer von den institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen des Regierungssystems, der politischen Kultur und der Geschichte geprägt. Diese erzeugt ihrerseits Normalitätsvorstellungen, politische Sinn- und Deutungsangebote und eine gewisse innere argumentative Kohärenz. Die Interessen, Orientierungen und Interaktionsmuster der politischen Akteure und deren jeweilige Zugänge zu Kommunikationsressourcen und -prozessen prägen ein länderspezifisches Erscheinungsbild politischer Kommunikation. Sie bestimmen Interaktion von Medien und Politik und formen die politische Sprache.

Politische Sprache, Rhetorik und die Kommunikationsmuster Chinas wirken im Vergleich zu den westlichen überaus formalisiert, nahezu starr und überkomplex und entsprechend unanschaulich und wenig ansprechend. Sie sind durch feststehende und unveränderliche Politik-Begriffe und Formeln, lange Aufzählungen, Chiffren und Slogans charakterisiert. Wenn für westliche politische Kommunikation prototypisch, aber überaus idealisiert flammende Wahlkampfreden und hitzige Fernsehdebatten stehen, dann ist Chinas politische Kommunikation durch lange Reden, Rechenschaftsberichte und Verlaut-

barungen charakterisiert, die im Westen meist als leere Propagandaformeln abgetan werden. Doch wenn man die Formeln, Zeitvorgaben und Ziele ernst nimmt, dann ist Chinas politische Kommunikation entgegen dieser üblichen Vorurteile durchaus dynamisch und innerhalb ihrer strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen überaus rational. Sie ist in ihren Begrifflichkeiten, ihrer Politiklegitimierung und den Gestaltungsdebatten sehr oft intellektuell anregend gestaltet. (Gleichwohl sind natürlich auch in China wie im Westen genügend politische »Sonntagsreden« mit inhaltsleeren Floskeln vorzufinden.)

Die politische Kommunikationsstruktur Chinas ist von mehreren Achsen durchzogen, die die Kommunikationsrollen und Normen sowie das Verhalten der Akteure determinieren. Zugleich stellt sie häufig – was politikwissenschaftlichem Allgemeinwissen offensichtlich widerspricht – einen gesellschaftlichen Basiskonsens bereit und treibt den Gesamtdiskurs dynamisch voran. Für die hier vorgenommene Betrachtung seien zwei dieser Achsen erwähnt:

*Erstens* beinhaltet der offizielle Parteidiskurs der KPCh sehr lange Zeiträume, Gestaltungsvisionen und Entwicklungsstufen, die weit in die Zukunft hinein reichen. In diesem Diskurs sind die unmittelbaren Politikprobleme des hier und heute immer auch mit den zu erreichenden Zielen in der Zukunft verknüpft. Während in westlichen Politikdebatten »Zukunft« als politische Kategorie meist auf kurze Zeiträume reduziert bleibt und reaktiv Zielhorizonte als Lösung gegenwärtiger Probleme fungieren, bezieht sich die chinesische Auseinandersetzung stets auf einen Entwicklungszeitraum von mehr als 100 Jahren. Dieser Diskurs ist von langen Zeitvorgaben (»Zwei-Stufen-Strategie«, »Fünf in Eins«-Modernisierung, »moderat wohlhabende Gesellschaft« bis 2020, »gemeinsamer Wohlstand« bis 2030, »modernes sozialistisches Land« bis 2049 usw.) und quantitativen Entwicklungsstufen (hinsichtlich Industrialisierungs-, Armuts- oder Urbanisierungsquote, Einkommensentwicklung usw.) bestimmt. Die wiederum bestehen aus kürzeren Planungsintervallen, Programmen und Kampagnen (Fünfjahrespläne, »Made in China 2025«, »Belt and Road Initiative« usw.).

*Zweitens* finden sich im chinesischen System spezifische kommunikative Verständigungs- und Aushandlungsprozesse. In den auf Langfristigkeit ausgerichteten Diskurs werden immer neue kurzfristige Begriffe und Slogans eingeführt: »harmonische Gesellschaft«, »China-Traum« oder »friedliche Entwicklung«; anfänglich ziemlich abstrakt, fast schon alles- und nichtssagend. Wenn solche politischen Begriffe eingeführt werden, beabsichtigt die chinesische Regierung normalerweise, so wenig konkrete Informationen wie möglich über die tatsächliche Bedeutung der Slogans und Bezeichnungen zu liefern.

Diese Vagheit schafft jedoch häufig Raum für lebhafte Debatten in der Wissenschaft, in den Medien oder auch in der Öffentlichkeit. Die meisten Konzepte bieten zunächst nur Ausgangspunkte und Zielvisionen: Es sind noch keine

umfassenden und komplex durchdachten politischen Programme. Tatsächlich hängt es von Wissenschaftler:innen, Expert:innen oder politischen Entscheidungsträger:innen ab, die konkreten Ideen für die Umsetzung zu entwickeln und zu versuchen, den Inhalt weiter zu konkretisieren. Insofern werden Think-tanks, Forschungsinstitute und verschiedene Regierungszweige auf allen Ebenen sowie Provinzregierungen von der chinesischen Führung ermutigt, internationale Workshops und Konferenzen überall im Land abzuhalten. Das Ziel ist, die Debatte anzuregen und zu verfeinern. Die langen Zeithorizonte und entsprechenden Begriffskataloge des Parteidiskurses sowie die spezifischen kommunikativen Rückkopplungen prägen auch die zivilgesellschaftlichen Diskussionen. Diese verlaufen ebenfalls auf spezifisch chinesische Art und Weise. Begriffe und Formeln, Ziele und Fragestellung der KPCh werden darin aufgenommen, verworfen oder weitergesponnen.

Es ist nicht sinnvoll, Zivilgesellschaft einerseits und Partei und Staat andererseits antagonistisch gegenüberzustellen: Die Zivilgesellschaft ist in Parteistrukturen anzutreffen und die KPCh wiederum in vielen zivilgesellschaftlichen Bereichen präsent. Ebenso wenig ist es hilfreich, den zivilgesellschaftlichen Diskurs vom offiziellen KPCh-Diskurs abzutrennen. Letzterer dient den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus als ideologisch-begrifflicher und politischer, gleichwohl höchst kontrollierter Referenzraum. Der offiziell staatliche und der zivilgesellschaftliche Diskurs sind nicht dasselbe, aber sie sind auch nicht völlig gegensätzlich. Ihre größte Ähnlichkeit besteht darin, dass sie ungeschlossen und von ständigen Veränderungen und Brüchen bestimmt sind.

Chinas Entwicklung ist keine abgeschlossene Angelegenheit. Es ist überaus schwierig, das chinesische Modell selbst in den letzten 20 Jahren, geschweige denn in den letzten 40 oder 50 Jahren auf einen Moment hin zu fixieren. Was auch immer zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt im Land passiert, ist es nicht möglich, von dort aus Erkenntnisse und Werte für Chinas Zukunft zu extrapolieren, die über den Moment hinausreichen. Wie können da die begleitenden Sozialismuskurse etwas anderes sein als Suchprozesse?

Die chinesische Regierung behauptet, sie sei auf dem Weg, bis 2049 eine vollständig sozialistische Gesellschaft zu sein. Was das bedeutet, muss noch konfiguriert werden. Es ist noch »zu früh, zu beantworten«, wie diese sozialistische Gesellschaft und eine sozialistische Ökonomie tatsächlich aussehen werden, um es mit Zhou Enlai zu sagen, der in den 1970er Jahren auf die Frage nach der historischen Bedeutung der Französischen Revolution für Chinas Entwicklung antwortete, es sei noch zu früh, dies zu beurteilen.

# Das Durcheinander des 21. Jahrhunderts

Interview mit Li Tuo<sup>1</sup>

*Anmerkung der Redaktion:<sup>2</sup> Die aktuelle Pandemie hat eine globale wirtschaftliche und politische Krise ausgelöst und somit das aktuelle kapitalistische System einer schwierigen Prüfung unterzogen. Es ist vollkommen ungewiss, in welche Richtung die Welt in naher Zukunft steuern wird. Aus diesem Grund hat sich »Beijing Cultural Review« über den Pazifik hinweg mit dem Schriftsteller und einflussreichen Literaturkritiker Li Tuo unterhalten. Li Tuo ist fast 80 Jahre alt und hat in seinem Leben drei Etappen der chinesischen modernen Geschichte durchlebt: Die Zeit nach der Gründung der Volksrepublik, 30 Jahre Reform und Öffnung und die unter Xi Jinping ausgerufene »Neue Ära«. Seit den 1990er Jahren wohnt Li Tuo in den USA und analysiert von dort die Probleme Chinas und der Welt aus einer vergleichenden Perspektive.*

**Beijing Cultural Review:** *Die derzeitige Pandemie entwickelt sich von einer öffentlichen Gesundheitskrise hin zu einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Sie wird enorme Auswirkungen auf den globalen Kapitalismus haben. Wie wird die Weltgemeinschaft sich Ihrer Meinung nach aufgrund dieser Krise verändern? Die liberale Weltordnung versinkt allmählich im Chaos. Auf der einen Seite sieht sie sich mit dem Aufkommen einer Welle von Anti-Globalisierungsbewegungen konfrontiert. Auf der anderen Seite vertreten China und andere aufstrebende Nationen das Konzept einer »Schicksalsgemeinschaft der Menschen«: Ein Konzept, welches auf Zusammenarbeit, Toleranz, Diversität und einer »neuen Globalisierung« basiert. Wie beurteilen Sie diese »neue Globalisierung« in Anbetracht der aktuellen Pandemie?*

**Li Tuo:** Es gab im Laufe der Weltgeschichte mehrere schreckliche Pandemien, die allesamt in einer veränderten Welt mündeten. Die Menschen fanden sich nach erfolgreicher Bekämpfung der Pandemie in einer vollkommen fremden Welt wieder. Wird es uns nach dieser Gesundheitskrise genauso ergehen? Höchstwahrscheinlich ja. Berühmte Persönlichkeiten wie z.B. Henry

---

<sup>1</sup> Im Chinesischen wird der Familienname zuerst genannt, der Vorname danach. In diesem Buch wird bei chinesischen Namen diese chinesische Schreibweise beibehalten. Bei nicht-chinesischen Namen hingegen wird die in Deutschland übliche Schreibweise zuerst Vorname, dann Familienname verwendet.

<sup>2</sup> Die Redaktion der *Beijing Cultural Review*, so auch im Folgenden, wenn von Redaktion die Rede ist.

Kissinger aus dem rechten politischen Lager und Slavoj Žižek von links analysieren die aktuelle Lage auf unterschiedliche Art und Weise. Die meisten ihrer Prognosen sind jedoch pessimistischer Natur. Beim Überfliegen all ihrer Artikel denke ich, dass es vor allem ein Problem gibt, dem wir uns verstärkt widmen müssen: Sie alle analysieren die Situation aus der Perspektive vertrauter Konzepte, Kenntnisse oder Theorien (sei es aus Politik, Wirtschaft, Geschichte, Technologie etc.). Vielen Theoretiker:innen ist dabei gar nicht bewusst, dass ihre Analysen sich auf die ihnen vertraute Sprache beschränken. Die Perspektive dieser Artikel ist daher oft schon vorherbestimmt.

Das Bruttoinlandsprodukt von China, Japan und Südkorea ist mittlerweile größer als das der Europäischen Union. Das Wachstum in anderen Ländern Asiens und Afrikas steigt auch stetig. Was soll in Zukunft also aus dem kleinen Europa werden? Wie wird Europa reagieren? Welche Möglichkeiten hat der Kontinent? Ist es möglich, sich von dieser historischen Welle mitreißen zu lassen und schließlich eine Union aus Asien, Afrika und Europa zu bilden? (Eurasien war ja ursprünglich schon ein einziger Kontinent. Die Idee, dass es sich hier um drei Kontinente handeln soll, ist nur ein Konstrukt der modernen Geschichte.) Falls eine Verbindung dieser drei Kontinente wirklich Realität wird, was für Veränderungen sind dann zu erwarten? Wie sehr muss sich dann unsere Wahrnehmung der Welt ändern? Wie stark wird unser vorhandenes Wissen über die Welt herausgefordert – insbesondere die vielen Grundkenntnisse, die wir zum Verständnis der heutigen Welt anwenden? Wie werden die Menschen in Zukunft auf den Eurozentrismus zurückblicken? Was werden sie über die sogenannten transatlantischen Beziehungen sagen? Wird es weiterhin die Idee von Ost und West geben?

Ob sich die Welt in Zukunft in diese Richtung verändern wird, hängt natürlich von bestimmten Bedingungen ab. Wird es uns z.B. jemals möglich sein – wenn auch nur vorübergehend – das Konzept des Nationalstaates hinter uns zu lassen? Werden wir imstande sein, nicht ausschließlich den Aufstieg Chinas anzustreben, sondern vielmehr den Aufstieg Asiens als Ganzes? Können wir dem mittlerweile fragwürdigen Ost-West-Konzept entfliehen? Die Realität des 21. Jahrhunderts hat uns gezeigt, dass die stereotypische Gegenüberstellung von Fortschritt versus Stillstand die Beziehungen zwischen Ost und West nicht mehr beschreibt. Können wir angesichts dieser Situation nicht auch andere, auch visionäre Analyse- und Denkkonzepte erarbeiten? Das ist offensichtlich nicht einfach. Um Innovation im Bereich des Wissens zu erreichen, müssen wir vertrautes Wissen sowie alteingesessene Theorien und Positionen hinterfragen. Wenn wir ernsthaft über die Veränderungen der Welt in Anbetracht der aktuellen Krise nachdenken wollen, brauchen wir neue theoretische Denkmuster, sozusagen einen aktualisierten, auf die neue Wirklichkeit angepassten Denk-Kompass. Dann könnten wir auch

neue Fragen stellen oder zumindest alte Fragen in einem neuen Licht betrachten. Entspricht zum Beispiel der Begriff »neue Globalisierung« der Realität, ist das ein angemessener Begriff? Ist das aktuelle System des globalen Kapitalismus ein funktionierendes System? Weist es unter Umständen Brüche und Risse auf, oder entsteht in seinem Inneren gerade sogar Raum für das Wachstum eines neuen Systems? Was sind die Bedingungen für die Verwirklichung der »Schicksalsgemeinschaft der Menschen«? Kann sie vielleicht außerhalb des Kapitalismus neue Impulse finden? Und wenn ja, wo sind diese anzufinden? Welche vorhandenen Theorien und Kenntnisse können als epistemische Ressourcen für diese Art von neuen Fragestellungen angewandt werden? Welche würden unsere Perspektiven und Denkweisen nur noch weiter einschränken? All diese Fragen gilt es, sorgfältig zu überdenken und zu diskutieren.

*Intellektuelle aus aller Welt haben unterschiedlich auf die aktuelle Krise reagiert. Wie beurteilen Sie die akademische Debatte diesbezüglich? Welche Themen fordern Ihrer Meinung nach mehr Aufmerksamkeit?*

Die von Ihnen angesprochenen Reaktionen der Intellektuellen spiegeln die Komplexität der aktuellen Krise wider. Es ist wichtig zu erkennen, dass einige Probleme schon vor der Pandemie existierten, also nicht unbedingt direkt mit der aktuellen Krise im Zusammenhang stehen. Zum Beispiel fand der Niedergang der vom alten Finanzkapital dominierten Nachkriegsordnung schon lange vor der aktuellen Gesundheitskrise statt. (Dieser Niedergang war ja auch einer der Ausgangspunkte der neuen Phase der Globalisierung ab den 1970er Jahren.) Andere Probleme sind vollkommen neu, etwa das Scheitern des Neoliberalismus und die Krise der Demokratie.

Es ist nicht leicht, diese Komplexität zu erkennen. Zudem stehen wir auch noch vor einigen neuen Schwierigkeiten: Der komplizierte und teilweise chaotische Austausch zwischen Politik und Wissenschaft wird durch traditionelle und neue Medien reproduziert, verarbeitet, transformiert und aufgebauscht. Daraus entstehende Informationen treten dann als vermeintlich wahrheitsgetreues Wissen in den gesellschaftlichen Dialog ein – obwohl es sich eigentlich größtenteils um Pseudowissen handelt. Somit wird die Debatte nur noch weiter verzerrt. Diese Situation erschwert es ungemein, die reale Welt zu verstehen. Seriöses Wissen und Fake-News gehen ineinander über und werden nicht mehr genau unterschieden. Was in dieser Situation wirklich als »Wissen« bezeichnet werden kann, bleibt unklar. Nicht nur gewöhnliche Menschen, sondern auch Gelehrte und Intellektuelle, lassen sich durch die Medien beeinflussen. Die Grundlage der Debatte ist also kein striktes Wissen im traditionellen Sinne, welches auf verlässlichen Informationen basiert und Fakten widerspiegelt, sondern eine Art künstlicher Sachverstand, der durch das Zu-



sammenspiel von Medien, Internet und verschiedenen Online-Plattformen erstellt wurde. Aus diesem Pseudowissen entsteht dann wiederum eine neue, heftige Debatte, die gesellschaftliche Kluften bildet. Gleichzeitig nutzen das allgegenwärtige Kapital und politischen Kräfte diese Situation aus, um sie in ihrem Sinne zu manipulieren. Gesellschaftliche Gräben, die auf diesem Pseudowissen basieren, werden somit auf seltsame Weise sehr real.

Die durch das »Kapital des 21. Jahrhunderts« verursachte Debatte ist ein typisches Beispiel für diese Art von Wahrheitsverdrehung. Im Kern ist Thomas Pikettys sogenannte theoretische Innovation über die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems nichts Neues. Aufgrund des durch die Medien verursachten Wirbels und der aus kommerziellem Interesse konstruierten Verbindung zu Karl Marx' »Das Kapital« meinten schließlich Intellektuelle beider politischen Lager, ihre Meinungen äußern zu müssen. Es mündete in einen lauten Schlagabtausch, der am Ende wenig Sinn ergab und noch weniger Ertrag brachte. Dies ist eine der besonderen Absurditäten des 21. Jahrhunderts, die aber schlussendlich ein Hauptmerkmal zeitgenössischer, ideologischer Auseinandersetzungen geworden ist.

Auch mit Blick auf die aktuelle globale Pandemie kann man einige dieser absurden gesellschaftlichen Debatten beobachten. Beispiele hierfür sind unter anderem die westlichen Beurteilungen der vermeintlich drastischen Maßnahmen in Wuhan oder der sogenannten Maskendiplomatie. Weitere Beispiele bieten die Debatten rund um Menschenrechte und persönliche Freiheiten in Bezug auf die sich häufenden Lockdown-Maßnahmen – insbesondere in Anbetracht des so heiligen Humanismus. Ebenso die kaltherzigen Diskussionen über die Abwägung zwischen Menschenleben und Wirtschaft, die alle im Namen des Systems oder sogar im Namen der Ethik geführt wurden. Vor allem überrascht aber, dass europäische und amerikanische linke Intellektuelle nichts zu diesen absurden Diskussionen sagen. Selbst wenn aus diesen Kreisen Kritik aufkommt, handelt es sich hier meist nur um unverständliches Gestotter. Vielleicht haben diese Intellektuellen ja schon vollkommen vergessen, dass es in der Geschichte schon mal einen Schriftsteller gab, der für das Aufschreiben von derartigen Absurditäten bekannt war, nämlich Franz Kafka.

Es ist wichtig, dass wir beim Reflektieren über die Folgen der Pandemie vor allem auf die Einschränkungen in unserer eigenen Gedankenwelt achten. Unterstützt das Wissen, aus dem wir schöpfen, unser Denken, oder behindert es vielleicht eher unser Verständnis aktueller Ereignisse? Philosoph:innen würden sagen, dass wir heute auf Erkenntnishindernisse gestoßen sind, ohne dies selbst zu wissen.

*Seit Ausbruch der Pandemie berichten westliche Medien beinahe ausschließlich negativ über Chinas Bekämpfungsmaßnahmen. Es gibt nur wenige objek-*

*tive und rationale Berichterstattungen. Neben alteingesessenen ideologischen Denkmustern handelt es sich hierbei sicherlich auch um die von Ihnen erwähnten Erkenntnishindernisse. In Anbetracht der rasanten Entwicklung Chinas, des Phänomens Donald Trump und der globalen Welle des Populismus scheinen westliche Intellektuelle (egal ob von links oder rechts) allmählich die Fähigkeit verloren zu haben, den Verlauf der Dinge objektiv zu erfassen. Prädisponierte, auf Werten basierende Positionen stimmen immer weniger mit objektiven Fakten überein. Wieso ist das so?*

Mal ganz abgesehen von komplizierten philosophischen Erklärungen muss die Wahrhaftigkeit von Wissen im Normalfall durch soziale Praxis geprüft werden. Heutzutage befinden wir uns in einer besonderen Lage: Die Pandemie hat die Menschheit mit einer Art Scanner ausgestattet, der Wissen auf Wahrhaftigkeit überprüfen kann. Nach nur wenigen Monaten hat das Scannen bewiesen, dass wir allmählich die Fähigkeit verloren haben, Dinge objektiv zu erfassen. Unsere prädisponierten Werte stimmen mit der Realität nicht mehr überein. Das trifft nicht nur auf Normalbürger:innen zu, sondern auch auf Expert:innen. Wir können uns also fragen, ob es sich nicht vielleicht um ein gesamtgesellschaftliches Problem der kognitiven Fähigkeiten handelt. Das ist natürlich eine sehr ernste Frage, die nicht einfach zu beantworten ist. Gerade habe ich die »Erkenntnishindernisse« erwähnt. Dieses Konzept stammt ursprünglich aus »Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes« von Gaston Bachelard und kann hier möglicherweise eine Perspektive zur Erörterung dieses Themas sein. Wir müssen uns fragen, was genau diese Hindernisse sind und wo diese sich befinden.

Wir haben bereits diskutiert, dass traditionelle und neue Medien im Internet ständig Informationen verarbeiten, verzerren und transformieren und dann dieses verarbeitete Material als vermeintlich »wahrheitsgetreues Wissen« in den gesellschaftlichen Diskurs einführen. Dabei erzielt dieses Wissen eine zerstörerische Wirkung, die man nicht unterschätzen darf. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Rückverfolgung des Ursprungs von Covid-19. In der Vergangenheit lag eine solche Aufgabe in der Verantwortung von Mediziner:innen und Wissenschaftler:innen. Ihre intellektuelle Autorität war eine Garantie für die Wahrhaftigkeit und Sachlichkeit der Rückverfolgung. Es waren ausschließlich die von Ärzt:innen und Wissenschaftler:innen verkündeten Endergebnisse, die relevant waren, völlig unabhängig ihrer Methoden. Die Entwicklung der letzten Monate jedoch, die viel mit dem Einmischen von Medien zu tun hat, lässt einen sprachlos werden. Fast alle Expert:innen sind ins Abseits geraten. Stattdessen sind es vor allem Politiker:innen, bekannte Intellektuelle oder sensationlustige Blogger:innen, die zu Hauptakteuren des Diskurses werden. Als ob es selbstverständlich wäre, gehen sie davon aus, dass sie die Autorität sowie die Fähigkeit zur Enthüllung der Wahrheit hätten. Westliche Medien befinden

sich in einer Dynamik des Kalten Krieges, in der es ausschließlich darum geht, eine vordefinierte Meinung zu verbreiten, die mit der Wahrheit recht wenig zu tun hat. (Natürlich geht es hier auch um politische Manipulationen – das ist aber ein anderes Thema.) Das ist alles sehr absurd, aber was nützt es uns, diese Absurdität zu verurteilen? Können wir aus der Sicht der Wissenschaft vielleicht schlussfolgern, dass mit der zeitgenössischen Art und Weise der Wissensproduktion, die sich auf Universitäten und akademische Forschungseinrichtungen konzentriert, etwas nicht stimmt? Ebenso spielt auch die enge Beziehung zwischen Politik und Militär bei der Wissensproduktion eine immer größere Rolle. Was bedeutet all das? Kann es sein, dass sich Form und Umfeld des menschlichen Wissens drastisch verändert haben? Wenn ja, ist diese neue Umgebung vielleicht zu einem Faktor für die heutigen Erkenntnishindernisse geworden?

Die Klassifizierung von Wissen in verschiedene Disziplinen und deren stetige Differenzierung und Spezialisierung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor, der uns daran hindert, die Realität objektiv zu betrachten. Diese Tendenz existiert mittlerweile schon seit knapp zwei- bis drei Jahrhunderten und hat sich im 20. Jahrhundert schließlich besonders schnell durchgesetzt. Auch wenn die Spezialisierung akademischer Disziplinen unterm Strich enorme Vorteile mit sich brachte, schuf sie gleichzeitig viele schwerwiegende Probleme. Der Wissenshorizont musste maximal eingeschränkt und kontinuierlich aufgeteilt werden. Die daraus entstehende Situation ähnelt den Festungen des mittelalterlichen Europas, die durch tiefe Gräben und hohe Mauern voneinander getrennt waren. Natur, Mensch und Gesellschaft werden von der Wissenschaft nicht mehr als Gesamtobjekt betrachtet. Die Situation gleicht vielmehr einem zerbrochenen Spiegel, der in viele kleine Fragmente zerspringt. Viele Menschen glauben allerdings nicht, dass der Spiegel zerbrochen ist, und suchen in den Fragmenten weiterhin die Wahrheit. Dies hat zur Folge, dass viele für die Wissensproduktion verantwortliche Personen wie Professor:innen, Akademiker:innen, Theoretiker:innen, Medienfachleute und Wissenschaftler:innen nicht mehr das volle Bild im Auge haben. Sie sehen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Es mag sein, dass wir eine bestimmte Lebensform, einen bestimmten Sumpf oder eine seltene Pflanze sehr sorgfältig und gründlich untersucht und verstanden haben. Vor lauter Spezialisierung haben wir aber vergessen, den Wald als Ganzes zu betrachten.

Das Objekt unserer intellektuellen Auseinandersetzung ist nicht intendiert immer kleiner geworden. Wie hat sich der strukturelle Wandel des Kapitalismus im 20. Jahrhundert auf den zeitgenössischen Kapitalismus ausgewirkt? Wie ist es dem Finanzkapital gelungen, die Weltregierung an sich zu reißen? Wie sind Wissenschaft und Technologie zu einer Ideologie geworden? (Habermas' diesbezügliche Diskussion ist besonders wichtig, auch wenn Foucault deutlich weiter geht.) Und wie ist es dieser technisch-instrumentellen Ideolo-

gie darüber hinaus gelungen, das neoliberale System zu überholen? All diese Makrothemen wurden langsam aber sicher vernachlässigt. Michel Foucault hat zwar in seinen theoretischen Abhandlungen stets den zentralen Wert von Interdisziplinarität betont. Dennoch war selbst für ihn der Blick auf den gesamten zeitgenössischen Kapitalismus nicht machbar. Der Hintergrund dieses Denkers sind Linguistik und Strukturalismus des 20. Jahrhunderts, wodurch das Problem der Fragmentierung wissenschaftlicher Disziplinen wieder offensichtlich wird. Ob Semiotik, Diskursanalyse, Psychoanalyse oder die verschiedenen Gedanken und Schulen der Subjektivität, sie haben allesamt ihre jeweiligen epistemischen Einschränkungen. Foucault soll hier nicht herabwürdigend beurteilt werden. Das Beispiel soll lediglich betonen, dass die Fragmentierung akademischer Disziplinen im Bereich der Geisteswissenschaften heute ein ernstes Hindernis für das Denken sowie für die Wissensproduktion darstellt. Selbst ein Denker wie Foucault, mit einer derart kritischen Geisteshaltung, sah sich durch diese Tendenz limitiert. Wie viel Kritik kann man unter solchen Umständen von anderen Denker:innen erwarten?

Seit dem Eintritt in das neue Jahrhundert haben die Menschen wieder begonnen, Karl Marx zu vermissen. »Das Kapital« ist erneut zum Bestseller geworden. Tatsächlich sind die großen intellektuellen Themen des 20. Jahrhunderts wieder en vogue. Die Kapitalismusforschung ist keine Seltenheit mehr. Dennoch, wenn man die Qualität und das Ausmaß der zeitgenössischen Studien mit denen von Marx vergleicht, wird man immer das Gefühl nicht los, dass etwas fehlt. Wir müssen uns wirklich sehr ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, was genau fehlt.

*Wie muss inmitten der globalen Krise die Entwicklung des seit dem Zweiten Weltkrieg existierenden Kapitalismus beurteilt werden? Welche wichtigen Etappen gab es Ihrer Meinung nach und was waren ihre Besonderheiten?*

Das sind alles sehr wichtige Fragen, die jeweils selbst zu speziellen Forschungsgebieten gehören. Ich möchte nochmal auf das zurückkommen, was ich gerade gesagt habe, es aber aus einer anderen Perspektive betrachten. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um eine Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus durchführen zu können? Um diese Frage zu beantworten, müssten wir uns vergangene Kapitalismusstudien anschauen und nach ihren methodischen Mängeln suchen. Haben sie vielleicht etwas übersehen? Wenn wir so fragen, werden wir bestimmt viel finden. Ich selbst denke, dass aktuelle Studien vor allem den Entwicklungsweg des Kapitalismus falsch beurteilen: Der Kapitalismus ist nicht von alleine herangewachsen, sondern er hat sich stets parallel und im Wechselspiel mit dem Sozialismus weiterentwickelt. Sie haben nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sondern sie sind auch heute noch eng miteinander verbunden.

In dieser Pandemie haben bestimmte Länder in Nordeuropa besondere Aufmerksamkeit erlangt. Viele Menschen glauben, die Regierungen dieser Länder hätten gute Arbeit geleistet. Voraussetzung für die angemessene Politik dieser Länder ist aber auch sicherlich die Tatsache, dass es sich hier um ausgebaute »Wohlfahrtsstaaten« handelt. Doch der Ursprung des Wohlfahrtsstaates liegt zu großen Teilen in der sozialistischen Bewegung und im proletarischen Widerstand in Europa. Wäre so etwas wie ein Wohlfahrtsstaat möglich gewesen, wenn es zuvor keine hundert Jahre andauernde, kontinuierliche Revolution der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft der Bourgeoisie gegeben hätte? Was wäre ohne die vielen blutigen revolutionären Kämpfe vor und nach dem Ersten Weltkrieg? Wäre es ohne die Oktoberrevolution jemals zum Wohlfahrtsstaat gekommen? Die Geschichte des Kapitalismus besteht nicht nur aus einer Reihe von Siegen über den Sozialismus, sondern auch aus gegenseitigen Kompromissen. Der Kapitalismus sah sich ständig zur inneren Transformation gezwungen. Ohne dies anzuerkennen, sind Veränderung und Weiterentwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert nur schwer zu verstehen.

Als typisch kapitalistisches Land ist Deutschland ein noch besseres Beispiel. Warum ist die Merkel-Regierung, im Gegensatz zu den USA, auf die aktuelle Pandemie so gut vorbereitet gewesen? Sicherlich liegt das mitunter an Angela Merkels persönlichem Regierungsstil und dem herausragenden deutschen Gesundheitssystem. Man muss aber auch einen Blick in die Geschichte werfen. Die starke Arbeiterbewegung um 1900 sowie die Weimarer Republik haben in Deutschland bleibende Spuren hinterlassen. Die Sozialdemokratische Partei, die nach dem Zweiten Weltkrieg lange an der Regierung war, hat das politische Umfeld in Deutschland ebenso geprägt. Das alles hatte tiefgreifende Einflüsse auf den gegenwärtigen Kapitalismus in Deutschland, vor allem auch auf institutioneller Ebene. Es haben sich hierdurch sozialistische Ideen in diesem Land verbreitet, die nicht zu unterschätzen sind, auch wenn man sie heute gerne herunterspielt oder selektiv »vergisst«. Es sind gerade diese Ideen, die in der aktuellen Pandemie die wichtigste Rolle spielen. Sie sorgen dafür, dass die Regierung nicht in Panik gerät. Der heutige Kapitalismus also hat keine reine oder unabhängige Entwicklung durchlebt. Egal welche Art von kapitalistischem System, alle sind sie durch den ständigen Dialog mit dem Sozialismus entstanden. Der Sozialismus ist daher für das Verständnis des heutigen Kapitalismus absolut unverzichtbar. Bei jeglicher Kritik am Kapitalismus darf man diesen Punkt auf keinen Fall ignorieren.

Viele Kapitalismusstudien des 20. Jahrhunderts sind demgegenüber jedoch blind. Es wurde angenommen, dass eine Art reine, einheitliche und unabhängige Entwicklung des Kapitalismus existiert hätte. Die Forschung orientierte sich an derartigen Hypothesen und entwickelte verschiedenste Theorien über Demokratie, Menschenrechte, Globalisierung und das Ende der Geschichte.

Natürlich sieht das Bild in linken Kreisen komplett anders aus. Von Marx bis Hobsbawm erkennen die meisten linken Theoretiker:innen den doppelten Ursprung des Kapitalismus an. Mehrere Werke, wie z.B. das »Kommunistische Manifest« spiegeln dies voll und ganz wider. Wenn man jedoch die Kapitalismusforschung des 20. Jahrhunderts betrachtet, fällt einem auf, dass dieser Fokus langsam aber sicher schwindet. Fukuyama verkündete 1989 triumphierend das »Ende der Geschichte« und hatte damit vor allem zwei Ziele: Eines bestand darin, den gemeinsamen Ursprung und Entwicklungsweg von Sozialismus und Kapitalismus zu kaschieren. Das andere war es, jegliche Form des aktuell existierenden Sozialismus zu beenden, egal ob es sich dabei um Utopien oder laufende Realitätsexperimente handelt.

Zum Glück birgt die aktuelle Pandemie auch neue Chancen. Der Vorhang der Weltbühne öffnet sich langsam und enthüllt damit alle möglichen, hinter der Bühne versteckten Akteure. Alle müssen sie nun versuchen, die ihnen so vertraute Welt neu zu verstehen. In einer von neuen und fremden Dingen überfluteten Welt (siehe: Künstliche Intelligenz), ist es aber immer noch der Kapitalismus, den wir am dringendsten zu verstehen benötigen. Dieser Kapitalismus, der sich in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts selbst als Sieger gekürt und daher das Gefühl der Enge schon vollkommen vergessen hat. Das Problem ist nur, dass wir es aktuell schon mit einem neuen Kapitalismus zu tun haben. Inhalt und Form (um aus zwei Konzepten der Literaturkritik zu schöpfen) haben sich schon vollkommen erneuert. Wir müssen diesen Kapitalismus also zuerst neu kennenlernen.

*Wie sollten wir die Erfahrungen des chinesischen Sozialismus aus der Perspektive des globalen Sozialismus beurteilen? Wie hat China selbst den Marxismus mit seinen eigenen Erfahrungen und Denkmethode beeinflusst? Welchen Wert und welche Bedeutung hat Chinas sozialistischer Weg für Praxis und Theorie der sozialistischen Weltbewegung?*

Ich denke, wir sollten diese Fragen im Detail betrachten. Die chinesische Revolution, Chinas Sozialismus sowie die im Allgemeinen als Wunder verstandene Zeit der Reform und Öffnung, waren allesamt sehr komplizierte historische Prozesse, die aus Erfolgen wie auch aus Rückschlägen bestanden. Diese Komplexität ist teilweise schwer verständlich. Rückblickend ist die chinesische Geschichte voll von Widersprüchen. Die großen Fragen der Geschichte werden gerne ignoriert oder absichtlich gemieden. Dies gilt nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart. Nach jahrzehntelangen Reformen hat Chinas BIP im Jahr 2019 14,343 Billionen US-Dollar (Weltbank) erreicht und steht damit nach den USA weltweit auf Platz zwei. Dies ist eine erstaunliche Leistung. Auf der Kehrseite weist China im Jahr 2019 aber einen Gini-Koeffizienten von 0,46 auf. 2018 betrug derselbe Indikator in den USA 0,48. Bei

beiden Zahlen kommt einem das Staunen. Wie kann es sein, dass das reichste Land der Welt und das Entwicklungsland China fast den gleichen Gini-Koeffizienten haben? Dies zu beantworten ist keine leichte Aufgabe. Die Situation einfach mit dem Erfolg der Reformen zu erklären, ist nicht sehr überzeugend. Kann es sein, dass dieses Ergebnis der Preis dafür ist, Teil des globalen Kapitalismus werden zu dürfen? Hatte Samir Amin vielleicht Recht mit seiner Behauptung, dass dies ein Ergebnis der für den globalen Kapitalismus durchgeführten, modernen Ausbeutung der chinesischen Arbeiterklasse ist? Wenn ja, was für eine Beziehung herrscht dann zwischen dieser strukturellen Ausbeutung und dem chinesischen System? Wie kann man diese ganzen Widersprüche und Verstrickungen analysieren, geschweige denn verstehen? All dies muss sorgfältig untersucht werden.

Wer keine Lust hat hierüber nachzudenken, behauptet gerne, es sei eigentlich alles sehr einfach. Oft heißt es, China sei nach langen Jahren der Reform und Öffnung schon zum Kapitalismus übergegangen. Die gravierende Kluft zwischen Arm und Reich sei daher unvermeidlich. Etliche Fakten sprechen aber gegen dieses Argument: China hat in den letzten Jahren Hundert Millionen Bäuerinnen und Bauern aus der Armut befreit und den nationalen Plan zur vollständigen Beseitigung der absoluten Armut bis 2020 erfolgreich durchgeführt. Solche an Kennziffern orientierte Großprojekte haben wenig mit Kapitalismus zu tun. China nimmt im Interesse des Umweltschutzes enorme Verluste bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Kauf. Das Land investiert enorme Summen in den Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Hochgeschwindigkeitszügen, obwohl ein solches Vorhaben aus der Perspektive der Marktlogik ausgesprochen viele Risiken birgt. Staatsunternehmen, die seit jeher von verschiedensten Problemen geplagt werden, genießen auch trotz allgegenwärtiger Kritik staatliche Unterstützung. All diese Beispiele beweisen, dass China auch nach einem jahrelangen Reformprozess weiterhin Maßnahmen ergreift, die offensichtlich nicht mit der marktwirtschaftlichen Logik vereinbar sind. Solche Verhaltensweisen sind weder kapitalistischer noch staatskapitalistischer Natur. Welches andere kapitalistische Land der Welt würde einen solchen Wahnsinn betreiben? Wir stoßen hier also unweigerlich auf die Fragen, die ich vorhin schon gestellt habe: Was für eine Beziehung besteht zwischen dem globalen Kapitalismus und Chinas System? Gehören all diese Widersprüche zu Deng Xiaopings pragmatischer Wirtschaftslogik? Wie kann man sie analysieren? Brauchen wir vielleicht einen neuen analytischen Rahmen, der es uns erlaubt, unsere binäre Denklogik abzulegen?

Ähnlich komplizierte Fälle können wir auch in anderen Bereichen finden. Erst letztes Jahr gab es im Internet eine hitzige Debatte über die langen Arbeitszeiten junger Chines:innen. Vor allem in der Technologiebranche beginnen Arbeitstage in der Regel um neun Uhr morgens, enden um neun Uhr abends

und wiederholen sich sechsmal die Woche – daher in China auch als 996-Arbeitsmodell bekannt. Diese Art von Arbeitsdynamik ist in China schon seit langem Alltag. Einerseits haben die meisten Chines:innen sich mit dieser Realität abgefunden. Andererseits sind Arbeitnehmer:innen unter diesen Umständen aber schon seit langem vollkommen überfordert. Insbesondere die vielen Selbstmorde unter jungen Arbeitnehmer:innen sind ein ernsthaftes soziales Problem. Niemand hätte gedacht, dass Jack Ma (Gründer und langjähriger Chef der Alibaba Group, Anm. d. Verlags) vor diesem Hintergrund eine Rede halten würde, in der er das 996-System befürwortet. Und damit nicht genug. Er hat sogar behauptet, es sei für Chines:innen ein »riesiges Glück«, Teil eines solchen Arbeitsmodells sein zu dürfen. Mit dem darauffolgenden Shitstorm hatte Jack Ma garantiert nicht gerechnet.

Rückblickend lohnt es sich, diesen Fall etwas näher zu betrachten. Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Diskussion am eigentlichen Thema vorbeiging. Weder Verteidiger:innen noch Kritiker:innen von 996 prangerten das Offensichtliche an: nämlich dass dieses Arbeitsmodell eindeutig gegen das Arbeitsgesetz verstößt. Anstatt dessen richtete sich der Fokus der Debatte eher darauf, ob junge Chines:innen denn genug »Kampfgeist« und Durchsetzungswillen für diese neue Arbeitskultur hätten, oder ob dieses Modell nicht einfach Teil einer »normalen Unternehmenskultur« sei. Das eigentliche Problem der Illegalität dieses Modells wird komplett außer Acht gelassen. Wie konnte es mit dem 996-Modell beispielsweise passieren, dass das Arbeitsrecht umgangen wurde und das Modell während des ganzen Reformprozesses unbeobachtet blieb? Warum wurde es von Staat, Gesellschaft und Individuen einfach so akzeptiert? Welche direkten und indirekten Verbindungen bestehen zwischen diesem System und den Wirtschaftsreformen? Hat 996 dann doch etwas mit dem von Amin erwähnten globalen Ausbeutungssystem zu tun? Darüber hinaus müssen wir uns auch fragen, wieso dieses Thema im Nachhinein kleingeredet, beziehungsweise nur aus einer individuellen Perspektive betrachtet wurde. Wieso ging es in der Debatte größtenteils um die persönliche Erfahrung der Arbeitnehmer:innen und nicht um das Gesamtbild? Und das, obwohl es doch die Wut so vieler junger Menschen entfachte. Wie man gut sehen kann, stecken hinter einer solchen Problematik noch viele unbeantwortete Fragen.

Natürlich ist es unrealistisch, von den Netizens (meint »Netzbürger:innen«, also Nutzer:innen des Internets und dessen Kommunikationskanälen und Social Media; Anm. d. Verlags) zu verlangen, eine gründliche theoretische Analyse dieser Themen durchzuführen. Dies wirft jedoch eine andere Frage auf: Wie kann es sein, dass aus intellektuellen oder akademischen Kreisen niemand in die Diskussion eingetreten ist? Die theoretische Aufarbeitung solcher Ereignisse ist doch eigentlich ihre Expertise. Vielleicht liegt es daran, dass im



Internet ständig so viel diskutiert wird, dass einzelne Ereignisse einfach im Lärm der Masse untergehen. Wie kann es dann aber sein, dass ausgerechnet dieses Ereignis, das für so viel Trubel gesorgt hat, übersehen wurde? Interessant ist auch die Frage, was passiert wäre, wenn sich Intellektuelle in die Debatte eingemischt hätten. Wären sie dann dazu in der Lage gewesen, die spezifischen Themen auf eine theoretische Ebene zu heben? Wäre es möglich gewesen, 996 im Zusammenhang mit dem globalen Kapitalismus, der Arbeitergeschichte, dem Aufstieg der Dienstleistungsklasse oder der politischen Ökonomie zu betrachten? Ich wage es zu bezweifeln.

Seit der Kulturrevolution sind die meisten Intellektuellen in China der traditionellen chinesischen Kultur gegenüber kritisch eingestellt. Auch die Jahrzehnte der Reform und Öffnung konnten hieran nicht viel ändern. Liberalismus und Neoliberalismus faszinieren viele chinesische Intellektuelle immer noch und bilden auch heute oft ihre ideologische Grundlage. Obwohl sie persönlich die Erosion des Eurozentrismus und die globale Krise der Demokratie miterlebt haben, ist es fraglich, ob sie diese Faszination jemals hinter sich lassen werden. Manche von ihnen kritisieren den Kapitalismus nicht, ganz im Gegenteil befürworten sie ihn sogar. Aus einer globalen und historischen Perspektive betrachtet, ist eine solche kapitalismusfreundliche Einstellung unter Intellektuellen äußerst selten. Die Tatsache, dass China eine von aller Welt gepriesene Reform- und Öffnungsperiode durchlebt hat und gleichzeitig von Intellektuellen bewohnt wird, die dem Kapitalismus wohlmeinend gegenüberstehen, hat dazu geführt, dass in dem Land eine Art Vakuum der Gedanken entstanden ist. Komplizierte Fragen über Sozialismus und Kapitalismus des 20. Jahrhunderts konnten in diesem Vakuum gar nicht erst entstehen. Angesichts dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, dass chinesische Intellektuelle blind gegenüber der 996-Debatte sind.

Lassen Sie mich abschließend noch ein anderes Thema ansprechen. In den letzten Jahren – insbesondere seit Ausbruch der Pandemie – ist vielen westlichen Wissenschaftler:innen aufgefallen, dass die Welt sich derzeit grundlegend verändert. Egal, ob es nun darum geht, diese Veränderungen zu erklären oder sich an sie anzupassen, am Ende haben sie eigentlich immer etwas mit China zu tun. Vielen Menschen fällt es schwer, sich mit dieser neuen Realität anzufreunden. Am offensichtlichsten gilt das für Europa und die USA. Die Gesellschaften des Westens empfinden eine Art Unbehagen angesichts des Aufschwungs Chinas. Obwohl dieses emotionale und physische Unbehagen schwierig zu beschreiben ist, kann ich es als Schriftsteller gut nachempfinden. Eine vom Westen über Jahrhunderte verachtete Zivilisation wird binnen kürzester Zeit zum zentralen Akteur auf der Weltbühne. Aufführungen ohne China sind kaum mehr denkbar. Für viele im Westen ist dies ein äußerst unangenehmes Gefühl. Es wäre vielleicht an der Zeit, ein psychoanalytisches

Buch über das kollektive Unbehagen des Westens angesichts der Veränderungen um die Jahrhundertwende zu schreiben. Ein solches Buch könnte die allgemeine Stimmung der Rechten relativ einfach beschreiben. Dort herrscht ja vor allem das Gefühl, dass sich seit der Jahrhundertwende der über 500 Jahre angereicherte Reichtum des Westens verflüssigt. Geistige, materielle und politische Reichtümer werden vor ihren Augen auf die ganze Welt verteilt. Wer wäre angesichts einer solchen Lage nicht schockiert?

Im Gegensatz dazu sieht es im linken Spektrum des Westens anders aus. Im linken politischen Lager empfindet man angesichts Chinas Aufstieg zum globalen Protagonisten weder Unbehagen noch Angst. Dennoch ist die Position der Linken unklar und ambivalent. Schon seit dem 20. Jahrhundert halten sich weite Teile der Linken (mit Ausnahme von Jean-Paul Sartre, Louis Althusser und Samir Amin) mit einer eindeutigen Beurteilung der chinesischen Revolution zurück. In ihren Werken wird China oft nur nebenbei erwähnt. Um ehrlich zu sein, hat mich diese Haltung immer überrascht: Es waren doch gerade die Oktoberrevolution und die chinesische Revolution, die die Entwicklung der Menschheitsgeschichte im 20. Jahrhundert grundlegend verändert haben! Unter Lenin und Mao wurde das seit hunderten von Jahren entwickelte Ideal des Sozialismus zum ersten Mal konkret verwirklicht. Natürlich gab es viele Probleme bei der Durchführung beider Revolutionen. Mehrere politische und gesellschaftliche Experimente blieben erfolglos, teilweise mit gravierenden Konsequenzen für die Gesellschaft. Manchmal standen Ergebnisse dieser sozialen Experimente auch komplett im Widerspruch zu den Zielen der sozialistischen Bewegung. Gerade aus diesen Gründen sollten wir sie aber wissenschaftlich genauer untersuchen. Für die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie ist die große Anzahl an erfolgreichen wie erfolglosen Experimenten besonders wertvoll – eine Art theoretischer Schatz. Viele Werke von Marx und Lenin sind ja ursprünglich auch durch die Analyse früherer Erfahrungen entstanden. Wie kann es sein, dass man diesen theoretischen Schatz nicht ausnutzt? Angesichts der aktuellen Veränderungen in der Welt müssen wir uns fragen, wieso wir hierfür keine Erklärung finden können. Es wäre an der Zeit, Mut aufzubringen und uns diesbezüglich selbst zu kritisieren. Seit vielen Jahren ist die Kritik des Westens und des Eurozentrismus ein wichtiger Bestandteil linker Akademiker:innen. Eurozentrismus-kritische Studien aus dem linken Lager haben die gesamte akademische Welt über alle Disziplinen hinweg beeinflusst. Wäre es heute dann nicht an der Zeit, in den eigenen Kreisen zu hinterfragen, wieso man Chinas sozialistische Erfahrung kollektiv ignoriert? Kann es vielleicht sein, dass das Problem des Eurozentrismus auch in den eigenen Kreisen weiterlebt?

Die Komplexität der chinesischen Revolution macht es nicht gerade einfach sie zu verstehen. Sie spiegelt im Kern die Vielschichtigkeit des modernen Chi-

nas wider. Natürlich waren alle Revolutionen in Laufe der Geschichte komplex, allerdings auf unterschiedliche Art und Weise. Es ist vor allem schwierig, diese Komplexitäten zu identifizieren und schließlich auf eine theoretische Ebene zu heben und systematisch zu erklären. Diese schwierige Aufgabe kann wohl am besten von den Chines:innen selbst durchgeführt werden. Obwohl es aus beiden politischen Polen in den letzten Jahren besonders viele Studien zur chinesischen Revolution und der Reform- und Öffnungspolitik gab, widmen sich leider nur äußerst wenige Wissenschaftler:innen dem Thema der Komplexität. Es kann sein, dass ich mich täusche. Zumindest bin ich mir über die Existenz solcher Studien nicht bewusst.

Ich möchte an dieser Stelle noch zwei Bücher empfehlen: »Die Geburt des Jahrhunderts« von Wang Hui (《世纪的诞生》, 汪晖) und »Revolutionäres Postskriptum« von Han Shaogong (《革命后记》, 韩少功).<sup>3</sup> Ich denke, dass beide Bücher in gewisser Weise Monografien über die Komplexität Chinas sind. Auch wenn sich die Bücher in ihren Themen und ihrer Erzählmethode unterscheiden, fokussieren sie doch größtenteils auf die Komplexität der chinesischen Revolution, des chinesischen Sozialismus und der chinesischen Reformen. Die besondere Erzähltechnik dieser Bücher unterscheidet sich von anderen Geschichtsbüchern über Revolution, Philosophie und Ideologie. Sie beschreiben die Probleme Chinas auf eine besondere, chinesische Art und Weise. Vor allem in Anbetracht der Pandemie gewinnen die Überlegungen von Wang Hui und Han Shaogong an Bedeutung, da ein Verständnis von China in der aktuellen Lage immer dringlicher wird. Ich hoffe wirklich, dass diese beiden Bücher uns bei der Erforschung der Komplexität Chinas behilflich sein können, auch wenn man als Leser:in nicht immer ganz einer Meinung mit den Autoren sein dürfte – ich selbst stimme einigen der Ansichten in dem Buch nicht zu. Es wäre wünschenswert, dass wir durch Werke wie diese unsere schwarz-weiß Mentalität bezüglich Chinas ablegen könnten. Wenn diese Bücher außerdem noch ins Englische oder andere Fremdsprachen übersetzt werden könnten, wäre das auch eine große Bereicherung für linke Akademiker:innen auf der ganzen Welt. Endlich würden sie damit die Möglichkeit bekommen, die chinesische Geschichte und Gegenwart aus einer chinesischen Perspektive zu betrachten.

In seinem bekannten Werk »Für Marx« spricht Althusser davon, dass Hegel und Marx »nicht aus demselben Brunnen getrunken hätten«. Dieses Bild passt auch gut zu den Gegensätzen zwischen dem chinesischen und dem westlichen Sozialismus: Beide Seiten sind zwar aus der gleichen sozialistischen Quelle entsprungen, haben sich aber in ihren jeweiligen Umgebungen unterschied-

---

<sup>3</sup> Wang, Hui (2020): *Shiji de Dansheng*, Beijing sowie Han, Shaogong (2013): *Geming Houji*, Hong Kong (China).

lich entwickelt. Die aus diesen speziellen Umständen entstandenen Theorien, politischen Maßnahmen und Redemittel sind so verschieden, dass man tatsächlich davon ausgehen muss, dass chinesische und europäische Revolutionär:innen wirklich nicht aus dem gleichen Brunnen getrunken haben. Vielleicht entstammt die Komplexität des chinesischen Sozialismus ja genau diesem ursprünglichen Gegensatz. Womöglich ist er auch der Grund dafür, wieso westliche Intellektuelle so viele Schwierigkeiten damit haben, sich mit dem chinesischen Sozialismus auseinanderzusetzen. Auch wenn man im Westen Bücher wie die von Wang Hui und Han Shaogong lesen würde, wäre ein besseres Verständnis von China nicht garantiert. Am Ende müssen chinesische Akademiker:innen diese Mittlerrolle selbst übernehmen und sich den vielen unbeantworteten Fragen über China stellen. Es liegt an uns, diese Fragen zumindest einigermaßen zufriedenstellend zu beantworten.

*Beijing Cultural Review, August 2020*

*Die Transkription des Gesprächs wurde von der Redaktion gekürzt.*

*Redakteure: Wang Ruxi, Sun Wei*

*Übersetzung: Patrick Sebastian Federl*



# Sozialismus 3.0: die Realität und die Zukunft des chinesischen Sozialismus

von der Redaktion der *Beijing Cultural Review*

*Anmerkung der Redaktion: Seit seiner Entstehung ist der Sozialismus eine universelle globale Bewegung und eine globale Wertorientierung. In einem komplexen geschichtlichen Prozess hat der Sozialismus in verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten und unter verschiedenen nationalen Bedingungen unterschiedliche Inhalte und Modelle hervorgebracht. Die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus in China sind eng mit der historischen Mission der Industrialisierung des modernen Chinas verbunden. Während der Revolution, der Perioden des Aufbaus, der Reform und Öffnung in mehr als 60 Jahren hat der Sozialismus in China Höhen und Tiefen erlebt und ist eng mit der chinesischen Denk-, Produktions- und Lebensweise verbunden.*

Mit dem Zerfall des sowjetischen und osteuropäischen Sozialismus erlitt die globale sozialistische Bewegung Rückschläge. Gleichzeitig vertieft sich Chinas marktwirtschaftliche Reform immer mehr, und die Marktwirtschaft drängt das sozialistische politökonomische Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums und der Verteilung nach Leistung sukzessive zurück. Die Realität der Polarisierung von Armut und Reichtum, des moralischen Niedergangs, des Mangels an Glauben macht es immer schwieriger, ein klares Verständnis von Sozialismus zu gewinnen. In der Realität steht der Sozialismus vor einer äußerst großen Herausforderung. Verschiedene geistige Strömungen, die sich vom Sozialismus abkehren, wuchern ineinander. Sie sind zu einer starken Unterströmung im gegenwärtigen politischen Leben geworden. Die theoretische Erklärung des Sozialismus ist somit einer starken Herausforderung ausgesetzt, der sich das zeitgenössische Denken stellen muss.

Anfang 2014 hat die Long Way Foundation<sup>1</sup> eine Projektgruppe »Sozialismus 3.0« gegründet. Sie versucht, den chinesischen Sozialismus aus der Perspektive von Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu erforschen. Die Projektgruppe un-

---

<sup>1</sup> Die »Long Way Foundation« ist eine 2009 gegründete private, nicht-kommerzielle Stiftung, deren Ziel es ist, »soziale Harmonie und Erneuerung« zu fördern. Neben der Gründung eines eigenen Forschungsinstituts finanziert die »Long Way Foundation« auch die »Beijing Cultural Review«.

terscheidet zwischen einem Sozialismus 1.0 in der Ära von Mao Zedong, dem Sozialismus 2.0 in der Ära von Deng Xiaoping und einem zukünftigen Sozialismus 3.0, der im Zeitalter der Globalisierung, der Informationstechnologien und der Marktwirtschaft verortet wird. Es geht darum, diese verschiedenen Gestalten des Sozialismus theoretisch zu bestimmen. Dieser Bericht enthält erste Ergebnisse der bisherigen Forschung und soll sie öffentlich zugänglich machen. Wir hoffen, dass der vorgelegte Bericht einen Ansatz für die Diskussion über dieses wichtige theoretische Thema bildet.

## **Warum sollen wir über Sozialismus sprechen?**

Heute scheint der Begriff »Sozialismus« zu einem Symptom einer ideologischen Spaltung geworden zu sein, bei der Gegner:innen und Befürworter:innen gegensätzliche Argumente ins Feld führen. Diese Argumente bleiben oft ausschließlich auf der Ebene abstrakter Ideen. Eigene »sozialistische« Vorstellungen werden mit herausgerissenen historischen Fragmenten und dogmatischen theoretischen Diskursen verwoben. Es wird dabei ignoriert, dass der Sozialismus seit der Industrialisierung eine soziale Bewegung mit langer Tradition ist. Der Sozialismus hat eine mehrhundertjährige Geschichte. Er stellte einen alternativen Weg zur Überwindung der Krise der kapitalistischen Industrialisierung dar und ist politisch und wirtschaftlich durch das Streben nach mehr Gleichheit sowie ethisch und kulturell durch die Orientierung am Ideal der Gemeinschaft gekennzeichnet. In dieser Zeit hat er sowohl die Form sozialistischer Staaten wie der Sowjetunion und der VR China hervorgebracht als auch in Gestalt der westeuropäischen Sozialdemokratie weitreichenden Einfluss ausgeübt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion am Ende des letzten Jahrhunderts erlitt die sozialistische Weltbewegung einen schweren Rückschlag. Der sozialistische Staat und die sozialistische Produktionsweise müssen einer systematischen Analyse unterzogen und grundsätzlich reformiert werden. Gegenwärtig ist der westliche Wohlfahrtsstaat mit mehreren Krisen konfrontiert. Dies deutet darauf hin, dass im Zuge der gegenwärtigen Transformation der materiellen Produktionsweise in ihrer Komplexität auch einige Grundkonzepte des Sozialismus geklärt und revidiert werden müssen. Es bedarf der Erforschung von praktischen Strategien zur Aktivierung des innenpolitischen Potenzials des Sozialismus, um wieder gesellschaftliche Initiativen auszulösen.

In einer Zeit, in der der Sozialismus als globale Bewegung geschwächt wurde, war es nur China, das als großes Land durch die Politik der Reform und Öffnung die Transformation des Sozialismus abschloss. Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass heute auch dieser Sozialismus chinesischer Prägung vor großen

Herausforderungen steht. Es gibt Zweifel daran, was »Sozialismus« ist und ob er immer noch notwendig und möglich ist. Angesichts eines solchen Dilemmas können wir uns einerseits als sozialistisches Land nicht der Diskussion über den Sozialismus entziehen. Andererseits sollten wir uns auch nicht im Streit über Begrifflichkeiten verlieren oder uns auf ideologische Angriffe konzentrieren. Es kommt vor allem darauf an, den Sozialismus als Chance und Herausforderung zu begreifen, den der jüngste Wandel der materiellen Produktionsweise seit der Industrialisierung mit sich gebracht hat, und ihn als das fortgesetzte Streben der Menschen nach einer gerechteren Gesellschaft zu verstehen.

Wenn wir heute über den Sozialismus und seine zukünftige Form, über Sozialismus 3.0., diskutieren, dann sollten wir ihn in den realen historischen Prozess, in den historischen Zusammenhang der von Marx beschriebenen industriellen Massenproduktion stellen, und die komplexe Wechselwirkung zwischen dem Ideal der Gleichheit und dem tatsächlichen Produktionsprozess analysieren. Wir sollten Sozialismus auch im Kontext der chinesischen sozialistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts betrachten, um den komplexen Verschmelzungsprozess zwischen Sozialismus als politisches Konzept, dessen Ursprung außerhalb Chinas liegt, und den eigenen chinesischen Traditionen zu verstehen. Durch die Analyse der Erfahrungen und Lehren aus Chinas sozialistischer Aufbaupraxis können wir die aktuelle Bedeutung und Notwendigkeit des Sozialismus in China begreifen. Darüber hinaus entsteht angesichts der immer komplexeren Veränderungen der materiellen Produktion und des Strukturwandels der Weltpolitik und Weltwirtschaft in der heutigen Zeit die Notwendigkeit, die Änderungen der Organisationsformen, der räumlichen Verteilung der Produktion und der Arbeitsstruktur, die die Globalisierung und die neue Industrialisierungsperspektive mit sich gebracht haben, zu erforschen und auch ausgehend davon die zukünftige Richtung des Sozialismus neu zu definieren. Nur auf dieser Grundlage können wir uns den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Ära der großen Umbrüche der Gegenwart stellen, die Realität des Sozialismus als politische Ressource begreifen und über den zukünftigen Weg Chinas nachdenken. Aus den oben genannten Gründen versuchen wir, die Praxis des Sozialismus in der Ära von Mao Zedong als chinesischer Sozialismus 1.0 und die sozialistische Marktwirtschaft seit der Reform und Öffnung als Sozialismus 2.0 zu erfassen. Im Zusammenhang mit der Analyse der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen wollen wir darauf hinweisen, dass im zukünftigen China ein Sozialismus 3.0 entwickelt werden muss, der auf Weiterführung und Aufhebung des Sozialismus 1.0 und des Sozialismus 2.0 basiert.



## Chinesischer Sozialismus 1.0

### **Der historische Zusammenprall zwischen Sozialismus und Streben nach nationaler Rettung**

Es ist kein Zufall, dass China den Weg des Sozialismus gewählt hat. Am Ende des 19. Jahrhunderts waren alle großen nichtwestlichen alten Zivilisationen damit konfrontiert, dass der Einfluss des Westens umfassend zur Geltung kam. Dies rief bei den Eliten dieser Zivilisationen Angst hervor und löste bei ihnen die Frustration aus, dass ihre Zivilisation vollständig zerschlagen und zerstört wurde. Die mit der industriellen Zivilisation ausgerüsteten westlichen Streitkräfte zerstörten nicht nur das zerbrechliche militärische Rückgrat, das die traditionellen Agrarimperien zur Aufrechterhaltung der Ordnung brauchten, sondern ließen auch Länder wie China mit einer langen Zivilisationsgeschichte das Gefühl kultureller Überlegenheit verlieren, mit dem sie bisher auf die »Barbaren« herabblickten. Chinas Politiker:innen und Denker:innen waren unter dem Druck der Angriffe von Kanonenbooten und moderner Artillerie gezwungen, auf einen »Wandel, wie es ihn seit 3000 Jahren nicht mehr gegeben hatte«, zu reagieren. Eine neue Weltordnung mit ihren ganz eigenen »Spielregeln« entstand, als die von Großbritannien vertretenen »fortgeschrittenen« Länder auf der Grundlage der gewaltigen materiellen Kräfte der Industrialisierung nach außen expandierten. Diese Veränderung der Weltordnung machte jeglichen Versuch, im Rahmen des alten Systems mit bloßen Anpassungen zu reagieren, unmöglich.

Um zum industrialisierten Westen aufzuschließen, musste man darüber nachdenken, wie die Industrialisierung Chinas verwirklicht werden konnte, um China zu schützen und zu stärken. Während die Politiker:innen und Denker:innen in China nach einem Weg zur Industrialisierung suchten, ging der Westen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert allmählich von der Ära des Freihandels zur Ära des Imperialismus über. Die brutale kapitalistische Logik des Gesetzes des Dschungels, der zunehmend verschärfte Klassenkonflikt zwischen Arbeiter:innen und Kapitalist:innen und die immer wieder von Neuem ausgebrochenen gesellschaftlichen Protestbewegungen in den europäischen Ländern haben die chinesischen Intellektuellen zutiefst erschüttert. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs begannen viele Gelehrte, intensiv über das innere Dilemma der westlichen Zivilisation nachzudenken. Die chinesischen Revolutionär:innen und Intellektuellen waren einerseits damit konfrontiert, dass sie, um das Ziel der Modernisierung zu erreichen und eine wohlhabende Gesellschaft aufzubauen, vom Westen lernen mussten. Andererseits besaßen sie eine »natürliche« Wachsamkeit gegenüber der Polarisierung des Reichtums, die durch die kapitalistische Industrialisierung hervorgerufen wurde. Weil sie »ihre Augen für die Welt öffneten«, verfügten Denker:innen und

Revolutionär:innen wie Yan Fu und Sun Zhongshan (Sun Yat-sen) einerseits über einen weiten Horizont. Sie verstanden den historischen Trend des Fortschritts und Wandels. Andererseits war ihr Wissen, dessen Grundlage sie in ihrer Jugendzeit gelegt hatten, immer noch eng mit der traditionellen Kultur verbunden. Sie wurden auf der konzeptionellen Ebene von einer Unterströmung der traditionellen chinesischen Kultur, durch das »Ideal der großen Harmonie«, beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund lernten die Chines:innen nicht nur vom Westen, sie sahen auch die inhärenten Mängel der westlichen Industriegesellschaft und erkannten die Möglichkeit, die westliche Zivilisation zu übertreffen. Insbesondere die schnelle Entwicklung der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion zeigte dem chinesischen Volk eine realistische Möglichkeit, »den Westen einzuholen und zu überholen«. Nach der Einführung des Konzepts des Sozialismus in China erschien das Gleichheitsideal, das damit verbunden war, vielen chinesischen Intellektuellen dem klassischen Ideal Chinas näher als die liberale Idee. Die hatte sie nach gründlichem Studium enttäuscht. Der Sozialismus enthält auf der einen Seite das große Ideal der Gemeinschaft; auf der anderen Seite hat er auch die »Taufe« der Industrialisierung bestanden. Er bestand in zwei Formen, einerseits als westeuropäischer »Wohlfahrtsstaat« und andererseits als Sozialismus sowjetischen Typs, d.h. als diktatorischer Staat. Beide sind mit der modernen Produktionsweise kompatibel, erhöhen die wirtschaftliche Effizienz und treiben die Industrialisierung voran. Deshalb wurden sie von den Chines:innen anerkannt.

In den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, nach dem Erleben des Scheiterns und der Desillusionierung des ersten revolutionären Bürgerkriegs, diskutierte die chinesische Geisteswelt die einschlägige Theorie des Sozialismus, vor allem die aus der Sowjetunion eingeführte materialistische Geschichtsauffassung und deren Begründung von »Revolution«. Die Erzählung der historischen Abfolge von Urgesellschaft, Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus bis hin zur sozialistischen Gesellschaft wurde nun bewusst in den historischen Kontext der chinesischen Zivilisation eingeführt. Diese Revolution der Weltansicht, die durch die Revolution der Geschichtsauffassung repräsentiert wurde, wurde zur Prämisse der realistischen politischen Revolution.

Die Aufgabe, den Westen einzuholen und zu überholen, wurde schließlich den chinesischen Kommunisten übertragen: »Der Kanonendonner der Oktoberrevolution« brachte nicht nur das fortgeschrittene Organisationsmodell der Avantgardepartei Lenins nach China, sondern auch das praktische Modell und die spezifischen Methoden, um die Industrialisierung in rückständigen Ländern voranzutreiben. Auf diese Weise haben sich der Aufruf zur Industrialisierung und der Plan der sozialistischen Verstaatlichung, vermittelt über das Bewusstsein von der Mission der nationalen Rettung, in China tief verankert.

### **Mao Zedongs sozialistische Idee und Praxis**

Bereits in den späten 1930er Jahren hatte Mao Zedong damit begonnen, die doppelte Aufgabe der chinesischen Revolution und der Industrialisierung Chinas mit der weltweiten historischen Entwicklung des Sozialismus zu verbinden. In »Die Chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas« (1939) und »Über die Neue Demokratie« (1940) wies Mao darauf hin, dass das damalige China eine »halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft« darstelle und dass die Kommunistische Partei der sozialistischen Revolution diene. Mit Blick auf eine Planung der »Zukunft« hat Mao Zedong die chinesische Revolution in zwei Etappen geteilt. Die erste Etappe ist die der »Neuen Demokratie«. Nach voller Entwicklung dieser Etappe folge dann die Etappe des Sozialismus. Auf der Grundlage der Theorie von den fünf Gesellschaftsformationen in der Geschichte von Stalin und anderen hat Mao Zedong die Erläuterung von Lenin über Imperialismus und Kolonialismus hinzugefügt und schließlich die moderne Geschichtsauffassung Chinas geschaffen: von der Urgesellschaft zur Sklaverei und feudalen Gesellschaft, von der halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaft bis hin zur demokratischen Revolution. Diese habe zwei Phasen, eine alte und eine neue. Wird die Phase der Neuen Demokratie durchschritten, würde China zur sozialistischen und schließlich zur kommunistischen Gesellschaft gelangen. Diese Geschichtsauffassung wurde bei der Bewertung der Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung angewandt und diente als Kriterium für die Formulierung der verschiedenen politischen Strategien der Kommunistischen Partei. Wenn die Partei der realen Entwicklung voraus ist, neige sie sich nach links, wenn sie hinter ihr zurückbleibt, neige sie sich nach rechts.

Auf der Grundlage dieser Geschichtsauffassung hatten Mao Zedong und die anderen chinesischen Kommunisten der älteren Generationen zwei Aufgaben zu lösen: Die eine war die Verwirklichung der sozialistischen Industrialisierung, die andere die Verwirklichung der sozialistischen Gleichheit. Zwischen diesen beiden Aufgaben besteht aber ein sehr kompliziertes Verhältnis.

Der Verlauf der sozialistischen Industrialisierung zeigt, dass die Kommunistische Partei Chinas in der Nachfolge der Bewegung der Verwestlichung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bewusst die Aufgabe der Industrialisierung Chinas übernommen hatte und sie mit einer historischen Perspektive von Gleichheit verband, die letztlich über den Horizont der nationalen Rettung hinausging. Das Industrialisierungsmuster nach der Gründung der Volksrepublik China folgte der Logik, die sich seit der Bewegung der Verwestlichung herausgebildet hatte. Nach dieser Logik hat in den sich spätentwickelnden Ländern die Schwerindustrie den Vorrang bei der Industrialisierung. In der 1953 verkündeten »Generallinie des Übergangs zum Sozialismus« wurde betont, dass die Anstrengungen auf die Entwicklung der Schwerindustrie und die Errich-

tung der Grundlagen der Industrialisierung Chinas und der Modernisierung der nationalen Verteidigung konzentriert werden sollten.

Die Schwerpunktsetzung auf die Schwerindustrie als ein Weg, »erst stark, dann wohlhabend zu werden«, war für sich spät entwickelnde Länder in gewisser Hinsicht notwendig. Er war aber mit hohen Kosten verbunden. Wenn keine ausländischen Investitionen zur Verfügung standen und fremde Länder nicht ausgeraubt wurden, dann mussten die Ressourcen für die notwendigen Investitionen in die Industrie durch Abzug von Mitteln aus dem ländlichen Raum des eigenen Landes gewonnen werden. Für die neu gegründete Volksrepublik China bedeutete dies, dass die Industrialisierung nur durch eine Zentralisierung des geteilten Landes und eine verstärkte zentralisierte Verwaltung und Verteilung der landwirtschaftlichen Überschüsse auf der Basis der Bildung landwirtschaftlicher Kommunen erreicht werden konnte. Neben der Agrarsteuer gab es auch das Kauf- und Vermarktungsmonopol für die landwirtschaftlichen Produkte. Es war dies eine versteckte Methode der Umverteilung der landwirtschaftlichen Überschüsse hin zur Industrie und in die Städte. Die Industrialisierung brauchte auch eine große Anzahl von hochqualifizierten Arbeitskräften, was enorme Investitionen in die moderne Bildung bedeutete. Es musste ein umfassendes System der Grund- und Mittelschulbildung sowie der Hochschulbildung usw. geschaffen werden, um die Zahl der Ausgebildeten von Hunderttausenden auf Millionen und schließlich auf Zehnmillionen zu erhöhen. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen der schnellen Industrialisierung beendete China schon wenige Jahre nach Gründung der Volksrepublik die Etappe der Neuen Demokratie und trat in die Phase des Sozialismus ein. Durch die »Generallinie des Übergangs zum Sozialismus« wurde schrittweise der Sozialismus 1.0 etabliert. Seine wichtigsten Merkmale und politischen wie wirtschaftlichen Prinzipien waren das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Planwirtschaft und die Verteilung nach der Leistung. Ähnlich wie das sowjetische Modell war dieser Sozialismus 1.0 zu Beginn der Industrialisierung ein effizientes Akkumulationssystem.

Im Prozess der sozialistischen Industrialisierung wurde der Widerspruch zwischen der Industrialisierung und dem sozialistischen Ziel der sozialen Gleichheit immer offensichtlicher: Der staatlich gelenkte Modus der Industrialisierung, der die Priorität auf die Schwerindustrie legte, erforderte die Herausbildung einer großen Gruppe von Kadern und leitenden Managern. Im Prozess der fortschreitenden Industrialisierung nahm die Zahl der Fach- und Führungskräfte, des technischen Personals, der Manager:innen und Regierungsangestellten zu. Die Verfügung über die Produktionsmittel wurde wieder in den Händen der Manager:innen und nicht der Arbeiter:innen konzentriert. Das führte zu einer Tendenz der Re-Bürokratisierung. In den späten 1950er Jahren erkannte Mao Zedong, dass die Entwicklung der Produktion innerhalb des Systems auch eine

Klasse von Manager:innen schuf, die die Verantwortung für Regierungsaufgaben und die Wirtschaftsbetriebe übernahm. Dies konnte dazu führen, dass sie ihre Funktionen und Macht missbrauchten, um ihre eigenen privaten Interessen zu befriedigen und das gesellschaftliche Eigentum zurückzudrängen. Das heißt, die Bürokrat:innen übertrugen die Kosten der Industrialisierung auf die einfachen Leute, vor allem auf die Bauern, indem sie sich ihre Funktion der wirtschaftlichen Verwaltung zunutze machten und gleichzeitig die Dividende der Industrialisierung einstrichen.

Angesichts dieses Problems hoffte Mao Zedong eine Zeit lang, durch den Slogan »Die Revolution begreifen und die Produktion fördern!« einen neuen Industrialisierungsmodus der »direkten Steuerung des Produktionsprozesses durch das Volk« zu finden. Damit sollten Industrialisierung und Gleichheit sich in ihrer Gegensätzlichkeit wechselseitig ergänzen und befördern. In seinem Kommentar zu Stalins Artikel »Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR« wies Mao Zedong darauf hin, dass nach der sozialistischen Umgestaltung und der grundsätzlichen Lösung des Eigentumsproblems sich die gleichberechtigte Beziehung zwischen den Menschen in der Produktion nicht selbstverständlich herstellen würde. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln konnte die sozialistische Richtung, in der die Werktätigen selbst die Herren des Landes sind, nicht garantieren. Dazu bedurfte es der kulturellen und politischen Führung, die entsprechend erforscht und angepasst werden muss. Vor allem ging es um die Notwendigkeit der Abschaffung des bürgerlichen Rechts. Zu diesem Zweck hat Mao Zedong eine Reihe von Aktionen gefördert: Die Führung und Überwachung der Funktionäre wurden auf der politischen Ebene verstärkt; darüber hinaus wurden Versuchsfelder angelegt, die Kritik an der Hierarchie gefördert, Kader zur Arbeit an die Basis hinuntergeschickt. Kampagnen wie »Zwei Beteiligungen und eine Reform«, die sozialistische Bildungsbewegung und andere Kampagnen zielten alle auf die Lösung dieses Problems ab. Mao Zedong wies auch darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung »auf zwei Beinen« erfolgen sollte. Statt sich nur auf das staatlich gelenkte Modell zu verlassen, sollten auch die Massen mobilisiert werden, um die Nachteile des Wirtschaftsmodells, in dessen Zentrum die technischen Expert:innen standen, auszugleichen und den zentralen Plan umzusetzen. Das Entstehen der »Angang-Verfassung« im Jahre 1960 ist ein repräsentativer Fall. All dies zeigt, dass Mao Zedong die Anpassung des Industrialisierungsprozesses an die sozialistischen Ziele nie aufgegeben hat. Er hatte die Hoffnung, die durch die Industrialisierung entstandene Ungleichheit durch die Idee der Gleichheit zu korrigieren.

In der Zeit von der Gründung der Volksrepublik bis zur Reform und Öffnung hat sich China allmählich in ein Industrieland verwandelt. Gleichzeitig war die Sozialstruktur zu dieser Zeit relativ homogen und die soziale Differenzierung

war eher gering. Allerdings führte der Entwicklungsmodus der Industrialisierung nach dem Prinzip »Erst stark, dann wohlhabend werden« unweigerlich zu einer Situation weitverbreiteter Armut unter der Bevölkerung, während das Land gleichzeitig die Industrialisierung vollendete. In der Ära Mao Zedongs wurde der innere Widerspruch zwischen der Realität der sozialistischen Industrialisierung und dem Prinzip der sozialistischen Gleichheit, immer deutlicher: ein Widerspruch, der durch die staatlich geführte Industrialisierung verursacht wurde. Darüber hinaus versuchte Mao Zedong 1958 das Problem der sozialistischen Industrialisierung mit dem »Großen Sprung nach vorn« und das Problem der sozialistischen Gleichheit mit der »Kulturrevolution« zu lösen. Er stützte sich dabei auf die Kraft der jahrhundertealten radikalen ideologischen Strömung Chinas. Beide Versuche scheiterten jedoch. Keine der beiden Aufgaben, so scheint es jetzt, hätte von der Generation Mao Zedongs bewältigt werden können.

### **Das innere Dilemma des chinesischen Sozialismus 1.0**

Auf der Ebene der Theorie verfügt der wissenschaftliche Sozialismus seit Marx über ein zusammenhängendes Konzept. Ziel des Sozialismus sollte es sein, das kapitalistische Privateigentum und die ungezügelte Konkurrenz auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums und der Planwirtschaft zu überwinden, die Ausbeutung zu beseitigen und die Verteilung der Konsumgüter nach der Leistung umzusetzen. Allerdings mussten sowohl der von Lenin initiierte Weg der »sozialistischen Verstaatlichung« als auch der Weg der westeuropäischen Sozialdemokratie eine substantielle Anpassung der sozialistischen Theorie vornehmen. Der von Marx angestrebte Sozialismus sollte in den entwickelten kapitalistischen Ländern verwirklicht werden, deren Akkumulation des gesellschaftlichen Kapitals einen beträchtlichen Grad erreicht hat. Nur unter solchen Bedingungen können die Planwirtschaft und die Verteilung nach der Leistung durchgesetzt werden. In der Sowjetunion und in China bestand der erste Schritt darin, das Problem der schnellen Kapitalakkumulation zu lösen und die Grundlage für das gesellschaftliche Eigentum zu schaffen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die bestehende Zentrum-Peripherie-Struktur des Weltkapitalismus im Grunde genommen schon Gestalt angenommen, was die Möglichkeit ausschloss, dass die sozialistischen Länder eine schnelle Kapitalakkumulation mithilfe des Weltmarkts realisieren konnten. Lenins »Kriegskommunismus« ging von dem »Ausnahmestand« der »nationalen Rettung« und »Behauptung der Staatsmacht« aus. Sobald dieser »Ausnahmestand« vorbei war, musste Lenin die »Neue Ökonomische Politik« so anpassen, dass sie bis zu einem gewissen Grad mit der Marktwirtschaft vereinbar war. Stalin griff zu einer noch kostspieligeren Methode, indem er den »Ausnahmestand« verlängerte und den Markt durch eine organisierte Bürokratie der Pla-

nung und Verteilung ersetzte. Der Preis war die allmähliche Umwandlung der Sowjetunion in einen »Bürokraten-Arbeiter-Staat«.

Auch in China vollzog sich die Anfangsphase der Industrialisierung auf Kosten der ländlichen Bevölkerung. Eine der Funktionen der Bewegung zur Bildung von landwirtschaftlichen Volkskommunen bestand darin, landwirtschaftliche Überschüsse für die Industrialisierung bereitzustellen. Im Vergleich zur Sowjetunion vollzog China die industrielle Kapitalakkumulation aber nicht ausschließlich auf Kosten der ländlichen Gebiete. Mao Zedong und andere verlangten vom ganzen Volk, »den Gürtel enger zu schnallen«. Die Kosten der Kapitalakkumulation sollten von allen getragen werden. Ob Sowjetunion oder China, objektiv gesehen spielte die Planwirtschaft in der Anfangsphase dieser Industrialisierung eine positive Rolle. Zu dieser Zeit war die wirtschaftliche und soziale Struktur relativ einfach, die Planung der Produktion, des Austauschs, der Verteilung und des Verbrauchs durch den Staat war eine Aufgabe, die bewältigt werden konnte. Sobald jedoch die Industrialisierung aus der Anfangsphase heraustrat, wurde die innere Logik des ökonomischen Lebens sichtbar. Das industrielle Arbeitsteilungssystem wurde immer komplexer, die Produktionsketten wurden immer länger und die Effizienz der Planung begann rapide zu sinken. Dies führte zu einer »Verstopfung der Leitung«, zu einer Blockade der Informationsflüsse im Wirtschaftssystem.

Das größte Problem der Planwirtschaft besteht darin, die Konsumbedürfnisse der Einzelnen entsprechend dem Plan zu ordnen. Individueller Konsum hat sowohl objektive Merkmale als auch subjektive. Er ist eng mit der Selbstbestimmung der Einzelnen verbunden und enthält den doppelten Inhalt von Vernunft und Begehren. Aufgrund der Tatsache, dass Konsum komplex ist und mehrere Eigenschaften hat, ist er unberechenbar. Das ist genau der logische Ausgangspunkt für die Marktwirtschaft: Die Nachfrage der Verbraucher:innen gibt die Signale an den Markt. Dadurch werden die Produktion und der Austausch reguliert. Dies stellt die Planwirtschaft vor ihre größte Herausforderung: Bei einem Rationierungssystem (Verteilung nach Bedürfnissen) kann der Verbrauch genau gemessen und die Produktion entsprechend geplant werden. Rationierung ist aber immer nur eine vorübergehende Option. Sie gilt für Gemeinschaften in Kriegszeiten. Sobald eine friedliche Ära kommt, verlangen die Veränderungen der individuellen Bedürfnisse die Regulierungen durch indirekte Rückkopplungsmechanismen, die den Markt auszeichnen. Was die Verteilung betrifft besteht die Schwierigkeit, das Lohngefälle zwischen verschiedenen Arbeits- und technischen Niveaus zu beurteilen. Es kommt zu einem Egalitarismus und der Durchsetzung des Prinzips »Alle Essen-aus-demselben-großen-Topf«. Das senkt die Arbeitsmotivation. Obwohl der Egalitarismus bei der Verteilung die Unzufriedenheit der Menschen vorübergehend reduzieren kann, ist es schwierig, langfristig den Anreizmechanismus für Leistung auf-

rechtzuerhalten. Dies zeigt nur, dass die Menschen neben dem Streben nach Gleichheit auch eine natürliche Neigung haben, sich der Gleichheit zu widersetzen. Das ist ein Widerspruch, aber er reflektiert realistisch die menschlichen Vorstellungen. So existierte in der Sowjetunion unter Stalin und in der Zeit danach stets ein großer Schwarzmarkt als Ersatz für einen Markt. Obwohl Mao Zedong und andere in China immer wieder politische und soziale Bewegungen ins Leben riefen, um »den Egoismus zu bekämpfen und den Revisionismus zu kritisieren«, wuchsen auch in China kontinuierlich individuelle Bedürfnisse und persönliche Wünsche heran, die nicht nur im bürokratischen System existierten, sondern auch in der Bevölkerung weitverbreitet waren.

Die von Mao Zedong erhoffte »Beteiligung des Volks an der Leitung der Produktion« sowie die von Marx erwartete »Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiter«, standen in der Realität vor einem großen Dilemma: Aus der Perspektive der inneren Logik der Industrialisierung bedeuteten die Fortschritte der Industrialisierung die Erweiterung des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie betraf nicht nur die wachsende Komplexität der volkswirtschaftlichen Verflechtungen, sondern auch die innerbetriebliche Arbeitsteilung zwischen Management, technischem Personal und den Arbeiterinnen und Arbeitern. Mit der Industrialisierung und der wachsenden Komplexität der Produktion, des Verbrauchs und der Verteilung kam es zu einer rapiden Expansion des Volumens an Information, das notwendig war, um die arbeitsteiligen Prozesse zu koordinieren. Dies erforderte den Ausbau einer Bürokratie, die die Rolle des Informationsmanagements spielte. Bürokratie ist nicht nur innerhalb der Produktionseinheiten, sondern auch im Rahmen der Gesamtgesellschaft notwendig, wie Max Weber und andere ausdrücklich nachwiesen. Die Folge dieser Entwicklung in der Zeit des friedlichen Aufbaus war der rasche Zerfall der Avantgardepartei in immer komplexere einzelne bürokratische Systeme und verschiedene politische Kräfte, einer der Kollateralschäden der Industrialisierung. Um dieses Problem zu lösen, hoffte Mao Zedong, dass die Selbstvereinigung der Massen die Bürokratie ersetzen würde. Diese Zuversicht gewann er vielleicht aus der Erfahrung des Volkskrieges, in dem die KPCh durch die Umsetzung ihrer »Massenlinie« einen dynamischen politischen Integrationsprozess von Avantgardepartei und Volk verwirklichte. Unter den Bedingungen des Volkskrieges erzeugte die breite soziale Mobilisierung eine erstaunlich große Kraft. Mao Zedong wollte während der Phase des friedlichen Aufbaus das Organisationsmodell des Volkskrieges erneut anwenden. Dies wäre aber nur dann erfolgreich gewesen, wenn es das Gefühl der historischen Dringlichkeit einer solchen Mobilisierung im Hintergrund gegeben hätte. Einerseits hatte durch den Sieg der Revolution und durch die Entwicklung des friedlichen Aufbaus dieses Gefühl schon allmählich nachgelassen. Andererseits gab es damals nicht die Bedingungen, um das Volk zum Umgang



mit den immer komplexeren Informationen zu befähigen. Die Partei- und Regierungsbürokratie verzerrte aufgrund ihrer komplexen Interessenforderungen absichtlich oder unabsichtlich die Selbstorganisation der Massen und trug damit zu ihrer Auflösung bei. Unter solchen Bedingungen war die Erwartung von Mao Zedong sehr schwer zu realisieren.

Eine weitere Schwierigkeit, die damals nicht überwunden werden konnte, war die Anpassung des Akkumulationsregimes aus der Frühzeit der Volksrepublik China an die neuen Bedingungen intensiver Entwicklung: Nach dem weitgehenden Abschluss der industriellen Akkumulation bestand die nächste Herausforderung für die sozialistischen Länder darin, das normale Zirkulationssystem der erweiterten Reproduktion zu fördern. Dies umfasste zwei Aufgaben: Erstens musste das Verhältnis von Akkumulation und Konsum angepasst werden. Es war eine Reform der Steuer- und Finanzpolitik durchzuführen, um eine nachhaltige Triebkraft für das Wirtschaftswachstum zu finden. Zu diesem Zeitpunkt war Chinas Steuer- und Finanzpolitik relativ konservativ, was eine unzureichende Geldzuführung verursachte und die Steigerung des Konsums bremste. Dadurch fehlte der Industrialisierung der Anstoß zur Modernisierung. Zweitens musste das Problem der Integration in das internationale Wirtschaftssystem gelöst werden. In der modernen großindustriellen Produktionsweise erfolgt die Versorgung mit Ressourcen und Produkten oft über Regionen und Grenzen hinweg. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist kaum zu erreichen, wenn es sich nur auf Investitionen und Konsum innerhalb eines Landes stützt. Es ist notwendig, durch internationalen Handel ein effektives System des Wirtschaftskreislaufs zu schaffen und die Vitalität zu bewahren. Bereits in den 1930er Jahren hatte die Sowjetunion versucht, Kapital und Technologie aus den Vereinigten Staaten anzuziehen, während die Vereinigten Staaten in der Zeit der Wirtschaftskrise auch ein objektives Interesse daran hatten, Kapital und Industrien ins Ausland zu exportieren. Diese Zusammenarbeit schuf günstige Bedingungen für die rasante Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion. Seitdem hatte sich die Sowjetunion verpflichtet, den Aufbau des sozialistischen Lagers zu fördern, und zwar nicht nur aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen, sondern auch, um die Struktur des Wirtschaftskreislaufs innerhalb des sozialistischen Lagers zu etablieren. Nach 1949 schloss sich China, insbesondere nach dem Koreakrieg, dem sozialistischen Lager an und erhielt von der Sowjetunion umfangreiche Investitions- und technische Unterstützung, die einen reibungslosen Ablauf der Industrialisierung Chinas ermöglichten. Aber auch in den von der Sowjetunion dominierten sozialistischen Ländern zeigte sich in der Struktur der Wirtschaftskreisläufe eine Tendenz zur Entwicklung der »Zentrum-Peripherie«-Struktur ähnlich der des kapitalistischen Systems. Die Wahl von Mao Zedong und anderen war, sich vom sowjetischen System zu trennen, so wie 1949 schon die

Trennung von der kapitalistischen Welt vollzogen worden war. In der Folge blieb Chinas Wirtschaft für lange Zeit geschlossen.

Zusammenfassend kann der Sozialismus 1.0 wie folgt beschrieben werden: Die unter dem gesellschaftlichen Eigentum vereinigten Arbeiter:innen kontrollieren gemeinsam die Produktionsmittel, produzieren für ihr eigenes materielles und geistiges Wohlergehen und nicht mehr für Profit. In der Tat konnte die Planwirtschaft bereits mithilfe des etablierten gesellschaftlichen Eigentums in relativ kurzer Zeit die primäre Akkumulation der Industrialisierung – ein System der Akkumulation für das ganze Volk – abschließen. Diese Wirtschaftsstruktur birgt jedoch auch einige Schwierigkeiten, die sich nicht nur in der mangelnden Nachhaltigkeit der inneren Entwicklung, sondern auch in der Schwierigkeit der Verbindung mit dem externen Wirtschaftskreislauf manifestieren. Dies zeigt, dass die Produktionsweise und die organisatorischen Kapazitäten, die China damals besaß, nicht ausreichten, um das sozialistische Ideal von Gleichheit und Kooperation wirksam zu unterstützen. Das war die realistische Herausforderung, vor der Deng Xiaoping und andere in den 1970er Jahren standen.

## Chinesischer Sozialismus 2.0

### Sozialismus 2.0 in der Praxis der politischen Ökonomie

Als Zeuge des Sozialismus 1.0 hatte Deng Xiaoping ein klares Verständnis für dessen Probleme. Anders als Mao Zedong mit seinen idealistischen Zielen – »den Egoismus zu bekämpfen und den Revisionismus zu kritisieren«, »selbstlos zu sein« und »dem Volk zu dienen« – neigte Deng Xiaoping aufgrund seines langjährigen Kontakts mit der wirtschaftlichen Arbeit vor Ort eher zu der realistischen Position: Die Forderungen »selbstlos zu sein« und »dem Volk zu dienen« eignen sich nur für eine Minderheit, nicht aber für die Mehrheit. Sie wirkten nur für eine kurze, aber nicht für eine lange Zeit. Die Probleme des Sozialismus 1.0 sind nicht nur die übermäßige Konzentration auf den Klassenkampf, sondern auch der unüberwindbare innere Widerspruch im sozialistischen Wirtschaftssystem selbst: das Versagen der Planwirtschaft. Um einen Weg der »Modernisierung nach chinesischer Art« einzuschlagen, musste zuerst das Problem des Antriebsmechanismus gelöst werden. Es galt die Frage zu beantworten, wie die wirtschaftliche Entwicklungskraft der großen Mehrheit stimuliert werden konnte. Eigennützige Motive konnten jetzt benutzt werden, um die Menschen zum Erreichen des Wohlstands zu ermutigen. Außerdem sollte es einigen Gebieten und einem Teil der Bevölkerung ermöglicht werden, als Erste zu Wohlstand zu kommen. Indem man den Profit und nicht den revolutionären Geist als Hauptantriebskraft für die wirtschaftliche Ent-

wicklung verwendete und die soziale Ungleichheit anerkannte, um den Fortschritt zu stimulieren, die wirtschaftliche Produktion zu erhöhen und letztlich zum Wohle aller beizutragen, nahm man natürlich Risiken in Kauf. Aber es gab keine andere Alternative. Nach einer so bedeutenden Anpassung der Wertanschauung lag der Schwerpunkt der anschließenden Arbeit nicht nur auf der internen Regulierung des planwirtschaftlichen Systems, sondern auch auf der Durchführung von Reformen, wobei versucht wurde, neue Möglichkeiten außerhalb des bestehenden Systems zu schaffen und den Markt in großem Maßstab in Gang zu bringen. Deshalb betonte Deng Xiaoping immer, dass so, wie »der Kapitalismus einen Plan haben kann, der Sozialismus sich auch mit dem Markt befassen kann«. Das wichtigste politökonomische Merkmal des Sozialismus 2.0 ist die Frage, ob und wie der Sozialismus mit der Marktwirtschaft vereinbar ist.

Bei einem Treffen mit ausländischen Gästen im Jahr 1979 wies Deng Xiaoping darauf hin, dass der Sozialismus auch eine Marktwirtschaft entwickeln und »einige gute Dinge« von den kapitalistischen Ländern lernen könne, wie z.B. deren Betriebs- und Managementmethoden. 1984 hat die 3. Plenarsitzung des 12. Zentralkomitees der KPCh mit dem »Beschluss des Zentralkomitees der kommunistischen Partei China über die Reform des Wirtschaftssystems« zum ersten Mal durch eine Resolution den Gegensatz zwischen Planwirtschaft und Warenwirtschaft durchbrochen. Deng Xiaoping sprach in den höchsten Tönen von dieser Resolution für eine politische Ökonomie, die die Grundprinzipien des Marxismus mit der Praxis des chinesischen Sozialismus kombiniert. Dies ist bereits ein wesentlicher Unterschied zum Sozialismus 1.0, in dem die Planwirtschaft, das gesellschaftliche Eigentum und die Verteilung nach der Leistung die drei komplementären institutionellen Bestandteile der Produktionsform bildeten. Es war die Praxis von Deng Xiaoping, die Planwirtschaft allmählich in ein Mittel der Makrosteuerung zu verwandeln. Die Marktwirtschaft wurde hinzugefügt und mit dem System des gesellschaftlichen Eigentums und der Verteilung nach Leistung in Übereinstimmung gebracht.

Die Regulierung des grundlegenden Wirtschaftssystems brachte unweigerlich Fragen mit sich, was die Schlüsselemente und Charakteristika des Sozialismus sind – und wie Sozialismus neu interpretiert werden kann. Angesichts dieser Fragen konnte man zwar über die theoretischen Fragen »nicht debattieren« und das Thema zur Seite schieben; aber was die Richtung der Entwicklung betraf, musste ein bestimmtes Ziel vorgegeben werden. Deshalb fing Deng Xiaoping im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung auch an, die Theorie der historischen Etappen aus dem Sozialismus 1.0 schrittweise anzupassen. Auf dem XIII. Parteitag wurde die Formulierung »Anfangsetappe des Sozialismus« verwendet. Durch die Reform und Öffnung der 1980er Jahre nahm Sozialismus 2.0 in den frühen 1990er Jahren allmählich eine klare Gestalt an:

Ausgehend von dem Grundprinzip des Sozialismus betonte der XIV. Parteitag die Kombination von Sozialismus und Marktwirtschaft. Die klassischen sozialistischen Prinzipien wurden in folgender Weise revidiert: Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Verteilung nach der Leistung werden gewährleistet – jetzt aber auf der Grundlage dessen, dass nicht mehr an der Planwirtschaft festgehalten wird. Dementsprechend wurde auch die Theorie über die historischen Entwicklungsetappen revidiert: Es wurde klar gestellt, dass China sich in der Anfangsetappe des Sozialismus befindet und deswegen eine sozialistische Marktwirtschaft, d.h. einen Sozialismus chinesischer Prägung braucht.

### **Die grundlegenden Probleme des Sozialismus 2.0**

Die Reform und Öffnung haben die inländische private Nachfrage wirksam stimuliert. Durch den Beitritt zum Weltmarkt hat China ausländische Investitionen angezogen und externe Märkte erschlossen. In diesem Zusammenhang ist die zivile Industrie in China schnell gewachsen. Mit Unterstützung der Strukturen der internen und externen Wirtschaftskreisläufe hat die Industrialisierung eine anhaltende hohe Dynamik gewonnen. China hat sich von der Periode der industriellen Akkumulation verabschiedet und ist in die Periode des industriellen Wachstums und der qualitativen Aufwertung eingetreten.

In Deng Xiaopings Darstellung der sozialistischen Marktwirtschaft war die Marktwirtschaft nur das Mittel, und das sozialistische Streben nach »gemeinsamem Wohlstand« das eigentliche Ziel. Die entsprechende sozialistische Perspektive galt dem Übergang von einer »Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand« zu einer »Gesellschaft mit gemeinsamem Wohlstand«. Doch mit der raschen Entwicklung der Marktwirtschaft wurde dieses Bild immer problematischer.

Zunächst einmal fehlt diesem Argument aus historischer Sicht die Unterstützung durch eine starke historische Erzählung: Die Unklarheit in der Theorie gesellschaftlicher Entwicklungsstufen ist zur Herausforderung für die ideologische Führung geworden. Ein herausragendes Merkmal des Sozialismus ist die Erwartung, dass die Entwicklung auf das zukünftige Ziel gerichtet ist – die kommunistische Gesellschaft. Dies ist auch eine wichtige Quelle, aus der sich die Fähigkeit zur sozialistischen Mobilisierung speist. Deng Xiaopings sozialistische Erzählung übernimmt in der Geschichtsauffassung jenen Rahmen der Gesellschaftsphilosophie, den Mao Zedong in seiner Schrift »Über die Neue Demokratie« gelegt hat, und sie fügt in den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus die Anfangsetappe des Sozialismus hinzu. Der Sozialismus wird seinerseits untergliedert. Unter diesen historischen Bedingungen diente die Theorie von der Anfangsetappe des Sozialismus dazu, sich der »extrem linken« Linie von Mao Zedong entgegenzustellen und die Marktwirtschaft zu vertei-

digen. Auf diese Weise konnte der Herausforderung der »Theorie der permanenten Revolution« in der Politik ausgewichen werden. Es konnte ein großer Spielraum für praktische Aktivitäten geschaffen werden. Unter theoretischem Aspekt aber war dies mangelhaft. Die »Theorie der Anfangsetappe« benutzt den historischen Rahmen des Sozialismus 1.0, ohne neue Erzählungen und Erläuterungen zu schaffen. Sie hat keine Antwort auf zwei Schlüsselfragen gegeben: Gibt es überhaupt eine höhere Etappe nach der Anfangsetappe? Wird es schließlich weiter in Richtung Kommunismus gehen? Zu dem Zeitpunkt war es nicht möglich, diese Fragen zu beantworten, sodass die Frage nur durch die Formel »Keine Auseinandersetzung« aufgeschoben wurde. Für die Öffentlichkeit bedeutet dies eine Krise des Glaubens an den Sozialismus, für die Regierungspartei war es eine ideologische Krise.

Der Sozialismus 2.0 steht auch vor ernsthaften Schwierigkeiten mit Blick auf das Wesen des sozialistischen Wirtschaftssystems. Das größte Problem der Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft ist die Frage, ob Marktwirtschaft und Sozialismus miteinander vereinbar sind. Aus der Sicht der Theorie der Eigentumsrechte ist Sozialismus als Eigentumsform mit dem kollektiven Eigentum und dem gesellschaftlichen Eigentum verbunden. Der Markt ist theoretisch ein Funktionsprinzip der Wirtschaft oder, mit anderen Worten, ein Prinzip der Ressourcenallokation: Die Art der herzustellenden Güter und der Produktionsumfang der verschiedenen Unternehmen werden entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage und den dadurch bestimmten Preissignalen bestimmt. Daher können theoretisch Unternehmen aller Eigentumsformen mit dem Markt vereinbar sein. In Hinsicht auf die Interpretation der sozialistischen politischen Ökonomie betonen Vertreter:innen der »sozialistischen Marktwirtschaft«, dass der Sozialismus auch den Markt benutzen kann. Es wurde das Prinzip der Planwirtschaft als einer Wirtschaftsform aufgegeben, während die beiden übrigen Grundprinzipien erhalten bleiben: gesellschaftliches Eigentum und Verteilung nach Leistung. Mit dem Wachstum der Marktwirtschaft und dem Zerfall der Planwirtschaft sind aber auch die Verteilung nach Leistung und das gesellschaftliche Eigentum allmählich in Auflösung begriffen.

Unter der Bedingung des gesellschaftlichen Eigentums sind die Hauptakteure auf dem Markt in kollektivem oder staatlichem Besitz, eine Verteilung nach Leistung ist theoretisch machbar. Die sogenannten kollektiven oder staatlichen Unternehmen können objektiv gesehen erstens die Beschäftigten des Unternehmens nicht willkürlich entlassen; zweitens haben die Beschäftigten des Kollektivs rückwirkende Rechte auf Gewinne. Tatsächlich aber greift die Marktwirtschaft solche theoretischen Prinzipien ständig an. Beispielsweise wurden die ländlichen Unternehmen in den 1980er Jahren meist auf der Grundlage von Kommunal- und Brigadeunternehmen errichtet, die aus der Mao-Ze-

dong-Ära übrig geblieben waren, und die meisten von ihnen hatten den Charakter von Kollektivwirtschaften. Mitte und Ende der 1990er Jahre gingen ländliche Unternehmen aufgrund der raschen Veränderungen der Marktsituation in großem Umfang in Konkurs und wandten sich dem privaten Erwerb und der privaten Betriebsweise zu, wodurch sie zum Vorläufer einer großen Zahl privater Unternehmen wurden. Die Änderungen des Eigentums – abgesehen von der Korruption als einer Ursache – standen im engen Zusammenhang mit der Funktionslogik des Marktes: Der Markt folgt dem Wertgesetz und die Produktion orientiert sich an den Preissignalen. Für Unternehmen wird die Anpassung von Investitionsrichtung und -umfang, Struktur der Produktionskapazitäten usw. von Preissignalen geleitet. In allen diesen Fragen sahen sich Unternehmen im gesellschaftlichen Eigentum mit Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung konfrontiert. In staatlichen und kollektiven Unternehmen wurde der Stellenabbau zum Problem. Aber wenn ein Unternehmen aufgrund steigender Kosten oder Marktveränderungen keine Möglichkeit hatte, rechtzeitig Stellen abzubauen oder die Produktion umzustellen, konnte es sich nur schwer behaupten. Das Produktionskollektiv drohte zu zerfallen. Jetzt gibt es einige ländliche Unternehmen, bei denen »kollektiv« sich nur noch im Dorfkollektiv widerspiegelt. Im gesamten Umfeld der Marktwirtschaft sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Unternehmen keine »Einheimischen« oder »Dorfbewohner:innen«, sodass sie nur als Lohnarbeiter:innen beschäftigt werden können. Die Problematik staatlicher Unternehmen ist ähnlich: Solange sie sich am Marktwettbewerb beteiligen, können sie Kapazitätsausweitung und -abbau, Konkurs, Produktionsumstellung und technologische Aufrüstung nur dadurch erreichen, indem sie sich der unerbittlichen Logik des Marktes stellen.

Der Handelssektor wurde in der Zeit zwischen der Mitte und dem Ende der 1980er Jahre schrittweise privatisiert. Nach 1992 kamen zahlreiche ausländische Investitionen hinzu, und das Privateigentum im Produktionsbereich weitete sich allmählich aus. Unter dem Anstoß der Marktwirtschaft wurden das Prinzip der Verteilung nach Leistung und das gesellschaftliche Eigentum nach und nach aufgelöst. 1998 wurden die staatlichen Betriebe auf Kreisebene durch die Politik »Das Große ergreifen, das Kleine loslassen« im Wesentlichen privatisiert. Ein großer Anteil des Staatseigentums ging verloren. Die Arbeiterklasse wurde auf den Markt gedrängt, und die Kommunistische Partei löste die Verbindung zu ihrer Klassenbasis. Gleichzeitig war dieser Prozess auch der Prozess des Übergangs von der »Verteilung nach der Leistung« zur »Verteilung nach den Hauptfaktoren«. Das Kapital, die Verfügung über Grund und Boden, die Technologie und andere Faktoren nehmen aufgrund ihrer Knappheit bei Markttransaktionen gegenüber dem Faktor Arbeitskraft oft eine günstigere Position ein. Nach dem Prinzip des Vorrangs der wirtschaftlichen Effi-

zienz wurden die Privilegien der genannten Produktionsfaktoren gegenüber der Arbeitskraft vergrößert und es kam sogar zum Missbrauch dieser Vorrangstellung. Dies reduzierte unweigerlich den Anteil, den die Arbeiter:innen bei der Verteilung erhielten, und führte zu der immer deutlicheren Tendenz der Trennung der Arbeiterinnen und Arbeiter von den Produktionsmitteln sowie zu einer kontinuierlichen Verschlechterung ihrer Existenzlage. Gleichzeitig erhöhte das unzureichende Angebot an öffentlichen Dienstleistungen die sozialen Risiken für die Arbeiter:innen zusätzlich. Konnten die aufgelaufenen Kosten der anfänglichen Industrialisierung in den ersten drei Jahrzehnten durch die Macht des Staates noch gleichmäßig auf das ganze Volk verteilt werden, so waren die Kosten der marktorientierten Reform in den folgenden drei Jahrzehnten eher vom einfachen Volk, insbesondere von den mehr als 200 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern mit ländlichem Hintergrund, darunter mehr als 150 Millionen als Wanderarbeiter:innen, zu tragen. Diese enorme Ungleichheit ist mit der sozialistischen Propaganda unvereinbar. Heute ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur ein soziales Problem, sondern auch ein politisches, das China als politische Gemeinschaft auseinanderzureißen droht. Und die Kosten einer destruktiven Bewegung werden unerträglich hoch sein, wenn nicht proaktiv Anpassungen vorgenommen werden. In diesem Sinne ist die sozialistische Ideologie für die Lenkung einer gerechten Entwicklung der Gesellschaft dringend erforderlich.

## **Auf dem Wege der Erkundung des Sozialismus 3.0**

### **Veränderte Bedingungen für den neuen Sozialismus**

Für China zeigen sowohl die Praxis des Sozialismus 1.0 in den ersten 30 Jahren als auch die Praxis des Sozialismus 2.0 in den folgenden 30 Jahren nach Gründung der Volksrepublik, dass die Ideale und Überzeugungen des Sozialismus auf komplexe Weise mit der chinesischen Realität verschmolzen sind. Diese Verschmelzung lässt keinen radikalen »Schnitt« und keine »Gesamtwende« zu. Die Schwierigkeit liegt darin, dass es für China kein externes Referenzmodell gibt, um die Anpassung der sozialistischen Version 2.0 an die neuen Bedingungen zu realisieren. Sowohl der Weg der »westeuropäischen Sozialdemokratie« als auch ein endgültiger »Abschied vom Sozialismus« und die Orientierung auf die USA als Vorbild haben vor dem Hintergrund der neuen internationalen politischen und wirtschaftlichen Situation und der gegenwärtigen Umwälzungen der Produktionsweise gezeigt, dass sie in die Krise führen. Das bedeutet, dass China seinen sozialistischen Weg auf der Grundlage seiner eigenen Praxis erkunden muss. Die Betonung der eigenen Praxis Chinas bedeutet nicht, China von der Außenwelt zu isolieren. Im Gegenteil, die Realität mit

der stärksten Wirkungskraft des heutigen China besteht darin, dass es tief mit der Außenwelt verbunden ist. Deshalb muss die Diskussion über den Sozialismus in China im Kontext weltweiter politischer und wirtschaftlicher Veränderungen stattfinden. Das Voranschreiten der Globalisierung hat keine amerikanisierte Welt geschaffen, wie man es sich nach 1989 lange Zeit vorgestellt hat, sondern hat im Gegenteil zwei grundsätzliche Widersprüche hervorgerufen.

Einerseits ist mit der rasanten Entwicklung des Internets und anderer neu entstehender Technologien die Verbreitung von Bildung und Informationen zu einem Trend geworden, der das Wissensmonopol und die moralische Autorität einiger weniger Eliten für immer verschwinden lässt. Da die technologischen Barrieren für den schnellen Informationsfluss auf der ganzen Welt beseitigt worden sind, richten die Menschen ihre Erwartungen an ihr Leben oft auf den Standard der am meisten entwickelten Regionen der Welt aus. Das reduziert die Toleranz der Bevölkerung gegenüber sozialer Ungleichheit sehr deutlich. Es zeigt, dass die neu entstehenden Technologien, wie die Informationstechnologie, die ursprüngliche Einstellungsstruktur der Menschen beeinflussen und untergraben und eine zunehmend konvergierende Denkweise geschaffen haben.

Andererseits haben die neu entstehenden Technologien, zu denen vor allem die Informationstechnologie gehört, in der materiellen Produktion Folgen, die ganz anders aussehen als die Tendenzen in den Einstellungen der Menschen, die auf den Abbau von Hierarchien zielen. Die neuen Technologien haben keineswegs »spontan« eine Produktionsweise geschaffen, die die Werte der Gleichheit und ihre Wahrnehmung in der Realität ausreichend unterstützen würden. Sie machen eher die hierarchische Struktur noch raffinierter und komplizierter. Die Tendenz zum Outsourcing, ähnlich wie bei »Apple plus Foxconn«, nimmt zunehmend Gestalt an. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung der Produktion beseitigt die hierarchische Struktur nicht vollständig, sondern nutzt lediglich die globale Verteilung der Produktionsprozesse, um die Kosten der hierarchischen Struktur von Unternehmen und zwischen Ländern global zu verteilen. Diese Tendenz führt dazu, dass die Weise der Verbindung der einfachen Arbeiter:innen mit den Produktionsmitteln immer diversifizierter und fragmentierter werden. Der globale Wettbewerbsdruck wird zunehmend von dem privilegierten Teil der Produktionskette auf die einfachen Arbeiter:innen verlagert. Auch der durch die Netzwerktechnologien vorangetriebene Trend des Outsourcings von Dienstleistungen beseitigt allmählich die funktionale Basis der Mittelschicht in der Wirtschaftsstruktur verschiedener Länder; die dortige Mittelschicht ist generell geschwächt. Gleichzeitig sind die Eliten aller Länder »global mobiler« geworden. Sie und ihr Eigentum sind zunehmend in »Weltstädten« wie New York, London, Paris, Shanghai, Tokio aktiv und konzentrieren sich dort. Dies führt dazu, dass sie immer weniger mit ihrem Her-



kunftsstaat und ihrer Herkunftsregion verbunden sind und die politische Loyalität gegenüber ihrem Land verlieren. Die sozialen Strukturen überall auf der Welt tendieren zur Polarisierung. Alle Länder sind mit ihrer je eigenen »Krise der politischen Gemeinschaft« konfrontiert.

Diese beiden widersprüchlichen Tendenzen haben ernste ideologische und politische Krisen hervorgerufen, vom »Arabischen Frühling« bis hin zur »Sonnenblumen-Bewegung« in Taiwan. Sie zeigen, dass es alle sozialen Protestbewegungen mit Bezeichnungen, die von »Antikapitalismus« bis hin zum »Streben nach Gleichheit und Demokratie« reichen, versäumen, ihre wirklichen »Feinde« zu identifizieren, wenn ihnen ein gründliches Verständnis des realen materiellen Produktionsprozesses und der entsprechenden Strategien fehlt. Die Bewegungen werden oft von imaginären und paranoiden Emotionen und den realen Machtkämpfen in eine zerstörende Unruhe getrieben. Sie geben dem Gefühl der Unzufriedenheit nur ein Ventil und haben keinen konstruktiven positiven Wert. Dies zeigt, dass wir zur Überwindung der enormen Ungleichheit im Bereich der Wirtschaft und bei der Verteilung des Reichtums und des Nihilismus der gelebten ethischen Werte nicht alle gemeinsam klagen sollten, sondern konstruktiv handeln und entscheiden müssen. So wie Marx Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts versuchte, das innere Wesen des modernen Industriekapitalismus zu verstehen, so brauchen wir heute eine tiefere Analyse und ein tieferes Verständnis der inneren Logik der gegenwärtigen Transformation der Produktionsweisen. Rationales Handeln kann nur als Reaktion auf die gegebene Situation, zu den richtigen Zeitpunkten und an kritischen Punkten der Transformation erfolgen. Es kommt darauf an, vernünftige Entscheidungen zu treffen, die den gegebenen historischen Bedingungen entsprechen. Insbesondere für China sollte der Sozialismus nicht nur auf der Ebene einer Proklamation der Regierung bleiben, sondern auch als die konzeptionelle und praktische Grundlage dienen, um ein Umdenken in der Öffentlichkeit einzuleiten und die politische Gemeinschaft auf neue Weise zu gestalten. Vor dem Hintergrund der neuen Weltlage und der neuen Produktionsformen soll die Neuausrichtung des Sozialismus ernsthaft erwogen werden.

### **Die möglichen Richtungen der Erkundung des Sozialismus 3.0**

Heute müssen sich sowohl die linken als auch die rechten Strömungen der Tatsache stellen, dass Kapitalismus und Sozialismus – genauer gesagt, Kapital und Arbeit, die Marktwirtschaft und die mit ihr zwangsläufig verbundenen Beschränkungen – noch lange nebeneinander existieren werden. Wie Friedrich von Hayek und andere gezeigt haben, hat die Menschheit bis heute noch kein praktikableres Modell der Wirtschaftsorganisation als die Marktwirtschaft gefunden. Allerdings ist dem Kapitalismus, wie Karl Polanyi und andere erläutert haben, eine Logik der Selbstzerstörung und eine natürliche Tendenz zur Zer-

störung der Gesellschaft eigen, die durch bewusste soziale Schutzbewegungen korrigiert werden muss. Der Markt spiegelt wider, dass menschliche Bedürfnisse und Fähigkeiten getrennt werden können, und er schafft die Möglichkeit, sie komplex neu zu kombinieren. Er hat seine zweckmäßige Seite. Das Problem ist, dass rationale Handlungen und Prinzipien auch irrational werden können, wenn sie zu sehr verallgemeinert werden. Deshalb warnte Polanyi vor dem Eindringen von Marktprinzipien in die ethische und politische Sphäre. Ein wettbewerbsorientiertes marktwirtschaftliches Modell muss durch bestimmte Prinzipien gemeinschaftlicher Werte koordiniert werden. Wenn nur das Gesetz des Dschungels befolgt wird, wird sich die menschliche Gesellschaft unweigerlich spalten und zusammenbrechen. In diesem Sinne ist es wichtig, dass man beim Nachdenken über ein realistisches sozialistisches Szenario die Realität der langfristigen Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus anerkennt.

Die Kernelemente des Sozialismus 1.0 (Planwirtschaft, gesellschaftliches Eigentum und Verteilung nach Leistung) basieren auf der Analyse und Verbesserung des Modells der industriellen Großproduktion. Die Grundlage der industriellen Großproduktion ist die gemeinsame Arbeit: Die Arbeiter:innen sammeln sich in einer gemeinsamen Arbeitsumgebung und kooperieren miteinander. Sie kombinieren die Produktionsmittel und stellen gemeinsam Güter her. Entsprechend den Prinzipien der Planwirtschaft, des gesellschaftlichen Eigentums und der Verteilung nach der Leistung sollen die Produktionsmittel auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit in den Händen der Arbeiterinnen und Arbeiter liegen, um die Ausbeutung durch die Bourgeoisie zu beseitigen und die Arbeitsstruktur und das Lebensumfeld der Beschäftigten zu verbessern. Heute hat die Kombination von Informationstechnologie und Industrialisierung zur zunehmenden Marginalisierung der Industrien mit fordistischer Massenproduktion geführt. Das weitverbreitete Outsourcing vor allem in den Dienstleistungsbranchen zwingt die Arbeitnehmer:innen, in der Privatwirtschaft tätig zu werden. Mit der Unterstützung von Informationsnetzwerken wird die Arbeit immer stärker dezentralisiert. Sie diversifiziert sich und wird abstrakter. Gleichzeitig ersetzen mit dem Aufstieg von neuen Industrien wie denen, die mit Big Data verbunden sind, die großen Anbieter von Informationstechnologien und Netzwerkdiensten wie Google, Baidu und Tencent zunehmend die Funktionen des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Verwaltung der Regierung. Ihrer Eigentumsstruktur nach, insbesondere in Bezug auf die Rechte an geistigem Eigentum, die deren Kernkompetenzen ausmachen, stehen sie aber immer noch unter privater Verwaltung. Unter dem Schutz des Rechtssystems und infolge der Anwendung der globalen Handelsregeln entsteht gerade eine neue »Zentrum-Peripherie«-Struktur der Weltwirtschaft auf der Grundlage der Wissensbarrieren. All dies zeigt, dass das ganze Gerede vom Antikapitalismus nichts anderes ist als ein Schrei der Ohnmacht angesichts der

neuen Tendenzen bei der Transformation der Produktionsweise. Und es offenbart, dass die Debatte über die zukünftigen Möglichkeiten des Sozialismus sich auf einen Punkt konzentrieren und von diesem ausgehen muss: nämlich von der Stellung der Arbeit in der Produktionskette. Es ist die Aufgabe des Sozialismus 3.0, neue Wege zu finden, um die durch den Kapitalismus verursachte Tendenz des Missbrauchs der privilegierten Position derer zu korrigieren, die über eine überlegene Marktmacht verfügen. Dafür muss die Arbeit in den Mittelpunkt gestellt und die Lage der Arbeiter:innen und die Weise ihrer Verbindung mit den Produktionsmitteln verbessert werden.

Ziel ist ein umfassenderes und gerechteres Modell der Industrialisierung. Es liegt auf der Hand, dass dieses Ziel nicht durch kurzfristige Marktregulierung erreicht werden kann. Wenn alles den marktwirtschaftlichen Prinzipien überlassen wird, wird es die spontane Entscheidung vieler Unternehmen sein, zu »de-industrialisieren«. Deshalb muss die entsprechende Handlungsfähigkeit des Staats im wirtschaftlichen Bereich gewährleistet und aufrechterhalten werden.

Seit der Zeit des Sozialismus 1.0 weist die Staatsform Chinas eine gewisse Einzigartigkeit auf. Sie verfügt über vielfältige Formen der Ausführung staatlicher Zielstellungen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet, wie sie die sozialistischen Länder insgesamt kennzeichnen. Gleichzeitig reduziert der chinesische Staat sich dabei nicht auf einen »Bürokraten-Arbeiter-Staat« im Sinne der Sowjetunion. Selbst nach den »administrativen« Reformen des Sozialismus 2.0 hat der Staat eine gewisse wirtschaftliche Handlungsfähigkeit aufrechterhalten, die nicht nur auf staatlicher Politik, sondern auch auf Schlüsselementen wie staatlichen Unternehmen und dem staatlichen Bodensystem beruht. Seit den 1980er Jahren haben die staatseigenen Unternehmen eine Verschiebung vom Volkseigentum zu Staatseigentum und dann von staats-eigenen Betrieben zu staatskapitalistischen Unternehmen durchlaufen. Eine der unbeantworteten Fragen ist die Neudefinition des »Öffentlichen«. Gesellschaftliches Eigentum ist unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsrechte ein effektiver Weg, um Arbeitnehmer:innen und Produktionsmittel zu kombinieren. Wie aber bereits erwähnt wurde, ist dieses Modell mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden.

Infolge einer systematischen Reform konnte die Flexibilität der staatseigenen Unternehmen, auf dem Markt zu agieren, erheblich verbessert werden. Die Form des Staatskapitals wurde an diese Erfordernisse angepasst. Viele glauben, dass die künftige Richtung der Reform auf die Privatisierung dieser Unternehmen zielen müsse, da Privatisierung die Lösung für die sogenannte »Tragik der Allmende« sei. Aber seit den 1970er Jahren sahen sich viele europäische und amerikanische Unternehmen mit »Prinzipal-Agent«-Problemen – dem Machtmissbrauch durch das Management von Unternehmen zum Nachteil der Aktionär:innen – konfrontiert. Dies zeigt, dass eine Privatisierung das

Problem der Verletzung öffentlicher Interessen nicht lösen kann. Heute bestehen das eigentliche Problem und die mögliche Richtung der Reform darin, das »Öffentliche« von staatseigenen Unternehmen und staatseigenem Grund und Boden neu zu definieren. Es ist wichtig zu erkennen, dass die staatseigenen Unternehmen, anders als Unternehmen sonst, eine doppelte Rolle als Wirtschaftsorganisation und als Finanzorganisation spielen. Das ermöglicht der Zentralregierung, finanzielle Unabhängigkeit und damit Handlungsfähigkeit zu erlangen. Dadurch kann sie gewissermaßen das Kapital kontrollieren und dessen Macht ausgleichen. Die Tatsache, dass Grund und Boden im Staatsbesitz sind, gewährt der Zentralregierung einen gewissen Spielraum, die Kosten der Industrialisierung und Urbanisierung zu regulieren.

Bislang rührt ein Großteil der weitverbreiteten Skepsis gegenüber Staatsunternehmen und dem System des staatlichen Eigentums an Grund und Boden daher, dass die öffentlichen Vorteile dieser beiden »staatlichen« Systeme für die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung nicht spürbar sind. Daher bedeutet die Reform nicht, unvermeidlich den Weg zur Privatisierung zu gehen, sondern vielmehr eine vernünftigeren und gerechteren Verteilung der Gewinne staatlicher Unternehmen und eine klarere Definition der sozialen und politischen Funktionen der Staatsunternehmen. Der öffentliche Charakter von Grund und Boden muss auch im Sinne der Verteilungssysteme und sozialer Sicherung geklärt werden. In der Vergangenheit wurde im Zuge der Urbanisierung in verschiedenen Teilen des Landes die Verteilung der Gewinne bei der Aufwertung von Grund und Boden häufig von lokalen Regierungen, Basiskadern und einer kleinen Anzahl von Bauern in den Vorstädten zu eigenen Gunsten beansprucht. Das hat nicht nur zu einer ungleichen Einnahmeverteilung geführt, sondern auch eine neue städtische Klasse von Rentiers auf der Basis von Grund und Boden geschaffen. Diese Situation ist zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur nicht förderlich, sondern ermöglicht eine neue Form der Ausbeutung der neuen Schichten von Bürger:innen. Deshalb ist es notwendig, eine gerechte und rationale Nutzung und Verteilung des aufgewerteten Anteils von Grund und Boden vorzunehmen. Natürlich bedürfen die spezifischen institutionellen Arrangements und die funktionalen Anforderungen einer systematischen und gründlichen politischen und wirtschaftlichen Analyse und einiger praktischer Untersuchungen.

Bei der Bewältigung einer solch schwierigen Aufgabe muss sich der Staat auch vor einer weiteren Bürokratisierung infolge seiner Übernahme der Rolle der Produktionsregulierung hüten. Eine Tendenz, die sich in den mehr als drei Jahrzehnten der Reform bereits angekündigt hat. Um dagegen vorzugehen, kann eine Strategie angewandt werden, bei der eine Interaktion zwischen der Regierungspartei und den Massen hervorgerufen und ein dynamischer politischer Prozess gestaltet wird. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei

hängt sicherlich mit ihrem Gewaltmonopol, etwa an organisatorischen Ressourcen wie der militärischen und politischen Macht, zusammen. Aber noch wichtiger ist, dass die Kommunistische Partei diese Gewalt und diese organisatorischen Ressourcen wirksam zur Umstrukturierung der Arbeitsstruktur und der Produktionsverhältnisse einsetzt und die Unterstützung des Volkes gewinnt. In der Ära des Sozialismus 1.0 verteilte die Kommunistische Partei das wichtigste Produktionsmittel – das Land – an die Bauern und leitete die Industrialisierung ein, um die Arbeiterklasse zu »schaffen«. Deshalb entsprach die führende Rolle der Partei dem Gesamtinteresse der Bevölkerung und hatte eine solide soziale Grundlage. In der Ära des Sozialismus 2.0 führte die Kommunistische Partei die Prinzipien der Marktwirtschaft im wirtschaftlichen Bereich ein und reorganisierte die Ressourcenallokation in einer Weise, die der Effizienz Vorrang einräumte und den Einzelnen dazu ermutigte, wohlhabend zu werden. Dieser Ansatz trug den »wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen« der Bevölkerung Rechnung, führte aber auch zu einer ersten Krise: Die Trennung der Arbeiter:innen von den Produktionsmitteln und die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse wurden immer gravierender. Das stand im Widerspruch zur Position der Kommunistischen Partei als »Führer des Volkes« und bedrohte ihre soziale Grundlage. Wenn die Kommunistische Partei heute ihre soziale Grundlage wieder aufbauen will, so muss sie nicht nur im Bereich der Sozialpolitik einige Anpassungen vornehmen und Abhilfe für drängendste Probleme schaffen, sondern auch ihre eigene Klassenbasis wieder neu konzipieren. Das heißt, dass die Partei die Lebensbedingungen der breiten arbeitenden Klasse verbessert. Dafür muss sie nicht nur die Verteilung des Einkommens anpassen, sondern auch die derzeit benachteiligte Stellung der Arbeit im Produktionssystem ändern sowie den Missbrauch von Faktoren wie dem Kapital, das seine überlegene Position ausnutzt, beschränken.

Neben den Aufgaben im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ist es auch wichtig zu erkennen, dass die dem Sozialismus innewohnenden Werte und Ideale ebenfalls wichtige Ressourcen für die Gestaltung der Nation als politische und zivilisierte Gemeinschaft sind.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde China im Prozess der Modernisierung mit einem Widerspruch konfrontiert: Einerseits musste es um Wohlstand, Stärke und nationaler Rettung willen die Last des historischen Erbes loswerden. Es hat die Tendenz gefördert, Traditionen grundsätzlich abzulehnen. Andererseits musste die Nation Ressourcen aus der traditionellen Kultur schöpfen, um eine nationale Identität und auch politische Gemeinschaft zu formen. Dieser Widerspruch hat sich oft in Gestalt von ideologischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft verschärft.

Wie bereits erwähnt, ist die schnelle Akzeptanz und Verbreitung sozialistischen Gedankenguts im modernen China zum einen auf die enge Verbindung

mit dem Ideal der »großen Harmonie« im traditionellen Denken zurückzuführen. (Bis jetzt geht das Verständnis vieler Chines:innen vom Sozialismus tatsächlich von diesem »eigenen Kulturbegriff« aus.) Zum anderen kann sie mit der chinesischen Anpassung der Erzählung über die historischen Etappen erklärt werden. Dazu hatte vor allem Mao Zedong beigetragen, der dieses Narrativ nutzte, um Wahrnehmungen und Überzeugungen wirksam zu verbinden und so die Akzeptanz des Sozialismus zu sichern. Im Sozialismus 1.0 war die Industrialisierung das Mittel zum »Einholen und Überholen«,<sup>2</sup> und das Ideal der sozialistischen Gleichheit war wiederum das Ziel dieses »Einholens und Überholens«. Im Sozialismus 2.0 reduziert sich das »Bewusstsein vom Einholen und Überholen« mehr und mehr auf das wirtschaftliche Gebiet. Das Ziel wird so auf ein umsetzbares Niveau reduziert. Obwohl diese Praxis relativ realistisch ist, fehlen die normativen Ansprüche und die entsprechenden Erklärungen in Bezug auf die Etappen der historischen Entwicklung.

Das bedeutet, dass wir sozialistische historische Erzählungen unter den veränderten Bedingungen neu erläutern und interpretieren müssen. In sozialistischen Ländern sind materialistische Erzählungen über Entwicklungsetappen eine Form des Wissens, aber auch ein Form der Offenbarung, die über dieses Wissen hinausgeht. Man kann sagen, dass historische Erzählungen in einem nichtreligiösen Land wie China bei der Aufrechterhaltung der nationalen Identität und Überzeugungen eine herausragende Rolle spielen. Dies ist vergleichbar mit der monotheistischen Tradition, die sich hinter den liberalen politischen Apparaten in den westlichen entwickelten Ländern verbirgt. Für ein großes Land sind gemeinsame Werte mit einem gewissen Idealismus notwendig. Es geht um Werte, die im Gegensatz zur ideologischen Propaganda die Koordinierung und Korrektur der realen politischen und wirtschaftlichen Prozesse verkörpern. In Frankreich etwa, das die Tradition des Wohlfahrtssozialismus fortführt, gibt es auch heute Denker:innen wie Thomas Piketty, während es in den Vereinigten Staaten die Gedanken des politischen Liberalismus wie die von John Rawls gibt. Kern dieses Liberalismus sind Toleranz und Gleichheit. Unter den sich ständig verändernden Bedingungen müssen alle Länder ihre eigenen kulturellen Traditionen und Ideale mobilisieren, um den Wert von Gemeinschaft neu zu gestalten. Denn der sichert nicht nur das Überleben des Landes, sondern fördert dessen Entwicklung in eine Richtung, die seinen Idealen entspricht.

---

<sup>2</sup> »Überholen ohne einzuholen« war ein von Walter Ulbricht im Jahr 1957 proklamiertes Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, in der einerseits die aussichtslose »Aufholjagd« mit dem Westen aufgegeben, andererseits Überlegenheit des Sozialismus durch Erfolge auch auf wirtschaftlichem Gebiet betont wurde.

Dank der Errungenschaften in verschiedenen Bereichen des Aufbaus (wirtschaftliche Entwicklung, Wissenschaft und Technik, Kultur, Militär) gewinnt die chinesische Nation heute gerade allmählich ihr Selbstvertrauen als eine große Zivilisation zurück. Gleichzeitig findet die historische Erzählung der fünf Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem 20. Jahrhundert kaum noch öffentliche Akzeptanz. Angesichts dieser Problematik ist es ratsam, das Narrativ der historischen Etappen nicht weiter zu zergliedern. Es sollte eher darum gehen, eine sozialistische Erzählung der geschichtlichen Entwicklung der chinesischen Art auf Basis der traditionellen chinesischen Vorstellungen von »bescheidenem Wohlstand« und »großer Harmonie« zu rekonstruieren: Während der »bescheidene Wohlstand« eine realistische Strategie ist, hat die »große Harmonie« die Höhe eines Ideals. Durch die Interaktion und Balance zwischen dem Ideal und der Realität wird der Sozialismus neu interpretiert. Die »große Harmonie« als Ideal heranzuziehen bedeutet auch, die radikale sozialistische Ansicht von »Gleichheit« gewissermaßen zu kompensieren, und zwar durch die traditionelle chinesische Auffassung einer »Gleichheit mit Unterschieden«. Weder dürfen die Unterschiede zu groß, noch darf die Gleichheit absolut sein. Angesichts der historischen Tatsache der langen Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus ist diese »kompensierende« chinesische Idee der Gleichheit ein Angebot an die Menschheit, das Ideal der Gleichheit praktisch umzusetzen.

*Beijing Cultural Review, April 2015*

*Übersetzung: Zhu Xia*

# »Post-Parteilpolitik« und Zukunftsoptionen: die weltweite Krise der Repräsentation

von Wang Hui

Das Modell politischer Repräsentation befindet sich in einer Krise, die sich in vielfacher Form ausdrückt. Die erste Krise ist die der Parteilpolitik. Die Parteilpolitik nahm in Europa im 19. Jahrhundert Gestalt an, in China wurde sie im 20. Jahrhundert zur wichtigsten Innovation im politischen System. Die Parteilpolitik vor und nach der Xinhai-Revolution sollte das parlamentarische Mehrparteiensystem des europäischen Konstitutionalismus nachahmen. Vor dem Hintergrund der Spaltung des Landes, der versuchten Restauration der Macht des Kaisers und der späteren republikanischen Krise änderten sich die wichtigsten politischen Ziele, die von den Revolutionär:innen und von vielen politischen Eliten verfolgt wurden, immer wieder. Es gab drei Bedingungen für die Bildung der Parteilpolitik des modernen China: *Erstens* waren regionaler und militärischer Separatismus sowie Parteilpolitik eng miteinander verbunden. Die Frage, wie man eine neue nationale Politik gestalten kann, rückte in das Zentrum des politischen Denkens in der frühen Periode der Republik China. *Zweitens* unterstützten viele westliche politische Parteien im Ersten Weltkrieg die nationalistische Mobilisierung des Staates. Sie wurden zur politischen Triebkraft des Krieges in Europa. Deshalb erreichte in der Nachkriegszeit in Europa die intellektuelle Reflexion über das traditionelle politische Modell einen Höhepunkt. Die Reorganisation der chinesischen Parteilpolitik fand vor dem Hintergrund dieser Reflexionen über Parteilpolitik im Westen statt. *Drittens* brach die Russische Revolution inmitten des Ersten Weltkriegs aus, und das bolschewistische System wurde von einem Teil der Revolutionär:innen als ein politisches Modell gesehen, das der bürgerlichen Parteilpolitik überlegen war. (Fast zeitgleich fanden auch Debatten und Überlegungen statt, die sich den Bolschewiki und ihrem Parteimodell widmeten. Darauf werde ich hier nicht näher eingehen.) Mit anderen Worten: Die Krise und das Scheitern der vorhergehenden Parteilpolitik war die Ursache für das Entstehen jenes Parteiensystems, das das politische Zentrum des revolutionären Jahrhunderts bildete. Dieses neue, stark von der Russischen Revolution geprägte Parteiensystem wies in seiner Beziehung zum in die Krise geratenen Parteiensystem gleichzeitig die Elemente einer »Super-Partei« und einer »Supra-Partei« auf. Mit »Super-Partei« meine ich, dass weder die Guomindang noch die Kommunistische Partei darauf abzielte, im Rahmen des Parlaments eine Partei zu bilden, die sich dem Wettbe-



werb mit anderen Parteien stellt. Beide strebten die Bildung eines Systems an, in dem eine einzelne Partei die hegemoniale oder führende Rolle innehat. Der Begriff »Supra-Partei« bezieht sich auf die Tatsache, dass beide genannten Parteien eine Politik der Repräsentation anstrebten, die sich von politischer Repräsentation im parlamentarischen Rahmen eines Mehr- oder Zweiparteiensystems unterscheidet. Sie verstanden sich eher als der »moderne Fürst« im Sinne von Gramsci, einer politischen Subjektivität, die beansprucht, die Zukunft zu repräsentieren. Die Kommunistische Partei entwickelte eine eigene, sich von der Guomindang unterscheidende Klassenpolitik. Sie besiegte mit dem Proletariat, dem Bündnis der Arbeiter und Bauern und mit der Einheitsfront der nationalen Befreiung als politische Repräsentanten die Guomindang. Die hatte sich zunehmend von der Bauernbewegung und der Massenpolitik entfremdet und auf die nationale Politik konzentriert.

Heute wird die Repräsentativität der politischen Parteien immer undeutlicher. Dies gilt für das Mehrparteiensystem im Westen und auch für das Mehrparteien-Kooperationssystem unter der Führung der Kommunistischen Partei in China. Mit der zunehmenden Unschärfe der Kategorien Proletariat, Bündnis der Arbeiter- und Bauern und Einheitsfront in China haben sich die Repräsentativität und die Politik politischer Parteien deutlich verändert. Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten den »Bruch der Repräsentation« diskutiert. Darunter verstehe ich die Trennung zwischen den politischen Institutionen und den sozialen Formen. In meinem Artikel »Die Politik der Entpolitisierung, die vielfachen Komponenten der Hegemonie und das Verschwinden der 1960er Jahre« habe ich mich auf die Politik der Entpolitisierung konzentriert; in meinem Artikel »Der Bruch der Repräsentation: Eine neue Untersuchung zur Frage ›Wessen Gleichheit« habe ich die verschiedenen Formen der Krise der Gleichheit und ihre Beziehung zur Krise der Repräsentation erläutert. Meiner Ansicht nach ist der Bruch der Repräsentation oder die oben erwähnte Trennung zwischen den politischen Institutionen und sozialen Formen eine Folge der Entpolitisierung. Ein wichtiges Symptom dieser Entpolitisierung ist das Staatwerden der politischen Parteien. Das Staatwerden der politischen Parteien bezieht sich auf die zunehmende Unterordnung der politischen Parteien unter die Logik des Staates. In diesem Prozess passen sie nicht nur ihre Funktionen, sondern auch ihre Organisationsformen allmählich an den Staatsapparat an. Sie verlieren damit ihre Identität als politische Organisationen und Bewegungen. Wir können zwei miteinander verbundene, aber unterschiedliche Formen des Staatwerdens der Parteien unterscheiden. Zum einen gibt es den Prozess der Bürokratisierung der politischen Parteien in der Zeit vor der Reform. Zweitens gibt es die Vermählung zwischen den politischen Parteien und dem Kapital, die im Prozess der marktwirtschaftlichen Reformen erfolgt, die mit der Tendenz konzernförmiger Umgestaltung der Regierung verbunden

ist. In Bezug auf die politischen Parteien besteht der »Bruch der Repräsentation« vor allem darin, dass die politischen Parteien einerseits ihre bisherigen Klassenkategorien überschreiten und beanspruchen, die gesamte Bevölkerung zu repräsentieren. Andererseits sind sie immer mehr der Volksmasse, insbesondere den Menschen am unteren Rand der Gesellschaft, entfremdet. Wir können Schutzmaßnahmen für Arbeiter:innen und Bauern und Bäuerinnen finden, aber es ist heute schwierig, eine organische Verbindung zwischen der Politik der Arbeiter:innen und Bauernschaft und der Parteilpolitik zu finden.

Die Trennung zwischen politischem System und den sozialen Formen tritt nicht nur in sozialistischen oder postsozialistischen Ländern auf, sondern auch in Europa und Amerika und in politischen Systemen, die auf dem europäischen und amerikanischen parlamentarischen Parteiensystem basieren. Das Verhältnis zwischen politischen Parteien und ihrer Klassenbasis ist in China zunehmend unklar, ebenso wie die Unterscheidung zwischen links und rechts in westlichen Parteien unklar geworden ist. Die Tiefe des Bruchs der Repräsentation der gegenwärtigen politischen Parteien erweckt den Eindruck, dass Parteilpolitik im Sinne des 19. und 20. Jahrhunderts nicht mehr oder nur noch teilweise existiert. Und es scheint, dass sie in eine Politik der verstaatlichten Partei, d.h. in eine Politik eines staatlichen Machtgefüges, umgewandelt wurde oder wird. Es ist schwierig geworden, in der heutigen Parteilpolitik politische Bewegungen mit klaren Zielen zu finden, wie es sie im 19. oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab. Die gewachsene Größe politischer Parteien und ihr Monopol auf die Staatsmacht werden oft als Expansion der politischen Parteien interpretiert. Aber wenn man sich ernsthaft fragt, ob es die Parteien sind, die den Staat kontrollieren, oder ob es die Logik des Staates ist, die die Parteien beherrscht, ist die Antwort wahrscheinlich letzteres. Die zunehmend unklaren Grenzen zwischen Parteien und Staat und die Tendenz zur Angleichung zwischen beiden führen dazu, dass die Parteien die Fähigkeit zur politischen Repräsentation verlieren. Es kommt dazu, dass die Machtverhältnisse im politischen Bereich nicht etwa dazu beitragen, die Ungleichheit im sozialen und wirtschaftlichen Bereich auszugleichen und zu reduzieren, sondern dass stattdessen institutionelle Bedingungen für Ungleichheit geschaffen werden. Unter den Bedingungen eines Bruchs der Repräsentation reduziert sich die Rhetorik der Politiker:innen zumeist auf eine machtorientierte Selbstdarstellung, und die Position der Technokrat:innen wird zwangsläufig weiter deutlich steigen. Im westlichen Modell der Mehr- oder Zweiparteiensysteme haben die politischen Parteien im Grunde genommen die Funktion, alle vier oder fünf Jahre eine soziale Mobilisierung rund um die Wahlen zu organisieren. Sie gleichen eher einer Staatsmaschine, deren Aufgabe es ist, dem Wechsel des Führungspersonals zu dienen. Chinas Super-Parteien hatten ursprünglich einen starken politischen Charakter, der durch eine straffe Organisation, eine klare Wert-

orientierung und eine Volksbewegung aufrechterhalten wurde, die ihrerseits durch eine starke Wechselwirkung zwischen Theorie und politischer Praxis in Gang gesetzt wurde. Unter dem heutigen Parteimodell sind die Parteiorganisationen jedoch wie Verwaltungsorganisationen, und die politischen Parteien sind Teil der Verwaltungsmaschine geworden. Ihre Mobilisierungs- und Aufsichtsfunktionen sind mit denen des staatlichen Mechanismus identisch. Die Merkmale des bürokratischen Systems werden immer deutlicher, der politische Charakter hingegen nimmt ab und wird unklarer. Die Repräsentationskrise der Parteipolitik ist nicht nur die Krise der jeweiligen Regierungspartei, sondern auch die Krise der Parteien, die nicht regieren. In China ist die Repräsentation der demokratischen Parteien unklarer denn je.

Diesem Prozess folgend sind die öffentlichen Mechanismen zwischen Staat und Gesellschaft (Parlamente im Westen, Nationaler Volkskongress und Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes in China) immer weniger repräsentativ. In parlamentarischen Demokratien ist die Sitzverteilung im Parlament von den Wahlergebnissen der politischen Parteien abhängig. Theoretisch gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob das Parlament ein Teil des Staates ist oder ob es seinerseits in gewisser Hinsicht die öffentliche Sphäre institutionalisiert. Im Prozess des Staatwerdens der Parteien wird jedoch die Verbindung zwischen Parlament und Gesellschaft immer schwächer. Während meines Besuchs in Indien habe ich festgestellt, dass soziale Basisbewegungen sehr dynamisch sind. Weil aber die parlamentarische Macht von den politischen Parteien monopolisiert wird, ist es selbst für dynamische Bewegungen schwierig, eine entsprechende Rolle in der öffentlichen Politik zu spielen. Im Gegensatz dazu ist Chinas Volkskongress mit seinem proportionalen Repräsentationssystem theoretisch etwas weiter von einem parteizentrierten parlamentarischen System entfernt. Das System verlangt jedoch die Unterstützung durch eine volkszentrierte Politik, um tatsächlich zu funktionieren. Wenn diese volkszentrierte Politik nachlässt oder sich ändert, wird nicht nur der Prozess der Generierung von Volksvertreter:innen, sondern auch der Status des Volkskongresses im politischen Leben Chinas nicht mehr seinem Namen entsprechen. Im Laufe der Zeit gab es viele Kritiken über den geringen Anteil von Abgeordneten im Volkskongress, die aus der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft kommen. Ihr Gewicht im Volkskongress steht in keinem Verhältnis zu dem Beitrag dieser Klassen zur Entwicklung der chinesischen Gesellschaft. Die Angleichung der Repräsentationsmechanismen und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist ein offensichtliches Symptom der Krise der Politik der Repräsentation.

Die zweite Krise der Repräsentation ist die Krise der Öffentlichkeit im typischsten öffentlichen Bereich, nämlich den Medien. Deren massive Expansion führt zur Schrumpfung des öffentlichen Raums: Die Freiheit der Medien-

industrie hat die Meinungsfreiheit der Bürger:innen ersetzt. Die Medien sind nicht nur sehr eng mit Kapital und Macht verbunden, sondern versuchen auch, jene Rolle zu spielen, die früher von politischen Organisationen wie den politischen Parteien übernommen wurde. In Italien konnten die von Silvio Berlusconi Mediengruppen verbreiteten Werte sogar bewirken, dass jemand wie Berlusconi, der kriminellen Handlungen verdächtigt wurde, immer wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die Medien, insbesondere die großen Medienkonglomerate (ob privat oder staatlich), sind nicht so sehr freie Träger der Meinungen der Bürger:innen und der Öffentlichkeit, sondern vielmehr Netzwerke von Interessen in öffentlicher Form. Die Durchdringung der politischen und anderen öffentlichen Bereiche durch die Medienkräfte kann nicht als Demokratisierung, sondern muss als Kolonisierung dieser Bereiche verstanden werden. Oberflächlich kann es so erscheinen, als ob die Medien von der Politik kontrolliert werden. In Wirklichkeit aber wird der politische Bereich zunehmend von den Medien kolonisiert. Es ist kein gelegentliches Phänomen mehr, dass Politiker:innen sich durch Geschwätz beliebt machen und ihre Sprache zunehmend der Logik der Medien folgt. Die Verwandlung der Medien in Industrien und die Herausbildung von Medienkonzernen in China seit den 1990er Jahren ist das Ergebnis einer neuen politischen und wirtschaftlichen Strategie, die von den politischen Parteien ausgearbeitet wurde, um sich der Marktwirtschaft anzupassen. Doch im Prozess des Staatwerdens der politischen Parteien, der konzernförmigen Umgestaltung der Regierung und der Tendenz, dass Medien Parteifunktionen übernehmen, entwickelt sich das Verhältnis zwischen Medien und politischen Parteien zu einem Spiel zweier miteinander verflochtener Interessengruppen. Diese Spiele berufen sich entweder auf Demokratie und Freiheit oder auf Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und die Gesamtsituation. Gemeinsam ist diesen Spielen, dass sie weniger öffentliche Meinung und Staat miteinander konfrontieren, sondern eher zwei vorgebliche öffentliche Forderungen – Demokratie und Freiheit vs. Stabilität und Rechtsstaatlichkeit – miteinander verstricken und konfrontieren. Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine Konfrontation in der gegenwärtigen Reorganisation der Macht. Die beiden Seiten der Konfrontation haben unterschiedliche Interessen, aber ihr politischer Diskurs ist fast derselbe. Im heutigen China sind die Probleme der Zensur seit langem bekannt, und im Bereich der öffentlichen Meinung braucht es dringend eine wirkliche Veränderung. Eine Veränderung auf der Grundlage der bestehenden Struktur aber würde lediglich ein Machtkampf unter dem Deckmantel der Pressefreiheit sein. Heute haben sich die Formen der Unterdrückung der Meinungsfreiheit der Bürger:innen verändert, und die Macht der Medien ist oft selbst einer der Mechanismen dieser Unterdrückung. Dieser Machtkampf ist dem Anschein nach eine politische Konkurrenz zwischen den parteiförmig gewordenen Medien und der

traditionellen politischen Partei, die sie hervorgebracht hat. Umso mehr die Medien den traditionellen Parteien an politischer Energie und Eigenart überlegen sind, umso mehr ähneln letztere einem amorphen Machtapparat, der seine ideologische Funktion verloren hat. Die beiden sind aber in der Wirklichkeit miteinander symbiotisch verbunden. Durch ihr wechselseitiges Spiel ersetzen und verdecken sie gemeinsam die Probleme der bürgerlichen Meinungsfreiheit und der politischen Debatte.

Die dritte Krise ist die Krise des Rechts. Unter der Bedingung der Entpolitisierung werden Rechtsprozesse oft durch Interessengruppen manipuliert. Diese Manipulation spiegelt sich nicht nur im Allgemeinen in den rechtlichen Verfahren selbst wider, sondern durchdringt auch die Gesetzgebung. Anstatt einfach prozeduralistische Ansichten zu vertreten, kommt es heute darauf an, das Verhältnis zwischen Recht und Politik neu zu überdenken. Die genannten Krisen in den drei Bereichen machen den wesentlichen Inhalt des heutigen politischen Wandels aus.

Ich stelle daher die Frage: Wenn sich die Parteipolitik in eine Politik der staatlichen Partei transformiert hat, ist es dann nicht möglich, dass eine Post-Parteipolitik entsteht? Angesichts dessen, dass es in vielen Ländern moderne politische Parteien gibt, bezieht sich die »Post-Parteipolitik«, von der wir sprechen, nicht auf Politik nach dem Verschwinden der politischen Parteien, sondern auf die Tatsache, dass die vorhandenen politischen Parteien bereits die Merkmale von »Post-Parteien« angenommen haben. Die politischen Parteien im 19. Jahrhundert basierten auf politischen Bewegungen. »Post-Partei« bedeutet, dass politische Parteien heute zwar immer noch Hauptakteure in der Politik sind, aber in Wirklichkeit die Repräsentativität von politischen Parteien des 19. Jahrhunderts und deren ursprüngliche Logik verloren haben. Gleichzeitig haben sich die politischen Formen stabilisiert. Das bedeutet, dass das wichtigste politische System nach wie vor auf dem Repräsentationsprinzip der Parteipolitik basiert. Gerade deswegen ist der Bruch der Repräsentation zum Hauptsymptom der politischen Krise geworden.

Bei der Frage nach einer »Post-Parteipolitik« geht es darum, wie bzw. in welchem Sinne Repräsentation heute wiederhergestellt werden kann. In der politischen Praxis und Parteipolitik Chinas im 20. Jahrhundert waren bereits Elemente der »Post-Parteipolitik« präsent, damals allerdings hauptsächlich in Form einer »Super-Partei«. Obwohl sich die heutige »Parteipolitik« aus der Praxis der »Super-Partei« entwickelt hat, ist sie auch ein Produkt des Systems der Transformation der »Super-Partei« in die staatliche Partei. Bei der Suche nach Wegen zur Überwindung des »Bruchs der Repräsentation« geht es erstens darum, in welchem Sinne die Repräsentation wiederhergestellt wird, und zweitens darum, neue Wege der »Post-Parteipolitik« zu finden. Die »Wiederherstellung der Repräsentation« lässt sich heute nicht einfach durch die Wie-

derholung der Slogans und Praktiken der Vergangenheit erreichen. Wir müssen herausfinden, inwiefern die Politik der Repräsentation versagt, und wodurch die Veränderungen in der Sozialstruktur und im politischen System voneinander abgekoppelt wurden. Ausgehend davon muss die Diskussion über »Post-Parteilpolitik« von zwei Aspekten ausgehen: Zum einen müssen die Prinzipien der Politik der Repräsentation in China im 20. Jahrhundert neu verstanden werden; zum anderen müssen die Bedingungen und Möglichkeiten von »Post-Parteilpolitik« untersucht werden.

### **Das erneute Bewusstwerden der Prinzipien der Politik der Repräsentation des 20. Jahrhunderts**

Die Frage der Repräsentation und die daraus abgeleitete Frage des Systems der Repräsentation sind die Hauptfragen des modernen politischen Systems. Im 19. und 20. Jahrhundert bildeten Kategorien wie Parteien und Klassen und ihre Darstellung im Rahmen der nationalen Politik den konkreten Inhalt der Politik der Repräsentation. Nach dem Niedergang der Monarchie beschäftigte sich die Politik der Repräsentation mit der Frage der Demokratie. Die Politik der Repräsentation in China hat eine andere politische Logik als die westliche Politik der Repräsentation. Letztere stützt sich auf ein parlamentarisches Mehrparteiensystem und das allgemeine Wahlrecht. Diese Voraussetzung wird heute oft ignoriert und missverstanden. Hier müssen wir die Probleme im Zusammenhang mit den Formen der Demokratie klären. Die westliche Demokratie, die auf allgemeinen Wahlen beruht, ist nicht die einzige Form der Demokratie, und die Demokratie ist auch nicht nur eine abstrakte Form. Sie muss auf einer politischen Dynamik beruhen, denn ohne eine solche Dynamik kann keine Form der Demokratie auf Dauer bestehen.

Um das Prinzip der Politik der Repräsentation in China zu verstehen, sollte man direkt von der »Verfassung« ausgehen. Wissenschaftler:innen, die Konstitutionalismus studieren, zitieren selten die chinesische Verfassung, wenn sie die Bedeutung des Konstitutionalismus begründen. In Artikel 1 der Verfassung der VR China heißt es: »Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.« In Artikel 2 heißt es: »Alle Macht in der Volksrepublik China gehört dem Volk.« Die beiden Artikel erläutern das Prinzip der Politik der Repräsentation in der sozialistischen Periode. Dieses Prinzip besteht aus mehreren grundlegenden politischen Kategorien, die nicht auf die allgemeinen Begriffe reduziert werden können. Sie können weder durch einfache apriorische Prinzipien bewiesen, noch als allgemeine empirische Tatsachen wiederhergestellt werden. Sie

sind aus der politischen Praxis der chinesischen Revolution des 20. Jahrhunderts hervorgegangen.

Es stellt sich zum Beispiel die Frage: Was bedeutet »die Arbeiterklasse als führende Klasse«? In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die chinesische Arbeiterklasse klein. Die chinesische Revolution war, gemessen an der Zusammensetzung ihrer Teilnehmer:innen, hauptsächlich eine bäuerliche Revolution. Wie kann die Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen die führende Klasse sein? Empirisch gesehen ist es auch umstritten, ob die Bourgeoisie in ihrem Gegensatz zur Arbeiterklasse in China als eine Klasse für sich betrachtet werden kann. Für die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts stellte die chinesische Arbeiterklasse nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung dar, sie brachte aber eine Klassenrevolution und Klassenpolitik hervor. Heute befindet sich die größte Arbeiterklasse der Welt in China. Zugleich gibt es aber keine Klassenpolitik, die dieser Größe der chinesischen Arbeiterklasse entspricht.

Klasse und Klassenpolitik sind zwei verwandte Begriffe, die jedoch unterschiedlich behandelt werden müssen. Die Klassenpolitik im modernen China hat natürlich ihre eigene Daseinsberechtigung und materielle Grundlage. Aber diese objektive Grundlage kann nur aus der Perspektive eines allgemeinen Zusammenhangs erfasst werden. Das objektive Dasein der Arbeiterklasse kann nicht für sich genommen automatisch die Politik der Arbeiterklasse erschaffen. Dazu bedarf es der theoretischen Analyse, der politischen Mobilisierung, des Bestrebens, durch einen sozialistischen Weg die Industrialisierung der Länder der »Dritten Welt« zu erreichen. Zudem müssen Anstrengungen bei der Schaffung der politischen Subjektivität der Arbeiterklasse unternommen werden. Es kann keine Politik der Arbeiterklasse geben ohne den Aufbau der politischen Organisationen der Arbeiterklasse, ohne Kampfbewegungen für die Arbeiterklasse und ihre Befreiung. Die Arbeiterklasse als führende Klasse ist keine empirische, sondern eine politische Schlussfolgerung, die aus der politischen und ökonomischen Analyse der Situation Chinas und anderer unterdrückter Völker vor dem Hintergrund der Entwicklung des globalen Kapitalismus entstand. In dieser Hinsicht ist die Politik der Arbeiterklasse das Ergebnis der theoretischen Analyse der inhärenten Widersprüche und Ungleichgewichte des Kapitalismus. In diesem Zusammenhang stellt die Kategorie »Klasse« das Ergebnis einer Analyse der politischen Ökonomie dar. Sie ist kein positivistischer Sammelbegriff. Sie basiert in erster Linie auf der Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner Ausbreitung. Aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus und des Imperialismus wurden die nicht-westlichen Regionen, einschließlich China, alle ausnahmslos in die Struktur der globalen kapitalistischen Arbeitsteilung eingebunden, und alle sozialen Klassen und alle sozialen Bereiche sind der Entwicklung des industriellen Kapitalismus mit dem Westen als dessen Zentrum untergeordnet. Deshalb hat der Kampf jeder Gesell-

schaft gegen ihre eigene Ungleichheit und Herrschaft letztlich dasselbe Ziel: die Klassenausbeutung zu beseitigen. Und die kapitalistische Klassenausbeutung ist die letzte Form der Klassenausbeutung. Aus diesem Grund hat sich – trotz des Fehlens einer zahlenmäßig starken Arbeiterklasse – im Resultat großer politischer und militärischer Kämpfe, oft mit der Bauernschaft, Studierenden und Bürger:innen als Hauptakteure, die Politik der Arbeiterklasse im modernen China umfassend entwickelt. Die Entstehung und die Authentizität dieser Politik können nicht mit dem Verweis auf die geringe Anzahl von Angehörigen der Arbeiterklasse widerlegt werden.

Die Arbeiterklasse ist die führende Klasse, die die Interessen des Volkes vertritt. Diese Tatsache basiert auf zwei wichtigen gesellschaftlichen Realitäten. Erstens war China zu diesem Zeitpunkt eine Agrargesellschaft, und mehr als 90% der Bevölkerung waren Bauern. Deshalb war die Repräsentation der Arbeiterklasse zwangsweise mit der Bauernfrage verbunden. Die Bauern durften nicht ausgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage entstand die politische Kategorie »das Volk«. Zweitens ist die Arbeiterklasse nicht nur ein Anhängsel der kapitalistischen Produktion, sondern auch eine politische Identität, die als der Gegensatz zur Bourgeoisie konstruiert wurde und die die allgemeinen Interessen und die Zukunft des Volkes verkörpert. Ausgehend von der Analyse der globalen kapitalistischen Arbeitsteilung ist die Arbeiterklasse auch die Vertreterin der unterdrückten Völker, und somit beinhaltet ihre Klassenrepräsentation auch die Kategorie der Völker. Daher rührt der Begriff »Führung«. Die Logik des modernen politischen Wandels ergibt sich nicht aus einem beliebigen sozialen Konstrukt, sondern aus einer theoretischen Analyse der kapitalistischen Entwicklung. Diese theoretische Analyse und ihre politische Praxis bilden unmittelbar das neue politische Subjekt.

Heute ist die genannte politische Logik des 20. Jahrhunderts geschwächt. Die Intellektuellen betrachten die soziale Schichtung und ihre Politik in China meist positivistisch. Nicht nur die Rechten, sondern auch einige Linke glauben, dass im 20. Jahrhundert die moderne Revolution nicht sozialistisch sein und die Arbeiterklasse nicht wirklich zur führenden Klasse werden konnte, weil die Mitglieder der Arbeiterklasse im Verhältnis zur Bauernschaft und anderen sozialen Schichten einen sehr begrenzten Platz im politischen Leben Chinas einnahmen; und weil die Bourgeoisie noch nicht reif war. Diese Ansicht dekonstruiert in gewissem Maße die chinesische Revolution und die Grundprinzipien der modernen chinesischen Politik. Sie setzte sich vor dem Hintergrund des Rückgangs der historischen theoretischen Analyse durch, die das Hauptelement der Politik des 20. Jahrhunderts bildete. Diese Sichtweise wandelt den Begriff der »Klasse« in einen strukturellen und essentialistischen Begriff. Sie negiert die politische Natur des Begriffs »Klasse«, die auf der Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus basierte.



Sobald der Begriff »Klasse« entpolitisiert ist, rutscht er entlang der positivistischen Logik in Richtung des bloßen Strukturbegriffs »soziale Schicht«. Das bedeutet, dass auch dann, wenn der Begriff »Klasse« noch verwendet wird, seine Bedeutung sich kaum vom gegenwärtigen soziologischen Begriff der sozialen Schicht unterscheidet. Während der Begriff der sozialen Schichtung sich um den Staat als solchen dreht und die Schicht als objektive soziale Konstruktion ohne politische Impulse betrachtet wird, ist der Begriff der Klasse direkt politisch. Seine Verbindung zum Staat (z. B. in den Begriffen des Arbeiterstaats oder des sozialistischen Staates) kommt durch Avantgardeparteien und ihre Klassenbündnisse zum Ausdruck. Auf der Grundlage des Begriffs der strukturellen Schichtung kann dementsprechend ein strukturelles Repräsentationssystem etabliert werden, wie z.B. das proportionale Repräsentationssystem im Parteitag und Volkskongress. Der Begriff der Klasse im 20. Jahrhundert enthält zwar die Elemente der sozialen Schichtung. Und die auf ihm begründete Klassenpolitik beinhaltet auch solche Elemente wie das proportionale Repräsentationssystem. Zugleich ist er aber auch politisch und eng mit den Begriffen der politischen Repräsentation oder der politischen Führung verbunden. Die sogenannte Massenlinie ist die Darstellung beider Begriffe. Deshalb können die heutigen sozialwissenschaftlichen Theorien weder die Krise der Repräsentation noch die Politik der Repräsentation, die im 20. Jahrhundert entstand, erklären. Unter den Bedingungen der Entpolitisierung kann das Problem des Bruchs der Repräsentation nicht gelöst werden, auch wenn die Anzahl der Vertreter:innen mancher Schichten, z.B. Arbeiter:innen und Bauern, im Parteitag oder Volkskongress erhöht werden würde (was dennoch notwendig und positiv ist). Die Repräsentation wiederherzustellen und die Repolitisierung sind zwei verschiedene Ausdrücke ein und desselben Problems.

## **Die Massenlinie und die Bedingungen für die »Post-Parteipolitik«**

Wenn wir zur Perspektive der Formierung der Klassenpolitik im 20. Jahrhundert zurückkehren, hatte die Klassenpolitik in China in der damaligen Zeit bereits Elemente einer Politik der Supra-Repräsentation, und die zentrale Rolle der politischen Parteien in dieser Politik wird durch Super-Parteien oder Supra-Parteien gekennzeichnet. Wenn wir die klassischen chinesischen politischen Begriffe »Ritus« und »Institution« zum Vergleich heranziehen, dann glich die sogenannte »Supra-Repräsentation« der Logik der Riten und die Repräsentation der Logik der »Institution«. So wie »Riten« sich auf Institutionen beziehen, die sich bilden und aufrechterhalten, bedeutet die Supra-Repräsentation einen politischen Prozess, der die Beteiligung der Menschen ermöglicht und Ordnung bildet. Der Begriff der »Supra-Repräsentation« betont einen sol-

chen politischen Prozess. Sie befindet sich auch im Rahmen eines Repräsentationssystems, aber die beiden können nicht einfach gleichgesetzt werden. In der Tat gab es seit dem Ersten Weltkrieg eine langwierige Debatte zwischen unterschiedlichen politischen Richtungen, einschließlich den Kommunisten in verschiedenen Ländern, über den parlamentarischen Weg. Einer der Hauptpunkte dieser Debatte war die Neudefinition politischer Parteien. Im Kampf zwischen Guomindang und der Kommunistischen Partei und in der nationalen Rettungsbewegung während des antijapanischen Kriegs wurden die Einheitsfront, der bewaffnete Kampf und der Parteaufbau zu den erfolgreichsten politischen Waffen der KPCh. Es bildete sich die Massenlinie heraus, die die Partei als eine Organisation versteht, die »alles für die Massen tut, sich bei allem auf die Massen stützt, aus den Massen schöpft und in die Massen hineinragt«. Dies war der Weg zur Bildung der Politik der »Super-Partei« und »Supra-Partei«. Die Massenlinie »alles für die Massen, alles auf die Massen gestützt – von den Massen zu den Massen kommend« war der Weg, auf dem diese »Super-Partei« und »Super-Partei«-Politik entstand. Unter den Bedingungen des Aufbaus in den befreiten Basisgebieten und der Regierung des ganzen Landes hat diese politische Praxis einige Formen und Inhalte des im 19. und 20. Jahrhundert im Westen entstandenen Repräsentationssystems geerbt oder entlehnt, wie z. B. die Wahl der Repräsentanten und das Motiv von der Repräsentation der politischen Parteien (nicht nur der Kommunistischen Partei, sondern auch der demokratischen Parteien). Es ist offensichtlich, dass diese politische Praxis Elemente der Supra-Parteilpolitik oder Post-Parteilpolitik enthielt. Diese Elemente spiegeln die Bemühungen wider, eine organische und politische Verbindung zwischen den politischen Parteien und der Gesellschaft herzustellen.

Die »Supra-Repräsentation« der chinesischen Politik der Repräsentation ist ein politisches Vermächtnis des 20. Jahrhunderts in Chinas. Sie hat zwei wichtige Merkmale: die Bedeutung von Kultur und Theorie und die Aufrechterhaltung der politischen Vitalität der Parteien durch die Massenlinie.

### **»Selbstrevolution« der politischen Partei**

In der modernen Geschichte Chinas ist es ein wiederkehrendes Phänomen, dass kulturelle Bewegungen die Grundlagen der neuen Politik geprägt haben und dass politische Parteien wiederum versucht haben, kulturelle Bewegungen zu überwachen. Die Entstehung von politischer Repräsentation und politischer Subjektivität ist eng mit kulturellen Bewegungen und theoretischen Kämpfen verbunden, und die historischen Studien werden diesen kulturellen Bewegungen und theoretischen Kämpfen oft untergeordnet. Ich kann hier nicht im Detail das Richtige und Falsche, die Erfahrungen und Lehren aus diesen Bewegungen analysieren. Stattdessen möchte ich nur den Gedanken an-

sprechen, dass politische Vitalität immer aus der Interaktion zwischen Kultur und Politik kommt und dass der Verlust dieser Vitalität vor allem durch die übermäßige Einmischung und Überwachung der kulturellen Bewegungen durch die politischen Parteien verursacht wird, sodass die Interaktion zwischen Politik und Kultur nicht mehr zustande kommt. Heute wird Kultur als ein von Politik und Wirtschaft abgegrenzter Bereich definiert und nicht mehr als ein Raum, in dem kontinuierlich neue politische Subjektivität hervorgebracht wird. Der Begriff »Kulturindustrie« zeigt deutlich den Platz der Kultur in einer Wirtschaftsgesellschaft. In seiner Schrift »Über den Widerspruch« sagte Mao Zedong, dass in rückständigen Ländern die Theorie oft an erster Stelle steht. Es ist unmöglich, eine neue Politik ohne die theoretische Entwicklung zu gestalten. Und diese Theoriebildung ist nicht etwas, das hinter verschlossenen Türen geschehen kann. Der Erfolg oder Misserfolg theoretischer Kämpfe hängt letztlich vom Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ab. Die Frage dabei ist, ob es sich um eine Theorie und deren dogmatische Politik handelt, die von der Praxis losgelöst sind, oder um eine Theorie und ihre eigene Praxis, die aus der Praxis kommt und wieder in die Praxis geht. Die Betonung der Praxis bedeutet nicht, die Rolle der ideologischen, der theoretischen oder der Liniendebatte zu verneinen, sondern sich gegen einen von der Realität losgelösten Dogmatismus zu stellen. Es geht darum, die Entkopplung zwischen den politischen Tendenzen der Parteien und den Bedürfnissen der Gesellschaft zu vermeiden.

Chinas Staatssystem ist durch eine Kombination aus Partei und Regierung gekennzeichnet. Sowohl die Energie als auch die Krise sind mit diesem System verbunden. Daher sollte man bei der Analyse der Probleme nicht einfach diese Kombination loben oder verunglimpfen. Man sollte vielmehr analysieren, warum das System unter bestimmten Bedingungen über politische Energie verfügt, während unter anderen Bedingungen die politische Energie der politischen Parteien stark geschwächt ist und der Logik der Macht und des Kapitals nachgibt. Mit anderen Worten: Es ist schwierig, die Beziehung zwischen politischen Parteien und dem Staat generell zu leugnen. Man muss die verschiedenen Formen und Inhalte dieser Beziehung analysieren. Die Entstehung des Systems der Parteipolitik in China ist eng mit der Suche nach dem Weg zum Sozialismus durch die chinesischen Revolutionär:innen verbunden. Das System des gesellschaftlichen Eigentums, das geschaffen wurde, um die Widersprüche des kapitalistischen Privateigentums zu lösen, bietet auch die historischen Voraussetzungen für die direkte Vereinigung von Staat und Kapital unter den Bedingungen der Reform. Der Staat verfügt in großem Umfang über Staatskapital. Dies hat den Vorteil, dass der Staat nicht von einer einzelnen Kapitalgruppierung oder einer kapitalistischen Oligarchie kontrolliert wird. Der Staat hat eine hohe Fähigkeit zur Regulierung der Wirtschaft. Aber unter

der Bedingung der Entpolitisierung spiegelt sich die politische Energie hauptsächlich in der staatlichen Fähigkeit, insbesondere der administrativen Fähigkeit, und nicht in der eigentlichen politischen Fähigkeit wider. Mit der Schwächung der politischen Energie wird auch die staatliche Fähigkeit zunehmend durch die auf das Kapital zentrierte Interessenbeziehung eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund sind sowohl staatliches als auch privates Kapital mit Korruption, Monopolen und den daraus resultierenden Effizienzproblemen behaftet. Das zentrale Problem ist nicht die Privatisierung von staatlichem Vermögen, sondern die Frage, wie man Chinas staatliches Vermögen vom Einfluss kapitalzentrierter Interessen befreien kann. Die Verbindung von Macht und Kapital führt infolge der Entpolitisierung zur Verminderung der politischen Dynamik. Da diese positiven und negativen Faktoren des Systems immer miteinander eng verwoben sind, ist die politische Krise dann unvermeidlich, wenn keine kontinuierliche »Selbstrevolution« durchgeführt wird, um neue politische Energie zu bilden.

Während der chinesischen Revolution und der anschließenden sozialistischen Periode war die theoretische Debatte innerhalb der Partei eine der Möglichkeiten, politische Energie aufzubauen und den Weg nach vorn immer wieder neu zu auszurichten. Nur dann, wenn man sich ausgehend von konkreten Fragen den theoretischen Fragen, Fragen der Linie hinwandte, konnte eine neue politische Dynamik erzeugt werden. Dies war auch die Bedingung, damit die Menschen verstehen, dass die Debatte aus der Praxis heraus und die entsprechende institutionelle Praxis der beste Weg waren, Fehler zu korrigieren. In dieser Zeit war diese theoretische Auseinandersetzung mit der Massenlinie und der wechselseitigen Theorie-Praxis-Beziehung verbunden und beschränkte sich nicht auf die innerparteiliche Diskussion. Heute, nach umfangreichen Reformen, erstreckt sich diese Debatte zwangsläufig auch auf den sozialen Bereich. Freie Meinungsäußerung der Bürger:innen, Raum für Austausch im politischen Bereich, Bürgerbeteiligung, unterstützt durch moderne Technologien und die Stellung der Werktätigen als eigener Herr im politischen Leben Chinas sind notwendige Bedingungen für die »Post-Parteilpolitik«. Die Grundvoraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der politischen Debatte und der Bürgerbeteiligung hängen mit der Reform des öffentlichen Raums zusammen. Es kommt darauf an, sich von der Prägung des Medienkapitals als Konzerne und Parteien zu befreien und einen wirklich toleranten und freien Raum zu schaffen. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine positive Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Anpassung der öffentlichen Politik möglich. Heute kommen die Kräfte, die die Meinungsfreiheit der Bürger:innen einschränken, nicht nur aus dem traditionellen politischen Bereich, sondern auch aus der Macht der Medien selbst, die sich nach der Logik von Konzernen und Parteien verhalten. Die Forderung nach der Aus-

weitung des öffentlichen Raums und der Widerstand gegen Medienmonopole sind keine gegensätzlichen Positionen.

Die theoretische Debatte kann nicht als abstrakte, von der politischen Praxis unabhängige Diskussion betrachtet werden. Sie ist eigentlich eine Zusammenfassung der Praxis. In seiner Schrift »Über die Praxis« sagte Mao Zedong, dass es kein fertiges Modell für die chinesische Revolution gebe; es gehe um ständiges Lernen und Forschen. Das gilt auch für die Ära der Reform. In den Perioden im 20. Jahrhundert, in denen die theoretischen Diskussionen sehr angeregt und der Linienkampf sehr heftig waren, war auch der politische Bereich sehr lebendig. In diesen Zeiten sind die meisten institutionellen Innovationen entstanden. Die gegenwärtige Praxis der »Dezentralisierung der Macht und der Verteilung der Gewinne« hat die Bedeutung lokaler Experimente erhöht. Es sollte entsprechend auch mehr verschiedene Stimmen in Bezug auf die Theorie geben. Die Dynamik der Reformen in China ergibt sich zu einem großen Teil aus den verschiedenen lokalen Experimenten und ihrem Wettbewerb untereinander sowie aus der positiven dialektischen Wechselwirkung zwischen der zentralen und der lokalen Ebene. Es handelt sich um die Frage, die »zwei Initiativen« (auf zentraler und lokaler Ebene) zu wecken.

Die Linienkämpfe in der chinesischen Revolution waren eng mit theoretischen Debatten verbunden, und die Herausbildung neuer politischer Wege wurde ausgerechnet durch einen solchen Kampf erreicht. Im Prozess der Reform gibt es viele solche Kämpfe. Die Betonung der Rolle des theoretischen Kampfes und des politischen Kampfes bei der Korrektur von Fehlern in der revolutionären Politik steht nicht im Widerspruch zur Kritik an der Gewalt und Willkür eines solchen Prozesses. Die Folgen des brutalen Kampfs und der erbarmungslose Angriff im Linienkampf haben uns eine schwere Lektion erteilt. Die Kommunistische Partei muss das Problem auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lösen. Trotzdem aber sollten wir den Linienkampf nicht als bloßen Machtkampf und politische Verfolgung interpretieren, weil es in diesen Kämpfen Gewalt gibt. Politische Verfolgung ist das Ende der theoretischen Kämpfe, das Ende der Liniendebatten und das Ende der innerparteilichen Wettbewerbspraxis. Heute ist die Unterdrückung der ideologischen Auseinandersetzung durch die politische Macht und die Medienmacht auch das Ende der Politik. Viele Schriften, die vorgeben, die Gewalt in der Geschichte zusammenzufassen, konzentrieren sich in Wirklichkeit darauf, die notwendige theoretische Erörterung, den Linienkampf zu diskreditieren. Das führt zur Dysfunktion des sich selbst korrigierenden Mechanismus der politischen Partei und zur Selbstabschottung des politischen Bereichs. Solche Studien sind nicht anders als das Produkt einer »entpolitisierten Politik«. Kritik und Selbstkritik waren einmal das wesentliche Element des politischen Parteilebens, aber seit den 1980er Jahren, als vorgeschlagen

wurde, »keine Debatte« zu führen, ist sie praktisch abgeschafft worden. Wie kann die Praxis der Kritik und Selbstkritik weitergeführt und wie können politische Innovationen erreicht werden, wenn es keine Debatte, keinen Kampf und keine Prüfung gibt?

### **Die Massenlinie und die Vitalität der gesellschaftlichen Organisationen**

Heute ist die Parteilpolitik eng mit der Machtstruktur verbunden. Unter dieser Bedingung ist die Möglichkeit, dass eine neue Politik allein durch Veränderungen in den Parteien selbst entsteht, sehr gering. Unter der Regierung der Staatspartei sind die chinesischen Staats- und Parteiensysteme stark bürokratisiert, und es übersteigt eindeutig die Kraft der politischen Parteien allein, die Bürokratisierung zu schwächen. Daher ist die Massenlinie nicht nur ein Weg für politische Parteien, ihre politische Vitalität aufrechtzuerhalten, sondern sie sollte auch eine neue Bedeutung bekommen, nämlich die der politischen Offenheit oder der deutlichen Verbesserung politischer Beteiligung.

Die Massenlinie wurde ursprünglich in einem Brief des Zentralkomitees der KPCh an die Rote Armee im Jahr 1929 formuliert. Aber die Massenlinie, dass die Partei »alles für die Massen tut, sich bei allem auf die Massen stützt, aus den Massen schöpft und in die Massen hineinträgt«, ist nicht nur eine politische und militärische Strategie, sondern auch die Beschreibung einer organischen revolutionären Politik. Wie »das Volk« sind auch die Massen eine politische Kategorie, die eine neue politische Subjektivität enthält, eine Subjektivität, die aus der Verbindung von politischen Parteien und Massen entsteht. Im Kontext der Massenlinie können wir deutlich die enge Beziehung zwischen der Politik der Partei und der Politik der Massengesellschaft sehen. Sie bilden die besonderen Elemente der chinesischen Politik, die wir im Kontext der Parteilpolitik in Europa im 19. und 20. Jahrhundert und ihrer Verbreitung in anderen Regionen kaum erklären können.

Die Massenlinie, die aus den Massen schöpft und in die Massen hineinträgt, und die Kulturpolitik des »Für wen« und »Wie« beschäftigen sich mit den Beziehungen zwischen politischen Parteien und den Massen und der Gesellschaft. Die grundlegende Rahmenbedingung der modernen Politik ist der Staat, und deshalb ist es für politische Bewegungen unmöglich, unabhängig von politischer Macht zu agieren. Das System der Repräsentation entsteht eigentlich unter der Bedingung, dass politische Parteien eng mit dem Staat verbunden sind. D.h. das politische System muss durch bestimmte Formen der Repräsentation gebildet werden. Mechanismen wie das allgemeine Wahlrecht, Kommunalwahlen, parteiinterne Wahlen, Nominierung, Rotation oder Auslösung usw. sind allesamt verschiedene Formen, wie dieses Repräsentationssystem funktionieren kann. Die Vor- und Nachteile dieser Formen sind nicht absolut, sondern sollten von Fall zu Fall analysiert werden, vorausgesetzt, es gibt

eine aktive Politik von und für das Volk. Aber wenn heute über die Repräsentation diskutiert wird, wird oft der Inhalt der Supra-Repräsentation in der Politik der Repräsentation ignoriert. Die Massenlinie enthält solchen Inhalt. Sie ist ein politischer Prozess. Das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und den Massen verändert sich in diesem Prozess. Allmählich entsteht ein homogenes Verhältnis. Dieses ist nicht ausschließlich ein Verhältnis der Repräsentation, oder besser gesagt, es geht oft über das Verhältnis der Repräsentation hinaus. Die politischen Parteien und die Massen formen sich in diesem Prozess, sodass die Massenlinie zu einem Vorgang der Schaffung einer neuen politischen Subjektivität wird. In diesem Prozess werden die Massen zur Kategorie der Politik, und die politischen Parteien werden Teil der Massenpolitik; sie verschmelzen miteinander. Ohne diesen Prozess besteht die Gefahr, dass die politische Repräsentation, in welcher Form auch immer, ausgehöhlt wird und somit eine Trennung zwischen den politischen Institutionen und dem Leben des Volkes entsteht. Der Aspekt der Supra-Repräsentation in der Politik der Repräsentation wird in den Diskussionen oft vernachlässigt.

Mit dem Rückgang der Klassenpolitik wird die Parteipolitik zur Post-Parteipolitik. Das heutige China erlebt gerade einen historischen Prozess des Wiederaufbaus der Klassenstruktur und der Unterdrückung der Klassenpolitik. Dieser Prozess steht in großem Kontrast zur Situation im 20. Jahrhundert, als die Klassenpolitik extrem aktiv und zugleich die Arbeiterklasse relativ klein und schwach war. Was ist der politische Inhalt der »Massenlinie« unter den Bedingungen einer »Post-Partei«-Situation? In der chinesischen Revolution kann die Massenlinie im Großen und Ganzen als der politische Prozess beschrieben werden, durch den eine gut etablierte politische Partei mit einem hohen Grad an interner Disziplin in Übereinstimmung mit einer klaren politischen Orientierung und Mission die Massen mobilisiert und deren Aktivist:innen aufnimmt, um sich selbst zu stärken und zu reformieren. Im heutigen Staatsparteiensystem können wir den Begriff der Massenlinie verwenden, aber wir können und dürfen nicht die politischen Methoden der Vergangenheit wiederholen. Eines der Ergebnisse des Staatwerdens der politischen Parteien ist das Ende der Partei als politische Bewegung. Ihre Beziehung zu den Massen verwandelt sich in die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Heute gibt es weder eine gut organisierte politische Partei mit klaren Zielen im Sinne des 20. Jahrhunderts noch eine Massenpolitik, die durch die Massenlinie entsteht. Die Politik ist zur Kategorie des Managements, d.h. zur entpolitisierten Politik, degeneriert.

Was bedeutet es unter solchen Bedingungen, wieder auf die Massenlinie zurückzugreifen? Sich auf die Massen zu stützen, erfordert nicht nur soziale Kontrolle und soziale Beteiligung, sondern auch bestimmte Formen der sozialen Organisation. Wenn wir sagen, dass es heute keine Klassenpolitik im Sinne des 20. Jahrhunderts gibt, heißt dies nicht, dass es keine aktiven Klas-

senbewegungen und keine Politik des Bürgers gibt. Unter den heutigen sozialen Organisationen erhalten NGOs wachsende Aufmerksamkeit in den Medien, während über die Bewegungen der Arbeiterklasse und der Bauern selten berichtet wird. Beide Gruppen engagieren sich auf unterschiedliche Weise in politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Fragen. Viele soziale Organisationen oder soziale Bewegungen haben heute politisches Potenzial, aber sie bewegen sich nicht unbedingt alle in eine positive politische Richtung. Unter den Bedingungen des Finanzkapitalismus werden auch soziale Bewegungen vom Kapitalsystem unterwandert. Daher können wir bei der Diskussion über die Zivilgesellschaft oder bei der Analyse der Klassenpolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht umhin, neue Formen des gegenwärtigen Kapitalismus zu analysieren.

Der Finanzkapitalismus ist ein globales Problem. Im Finanzkapitalismus haben die Kapitalakkumulation und die ihr innewohnenden Widersprüche ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Dies gilt auch für die Trennung der virtuellen von der Realwirtschaft. Die sozialen Beziehungen werden durch diesen abnormalen Prozess der Akkumulation ständig verzerrt. Im Vergleich zu westlichen Ländern hat China eine größere Realwirtschaft und auch noch eine größere Anzahl von Arbeitskräften, die mit der Realwirtschaft verbunden sind, und die wirtschaftliche Regulierungsfähigkeit des Staates ist größer als in vielen entwickelten Ländern. Das Finanzkapital ist die bisherigen Beschränkungen der Industrie, der Branchenverbände und sogar des Staates losgeworden. Es ist hoch mobil und transnational. Zu diskutieren bleibt, welche Bedeutung diese neuen Entwicklungen eigentlich für die politischen Probleme haben, die wir hier analysieren, und wie sich der Staat, die politischen Parteien, die Klasse und die sozialen Organisationen dadurch verändern. Sicher ist, dass einige Grundbegriffe in Bezug auf den modernen Staat und das Machtssystem, darunter Souveränität, Bürger:in, Klasse, Arbeit und so weiter, im Lichte der neuen Situation neu definiert und analysiert werden müssen. Die politische Praxis hängt unmittelbar damit zusammen, wie diese Probleme im chinesischen Kontext verstanden werden.

Soll die Repräsentation wiederhergestellt und damit ihre Krise überwunden werden, so ist die Frage danach zentral, um welche Art von Repräsentation es sich handelt. Ist es notwendig, die Bedeutung der Arbeiterklasse oder des Bündnisses der Arbeiter- und Bauernschaft wieder zu betonen? Unter dem Finanzkapitalismus erlebten und erleben die westlichen Länder eine Deindustrialisierung. Viele Intellektuelle haben das radikale Schrumpfen oder sogar Verschwinden der Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse festgestellt. Sie haben daraufhin die Theorie von Klasse und Klassenpolitik infrage gestellt. Die Kehrseite dieses Prozesses ist die umfassende Industrialisierung und Entwicklung der Arbeiterklasse in China und in vielen anderen nicht-westlichen Län-



dern. Unter den Bedingungen der Globalisierung ist die entstandene Struktur der Arbeiterklasse jedoch nicht stabil. Ein wichtiges Phänomen im heutigen China ist die neue Strukturierung der Klassengesellschaft. Es ist unvermeidlich, den Begriff der Klasse wieder zu verwenden. Die Ausweitung und Reorganisation der Arbeiterklasse und das Verschwinden der Arbeitskämpfe geschehen jedoch fast gleichzeitig. Die neu entstandenen Kämpfe der Arbeiterklasse haben bei weitem nicht die Tiefe und den Umfang der vorherigen Kämpfe erreichen können. Mindestens zwei Merkmale sind leicht erkennbar: Erstens sind die neuen Klassenkämpfe von der Parteipolitik losgelöst; zweitens ist die neue Arbeiterklasse aufgrund der Mobilität des gegenwärtigen Produktionssystems instabil. Diese Instabilität unterscheidet die neue Arbeiterklasse von der Arbeiterklasse in der Phase der sozialistischen Industrialisierung und in der frühen Phase ihrer Entstehung. Es gibt im Großen und Ganzen vier Formen des Arbeiterkampfes:

- Streiks und Bemühungen um Selbstorganisation (Gewerkschaften) zum Schutz eigener Rechte und Interessen, wie der Streik bei Honda Automobile in Guangzhou, der eine klassische Politik der Arbeiterklasse darstellt.
- Versuche, die Vertragsdauer zu verkürzen. Die Arbeiter:innen weigern sich, lange Zeit in einer Fabrik oder einem Unternehmen zu arbeiten. Sie wollen nur ein oder zwei Jahre auf einem Arbeitsplatz bleiben, bevor sie den Job wechseln. Aus einer klassischen Perspektive der Klassenpolitik würde diese Taktik die Solidarität der Arbeiter:innen gefährden. Gleichzeitig stellen diese Versuche eine sehr wirksame Aktion dar, um vom Staat und Kapital die Verbesserung der Lage der Arbeiter:innen zu fordern.
- Neben Organisationsformen wie Gewerkschaften ist auch das »Vorarbeitersystem«, das in der Vergangenheit als eine Form der doppelten Ausbeutung angesehen wurde, zu einer der Organisationsformen des Arbeiterkampfes geworden. Dieses System schützt die Interessen der Arbeiter:innen durch informelle Verträge. Darüber hinaus gibt es auch Heimatvereine und Organisationen von Arbeitnehmer:innen ethnischer Minderheiten, um deren Rechte und Interessen zu schützen.
- Der Rechtsschutz mit Schwerpunkt auf den Schutz der individuellen Rechte und Interessen. Zusätzlich bietet der ländliche Aufbau in der Tat auch eine weitere Unterstützung für die Arbeiterbewegung.

Es gibt viele Diskussionen zu solchen Fragen, aber sie werden hauptsächlich im Rahmen von sozialer Schichtung der Gesellschaft geführt. Es gibt kaum Untersuchungen, welches klassenpolitische Potenzial diese Schichten und Milieus enthalten oder wie sich neue Organisationsformen und traditionelle Klassenpolitik überschneiden oder voneinander unterscheiden. Wenn sich der Bruch der Repräsentation als Trennung zwischen politischer und sozialer Auseinandersetzung manifestiert, dann stellt sich folgende Frage: Was ist dann der poli-

tische Kampf, der organisch mit einer bestimmten sozialen Schicht verbunden ist? Wenn Klassen und entsprechend Klassenfragen und Klassenkämpfe in der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft entstehen, dann hängt der Wiederaufbau der Repräsentation unvermeidlich mit der Lösung des Problems der Wiederkehr der Klassengesellschaft im gegenwärtigen China direkt zusammen. Aber da die politische Partei immer mehr Staat wird, ist eine Post-Parteilpolitik eher wahrscheinlich, als eine Klassenpartei wiederaufzubauen und eine unabhängige Klassenpolitik (einschließlich Gewerkschaft, Bauernverbände und anderen sozialen Organisationen) neu auszuprägen. Und es bräuhete Kämpfe der Arbeiterklasse, die sich auf die Transformation der Machtbeziehungen innerhalb des Produktionssystems konzentriert.

Warum reden wir von der Tendenz zur »Post-Parteilpolitik«? Das liegt daran, dass die beiden gegensätzlichen Konzepte für den gegenwärtigen politischen Wandel eine Rückkehr zur Parteilpolitik voraussetzen: Für die Rechte ist das grundlegende politische Modell die klassische Mehrparteilpolitik, die auf der Idee einer parlamentarischen Politik basiert; für die Linke ist es die Wiederherstellung oder Wiedereinführung der politischen Repräsentation von Parteien. Das wirft unweigerlich eine Reihe von Fragen zur Klasse und ihrer politischen Form auf. Angesichts der chinesischen Realität sind die Fragen, die durch letzteren Ansatz gestellt werden, dringender. Der gegenwärtige politische Wandel wird aber nicht zwangsläufig in der Rückkehr zu den politischen Modellen des 19. oder 20. Jahrhunderts bestehen, sondern vielmehr durch neue politische und ökonomische Realitäten bedingt sein. Der Wiederaufbau der Repräsentation durch Massenlinien, ideologische Debatten und Organisationsaufbau sind unverzichtbare politische Prozesse. Aber das Ziel kann wahrscheinlich nicht die Rückkehr zum alten Parteienmodell sein. Auch wenn es heute noch politische Organisationen gibt, die sich »Partei« nennen, hat sich die Bedeutung ihrer Politik in wichtigen Punkten verändert. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde dieser Wandel aktiv durch die Gründung von Super-Parteien eingeleitet, um die Krise der Mehrparteilpolitik zu überwinden. In der späteren Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde dieser Wandel durch die Transformation vom Parteienstaat zur Staatspartei vollendet. Dieser Wandel ist eher passiv. Unter den neuen Bedingungen wird die Frage, wie gesellschaftliche Kräfte in größerem Umfang und direkter am politischen Prozess teilnehmen können, zu einem wichtigen Thema bei der Erkundung eines neuen politischen Rahmens. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Praxis der Massenlinie. Daher kann sich der Prozess der Wiederherstellung der politischen Repräsentation selbst nicht nur auf die Parteilpolitik alten Stils stützen, sondern hat auch mit der Praxis der »Post-Parteilpolitik« zu tun. Die heutige Technologie bietet zusätzliche Möglichkeiten für diese Praxis. Die sogenannte Post-Parteilpolitik leugnet nicht die

Rolle politischer Organisationen, betont aber deren technokratische, letztlich depolitisierte Eigenschaften.

### **Die Schaffung eines neuen »allgemeinen Interesses«**

Die gesellschaftlichen Strukturen verändern sich heute drastisch. Ihre Entwicklung und Reorganisation betreffen die Interessen aller Menschen. Die neue politische Subjektivität muss sich auf die Interessen der großen Mehrheit des chinesischen Volkes orientieren, die ihren politischen Inhalt und ihre soziale Bedeutung in der Vergangenheit in der Kategorie »Volk« widergespiegelt haben. Da sich der eher gemeinschaftliche Begriff »Volk« im Zuge der Modernisierung und Urbanisierung in den letzten Jahrzehnten in den Begriff »Bevölkerung« umgewandelt hat, ist eine Situation entstanden, in der die Menschen außerhalb des Begriffs »Bürger« keinen politischen Ausdruck des allgemeinen Interesses mehr finden können. In der Ideologie spiegelt die Geringschätzung des Begriffs »Volk« die Zersplitterung der Gesellschaft wider. In der modernen Geschichte ist das Volk nicht immer ein leerer Begriff gewesen, sondern stellte eine politische Kategorie mit reicher Vitalität dar. Seine Aushöhlung ist das Ergebnis der Entpolitisierung. Ich erwähne den Begriff des »Volks« hier nicht, um den Begriff des Bürgers gegen den Begriff des Volkes auszuspielen, sondern im Gegenteil, um die politische Verbindung zwischen den beiden Kategorien wiederherzustellen. Die Politik des Bürgers ist nicht gleichzusetzen mit einer Politik, in deren Zentrum das Individuum als Subjekt steht. Die Politik des Bürgers muss gleichzeitig die Politik des Volkes und die Politik der Gesellschaft sein. Im normativen Bereich muss diese Politik stets einen ethnischen Bezug auf Gleichheit enthalten. Im 20. Jahrhundert betonten die fortschrittlichen Parteien die politische Rolle des Proletariats. Sie taten das nicht nur aus Eigeninteresse der Arbeiterklasse oder von Gruppen von Arbeiter:innen, sondern auch in der Überzeugung, dass die Mission dieser Klasse eine allgemeine Bedeutung über ihre eigenen Interessen hinaus hat und dass sie ohne Zweifel auch die Politik des Volkes, also die Politik jedes Bürgers oder jeder Bürgerin ist. Der Ausdruck der Politik des Volkes im System der Staatsmacht ist die wahre Politik der Gleichheit. Die Politik der Gleichheit, im Unterschied zur Politik der Armutsbekämpfung und zum nationalen Ziel der Armutsreduzierung, beinhaltet das Nachdenken über politische Voraussetzungen und Dynamiken. Ich habe die vielfältigen Aspekte der Politik der Gleichheit in meinem Buch »Der Bruch der Repräsentation: Eine neue Untersuchung zur Frage ›Wessen Gleichheit« analysiert. Dies will ich hier nicht wiederholen.

Die heutigen Forschungen zur sozialen Schichtung können schnell die Interessen bestimmter Gruppen und Milieus identifizieren. Sie können aber nicht die allgemeinen Interessen herausfinden. Das ist ein Problem, das nicht durch eine positivistische Methode gelöst werden kann. Eine positiv gestaltende

Entwicklung zukünftiger Politik hängt davon ab, die potenziellen Kräfte innerhalb des sozialen Wandels zu identifizieren, die die Zukunft repräsentieren. Diese potenziellen Kräfte müssen notwendig den »volonté générale« artikulieren. Heute sind sie noch latent, in der Zukunft werden sie präsent werden. Die Diskussion über die »Wiederherstellung der Repräsentation« dient auch dazu, die unterdrückte potenzielle Universalität freizulegen. Diese Diskussion ist ein Kampf um die Zukunft. Jedes politische System kann nur dann die Funktion der Repräsentation erfüllen, wenn es die Allgemeinheit hervorbringt und das allgemeine Interesse vertritt. So ist der Prozess der Wiederherstellung der Repräsentation auch der Prozess der Schaffung von Allgemeingültigkeit. Ich interessiere mich nicht für das aktuelle Gerede von »großer kultureller Entwicklung und Prosperität«. Mich interessiert vielmehr die Frage der Beziehung zwischen Kultur und Politik. Sind wir immer noch wie im 20. Jahrhundert in der Lage, den Wandel der sozialen Strukturen zu untersuchen, ihre mögliche Richtung zu analysieren, die politischen Kategorien neu zu definieren und in der Entwicklungstendenz des heutigen Chinas und der Welt eine Allgemeinheit zu entdecken, die die Zukunft repräsentieren kann? Dies ist eine Frage, die aufgeworfen werden muss. Dies ist die Frage, die wir stellen, und die Herausforderung, der wir begegnen müssen.

Das 20. Jahrhundert war eine Prophezeiung, die schnell in die Krise geriet. Aber diese Prophezeiung kann durchaus auch eine Möglichkeit sein, die unterdrückt wurde. Das kulturelle und politische Erbe des 20. Jahrhunderts wieder aufzugreifen bedeutet nicht, einfach zu einer überholten Praxis zurückzukehren, sondern das allgemeine oder zukünftige Potenzial in dieser Praxis aufzudecken. Dieses unerschlossene Potenzial einer zukünftigen Praxis erinnert uns daran, dass unser Ausweg nicht in einer Rückkehr zur Politik des 19. Jahrhunderts besteht.

*Beijing Cultural Review: Februar 2013*

*Dieser Artikel wurde vom Autor anhand eines Interviews mit unserem Redakteur am 10. Juli 2012 verfasst.*

*Übersetzung: Zhu Xia*



# Die chinesische Zivilisation und die Kommunistische Partei Anlässlich des 96. Jahrestages der KPCh

von der Redaktion der *Beijing Cultural Review*

## Einleitung

*»Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.«  
(Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei)*

Diese Worte von Marx und Engels charakterisieren die geistige Welt der Europäer:innen im 19. Jahrhundert. Die Kombination von industrieller Revolution und Kapitalismus zerstörte das alte europäische Feudalsystem und machte das neue Europa mit Nationalstaaten zur Keimzelle der modernen Weltordnung. Von 1789 bis 1914 erlebte Europa, wie es Eric Hobsbawm beschreibt, »ein langes 19. Jahrhundert«. Eine Serie von Kriegen, Revolutionen, industriellen und technologischen Fortschritten und Expansionswellen nach außen folgte aufeinander. Eisen und Blut, Geld und Waffen, Ideen und Macht, Ideologien und Organisationssysteme verbreiteten sich über die ganze Welt. Parallel zu diesem Prozess zerfielen die großen Imperien, die sich über Eurasien erstreckten, eines nach dem anderen, und der Einfluss alter Zivilisationen schrumpfte oder zersplitterte. Gleichzeitig haben in einigen alten Zivilisationen revolutionäre Veränderungen stattgefunden. Es sind neue politische Akteure entstanden, die in der Lage waren, den Herausforderungen sowohl des Drucks von außen als auch der Krisen im Innern zu begegnen. Diese neuen politischen Akteure schöpften nicht nur aus dem Westen und aus den industriellen und proletarischen revolutionären Wellen neue Wissenssysteme, neue Organisationsmethoden und neue Produktionsweisen. Sie bewahrten auch ihre eigene Subjektivität, indem sie den Zusammenhalt der Mitglieder ihrer eigenen Gesellschaften förderten, sie mobilisierten und die der eigenen Zivilisation innewohnenden universellen Bedeutungen entdeckten und neu gestalteten.

Die chinesische Zivilisation ist repräsentativ für eine alte Zivilisation, die im 20. Jahrhundert revolutionär umgestaltet wurde. Die Kommunistische Partei Chinas ist das neue politische Subjekt, das die chinesische Gesellschaft in dem veränderten Kontext vereint und integriert, die nationale Unabhängigkeit bewahrt und die Umgestaltung und Entwicklung der chinesischen Zivilisation ermöglicht.

## Die Krise der Zivilisation und die Geburt der KPCh

Von der Bewegung der Verwestlichung («Selbststärkungsbewegung») bis hin zur Neue-Kultur-Bewegung hatte die traditionelle Elite des alten China immer wieder Experimente unternommen, das Land zu retten. Die Selbststärkungsbewegung stützte sich auf die bürokratischen Eliten, die von den Gelehrtenbürokraten der Han-Nationalität geprägt waren. Die Wuxu-Reform (Hundert-Tage-Reform) spiegelte die Bemühungen der Intellektuellen der Mittel- und Unterschicht wider, während die Bewegung der Tongmenghui (Gesellschaft der revolutionären Allianz) und die Xinhai-Revolution (Revolution von 1911) die halbherzige Zusammenarbeit oder stillschweigende Verständigung zwischen dem Adel, den Kaufleuten und den neuen Militärgruppen offenbarten. Durch die parteipolitischen und konstitutionellen Bewegungen in den 1910er Jahren erkannten die traditionellen Eliten die Notwendigkeit, eine neue Machtstruktur und Modelle der Zusammenarbeit zu etablieren.

Für die Menschen dieser Zeit war die westliche demokratische Verfassungsordnung ein sehr gutes Beispiel, dem sie folgen konnten. Song Jiaoren, Revolutionär und Mitbegründer der Tongmenghui (Anm. d. Verlags), ist ein Beispiel dafür, wie China von der westlichen Verfassungsordnung lernte. Er unternahm große Anstrengungen, um politische Parteien zu stärken, damit sie die Regierung übernehmen können. Im August 1912 schlossen sich die Tongmenghui, die Tongyi Gonghedang (Vereinigte Republikanische Partei), die Guomin Gongjinhui (Allgemeine Fortschrittsgesellschaft des Nationalen Volkes), die Guomin Gongdang (Öffentliche Partei des Nationalen Volkes) und die Gonghe Shijinhui (Reale Fortschrittliche Republikanische Gesellschaft) zur Guomindang (Kuomintang) zusammen. Song Jiaorens Hauptaugenmerk richtete sich auf die Durchsetzung von Bürgerrechten. Seine Bestrebungen zielten nicht auf eine soziale Revolution, und die Aktivitäten der von ihm geführten Partei konzentrierten sich hauptsächlich auf das Parlament. Diese politische Option hat sich als Fehlschlag erwiesen. Ohne soziale Integration als Grundlage können die politischen Parteien die ernstesten Konflikte zwischen den alten und den neuen Eliten, die ungleiche Verteilung der Privilegien und die gravierende Spaltung zwischen den Eliten und den Massen in der Ära der Revolution nicht bewältigen. Die soziale Integration ist die Bedingung für die Entstehung eines gemeinsamen Willens des Volkes und die politische Einheit. Ohne gemeinsamen Willen des Volkes kann es keinen verfassungsbegründenden Konsens geben und ohne politische Einheit kann repräsentative Demokratie nicht praktiziert werden. Song Jiaorens Verfassungsprogramm westlicher Prägung war nicht nur mangelhaft, sondern verschärfte vielmehr die republikanische Krise. Die politischen Auseinandersetzungen konzentrierten sich zu dieser Zeit ausschließlich auf den Kampf um Macht und die Interessen verschiedener Kräfte. Keiner

der politischen Akteure widmete sich wirklich der Neuordnung der chinesischen Gesellschaft und der Entstehung eines gemeinsamen Willens des Volkes.

Von der Bewegung der Verwestlichung bis zur republikanischen Krise bewiesen die politischen Bemühungen und das Versagen der chinesischen Elite, dass die Zeit vorbei war, in der eine stabile herrschende Ordnung durch das Bündnis einiger kleiner Elitegruppen und die daraus resultierende Überlegenheit an Organisationskraft und Ressourcen der Eliten gegenüber dem Volk hergestellt werden konnten. Es ist nicht möglich, einen modernen Staat, der diesen Namen verdient, aufzubauen, indem man einfach das politische System umgestaltet, ohne einen sozialen Wandel herbeizuführen. Vor einem historischen Hintergrund, in dem sowohl die inneren als auch die äußeren Unruhen weitaus größer sind als in der Vergangenheit, ist die Errichtung einer politischen Ordnung kein »Machtspiel« weniger »Raubtiere« mehr. Sie erfordert die Mobilisierung und Beteiligung breiter Gruppen der Bevölkerung. Es reicht nicht, dem Volk einfach mehr formalrechtliche Macht zu übergeben. Noch wichtiger ist es, eine »Politik der Öffentlichkeit« zu schaffen – eine Politik, in der die Menschen zu wirklichen Teilnehmer:innen und Akteuren im politischen Prozess werden und für ihr eigenes Schicksal und das Schicksal der Gemeinschaft kämpfen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die politischen Akteure, die China am meisten brauchte, neue politische Parteien, die die chinesische Gesellschaft neu organisieren können. Diese neuen Parteien mussten auf die Gesamtheit der chinesischen Gesellschaft zugehen, sowohl um durch ihre Parteiorganisationen die chinesische Gesellschaft neu zu gestalten als auch um in diesem Prozess die Rolle einer Vertretung gesellschaftlicher Interessen zu übernehmen. Die damaligen Politiker:innen hatten dies bereits erkannt. So hatte Sun Zhongshan (Sun Yat-sen) die politische Lösung, »mit der Partei den Staat zu errichten«, gefunden. Dadurch sollte die Situation, in der das chinesische Volk »wie ein Haufen loser Sandkörner« ist, beendet werden. Auch die 1921 gegründete Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat sich seit ihrer Gründung für die Neugestaltung der chinesischen Gesellschaft eingesetzt. Die KPCh hat durch ihre Arbeit an der Basis der Gesellschaft und ihre engen Beziehungen zu Bauernschaft und Arbeiter:innen die Gesellschaft verändert und durch Parteiorganisation und -arbeit das Volk letztlich geprägt. Und gleichzeitig hat sie sich auch als eine vom Volk getragene führende Kraft etabliert.

»Der Kanonendonner der Oktoberrevolution brachte China den Marxismus«, so pflegen wir zu sagen. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Marxismus für das damalige China die vollständigste Theorie darstellte, die die soziale Revolution eng mit der politischen Revolution verband, und dass die bolschewistische Partei das stärkste Modell von Parteiorganisation und sozialer Mobilisierung verkörperte. Die neuen Parteien waren keine korrupten, von Kriegsherren



abhängigen Parlamentsfraktionen, sondern revolutionäre Parteien, die sich der sozialen Umgestaltung verpflichteten und durch eiserne Disziplin geprägt waren. Sie versuchten, durch die Umgestaltung der Gesellschaft eine Form der Demokratie zu finden, die praktisch wirksamer ist als die repräsentative Demokratie. In dieser Zeit entstand auf chinesischem Boden ein neuer Typus revolutionärer Parteien. Durch die Reorganisation der Guomindang und die Gründung der KPCh begann eine neue Epoche der chinesischen Geschichte.

### **Die Konkurrenz zwischen der Guomindang und der KPCh und der Wiederaufbau der chinesischen Nation an der Basis**

Die Guomindang war aus der Gesellschaft der (revolutionären) Allianz gegen die Qing-Dynastie hervorgegangen und am Anfang ein loses revolutionäres Bündnis mit einer reichen Tradition von Geheimgesellschaften. 1923 begann Sun Yat-sen mit der Sowjetunion zu kooperieren und versuchte, die revolutionären Erfahrungen der Sowjetunion zu nutzen, um die politischen Überzeugungen, die organisatorische Disziplin der Guomindang-Mitglieder zu stärken und die nationale Revolution voranzutreiben. Die KPCh wurde hingegen mithilfe der Sowjetunion gegründet und hat lange als chinesische Sektion der Kommunistischen Internationale existiert. Sie hatte von Anfang an marxistisch-leninistische ideologische Grundsätze und Organisationsprinzipien angewandt. Die politischen Überzeugungen waren umfassender und ideologischer und die Partei nahm eine strengere Prüfung bei der Gewinnung neuer Mitglieder vor als die Guomindang.

Obwohl sowohl die Guomindang als auch die KPCh die Parteiorganisation und -disziplin nach leninistischen Grundprinzipien verstärkten, waren beide Parteien hinsichtlich innerer Abstimmungs- und Politikprozesse sehr verschieden. Auf gesamtstaatlicher Ebene konnte die Zentrale der Guomindang über ihre politischen Konferenzen hinaus nur Stellungnahmen zur Arbeit der Regierung abgeben. Die Entscheidungen wurden von der Regierung getroffen und umgesetzt. Auf lokaler Ebene war es der Zentrale der Guomindang nicht gestattet, direkt in die lokale Verwaltung einzugreifen. Die lokale Macht lag bei der Regierung und nicht bei der Partei. Die Partei wurde in eine zweitrangige Position zurückversetzt und spielte keine große Rolle. Sie hatte keine personellen organisatorischen Befugnisse und konnte jene Parteimitglieder, die politische Funktionen ausübten, nicht führen. Sie konnte deshalb die Regierung nicht kontrollieren und überwachen. Der Parteiorganisation fehlte ein wirksamer Mechanismus zur Disziplinierung der Parteimitglieder. Auch in Bezug auf ihre Beziehungen zum Militär fehlte es der Partei an Gewicht. Während des ersten revolutionären Bürgerkriegs (1924–1927) wurden die Angelegenheiten der Guomindang in der Armee gewöhnlich von Kommunisten oder von den Kommunisten nahestehenden Guomindang-Mitgliedern wahrgenom-

men. Nach dem »Entfernen der Kommunisten« im Jahr 1927<sup>1</sup> wurde die Parteiarbeit der Guomindang in der Armee fast aufgegeben. Im März 1939 befahl Jiang Jieshi (auch Chiang Kai-shek) die Wiederherstellung der Parteistrukturen auf allen Ebenen der Armee. In der Durchsetzung dieser Weisung wurde die politische Arbeit der Armee untergeordnet, und die Parteiangelegenheiten wurden der Arbeit der Regierung untergeordnet. Beim Eintritt in die Partei legten die Soldaten gewöhnlich einen kollektiven Eid ab. Es gab keine Aufnahmehürde, keine Bedingungen, keine Zahlung von Parteibeiträgen, keine Ausgabe von Mitgliederausweisen und keine organisatorischen Aktivitäten nach dem Eintritt in die Partei. Es machte also keinerlei Unterschied, ob ein Soldat der Partei beitrug oder nicht.

Die KPCh hingegen legte von Anfang an bei der Aufstellung ihrer eigenen Streitkräfte großen Wert auf die Führung der Armee durch die Partei. Sie betonte den politischen Charakter der Armee. Während des Herbsternste-Aufstands 1927 nach dem Bruch der Einheitsfront durch die Guomindang wurde im Rahmen der »Sanwan-Reorganisation« in den bewaffneten Truppen das System der »Parteisektion in Kompanie« eingeführt. Dieses ermöglichte es der Partei, eine absolute Führung über die Armee zu erreichen. Die Ende 1929 abgehaltene Konferenz von Gutian erklärte folgendes: »Die Rote Armee Chinas ist eine bewaffnete Gruppe, die die politischen Aufgaben der Revolution erfüllt.« Und: »Die Aufgabe der Rote Armee ist keineswegs nur, im Krieg zu kämpfen. Neben dem Kampf zur Vernichtung der feindlichen Streitkräfte hat sie auch die wichtigen Aufgaben, die Massen aufzuklären, zu organisieren, zu bewaffnen und ihnen bei der Errichtung der revolutionären Ordnung zu helfen und schließlich auch Organisationen der Kommunistischen Partei zu gründen.« So wurden die Agrarrevolution, der bewaffnete Kampf und der Aufbau einer neuen politischen Ordnung unter der Führung der Partei vereinigt. Die Armee wie auch die revolutionäre Ordnung wurden der Führung durch die Partei untergeordnet.

Guomindang und KPCh unterscheiden sich auch gravierend voneinander in ihren Bemühungen, ihre jeweilige Massenbasis zu befestigen. Durch die soziale Revolution wie die Landreform und die Mobilisierung der Volksmassen zur Teilnahme an den Volkskriegen wie dem Antijapanischen Krieg (1937–1945) und dem Befreiungskrieg (1945–1949) gelang es der KPCh, neue Basisorganisationen zu schaffen.

---

<sup>1</sup> Nachdem die KPCh unmittelbar nach ihrer Gründung erste Mobilisierungserfolge in den Küstenstädten erzielen konnte, zerstörten das Massaker an den Kommunisten durch Jiang Jieshi in Shanghai 1927 und der darauffolgende weiße Terror fast die komplette Leitungsstruktur der Partei.

Durch die tiefgreifende Landreform hatten die Bäuerinnen und Bauern, die damals die überwältigende Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ausmachten, die spürbaren praktischen Vorteile erfahren, die von dieser Politik ausgingen. Sie haben deshalb die KPCh unterstützt. Die Fortsetzung der Landreform erzeugte eine starke Mobilisierungskraft. Deshalb bekam die KPCh die ständige zivile, finanzielle und militärische Unterstützung des Volkes im Befreiungskrieg. In der Zeit des Antijapanischen Krieges und des Befreiungskrieges gründete die KPCh auf dem Lande Massenorganisationen wie Parteioorganisationen, Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands Chinas, Bauernverbände, den Frauenverein zur Rettung des Vaterlands, den Jugendverein zur Rettung des Vaterlands, Kindergruppen, Milizorganisationen und Vereinigungen von kleinen Bauernbetrieben und Landarbeiter:innen. Damit konnte sie die Bevölkerung an der Basis wirksam organisieren und umfassend mobilisieren. Diese Praktiken unterschieden die KPCh auch von den russischen Bolschewiki: Die chinesischen Kommunisten kamen nicht durch einen militärischen Putsch in der Stadt an die Macht, sondern dadurch, dass sie zwei Jahrzehnte lang ihre Macht im ländlichen Raum kontinuierlich vergrößerte. Die von der KPCh angeführte soziale Revolution veränderte sowohl die chinesische Gesellschaft als auch die KPCh selbst. Im Laufe des langen revolutionären Kampfes verwandelte sich die KPCh von einer Partei, die sich aus Intellektuellen zusammensetzte, die die Revolution unterstützten, in eine revolutionäre Partei hauptsächlich aus der Arbeiter:innen- und Bauernschaft, die die »Massenlinie« praktizierte.

In einer längeren historischen Perspektive hat die Wiederherstellung von Basisorganisationen durch die KPCh im Zuge der Agrarrevolution auch eine weitreichende historische Bedeutung für die chinesische Zivilisation. Im traditionellen China konnte der Staat aufgrund der fehlenden Mittel nur auf das bestehende kulturelle Machtnetz in den Dörfern zurückgreifen, indem er Grundherren, Adel und das Oberhaupt eines Stammes einsetzte, um die Staatsmacht in den Dörfern zu repräsentieren. Seit der Song-Dynastie spielte der Clan eine wichtige Rolle in der Verwaltung der ländlichen Gemeinschaften in China. Es gab eine »zweigleisige Politik«, in der die kaiserliche Macht und die Macht des Adels gleichzeitig ausgeübt wurden. Beide Typen von Macht wurden ihrerseits wiederum durch die kaiserlichen Beamtenprüfungen und die Bürokratie miteinander verbunden. In der späten Qing-Dynastie kam es zum Niedergang dieser »zweigleisigen Politik«. Die Abschaffung der kaiserlichen Beamtenprüfung führte zu einem Zusammenbruch der Verbindung zwischen oben und unten. Der ländliche Adel hatte seinen autoritären Status früher mithilfe des kaiserlichen Beamtenprüfungssystems erlangt und durch die Verbindung zwischen dem Kaiserhof und dem Land das Herrschaftssystem geschützt. Die Abschaffung der kaiserlichen Prüfung beschleunigte den

Niedergang des Adels. Auf dem Land entstand eine Gruppe von Kräften, die das Bedürfnis der Staatsmacht nach Ressourcen befriedigte. Sie wurden später als »die Dorftyrannen und die Dorfoligarchie« bezeichnet. Nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Beamtenprüfungssystems, das Zentralstaat und die lokalen Gemeinden, Stadt und Land überbrückte, und nach dem Zusammenbruch des Steuerwirtschaftssystems, in dem der lokale Adel und die zentrale Bürokratie in Bezug auf Besteuerung miteinander zusammenarbeiteten und miteinander kämpften, entfernten sich Adel und Grundherren unter dem Einsatz von bewaffneter Gewalt und lokaler Macht zunehmend von der sittlichen Ordnung des Landes und bildeten schließlich eine Interessengruppe, die die Bauernschaft vom Staat trennte.

Um diese Probleme zu lösen, ergriff die KPCh eine Reihe von Maßnahmen. Sie schaffte das Baojia-System – ein lokales Selbstverwaltungssystem – und das patriarchalische System ab und hob die Macht des Clans und Adels auf. Sie »liquidierte« – wie es damals hieß – »die Banditen und schlug die Reaktionsäre nieder«. Dadurch wurden die Organisationen von Guomindang in den Dörfern zerstört und die Kräfte der feudalen Grundherren und Clans vom Land weggefeht. Die gründliche Beseitigung der profitierenden Vermittlergruppe zwischen dem Staat und den Bauern ermöglichte es dem Staat, wirklich in die Dörfer einzudringen. Ohne die willkürliche Besteuerung und die brutale Abgabepressung seitens der Dorftyrannen und der Dorfoligarchie wurde die tatsächliche Belastung der Bäuerinnen und Bauern stark reduziert, selbst wenn ihre Landsteuer erhöht wurde. Dabei wurde die Fähigkeit des Staates, Ressourcen aus dem Land abziehen und zu mobilisieren, stark verbessert. Der Befreiungskrieg und später der Kampf in Korea konnten dadurch wirksam unterstützt werden. Nach dem Beginn der Industrialisierung Chinas wurden landwirtschaftliche Überschüsse effektiv gebündelt und der Industrialisierung zugeführt.

In der traditionellen politischen Tradition der chinesischen Dynastie stützt sich die Einheit des Staates auf eine starke imperiale Macht. Unter der doppelten Krise der äußeren Bedrohung und der inneren sozialen Spaltung wurde die imperiale Macht zunehmend geschwächt und verlor die Fähigkeit, das Land zu einigen. Gleichzeitig ersetzten die modernen Wissenssysteme traditionelle chinesischen Ansichten über normative Ordnung, die im Grundsatz »Alles unter dem Himmel« gründete. Die Legitimität der imperialen Ideologie brach rasch zusammen. Nach dem Sturz der Monarchie in der Xinhai-Revolution konnten weder die Souveränitätstheorie der »harmonischen Zusammenarbeit zwischen den fünf Rassen« während der Beiyang-Periode (1912–1928) noch die Theorie nationalistischer Souveränität der Guomindang das Volk vereinigen oder eine einigende Grundlage für die Republik finden. Die Republik wurde auf eine gesellschaftlich nie verwurzelte Pseudo-Republik reduziert.

Durch die tiefe und gründliche soziale Revolution setzte die KPCh der massiven Armut, der Zersplitterung des Landes und Schwäche im modernen China ein Ende. Sie baute die Sozialstruktur und die politische Elitestruktur Chinas grundlegend um und schuf so ein modernes politisches Subjekt, das »Volk«, das einem republikanischen System entsprach. Dadurch wurde wieder ein Staat, der das Volk zu integrieren imstande war, hergestellt.

### **Von der »politischen Volkspartei« zum »Volksstaat«: Der Aufbau des Sozialismus unter der Führung der KPCh**

»Der vom Volk der Zhou gegründete Staat war uralte, aber seine Mission war es, sich ständig zu erneuern.«<sup>2</sup> Die Volksrepublik China stellte nicht nur die chinesische Zivilisation wieder her, indem sie ein modernes System einer großen, integrativen Einheit schuf, sondern brachte auch eine Art neuen Zeitgeist, nämlich einen »Volkscharakter«, in die traditionelle chinesische Zivilisation ein. Die klassische chinesische Zivilisation basierte auf einem imperialen System – mit dem Himmelssohn im Zentrum als politischem Symbol – das die chinesische große Einheit repräsentierte. Währenddessen beruht die moderne chinesische Zivilisation auf einem demokratischen System mit dem Volk als soziale Grundlage der chinesischen großen Einheit. Der Volksbefreiungskrieg war der Krieg, der um die Gründung des neuen Chinas geführt wurde. Dieser Krieg wird »Befreiungskrieg« genannt, weil die 540 Millionen Chines:innen der Unter- und Mittelschicht dadurch aus der Unterdrückung befreit wurden und einen gleichberechtigten Status wie die 60 Millionen Chines:innen der Oberschicht erhielten. Ohne solche Gleichheit der sozialen Verhältnisse wäre es für China nie möglich gewesen, eine demokratische Gesellschaft zu werden. Deshalb ist die Volksdemokratie nicht nur der Ursprung der Legitimität des langfristigen Regierens der KPCh, sondern auch die moderne Grundlage für den Wiederaufbau einer Ordnung der großen Einheit in der Volksrepublik China und die soziale Voraussetzung für den Fortschritt beim Aufbau der sozialistischen Industrialisierung.

Nach der Song- und der Yuan-Dynastie bestand die chinesische Gesellschaft hauptsächlich aus kleinen, sich selbst versorgenden Bauernfamilien. Gegenüber den westlichen Mächten war das alte China nicht nur schwach in Bezug auf Produktionskapazität, Militärkraft und Technologie, sondern es war auch im Hinblick auf die staatliche Organisation weit abgeschlagen. Wenn die Chi-

---

<sup>2</sup> Aus dem »Buch der Lieder« (unbekannte Autor:innen ca. aus dem 11. bis 6. Jahrhundert v. Chr.): »Ode an Ji Chang«. (Ji Chang ist Gründungsherrscher der Zhou-Dynastie, die von 1122/1045 bis 256 v. Chr. bestand.)

nes:innen als Nation überleben wollten, mussten sie daher eine starke politische Kraft finden, die das Volk zu reorganisieren und den Aufbau eines modernen Landes zu vollenden versteht. Aufgrund der gravierenden Unterschiede zwischen der chinesischen und der westlichen Zivilisation und der unterschiedlichen historischen Wege musste China für den Aufbau eines modernen chinesischen Staates seinen eigenen Weg entsprechend der chinesischen Zivilisation und den nationalen Gegebenheiten Chinas gehen. Die Notwendigkeit einer eigenständigen Suche spiegelt sich in den folgenden Aspekten wider:

*Erstens*, in den westlichen Ländern bildete sich während der langen Entwicklung des Kapitalismus allmählich die Form des modernen Staates heraus, und die vom modernen Staat benötigten »Citoyen« (Staatsbürger) entstanden auf der Grundlage der »Bourgeois«. In China musste hingegen unter der Bedingung der unzureichend entwickelten kapitalistischen Produktionsweise das für den modernen Staat erforderliche »Volk« in einem langen Prozess auf der Grundlage der »Untertanen« geschaffen werden. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der chinesischen Revolution, den Untertanen Subjektivität zu verleihen und sie durch den Organisationsprozess unter der Führung der modernen politischen Parteien in ein Staatsvolk zu verwandeln.

*Zweitens* wurde in westlichen Ländern die Unabhängigkeit des politischen Staates Schritt für Schritt aus dem Gegensatz zwischen Zivilgesellschaft und Politik heraus verwirklicht. Die zentralstaatliche Macht wurde im Kampf zwischen der Kirche und der Krone etabliert. China hatte keine dieser historischen Umstände erlebt. Hinzu kam, dass China passiv in die geopolitische Struktur des Weltsystems eingebunden wurde. Deshalb konnte es nur mit Unterstützung moderner politischer Parteien die soziale Integration und politische Einheit erreichen.

Die historische Aufgabe der Reorganisation des Volkes und des Aufbaus eines modernen Staates hatten *drittens* die chinesischen Kommunisten zu schultern. Eine der größten politischen Errungenschaften der Kommunistischen Partei war es, an der Basis zu arbeiten und eine untrennbare Verbindung zwischen sich und dem Volk herzustellen. Mit der Einigung des Landes und der Vollendung der sozialen Umgestaltung hatten sich die Menschen des ganzen Landes tatsächlich »organisiert«: Bauern in den Volkskommunen, Arbeiter:innen in den Fabriken, Studierende in den Schulen, Kader in den Regierungsbehörden. Die Behörden wurden von der Zentralregierung bis zu den Nachbarschafts- und Dorfkomitees eingerichtet, ergänzt durch verschiedene Massenorganisationen wie die Jungen Pioniere, den Jugendverband, die Frauenvereinigung und den Bauernverband. Die politischen Dekrete erreichten jeden Winkel an der Basis. So schuf die KPCh eine neue Form des »Volkes«, das von der Arbeiterklasse geführt wird, auf dem Bündnis von Arbeiter:innen und Bauernschaft basiert und in dem alle revolutionären Klassen vereint sind. Die

große Einheit des Staates, der sich aus dieser neuen Form des Volkes zusammensetzt, hat eine direktere Beziehung zwischen dem Staat und den einzelnen Bürger:innen hergestellt und verfügt über eine größere Mobilisierungsfähigkeit als alle vorhergehenden Modelle in der Geschichte.

Mit der Durchführung dieser sozialen Integration etablierte das neue China nach und nach ein Mobilisierungs- und Verwaltungssystem mit sozialistischen Merkmalen. Dieses Organisationssystem, das heute als »whole-nation system« kritisiert wird, hat damals Großartiges geleistet: Ausgerechnet sein eigenartiges straffes Organisationssystem und seine gewaltige Ausbreitungskraft in der ganzen Gesellschaft ermöglichten es China, unter den ärmsten wirtschaftlichen und rückständigsten sozialen Bedingungen die Ressourcen der gesamten Gesellschaft so weit wie möglich zu mobilisieren, zu integrieren und auf die wichtigsten Angelegenheiten zu konzentrieren. Ausgerechnet die mächtige Mobilisierungsfähigkeit und die kollektive Handlungsfähigkeit dieses Systems ermöglicht es China, sich unter extrem ungünstigen äußeren Bedingungen zu behaupten. China gelang dies, obwohl westliche Mächte die Weltmärkte dominierten, ihre Monopole diese Märkte kontrollierten und die rückständigen Länder zu Rohstofflieferanten und Absatzmärkten ihrer Dumpingprodukte verwandelten. China konnte sich trotz des äußeren politischen und wirtschaftlichen Drucks behaupten. Letztlich hat die Volksrepublik die Industrialisierung, Urbanisierung und Modernisierung aus eigener Kraft vorangebracht, eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung erzielt und sozialen Fortschritt erreicht. Darüber hinaus war das »whole-nation system« in vergleichender historischer Perspektive der gemeinsame Pfad aller spätentwickelten Länder, die nicht zurückbleiben wollten. Dies trifft z.B. auf Deutschland, Japan und die Sowjetunion zu. Alle diese Länder waren mit dem gleichen Problem konfrontiert. Es ging darum, wie sie unter Bedingungen einer schwachen Entwicklung der inneren Märkte gezielt eine schnelle Industrialisierung ermöglichen konnten. Sie alle haben in der Phase der Kapitalakkumulation ein Modell gewählt, das mit Unterstützung eines »starken Staates« die Industrialisierung voranbringt. Dies war angesichts der Tatsache, dass, wenn der internationale Wirtschaftswettbewerb von den frühentwickelten Ländern erst einmal durchgesetzt wurde, alle spätentwickelten Länder dann die Möglichkeit der Wahl einer freien Entwicklung schon verloren haben, notwendig. Vor dem Hintergrund der objektiven Tatsache des Kapitalmangels konnte sich China nur dafür entscheiden, die organisatorische Stärke, die es im Volkskrieg erlangt hatte, in vollem Maße zu nutzen. Um die Industrialisierung zu verwirklichen, wurde der Mangel an Kapital durch den großen Einsatz von Arbeitskräften kompensiert. Unter großen Anspannungen wurde die Akkumulation von Kapital durch Reduktion des Konsums ermöglicht. Gleichzeitig hat China in dieser Zeit auch einige Unterstützung in Gestalt von Technologietransfer

und Kapitalinvestitionen seitens der sozialistischen Länder, insbesondere von der Sowjetunion, bekommen.

Von der Gründung der Volksrepublik China bis zum Zeitpunkt der Reform und Öffnung baute die Volksrepublik China zunächst ein landesweites Verkehrsnetz aus Eisenbahnen, Autobahnen, Binnenschifffahrt sowie Zivilluftfahrt und Luftverkehr auf. Das neue China investierte viel Arbeitskraft und materielle Ressourcen, um die großen Flüsse und die großen Seen zu regulieren. Gleichzeitig führte es groß angelegte infrastrukturelle Bauten in der Landwirtschaft durch, sodass die Getreideproduktion im Wesentlichen den Bedarf des chinesischen Volkes an Nahrungsmitteln decken konnte. Das neue China hat ein Krankenversicherungssystem zum Wohle aller Bürger:innen eingerichtet. Der Aufbau eines Krankenversicherungssystems mit einem Netz von Gesundheitskliniken und Gesundheitszentren als Netzwerk von drei Ebenen der medizinischen Prävention und Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten hat es der Mehrheit der städtischen und ländlichen Bevölkerung ermöglicht, verschiedene Formen der Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Das hat den Gesundheitszustand der Bevölkerung erheblich verbessert. Das neue China legte großen Wert auf die Entwicklung des Bildungswesens und die Gleichberechtigung in der Bildung. Die allgemeine Volksbildung und die »Öffnung der Bildung für die Arbeiter und Bauern«<sup>3</sup> waren die wichtigsten Losungen und Linien im Bereich des Bildungswesens. Dieses in den ersten 30 Jahren aufgebaute System der sozialen Gleichheit, der Existenzsicherung sowie der Bildung und Kultur hat die Existenz, Bildung und Altersversorgung der Menschen gesichert. Es hat den Menschen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt, ihre Bildung und Unterstützung im Alter zu erhalten. Darüber hinaus haben die Volksbildung und die Prävention und Behandlung epidemischer Krankheiten auch die hochqualifizierten Arbeitskräfte für die Entwicklung der nächsten 30 Jahre vorbereitet.

Aber das »whole-nation system« hat bei seiner Umsetzung aufgrund seiner Besonderheit der starken wirtschaftlichen, sozialen und politischen Integration auch Nachteile mit sich gebracht. Dazu gehören übermäßige politische Mobilisierung, Unterdrückung der individuellen Freiheit, unzureichende Entwicklung selbstbestimmter sozialer Räume usw. Diese Nachteile waren jedoch nur Symptome tiefer liegender Probleme. Das größte Problem, mit dem das System konfrontiert war, bestand darin, wie es seine eigenen Grenzen durch-

---

<sup>3</sup> Auf der Ersten Bildungskonferenz im Dezember 1949 sagte der damalige Bildungsminister Ma Xulun, »[...] dass unsere Schulen und Universitäten systematisch die Türen weit für junge Arbeiter und Bauern öffnen sollten«. Die Formulierung »Öffnung der Bildung für Arbeiter und Bauern« wurde fortan als Slogan für die Bildungsoffensive der nächsten Jahrzehnte verwendet.



brechen kann, die im Prozess der industriellen Entwicklung immer wieder zutage getreten sind. Dazu gehören das Industrialisierungsmodell mit der Organisation der Ressourcen als zentraler Triebkraft und das Entwicklungsmodell mit hoher Akkumulation, hohen Investitionen und niedrigem Konsum, die in der Phase, in der Grundlagen der Industrialisierung geschaffen wurden, unbedingt notwendig waren.

Aber in der Phase der weiteren Entwicklung der Industrialisierung entstanden zwei neue Herausforderungen:

- Das Problem der Bürokratisierung und der Anreizmechanismen im Prozess des Produktionsmanagements durch politische Organisationen:  
Die Industrialisierung der nachholenden Länder erfordert oft, dass der Organisationskern aktiv Investitionen plant und die Produktion fördert. Das wiederum führt zur Konzentration von Ressourcen in der politischen Organisation und dem Management, wie sich bei der Bildung monopolistischer und plutokratischer Volkswirtschaften wie Deutschland und Japan deutlich gezeigt hat. Um dieser Tendenz der Interessenzentralisierung im Produktions- und Investitionsprozess entgegenzuwirken, versuchten die Sowjetunion und andere sozialistische Länder, das Verteilungssystem zugunsten der Arbeiterklasse und der einfachen Leute anzupassen und gleichzeitig die wirtschaftliche Planungs- und Interventionsfähigkeit des Staates und der politischen Organisationen aufrechtzuerhalten. Dies führte jedoch zur Gleichmacherei, was die Menschen immer weniger motivierte, zu arbeiten, und was das System der sozialen Gleichheit zusätzlich belastete.
- Das Problem der Aufwertung des Industriesystems:  
Sobald der industrielle Zyklus einmal in Gang gekommen ist, erfordert seine weitere Entwicklung einen größeren Markt, mehr Technologie und Ressourcen zur Unterstützung. Wenn ein Durchbruch ausbleibt, könnte die Entwicklung des Industriesystems in eine Krise geraten und sich zurückentwickeln. Die Folge sind mangelnder Konsum, unzureichende Nachfrage, niedrige Investitionen und allgemeine Depression. Die Expansion kapitalistischer Länder wie Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan und die Weltkriege hingen alle damit zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, während die westlichen Länder unter der Führung der USA ein kapitalistisches internationales Wirtschaftsnetzwerk errichteten, versuchte auch die Sowjetunion, ein System für die internationale Arbeitsteilung und die großen Industriezyklen unter den sozialistischen Ländern – den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe – aufzubauen. Da die USA und die Sowjetunion jeweils zum Kern und zu den dominierenden Akteuren der internationalen Arbeitsteilung wurden, standen die schwächeren Länder wie Deutschland, Japan und China vor sehr großen Herausforderungen bei der Weiterentwicklung ihrer eigenen Industrialisierungssysteme und waren vor allem

mit dem Problem konfrontiert, wie man die Begrenzung der internationalen industriellen Struktur und des politischen Umfelds durchbrechen kann. Während der Durchführung der sozialistischen Industrialisierung in China hat die KPCh das oben genannte Problem immer stärker erfahren und zugleich besser verstanden. Im Prozess der groß angelegten Industrialisierung nach dem sowjetischen Modell während des ersten Fünfjahrplans erkannte Mao Zedong die Grenzen des sowjetischen Modells und sagte: »Wir wussten nichts über den Aufbau. Dann haben wir mit dem ersten Fünfjahresplan begonnen, wussten immer noch nichts über den Aufbau und konnten im Grunde genommen nur die Methoden der Sowjetunion kopieren, aber wir waren immer unzufrieden und unglücklich.« Mao Zedong hat darauf hingewiesen, dass der sozialistische Aufbau »Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Untersuchung und Forschung« erfordere. Es käme darauf an, dass wir »die nationalen Bedingungen des eigenen Landes herausfinden und die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Realität unserer Revolution und unseres Aufbaus kombinieren, um unseren Weg, die Richtlinien und die Politik festzulegen. Jetzt, da wir uns in der Periode der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus befinden, müssen wir sie zum zweiten Mal kombinieren, um den richtigen Weg für die Durchführung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China zu finden.« Von 1956 bis 1957 veröffentlichte Mao Zedong seine Schriften »Über die zehn großen Beziehungen« und »Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke« und andere wichtige Artikel und versuchte, von einer Denkweise auszugehen, die durch die der chinesischen Zivilisation eigene Haltung von Maß und Mitte und durch eine ausgewogene Dialektik geprägt sei. So sollten die Nachteile, die die einseitige sowjetische Denkweise in der Praxis mit sich gebracht hatte, korrigiert werden. Bei der Frage, wie mit dem Verhältnis zwischen Schwerindustrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft umzugehen ist, konzentrierte beispielsweise die Sowjetunion ihre finanziellen und materiellen Ressourcen auf die Entwicklung der Schwerindustrie, was zu einem ernsthaften Ungleichgewicht zwischen den drei volkswirtschaftlichen Sektoren führte. Mao Zedong hingegen betonte, dass der koordinierten Entwicklung der Schwerindustrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft Bedeutung beigemessen werden müsse. Es sei Wert auf das gemeinsame Wirken der Zentralregierung und der Lokalregierungen in ihrer Beziehung zueinander zu legen. In der Strukturpolitik der Industrie müsse die gegenseitige Förderung der Industrie im Landesinneren und der Industrie an der Küste betont werden. Gleichzeitig legten Mao Zedong und andere Politiker Chinas in den 1960er Jahren als Reaktion auf die Blockade durch die USA und die Sowjetunion das internationale strategische Konzept der »drei Welten« vor und führten einige Hilfs- und Kooperationsprojekte in Asien, Afrika, Lateinamerika und anderen Regionen durch. Sie ergriffen in den frühen 1970er

Jahren zahlreiche Maßnahmen, um die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Mao Zedong, Zhou Enlai und andere trafen auch die Entscheidung, komplette Anlagen aus westlichen Ländern zu importieren, was 26 Projekte und 4,3 Milliarden US-Dollar umfasste. Diese Ideen und Aktionen trugen dazu bei, die Grundlagen für eine künftige Öffnung nach außen zu schaffen.

Im Großen und Ganzen hat die KPCh während der Periode der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus immer die »Sinisierung des Marxismus« betont. Darüber hinaus hat die KPCh angesichts ihrer ursprünglichen Anlehnung an die Sowjetunion aus deren Erfahrungen Konsequenzen gezogen und angefangen bei der Ideologie und langfristigen Strategie bis hin zu konkreten Politiken, Maßnahmen und Kampagnen einen eigenständigen Entwicklungsweg zu suchen. Diese Eigenständigkeit wird im hohen Maße durch die Entwicklung bestimmt, die der chinesischen Geschichte und Kultur eigen ist. So hat China beispielsweise im Gegensatz zur Sowjetunion weder wirklich eine »Planwirtschaft« mit der Zentralregierung und Planungskommissionen auf allen Ebenen als Zentrum aufgebaut, noch eine Struktur exzessiver Machtzentralisation und abnormaler Beziehungen zwischen Partei und Regierung wie die Sowjetunion entwickelt. Dies liegt daran, dass die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den lokalen Regierungen auch nach der Gründung des Neuen Chinas von der Geschichte Chinas und der gegenwärtigen geografischen Struktur beeinflusst wurden. Die chinesischen Führer haben selbstverständlich das traditionelle chinesische Gedankengut und überlieferte Regierungserfahrungen beim realen Regieren des Landes. Lokale Kader auf allen Ebenen und einfache Menschen ließen sich in ihrem Handeln nicht nur von der marxistischen Ideologie leiten. Die ihnen vertrautesten und prägendsten Lebenserfahrungen kommen aus der chinesischen Tradition. In diesem Sinne sind die KPCh wie auch die breiten Volksmassen gewissermaßen Träger wie Akteure bei der Verschmelzung des Marxismus und der Traditionen chinesischer Zivilisation. Allerdings haben Mao Zedong selbst und andere Führer in der weiteren historischen Entwicklung nicht an dem rationalen Konzept des Aufbaus des Sozialismus, das aus einer »zweiten Kombination« von Marxismus und chinesischer Realität hervorging, festgehalten. Das mündete schließlich in der »Großen Kulturrevolution«. Dieses Experiment war im Großen und Ganzen ein Fehlschlag. Aber die Dialektik der Geschichte sagt uns auch, dass es ohne die vorhergehenden Versuche und Misserfolge auch keine späteren Innovationen und Erfolge gegeben hätte. Die Rückschläge im Aufbau des Sozialismus wie in den anderen Phasen der großen Transformationen in der chinesischen Zivilisation gehören zu den Erfahrungen der weiteren Entwicklung der chinesischen Zivilisation.

## Die Wiederherstellung und Entwicklung der KPCh

Die erneute Auseinandersetzung mit dem Sozialismus chinesischer Prägung ergab sich aus dem Erbe der »zweiten Kombination«<sup>4</sup> und einer tiefgründigen Reflexion der Tragödie der »Kulturrevolution«. Eine wichtige Lektion der Kulturrevolution ist, dass die Probleme der Bürokratisierung und der Anreizmechanismen im Prozess des Produktionsmanagements in politischen Organisationen und das Problem der Aufwertung des Industriesystems in der Vertiefungsphase der Industrialisierung nicht einfach durch politische Mobilisierung oder Durchführung einer erneuten Revolution gelöst werden können. Die KPCh hatte die beiden Probleme bereits vor der Kulturrevolution erkannt. Aber ihr fehlten sowohl die Erfahrungen als auch die notwendigen Ressourcen, um sie zu lösen. Angesichts dieser Probleme war es notwendig, »die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen«, die Erfordernisse der Entwicklung der Produktivität wieder zu berücksichtigen und sich mit den für die Entwicklung der Produktivität erforderlichen materiellen Bedingungen und Organisationsformen auseinanderzusetzen. Das bedeutet auch, dass man unter den neuen Bedingungen darüber nachdenken muss, wie die Überlegenheit des Sozialismus wieder herausgestellt werden kann. »Reform und Öffnung« sind folgerichtig zum Thema der neuen Ära geworden. Während sich die »Reform« mit den Problemen der Bürokratisierung und den Anreizmechanismen im Prozess des Produktionsmanagements durch politische Organisationen auseinandersetzt, so ist die »Öffnung« eine direkte Antwort auf das Problem der Aufwertung des Industriesystems.

Die Hauptaufgabe von Reform und Öffnung besteht darin, die schwierige Aufgabe der industriellen Transformation und Aufwertung spätentwickelter Länder zu bewältigen, indem sie sich in den Weltmarkt integrieren. Durch die Reformen auf dem Land und in den Städten in den 1980er Jahren entwickelte sich allmählich die wirtschaftliche Komponente des nichtstaatlichen Eigentums. Das hat Chinas schrittweise vollzogene marktorientierte Reform vorangetrieben und der Gesellschaft viel Vitalität verliehen. In den 1990er Jahren, mit dem Eintritt Chinas in den internationalen Wirtschaftskreislauf, hatte China im Perlfussdelta, im Jangtse-Delta und in anderen östlichen Küstenre-

---

<sup>4</sup> Bei einem Treffen des Zentralkomitees der KPCh im April 1956 sagte Mao Zedong hinsichtlich der Lehren, die man aus der Entwicklung der Sowjetunion ziehen müsse: »Das Wichtigste ist, unabhängig zu denken und die grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus mit den konkreten Realitäten der chinesischen Revolution zu kombinieren. Während der demokratischen Revolution ist uns diese Kombination gelungen [...]. Nun wir müssen herausfinden, wie wir durch die zweite Kombination den Sozialismus in China aufbauen können.« (Mao Zedong [2002]: Chronology 1949–1976, Band 2. Peking: Central Party Literature Press, S. 557)

gionen eine große Zahl von Produktionsstandorten aufgebaut und nach und nach einen riesigen Arbeitsmarkt geschaffen. Dafür hatte es eine nach außen gerichtete Wirtschaft entwickelt, aktiv ausländische Investitionen angezogen und den Außenhandel ausgebaut.

Dieser Prozess hat mehr als 200 Millionen Bäuerinnen und Bauern vom Land dazu gebracht, für den Weltmarkt zu arbeiten. Dies veränderte die Verteilungsweise der Arbeitskräfte gegenüber den 1980er Jahren. Damals ging es darum, dass die Bauern »in die Fabrik, aber nicht in die Städte kommen, die Felder, aber nicht die Dörfer verlassen«. Dieser Prozess hat auch dazu geführt, dass Dutzende Millionen von Beschäftigten staatlicher Unternehmen die sozial-institutionelle Sicherheit verloren haben und in den brutalen Arbeitsmarkt geworfen wurden. Die Arbeiterklasse musste einen sehr hohen Preis bezahlen. Dieser Prozess hat aber gleichzeitig ein Problem, das in den vorangegangenen 30 Jahren immer wieder auftrat, vermindert, nämlich das Problem, dass das Industriesystem die Arbeitskräfte nicht wirksam unterbringen konnte. Vorher war ein Problem, dass Beschäftigte ständig zwischen ihrer Heimat und der Stadt fluktuierten oder städtische Jugendliche zur Umerziehung aufs Land geschickt wurden. Dieser Prozess hat einen Wettbewerbsvorteil der chinesischen Fertigungsindustrie geschaffen und es China ermöglicht, sein Industriesystem ausgehend von der starken Auslandsnachfrage weiter zu entwickeln, in das Welthandelssystem einzutreten und eine wichtige Kraft in der Weltwirtschaft zu werden. Durch diesen Prozess, und mittels der Aufnahme von Fremdkapital, Ressourcen und Technologien, konnte die Volksrepublik auch seinen Marktanteil schrittweise erweitern. Auf dieser Grundlage kann die steigende Konsumnachfrage des chinesischen Volkes in reale Kaufkraft umgesetzt werden.

Bis 2008 hatte Chinas Wirtschaft mehr als 30 Jahre in Folge eine hohe Wachstumsrate aufrechterhalten. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate lag bei 9,9% und damit höher als die Wachstumsrate von 6,5% in den vorangegangenen 30 Jahren der Vor-Reformzeit. Der Grund dafür, dass China in der Lage war, eine solche Größenordnung des Wachstums, der Geschwindigkeit und Nachhaltigkeit zu erreichen, liegt darin, dass es eine kreative Kombination von Sozialismus und Marktwirtschaft geschaffen hat. China nutzt den Markt als Mittel, um die Probleme, die sich aus der Fixierung auf eine einzelne wirtschaftliche Antriebskraft und dem Mangel an Anreizen, die die vom Staat gelenkte Industrialisierung mit sich gebracht hatte, auszugleichen. Das bildete das Herzstück der Reform Chinas. Diese Reform und die großen Veränderungen in der Struktur von Arbeit und Beschäftigung sowie in der Struktur der Gesellschaft und der Märkte muss man wohl als Revolution bezeichnen, gerade dann, wenn man sie im Kontext weltgeschichtlicher Zusammenhänge betrachtet. Wie alle anderen Revolutionen in der Geschichte hat sie zahlrei-

che schmerzliche und tragische Erfahrungen für Einzelne und für gesellschaftliche Gruppen mit sich gebracht. Aber sie hat auch neue Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Die Tiefe und Breite einer solchen »Revolution«, die in nur 30 Jahren stattfand, übertrifft bei weitem den jahrhundertelangen Prozess des sozialen Wandels im Westen. Trotzdem gelang es, sie in ihrer Intensität weitgehend zu kontrollieren. Das ist wirklich eine große Errungenschaft. Sie wurde vor allem deshalb möglich, weil die Revolution nicht passiv erfolgte, sondern unter der aktiven Führung der KPCh stattfand.

In einer vergleichenden Perspektive mit anderen Ländern ist die aktive Führungsrolle der KPCh besonders bemerkenswert. Gegenwärtig haben sich die meisten Länder der Welt dafür entschieden, sich dem Weltmarkt zu öffnen. Aber abgesehen von den großen rohstoffreichen Ländern sind es vorwiegend die Regionen mit langen Zivilisationen und nationalen Traditionen, wie Länder in Ostasien und Europa, die tatsächlich große Fortschritte machen. Da das System der internationalen Arbeitsteilung durch Ungleichheit geprägt ist, sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten vieler kleiner Länder nur das Anhängsel des Systems der großen Länder vor Ort. Ihre Interessen stimmen eher mit denen der äußeren Eliten überein als mit denen der eigenen Bevölkerung. Die Länder unter ihrer Führung haben oft keine Eigenständigkeit im internationalen System der Arbeitsverteilung. Ein spätentwickeltes Land benötigt hingegen nicht nur große Mengen externen Kapitals und Ressourcen, sondern auch ein organisatorisches Zentrum und eine Elite mit den Fähigkeiten, selbst zu planen und selbst zu handeln, damit es sein industrielles System weiter aufwerten und entwickeln kann. Dies zeigt, dass ein politisches Zentrum mit Eigenständigkeit, langfristig strategischer Perspektive und Handlungsfähigkeit unentbehrlich ist, wenn ein Land den Weg der Öffnung beschreitet.

Aus dieser Perspektive waren die Wiederherstellung der politischen Ordnung in China und die Erweiterung der Führung der KPCh seit den 1980er Jahren untrennbar mit der dargestellten Änderung der Aufgaben der nationalen Entwicklung verbunden. Einerseits wurde auf zentraler Ebene die Parteiführung gestärkt, indem sie ihre gesamte tägliche Arbeit unter die einheitliche Führung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees stellte; andererseits wurde auf lokaler Ebene mit Parteikomitees aller Ebenen als Zentrum ein Mechanismus zur Auswahl und Förderung von Kadern auf der Grundlage der wirtschaftlichen Erfolge in Bezug auf Pilotprojekte eingerichtet, um die Motivation der lokalen Kader zu stimulieren. Und zwischen der Zentralregierung und den lokalen Regierungen wurde neben der Aufrechterhaltung der politischen Führung auch der Aufbau des Rechtssystems gestärkt, um die lokalen Parteikomitees und Regierungen im Rahmen des Rechtssystems zu koordinieren und ihr Handeln klaren Regeln zu unterwerfen. Im Großen und Ganzen kann die politische Ordnung seit der Reform und Öffnung sowohl die

Autorität der Zentralregierung und die politische Einheit des Landes garantieren als auch einen breiten Freiraum für die lokale Praxis bieten. Dadurch wurde es möglich, dass die gegebenen institutionellen, organisatorischen und materiellen Ressourcen Chinas unter den Bedingungen der Marktwirtschaft vollständig freigesetzt werden können, um die langfristige Entwicklung der Wirtschaft zu fördern.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine Probleme mit der politischen Form der Parteiführung gibt, die im Zuge der Reform und Öffnung umgestaltet wurde, und noch weniger bedeutet es, dass keine Notwendigkeit besteht, weiter zu erforschen, wie die Führung durch die Partei verbessert werden kann. Einerseits zeigen sich allmählich auch die negativen Auswirkungen der Dezentralisierung und des lokalen Wettbewerbssystems, die im Zuge der Reform und Öffnung eine positive Rolle gespielt haben: Seitdem die wirtschaftliche Entwicklung in eine neue Phase eintritt, haben die sich überschneidenden Projekte in der Industriestruktur und der lokale Protektionismus im Wirtschaftsbetrieb die weitere Modernisierung und Entwicklung des chinesischen Wirtschafts- und Industriesystems stark beeinträchtigt. Andererseits ist der Prozess des Aufbaus einer sozialistischen Marktwirtschaft auch ein Prozess der Transformation der Sozialstruktur Chinas, bei dem ein neuer berufsbezogener sozialer Schichtungsmechanismus allmählich den alten Mechanismus ersetzt, der auf dem politischen Status, den Unterschieden in den Haushalten und der Verwaltungshierarchie beruhte. Die Struktur der sozialen Interessen, die Werteeinstellungen, die Lebensweisen und die Gruppenidentifikationen haben sich verändert. Mit der gemeinsamen Entwicklung verschiedener wirtschaftlicher Komponenten, dem kontinuierlichen Aufstieg verschiedener aufstrebender Klassen und der neuen Differenzierung der sozialen Klassen ist das Problem der Kluft zwischen Arm und Reich in der gesamten Gesellschaft zu einem heiklen Thema geworden.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich diese Herausforderungen auf wirtschaftlicher wie auf sozialer Ebene vor folgendem Hintergrund stellen: In den letzten 30 Jahren der Reformen und der Öffnung hat sich China aktiv in den Weltmarkt integriert, und das globale Wirtschaftssystem wurde nach dem Eintritt Chinas und anderer »Schwellenländer« modernisiert und erweitert. Neben dem enormen Wachstum des materiellen Wohlstands hat die Globalisierung auch eine globale soziale und politische Krise mit sich gebracht: Es ist ein tiefer Widerspruch entstanden zwischen der Unaufhaltsamkeit der Globalisierung in den Bereichen Technologie, Wissenschaft, Wirtschaft und Handel und der politischen Logik eines Nationalstaates, der an der territorialen Integrität festhalten und sich der geopolitischen Konfrontation stellen muss. Die Vorteile, die die Finanz-, Informations- und technologische Entwicklung mit sich gebracht haben, sind sehr ungleich zwischen verschiedenen sozialen Schichten,

verschiedenen Branchen und verschiedenen Regionen verteilt. Insbesondere infolge der globalen Ausbreitung der Produktionsketten und dem allgemeinen Trend zur Auslagerung und Strukturanpassung der Industrie verliert der Staat allmählich die Kontrolle über die wirtschaftlichen Territorialgrenzen. Weltweit ist eine weit verbreitete soziale und politische Spaltung zu beobachten, die sich in einer immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich manifestiert. Die Länder sind oft mit einer jeweils eigenen »Krise der politischen Gemeinschaft« konfrontiert. Wie es schon seit Tausenden von Jahren in der Menschheitsgeschichte der Fall ist, werden die neuen Veränderungen im Bereich der materiellen Produktion und der Wirtschaft große Auswirkungen auf die alten Lebens-, Erwerbs- und Wahrnehmungsweisen sowie auf die sozialen und politischen Strukturen haben, die auf diesen Grundelementen basieren.

Diese Tendenzen bilden den wesentlichen Hintergrund für die strukturellen Widersprüche in Chinas Wirtschaft und Gesellschaft. Sowohl die soziale Spaltung und Ungleichheit, mit denen die »Reform« konfrontiert ist, als auch der globale industrielle Wettbewerb und die Transformation des nationalen Industriesystems und der Wirtschaft, die aus der »Öffnung« resultieren, sind ein Teil der globalen Probleme. Solche Probleme können nicht allein mit internen Ressourcen gelöst werden. Die »alten Methoden versagen«. Im Hinblick auf den globalen Wettbewerb ist es unrealistisch zu hoffen, dass das Problem der Ungleichheit durch innere Reformen und die zwangsweise Umverteilung von Reichtum gelöst wird oder die Stabilität durch wachsende Sozialleistungen aufrechterhalten werden kann. Die nationalen und internationalen Fragen sind heute sehr eng miteinander verbunden. Die große Herausforderung, vor der die Kommunistische Partei heute steht, besteht darin, wie sie in einem Zeitalter der schnellen Bewegung von Kapital, Technologie, Informationen und Menschen mit der Globalisierung Schritt halten kann, wie unter ihrer Führung die umfassende Transformation der Industrie auf eine höhere Stufe fortgesetzt werden und gleichzeitig der Zusammenhalt der chinesischen Gesellschaft wieder gestärkt werden kann. Mit Blick auf die Erhöhung der Führungsfähigkeit der Partei muss untersucht werden, wie ein Gleichgewicht zwischen dem fortschrittlichen Charakter und der Masselinie der Einparteienregierung erreicht und wie die Einheit des Landes und der Zivilisation im Kontext der neuen Ära gewahrt werden kann. Auch aus einer größeren historischen Perspektive ist dies eine Herausforderung zu einem Zeitpunkt, in dem sich die chinesische Zivilisation auf dem Weg der Renaissance dieser Zivilisation und ihres Übergangs zu einer höheren Entwicklungsstufe befindet.

Seit dem XVIII. Parteitag der KPCh hat sich die Parteiführung diesen Herausforderungen gestellt. Einerseits soll der Parteaufbau durch die Antikorruptionskampagne und die Erziehungskampagne im Sinne der Masselinie der Partei gestärkt werden. Andererseits wurden angesichts der komplexen



und sich ständig verändernden internationalen Situation kreativ neue internationale strategische Ideen wie die Seidenstraßen-Initiative (»One Belt, One Road«) ausgearbeitet, um die globale politische und wirtschaftliche Struktur neu zu gestalten. Diese Handlungen zeigen, dass die KPCh begriffen hat, dass die Lösung der Probleme in China nicht nur interne politische und wirtschaftliche Reformen, sondern auch die Mobilisierung globaler Ressourcen und die Unterstützung globaler Kräfte erfordert. »Die große Wiederbelebung der chinesischen Nation« verlangt nicht nur die gemeinsamen Anstrengungen der Menschen aller ethnischen Gruppen in China, sondern bedarf auch der Gestaltung einer ausgewogeneren politischen und wirtschaftlichen Weltstruktur und einer idealeren Ordnung der menschlichen Existenz. Die Weltsicht, die hinter dem Konzept »One Belt, One Road« steht, ist nicht die westliche Vorstellung binärer Gegensätze oder des Kampfes um globale Hegemonie, sondern eine universelle Weltsicht, die in der Tradition der chinesischen Zivilisation steht. Sie enthält zwei universelle politisch-kulturelle Eigenschaften der chinesischen Zivilisation, wie sie sich in Jahrtausenden herausgebildet haben. Das eine Merkmal ist das eines »Kosmopolitismus« (»Alles unter dem Himmel«). Es geht um die Integration einer Vielfalt von Zivilisationen und Völkern. Das andere Merkmal ist das des »Volkstums«. Es verlangt, dass man die Barriere zwischen Oben und Unten durchbricht, um eine bessere innere Integration und Einigung zu erreichen. Darüber hinaus hat die nationale Vision der »großen Wiederbelebung der chinesischen Nation« im Konzept der »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit«, wie es von den chinesischen Kommunisten entwickelt wurde, eine globale Perspektive gefunden. Es ist eine Vision der globalen Welt und ihrer Struktur formuliert worden, die noch universeller, inklusiver und harmonischer in Beziehung zur Außenwelt steht.

### **Von der Geschichte in die Zukunft:**

#### **Die chinesische Zivilisation und die KPCh in der Ära der Globalisierung**

Schon zu Beginn ihrer Entstehung hatte die KPCh nach dem Vorbild der Partei der Bolschewiki einen starken Avantgardecharakter. Ideologisch geleitet von der marxistisch-leninistischen Theorie, verfügt sie über eine großartige Weltanschauung und ein weitreichendes historisches Bewusstsein. Sie hat eine Reihe von Strategien für die Umgestaltung Chinas und die Entwicklung der Produktivität erarbeitet. Organisatorisch setzt sie die Parteiprinzipien Lenins in die Praxis um und macht jene Menschen, die einen Sinn für die historische Mission haben, zu Parteimitgliedern, die auf der Basis der Parteidisziplin politische Handlungsfähigkeit erwerben. Während der Revolution und des Aufbaus Chinas ist die KPCh in die städtischen und ländlichen Gebiete und an die Basis gegangen, um die alltägliche soziale, politische und wirtschaftliche

Ordnung mit den Parteiorganisationen an der Basis als Zentrum wieder aufzubauen. Durch den Revolutions- und Aufbauprozess des chinesischen Volks unter der Führung der KPCh ist der Marxismus ein Teil der chinesischen Zivilisation geworden und bildet die notwendigen Ressourcen für den Aufstieg der chinesischen Zivilisation in eine neue Ära. Chinas Reform und Öffnung unter der Führung der KPCh stellt die bisher umfangreichste Modernisierungspraxis in der Geschichte der Menschheit dar. Sie hat das historische Erscheinungsbild Chinas, das im vergangenen Jahrhundert von Armut und Schwäche geprägt war, radikal verändert. Das führt auch zur positiven Änderung der traditionellen chinesischen Zivilisation, die mehr moderne Elemente aus anderen Zivilisationssystemen der Welt aufgenommen hat. Der historische Prozess des vergangenen Jahrhunderts zeigt, dass die KPCh als das politische Subjekt, das die chinesische Zivilisation trägt, ständig auf neue Wissenssysteme, neue Organisationsmethoden und neue Produktionsweisen zurückgegriffen hat. Sie hat die Mitglieder der Gesellschaft vereinigt und mobilisiert und die historische Aufgabe der Wiederbelebung der chinesischen Zivilisation weitergeführt.

Heute, im Kontext der Globalisierung, hat der gesamte Personen- und Warenverkehr in jeder Hinsicht stark zugenommen. Angesichts einer solchen Megamobilität müssen die alten politischen Formen, politischen Subjekte, Akteure und Prinzipien in der Geschichte neu definiert und verstanden werden. Heute können weder die alten noch die neuen romantischen Fantasien die Probleme wirklich lösen oder eine neue öffentliche Ordnung aufbauen. Weder können wir wie die traditionelle Linke und Rechte darauf hoffen, die soziale und politische Krise mit lokalen und regionalen antikapitalistischen oder globalisierungskritischen Protestbewegungen zu bekämpfen, noch können wir erwarten, dass die neuen dezentralisierten politischen Subjekte und der neue politische Raum, der infolge des Technologiefortschritts und der neuen Wirtschaft entstanden ist, die autoritäre Macht des Staates überwinden werden. Der Verlauf der Menschheitsgeschichte hat immer wieder gezeigt, dass wirtschaftliche und technologische Trends und neue Organisationen sich nicht direkt in entsprechende politische Formen umsetzen lassen. Politik soll schließlich die Initiative und Dynamik der menschlichen Gemeinschaft widerspiegeln und nicht den Dingen ihren natürlichen Lauf lassen. Sie soll auch nicht versuchen, dass durch Nichthandeln alles ungeordnet bleibt. Wie das Sprichwort sagt: »So wie der Himmel durch Bewegungen Kraft erhält, sollte ein Edelmann ständig nach Selbstvervollkommnung streben.« Neben Veränderungen der Produktionsweise und dem sozialen Wandel muss es auch politische Subjekte geben, die die Initiative ergreifen, um auf Herausforderungen zu reagieren und den Wandel hin zu einer neuen materiellen Grundlage zu führen. In der Ära der Wiederbelebung der chinesischen Zivilisation und der Globalisierung und in einer so großen und wichtigen historischen Mission wie dem Auf-

bau einer »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit« kann dieses neue politische Subjekt und neue politische Zentrum niemand anders sein als die KPCh.

*Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung des Buches »Allgemeine Geschichte der chinesischen Zivilisation«. Das Buch wurde von der Long Way Foundation herausgegeben und von der Shanghai University of Science and Technology in Auftrag gegeben. Zu den Mitautor:innen zählen Ding Yun, Wu Xinwen und Han Chao von der Fudan-Universität, Zhang Wu und Zhang Yongle von der Peking-Universität sowie Li Chengyu, Li Yida und Ke Guifu von der Forschungsabteilung der Long Way Foundation. An der Kurzfassung haben Tao Qingmei als Chefredakteur, Li Chengyu, Li Yida und Ke Guifu mitgewirkt.*

*Beijing Cultural Review: Juni 2017*

*Übersetzung: Zhu Xia*

# Logik und Verlauf der politischen Reform

von Fang Ning und Zhang Qian

Es wird oft angenommen, dass die dritte Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in erster Linie Chinas Wirtschaftsreformen eingeleitet habe. In Wirklichkeit fand zur gleichen Zeit vor allem aber die Reform des politischen Systems statt. Zu einem bestimmten Grad wurden politische Reformen sogar vor den wirtschaftlichen begonnen. Sie schaffte sozusagen die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für die darauffolgende Reform des Wirtschaftssystems.

1978 begann eine für den Lauf der chinesischen Geschichte tiefgreifende Veränderung. Vom 10. November bis zum 15. Dezember 1978 fand in Peking die Arbeitskonferenz des Zentralkomitees der KPCh statt. Während des Treffens wurde über Meinungsfreiheit, neue politische Schwerpunkte und die Rehabilitation von zu Unrecht Verurteilten diskutiert. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen für die dritte Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees getroffen. Bei der Abschlusszeremonie der Konferenz hielt Deng Xiaoping eine wichtige Rede mit dem Titel: »Das Denken emanzipieren, die Wahrheit suchen und gemeinsam in die Zukunft blicken«. In seiner Ansprache betonte er: »Wir müssen die Produktionsverhältnisse und den Überbau reformieren, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte nicht im Einklang sind.«<sup>[1]</sup> Die darauffolgende dritte Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees leitete schlussendlich Chinas Reform und Öffnung ein. Im Kommuniqué der Plenarsitzung heißt es: »Um die vier Modernisierungen zu verwirklichen, müssen die Produktivkräfte erheblich gesteigert werden. Dies bedeutet, dass die Produktionsverhältnisse und der Überbau, die mit der Entwicklung und der Produktivkräfte nicht im Einklang sind, vielseitig reformiert werden müssen. Wir müssen alle unpassenden Verwaltungsmethoden, Operations- und Denkmethoden verändern. Es handelt sich hierbei daher um eine umfassende und tiefgreifende Revolution.«<sup>[2]</sup>

Im August 1980 hielt Deng Xiaoping bei einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh eine Rede mit dem Titel »Reform des Partei- und Staatsführungssystems«. Deng fasste dort zusammen, welche tiefgreifenden Lehren China aus der Kulturrevolution ziehen müsse. Er analysierte einige Mängel des damaligen politischen Systems, nannte mehrere Gründe für deren Be-

---

<sup>1</sup> Die Ziffern in eckigen Klammern beziehen sich auf die Literaturangaben auf den Seiten 122/123.

stehen und verkündete schließlich die Notwendigkeit der Reform des politischen Systems. Deng forderte, die Überlegenheit des sozialistischen Systems voll auszunutzen. Hierzu müssten vor allem folgende drei Anforderungen erfüllt werden: »1) Im wirtschaftlichen Bereich müssen die Produktivkräfte rasch entwickelt und das materielle und kulturelle Leben der Menschen schrittweise verbessert werden. 2) Um die Volksdemokratie vollends praktizieren zu können, muss im politischen Bereich sichergestellt werden, dass alle Menschen wirklich das Recht haben, staatliche Angelegenheiten und insbesondere staatliche Organe an der Basis zu verwalten und Unternehmen und Institutionen zu führen. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Staatsbürger wirklich alle Bürgerrechte genießen kann; das revolutionäre Rechtssystem muss perfektioniert werden; mit Widersprüchen unter den Menschen muss korrekt umgegangen werden; alle feindlichen Kräfte und kriminellen Aktivitäten müssen bekämpft werden; die Begeisterung der Menschen muss geweckt und eine politische Situation gefestigt und entwickelt werden, die von Stabilität, Einheit und Lebendigkeit geprägt ist. 3) Um diese Ziele zu erreichen, ist es im organisatorischen Bereich dringend erforderlich, eine große Anzahl jüngerer Kader für die sozialistische Modernisierung zu finden, auszubilden, zu beschäftigen und zu fördern, die sich an die vier Kardinalprinzipien halten und professionelle Kenntnisse besitzen.«[3] Deng ergänzte: »Wir müssen das Partei- und Staatssystem wirksam umstrukturieren und verbessern, um die Ausübung der Demokratie im politischen Leben, in der Wirtschaftsverwaltung und in allen anderen Aspekten des sozialen Lebens institutionell sicherzustellen und damit das reibungslose Funktionieren der Modernisierung zu fördern.«[4] Wie man an Dengs Ansprachen erkennen kann, hat die Reform und Öffnungspolitik Anfang der 1980er Jahre wirklich ihren Lauf genommen – ein Neuanfang hin zur Industrialisierung, der die chinesische Geschichte und das Schicksal des chinesischen Volkes vollkommen verändern wird.

## **Verlauf der Reform des politischen Systems in China**

Chinas Reform und Öffnung ist mittlerweile fast 40 Jahre alt. Ihr Ursprung liegt im Chaos der Kulturrevolution: eine Zeit, in der sich die chinesische Volkswirtschaft in einer Depression befand. Die Anfänge der Reform und Öffnung waren voller Unsicherheiten und Risiken. Dank der Führung der Kommunistischen Partei Chinas unter Deng Xiaoping und der harten Arbeit des chinesischen Volkes, hat das Land jedoch erste Erfolge bei der Industrialisierung und Modernisierung erzielen können. Aufgrund seiner wertvollen Lehren über Modernisierung und Entwicklung ist der »Mythos« der Reform und Öffnung mittlerweile zu einem wichtigen Forschungsgegenstand geworden.

### **Die vier großen Reformen zu Beginn der achtziger Jahre**

In der frühen Phase der Reform und Öffnung waren die vom alten System übrig gebliebenen Probleme noch deutlich zu sehen. In erster Linie waren es die hohen Funktionäre, die sich an die neuen Reformen nicht anpassen konnten. Das alte Verwaltungssystem war nicht dazu geeignet, Optimismus in der Bevölkerung zu verbreiten. Die seit einigen Jahren praktizierte Große Demokratie des Anarchismus war für die Bildung einer stabilen und einheitlichen politischen Lage alles andere als förderlich. Im Interesse der Reform und Öffnung war es also notwendig, zuallererst diese Probleme zu beseitigen.

Als *erstes* musste das System der lebenslangen Amtszeiten für hochrangige Kader abgeschafft werden. Dieses System stand der Rekrutierung von neuem qualifiziertem Personal im Weg. Ziel war es, einer neuen Kadergeneration Zugang zu zentralen Posten zu verschaffen. Nach der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der KPCh setzte sich die Parteiführung mit Deng Xiaoping als Leiter aktiv für die Abschaffung dieses Systems ein. Es wurde eine sogenannte Beraterkommission der Zentralregierung und ein Rentensystem für Kader eingeführt. Parteikader sollten im Durchschnitt revolutionärer, jünger, kenntnisreicher und professioneller werden. Energetische und willensstarke junge Kader wurden auf Posten verschiedenster Ranghöhen gesetzt, um somit eine erfolgreiche Umsetzung der neuen Reformlinie garantieren zu können.

*Zweitens* galt es, die Volkskommunen abzuschaffen. Am 1. Januar 1982 erließ das Zentralkomitee der KPCh das »Protokoll der nationalen Konferenz für ländliche Arbeit«, in dem das Haushalts-Verantwortungssystem offiziell Zusage bekam. Das seit mehr als 20 Jahren bestehende Volkskommunensystem war zu dieser Zeit schon zu einem großen Hindernis für Chinas landwirtschaftliche Entwicklung geworden. Im April 1980 hängten die Bewohner:innen der Stadt Xiangyang in Sichuan als erstes das Schild ihrer Volkskommune ab. Es wurden anstatt dessen zwei neue Schilder aufgehängt: Eines für die Gemeindeverwaltung und ein zweites für die sogenannte ländliche Handelsgesellschaft. Im Oktober 1983 veröffentlichten Zentralkomitee und Staatsrat eine neue Richtlinie, die Gemeindeverwaltungen im ländlichen Raum wiederherstellte und die Trennung von Regierung und Gesellschaft auf Gemeindeebene ermöglichte. Die Abschaffung des Volkskommunensystems und die Abspaltung der Politik aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen der Dorfbewohner:innen haben den Weg für die Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems geebnet.

*Drittens* war es notwendig, den Verwaltungsapparat zu vereinfachen und politische Autonomie an Lokalregierungen zu delegieren. Im ersten Fünfjahresplan kopierte China das sowjetische Modell, das auf einem stark zentralisierten Wirtschafts- und Verwaltungssystem basierte. Ein solches System hat den Vorteil, begrenzte Ressourcen für zentrale Infrastrukturprojekte einset-

zen zu können und in relativ kurzer Zeit den Aufbau eines vergleichsweise vollständigen und unabhängigen Industrie- und Wirtschaftssystems zu ermöglichen. Nachteile des sowjetischen Modells liegen jedoch auch auf der Hand: Es steht vor allem der Eigeninitiative und Innovation der Lokalregierungen und Arbeiter:innen im Weg. Ein derartiges Modell verhindert die effiziente Ressourcenverteilung und den wirkungsvollen Interessenausgleich zwischen Zentral- und Lokalregierung.

Am Vorabend der Dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees betonte Deng Xiaoping auf der zentralen Arbeitskonferenz die Notwendigkeit, die Wirtschaftsdemokratie zu fördern. Insbesondere müsse die Autonomie von Fabriken, Bergwerken, Unternehmen und Produktionsteams erweitert werden. Dies sei vor allem für die Verbreitung von Optimismus in der gesamten Bevölkerung notwendig. [5] In seiner Rede zur »Reform des Partei- und Staatsführungssystems« wies Deng Xiaoping darauf hin, dass der größte Nachteil des chinesischen Systems die übermäßige Machtkonzentration sei. Dezentralisierung und eine Straffung der Verwaltung seien daher unerlässlich. [6] 1979 wurden daraufhin wirtschaftliche Sonderrechte für die Provinzen Guangdong und Fujian vom Staatsrat und der Parteizentrale genehmigt. In Shenzhen, Zhuhai, Xiamen und Shantou wurden Sonderwirtschaftszonen eingerichtet. Fujian und Guangdong wurden zu den ersten chinesischen Provinzen, die sich der Außenwelt öffneten. Durch die Dezentralisierung sollten vor allem die bestehenden Einschränkungen für Lokalregierungen sowie für lokale Unternehmen und Produktionsteams aufgehoben werden. Einerseits war die Liberalisierung des Marktes notwendig, um China in den folgenden Jahren zu einer Marktwirtschaft heranwachsen zu lassen. Andererseits hat die Auflockerung den Ehrgeiz der Lokalregierungen für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung geweckt. Es entstand ein für Chinas Reform und Öffnung einzigartiges Phänomen: Der wirtschaftliche Wettkampf zwischen den Lokalregierungen.

*Viertens* galt es, die sogenannten »vier Freiheiten« abzuschaffen und das Rechtssystem wiederherzustellen. Auf der Zentralen Arbeitskonferenz 1978 behauptete Deng Xiaoping, dass Demokratie eine wichtige Voraussetzung für die Emanzipation des Geistes sei. [7] Bezüglich seiner Umsetzung meinte Deng: »Um die Volksdemokratie zu gewährleisten, müssen wir unser Rechtssystem stärken. Demokratie muss institutionalisiert und gesetzlich verankert werden, um sicherzustellen, dass sich Institutionen und Gesetze nicht ändern, wenn sich die Führung ändert, die Führer ihre Ansichten ändern oder den Fokus ihrer Aufmerksamkeit verschieben. Das Problem ist, dass unser Rechtssystem unvollständig ist und viele Gesetze noch erlassen werden müssen. Sehr oft wird das, was die Führer sagen, als Gesetz angesehen, und jeder, der anderer Meinung ist, wird als Gesetzesbrecher hingestellt. Diese Art von Gesetz ändert sich immer dann, wenn sich die Ansichten eines Führers ändern.« [8] Deng

Xiaoping machte die Konsolidierung des Rechtssystems zur Grundvoraussetzung und Garantie für den Aufbau einer demokratischen Politik.

Die sogenannten vier Freiheiten (das Recht zur Meinungsäußerung und zur offenen Kritik, die Debattenfreiheit und die Freiheit, Plakate aufzuhängen) entstanden 1957 im Kampf gegen die politische Rechte und sogenannte Rechtsabweicher. Sie wurden von Mao Zedong immer als wichtige Form der sozialistischen Demokratie verstanden und in früheren politischen Bewegungen oft angewandt – vor allem in der Kulturrevolution. In den Verfassungen von 1975 und 1978 werden diese »vier Freiheiten« als Grundrechte festgesetzt. Während der Reform- und Öffnungspolitik aber begann China, über die Kulturrevolution nachzudenken und ihre Fehler zu korrigieren. Einer der schwerwiegendsten Fehler war die Zerstörung des Rechtssystems. Deng Xiaoping behauptete: »Während der Kulturrevolution wurde die Große Demokratie praktiziert. Unter Demokratie verstand man die Mobilisierung der Massen zur Problembewältigung. In Wirklichkeit führt die Mobilisierung der Massen aber zu Bürgerkrieg. Das haben wir aus der Geschichte gelernt.«[9] Der Wiederaufbau und die Entwicklung eines Rechtssystems war für Deng Xiaoping der Ausgangspunkt für den demokratischen Wandel. Nach zwei Jahren umfassender Konsultation und Überarbeitung wurde 1982 schließlich eine neue Verfassung geboren, welche sich von der radikalen Linken der Kulturrevolution abgrenzte und die Große Demokratie in Theorie wie in Praxis ablehnte. Sie legte somit die rechtliche Grundlage für den Aufbau und die Entwicklung eines demokratischen Rechtssystems in der neuen Reform- und Öffnungsära.

### **Entwicklungen zwischen dem 12. und dem 13. Parteitag der KPCh**

Auf dem 12. Parteitag der KPCh wurde über die weitere Reform des politischen Systems in China umfassend debattiert. Im Oktober 1986 richtete das Zentralkomitee der KPCh ein Beratergremium zur Reform des politischen Systems ein, um über Vor- und Nachteile des politischen Systems sowie Zweck, Ziele, Inhalte, Maßnahmen und Grundprinzipien der Reformen zu diskutieren. Daraus bildete sich schließlich eine im Konsens erreichte Vorstellung der angestrebten Reformen.

Im Dezember 1987 wurde bei der siebten Plenarsitzung des 12. Zentralkomitees der KPCh ein Plan über die Reform des politischen Systems veröffentlicht. Unter anderem wurden folgende Inhalte hervorgehoben: Trennung von Partei und Staat, Institutionalisierung der Partei (Stärkung der Rolle des Politbüros und des Zentralkomitees der Partei, Aufbau eines ständigen Systems von Parteikongressen), Dezentralisierung (weniger Hürden für Lokalregierungen), Reformen auf Personalebene (jüngere Beamte, spezialisierte Personalverwaltung, strengere Amtszeitregulierungen, Reform des Rentensystems und Sozialversicherung), Einrichtung einer Dialogplattform zwischen Regie-



rung und Gesellschaft (Förderung des offenen politischen Dialogs), Verbesserung der Demokratie (grundlegende Bürgerrechte) etc.

Darüber hinaus wurde ein System der Selbstverwaltung auf Basisebene eingeführt. Dieses System ermöglichte es Stadt- und Landbewohner:innen, im Rahmen der Verfassung und unter der Führung der KPCh, ihre eigenen Angelegenheiten kollektiv zu verwalten. Organisationen zur Selbstverwaltung wurden von Stadt- und Landbewohner:innen demokratisch gewählt. Diese konnten daraufhin demokratische Entscheidungen treffen, demokratische Aufsichts- und Verwaltungsarbeit leisten sowie ihre entsprechenden politischen Rechte direkt ausüben. Das System der Selbstverwaltung auf Basisebene wurde sowohl für Land- als auch für Stadtbewohner:innen eingeführt. Deng Xiaoping betonte mehrmals, dass Demokratie vor allem durch die Begeisterung der Bevölkerung auf Basisebene zu erreichen sei. Beim Empfang einiger ausländischer Gäste im Jahr 1987 betonte er, dass China für die erfolgreiche Umsetzung der Demokratie die eigene Bevölkerung begeistern und politische Macht an die Basis delegieren müsse. Welche Instrumente zur Realisierung der Demokratie nötig seien, müsse durch die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort bestimmt werden. Auf dem Land würde dies die Machtdelegation an Bauern bedeuten. [10] [11]

### **Anpassungen nach den »Unruhen von 1989«**

Die seit den 1970ern andauernde Reform und Öffnung hat Chinas politisches Umfeld und das politische Bewusstsein der Menschen stark verändert. Im Zuge der Reform und Öffnung hat sich eine Tendenz der sozialen »Liberalisierung« leise herausgebildet. In den frühen 1980er Jahren nahmen Akzeptanz der westlichen Kultur sowie Kritik an der chinesischen Kultur stetig zu. Politische und theoretische Überlegungen standen ganz im Zeichen des Humanismus. Gleichzeitig gab es auch innerhalb der KPCh unterschiedliche Meinungen. Auf internationaler Ebene entstand vor dem Hintergrund der Reformen in der Sowjetunion und in Osteuropa eine sozialismuskritische Haltung. Dieses Aufeinandertreffen von internationalen und nationalen Faktoren hat schließlich zu den »Unruhen von 1989« geführt.

Unter der Führung Deng Xiaopings konnte die KPCh den politischen Turbulenzen standhalten. Es gelang der Partei, das Chaos auf den Straßen und die »Liberalen« in der Partei zu beseitigen. Nach der Auflösung der Unruhen war es unvermeidlich, über die Reformen der letzten zehn Jahre, insbesondere über die Reform des politischen Systems, nachzudenken und sie gegebenenfalls anzupassen.

Nach den Ereignissen von 1989 galt es als Allererstes die Führungsrolle der Partei zu stärken und für eine Arbeitsteilung zwischen Partei und Staat zu sorgen. Seit der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der KPCh im Jahr

1977 war die Trennung von Partei und Regierung eines der wichtigsten Ziele der Reform des politischen Systems. Schon damals kritisierte Deng Xiaoping, dass »Parteiführung« in der politischen Praxis leider viel zu oft »individuelle Führung« bedeute. Deng betonte: »Im Namen der Stärkung der zentralisierten Parteiführung konzentriert sich die Machtausübung in unangemessener Art und Weise in Parteikomitees. Darüber hinaus liegt die Macht der Parteikomitees selbst oft in den Händen einiger weniger Sekretäre, insbesondere der ersten Sekretäre, die alles leiten und entscheiden. So wird »zentralisierte Parteiführung« oft zur Führung durch Einzelpersonen.« [12] Fünf Jahre später, im Bericht des 12. Parteitages der KPCh, heißt es weiter: »Parteiarbeit und Regierungsarbeit müssen klar getrennt werden. Die Arbeit der Partei innerhalb von Unternehmen sowie die Verwaltungs- und Produktionsarbeit müssen ebenso angemessen separiert werden. Die Partei ist weder eine Machtorganisation, die den Massen Befehle erteilt, noch ein Verwaltungs- oder Produktionsorgan.« [13] Mitte der 1980er Jahre betonte Deng Xiaoping erneut die Notwendigkeit der Trennung von Partei und Staat. Laut Deng müsse dieser Aspekt bei der Reform des politischen Systems »an erster Stelle« stehen. [14]

Im Zeitraum zwischen der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der KPCh und 1989 stand vor allem das Problem der übermäßigen Machtkonzentration im Mittelpunkt der politischen Reform. Im Laufe dieser Jahre wurden folgende spezifische Maßnahmen durchgeführt: Arbeitsbereiche auf Führungsebene wurden zwischen Partei und Regierung aufgeteilt. Lokale Parteisekretäre auf verschiedenen Ebenen durften nicht mehr gleichzeitig hohe Regierungsposten belegen. Die KPCh sollte aus den Entscheidungsprozessen der Exekutive auf den verschiedenen Verwaltungsebenen ausgeschlossen werden. Es sollte sichergestellt werden, dass alle Parteiorgane verfassungskonform handelten. Teilweise wurden Abteilungen lokaler Parteikomitees beseitigt. Lokale Parteikomitees durften darüber hinaus keine strafrechtlichen Verfahren mehr durchführen; diese Kompetenz wurde ausschließlich Staatsanwaltschaften und Gerichtshöfen zugesprochen. Um sicherzustellen, dass die Exekutive unabhängig arbeiten konnte, wurden Parteiorganisationen innerhalb der Lokalregierungen auf allen Ebenen abgeschafft. Parteiorganisationen in Unternehmen und Institutionen, die seit langem vertikal, von übergeordneten Parteikomitees geführt wurden, sollten schrittweise einem hierarchisch gleichgestellten Parteikomitee auf lokaler Ebene zugewiesen werden; dies sollte eine lokalisierte Verwaltung ermöglichen.

Nach den »Unruhen von 1989« hat sich die Richtung der Reform des politischen Systems mit Blick auf die Trennung von Partei und Staat stark verändert. Die übermäßige Zentralisierung der Macht wurde nicht länger als wichtigstes Problem angesehen. Stattdessen rückte der Fokus mehr in Richtung Selbstaufbau der Partei auf Basisebene, um somit die Parteiführung an der

Basis zu verbessern. Aus dem öffentlichen Diskurs ist das Konzept der »Trennung von Partei und Regierung« verschwunden. In einigen Fällen wurde sogar von einer engeren Beziehung zwischen Partei und Regierung gesprochen.

Auf theoretischer Ebene trat allmählich das neue Konzept der Parteiführung in den Vordergrund. Die Führung lokaler Parteiorganisationen wurde nicht mehr ausschließlich als politische Führung verstanden, sondern viel weitreichender als politische, ideologische und organisatorische Führung. Gleichzeitig wurde die Trennung von Staat und Partei nicht mehr als Rezept für eine effiziente Regierungsführung angesehen. Anstatt dessen sollten sich Führungsorgane auf Basisebene viel mehr an »Wissenschaft und Demokratie« orientieren, um Entscheidungsqualität und Arbeitseffizienz zu verbessern. Im politischen Diskurs der 1990er war es schließlich die »Arbeitsteilung zwischen Partei und Staat«, die das in den 1980ern so beliebte Konzept der »Trennung von Partei und Staat« ersetzte.

Zweitens standen nach 1989 die ideologische Säuberung und die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung im Mittelpunkt der politischen Debatte. Auf die »Unruhen von 1989« folgte neben der politischen Restrukturierung auch eine Säuberung auf dem Gebiet der Ideologie. Unorthodoxe Ideologien und Meinungsverschiedenheiten wurden in den 1980er Jahren unter dem Terminus »bürgerliche Liberalisierung« zusammengefasst. Deng Xiaoping glaubte, dass die »Liberalisierung des Bürgertums« vor allem der »Verwestlichung« der Gesellschaft geschuldet sei. Laut Deng Xiaoping habe nach der Überführung der Viererbande in China eine bürgerliche Liberalisierung stattgefunden, die den Westen und seine demokratische Freiheit verehrten. Diese bürgerliche Schicht würde den Sozialismus ablehnen. Sie verlange, dass China sich vollständig dem westlichen Modell anpasse und den kapitalistischen Weg gehen solle. Deng Xiaoping wies auch darauf hin, dass das Problem mit der bürgerlichen Liberalisierung voraussichtlich während des gesamten Prozesses der Realisierung der vier Modernisierungen bestehen bleiben würde. Also zumindest für die verbleibenden zehn Jahre dieses Jahrhunderts und die ersten 50 Jahre des nächsten. Deng schlussfolgerte daher: »Dies [die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung] ist eine langfristige Aufgabe. Wir können dieses Problem nicht mit einer einzigen Kampagne beseitigen. Bildung und effiziente Staatsführung sind bessere Instrumente, um diese Aufgabe zu meistern.« [15]

Von 1989 bis 1992 wurde die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung zu einer wichtigen Aufgabe im Bereich der ideologischen Bildung. Geisteswissenschaftliche Theorien und Ideen aus Literatur, Kunst, Philosophie und Soziologie, die sich während den 1980ern verbreitet hatten, wurden kritisiert. Grundsätzlich jedoch fand diese Auseinandersetzung meist nur auf dem ideologischen Feld statt. Es wurden im Gegensatz zur Mao-Zeit keine politischen Kämpfe gefochten oder institutionelle Säuberungen vorgenommen. Nach

Deng Xiaopings Reise in den Süden im Jahr 1992 erlebten die Wirtschaftsreformen, und damit auch das politische und ideologische Umfeld, eine erneute Runde der Öffnung. Auf dem Feld der Ideologie und der Kultur haben die politischen Säuberungsmaßnahmen daraufhin im Grunde genommen aufgehört.

Drittens hat die Steuerreform die Macht der Zentralregierung konsolidiert. Zu Beginn der Reform und Öffnung wurde im Sinne der Dezentralisierung ein System der geteilten Steuereinnahmen und Ausgaben zwischen Zentral- und Lokalregierung aufgebaut – im Volksmund auch als »Aufteilung der Mahlzeiten« bezeichnet. 1985 und 1988 wurde die finanzpolitische und steuerliche Verantwortung zugunsten der Lokalregierungen reformiert. Die Folgen dieser Steuerpolitik kamen allerdings schnell zum Vorschein. Zwischen den Jahren 1985 und 1993 reduzierten sich die Haushaltseinnahmen der Zentralregierung drastisch. Mitte der 1990er Jahre waren sie auf weniger als 20% der Gesamteinnahmen gesunken. Aufgrund des neuen Systems der Aufteilung steuerlicher und finanzpolitischer Verantwortungen mussten Lokalregierungen weniger Ressourcen an die Zentralregierung abgeben, obwohl die Zentralregierung weiterhin für Ausgaben in den Provinzen aufkommen musste. Es war vorhersehbar, dass diese Situation nicht lange gut gehen würde.

Um die Lage in den Griff zu bekommen, wurde am 1. Januar 1994 ein Finanzverwaltungssystem der Steueraufteilung eingeführt. Die Reform des Steuersystems umfasste die Vereinheitlichung des Steuerrechts, eine gerechtere Steuerbelastung und die allgemeine Vereinfachung des Steuersystems durch die Standardisierung von Steuerkategorien. Nach über einem Jahrzehnt konnte dieses Steueraufteilungssystem das Problem der mangelnden Finanzeinnahmen der Zentralregierung wirksam lösen. Der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Steuereinnahmen stieg von weniger als 20% im Jahr 1994 auf 55,75% im Jahr 2007. Das Steueraufteilungssystem hat die finanzielle Position der Zentralregierung erheblich gestärkt und das Mitspracherecht der Zentralregierung in nationalen politischen Angelegenheiten dementsprechend erhöht. Sie hat die Einheit des Landes vor dem Hintergrund der Wirtschaftsreform gestärkt und die Autorität der Regierungspartei und der Zentralregierung gefestigt. In diesem Sinne war die Steuerreform die wichtigste unter den Reformen des chinesischen politischen Systems im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

### **Das chinesische Modell im neuen Jahrhundert**

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte Chinas Reform- und Öffnungsperiode schon über 20 Jahre hinter sich. Nach mehreren Jahren des Erprobens neuer Reformmaßnahmen nahm das moderne entwicklungspolitische Modell Chinas schließlich Gestalt an. Im Bericht des 16. Parteitag der KPCh aus dem Jahr 2002 heißt es: »Für die Entwicklung einer sozialistisch-demokratischen Politik

ist es notwendig, dass die Partei die Führungsrolle übernimmt, die Bevölkerung Herrin ihrer eigenen Angelegenheiten ist, und die Rechtsstaatlichkeit garantiert wird. All diese drei Aspekte sind unerlässlich.« [16] Zu dieser Schlussfolgerung sei man nach langen Jahren wiederholten Erprobens gekommen. Man habe aus den nationalen und internationalen Erfahrungen Lehren gezogen, um schließlich ein System der sozialistischen Demokratie aufzubauen, welches den lokalen Gegebenheiten entspreche. [17] Diese Übereinkunft von Parteiführung, individueller Freiheit und Rechtsstaat ist seither als das Modell der »drei Vereinigungen« in der chinesischen Politik bekannt.

Nach dem 16. Parteitag der KPCh hat das politische System Chinas allmählich internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Innerhalb Chinas wurde es auf mehreren Parteikongressen von allerlei Seiten bestätigt. In den darauffolgenden Jahren hat es sich weiterentwickelt und perfektioniert, bis es schließlich zu einem stabilen und operationsfähigen politischen System angewachsen ist.

## **Logik der politischen Reform in China**

Politische Reformen gab es im Laufe der Geschichte nicht nur in China. Seit den späten 1970er Jahren haben die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei politische Reformen durchgeführt. Ziel dieser Reformen war es, das sowjetische Modell loszuwerden und eine schnelle Industrialisierung und Modernisierung zu ermöglichen. Selbst die Sowjetunion, die seit langem im Zentrum der globalen sozialistischen Bewegung stand, hat Mitte der 1980er Jahre unter der Führung Michail Gorbatschows eine Reformphase eingeleitet. Nach über 20 Jahren kann man aus heutiger Perspektive sagen, dass diese Reformen weitestgehend gescheitert sind. Osteuropa und die Sowjetunion wurden von politischen Zusammenbrüchen, wirtschaftlichen Rezessionen und sozialen Unruhen geplagt. Teilweise führten die Reformen sogar zum kompletten Zerfall einiger Nationen. Im Gegensatz dazu haben Chinas Reformen historische Erfolge erzielt. Aus diesem Grund ist es wertvoll, die Logik hinter diesen Reformen zu erfassen.

### **Ausgangspunkt der Reformlogik: Die vier Grundprinzipien**

In den späten 1970er Jahren wurde in ganz China über die damalige politische Lage debattiert. Auf Plakaten an der »Mauer der Demokratie« vom Pekinger Stadtteil Xidan und in einigen nichtstaatlichen Magazinen wurde mit Kritik an der Kulturrevolution, der KPCh, dem sozialistischen System und Mao Zedong selbst nicht gespart. Vor dem Hintergrund dieser erhitzten Diskussionslandschaft organisierte die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh

gemeinsam mit der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften am 18. Januar 1979 das »Forum zur Theoriearbeit« in Peking.

In erster Linie befasste sich das Forum mit der theoretischen Wiederaufarbeitung der Kulturrevolution. Die Stimmung unter den Teilnehmer:innen kann gut in zwei Camps aufgeteilt werden: Es gab auf der einen Seite die Konservativen, die vor den damaligen kritischen Strömungen in der Gesellschaft gewarnt haben. Sie fürchteten, dass die Situation eventuell aus dem Ruder geraten könnte. Auf der anderen Seite gab es aber auch die Befürworter:innen der »Mauer der Demokratie«. Ihrer Meinung nach war es notwendig, kritisch über die Geschichte und das politische System Chinas und der Sowjetunion nachzudenken.

Als Antwort auf die Debatten des »Forums zur Theoriearbeit« hielt Deng Xiaoping am 30. März eine berühmte Rede über die »vier Grundprinzipien«. Deng behauptete, dass es im linken Spektrum der Partei einige Kritiker:innen gebe, die die seit dem dritten Plenum des 11. Zentralkomitees der KPCh eingeführten politischen Maßnahmen ablehnten. Sie interpretierten diese als Verstöße gegen den Marxismus-Leninismus und Mao Zedong-Gedanken. Auf der anderen Seite existiere aber sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei eine Gruppe von Menschen, die dem Sozialismus kritisch gegenüberstünden. Diese Kritiker:innen lehnten die vier Grundprinzipien ab. Deng glaubte, dass die Opposition in der Gesellschaft eng mit den innerparteilichen Kritiker:innen im Kontakt stünde, teilweise sogar von diesen unterstützt würde.[18] Aus diesem Grund forderte Deng die strikte Einhaltung der vier Grundprinzipien (sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes, Führung der KPCh und Marxismus-Leninismus-Maoismus). Die Einhaltung dieser Prinzipien sei »die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der vier Modernisierungen«.[19]

Der spätere Verlauf der Reformgeschichte hat bewiesen, dass es notwendig war, an den vier Grundprinzipien festzuhalten. Insbesondere waren sie ausschlaggebend für den Erfolg der Reform des politischen Systems und somit letztendlich auch für die gesamte Modernisierung des Landes.

Im Grunde bedeutete Reform und Öffnung die Ablehnung der seit 1949 existierenden und insbesondere während der Kulturrevolution prominenten politischen Linie der linken Fraktion innerhalb der Partei. Man war sich darüber im Klaren, dass China dringend eine Industrialisierung durchleben müsse. Innerhalb der KPCh war man sich nur noch nicht ganz über den einzuschlagenden Weg dorthin einig.

Die erste Alternative war die Linie des »Neuen Denkens« der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Dieser Weg leugnete die Fehler der sowjetischen Geschichte, kritisierte frühere Führer und etablierte eine neue politische Linie und Generation von Führungskräften. Gorbatschow löste damit eine Fehlinterpretation der Geschichte und gewaltige soziale Debatten aus.

Dies führte unweigerlich zum Legitimitätsverlust der regierenden Kommunistischen Partei sowie zu sozialen Unruhen, die auf den Sturz des Regimes abzielten. Am Ende führten seine Reformversuche zum Zerfall der Sowjetunion.

Die zweite Alternative war der auf der Einhaltung der vier Grundprinzipien basierende chinesische Weg. Zu Beginn der Reformen herrschte in China eine kritische Haltung gegenüber der eigenen Geschichte. So eine Situation führt zwangsläufig zu sozialen Streitigkeiten und politischem Aufruhr. Aus diesem Grund entschied sich die KPCh unter der Führung Deng Xiaopings für eine zukunftsorientierte Entwicklungsstrategie, die den nationalen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellte. Alten Lasten aus der Geschichte wurde weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Der Fokus sollte auf wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung liegen. Historische Schmerzen und soziale Unterschiede sollten langsam aber sicher automatisch überbrückt werden. Da zu Beginn der Reformphase die spezifischen Inhalte der Reformen noch nicht vorhersehbar waren, wurden vor allem der angestrebte Umfang sowie politische Grenzlinien festgelegt. Somit wollte man sich besser vor politischen Risiken schützen. Man wollte sicherstellen, dass die Reformen sich im Nachhinein nicht negativ auf das politische System und den Lauf der Geschichte auswirken würden.

Chinas konservative Reformstrategie war dazu in der Lage, das Land erfolgreich in die Zukunft zu steuern ohne die eigene Geschichte negieren zu müssen. Die KPCh konnte sich selbst vor dem Verlust der Regierungslegitimität und ganz China vor politischen Turbulenzen schützen. Der schmerzhaft – und fehlerhaft – Weg der Sowjetunion blieb China dank der konservativen Reformen erspart. Wie man an der historischen Entwicklung ablesen kann, ist das Festhalten an den vier Grundprinzipien also ein zentraler Pfeiler der seit 1979 nun schon seit über 40 Jahren andauernden Reformlogik in China.

### **Weiterentwicklung der Reformlogik: Die vier Grunderfahrungen**

Durch Ausprobieren und langsames Vorantasten hat China innerhalb der letzten 40 Jahre einen für sich einzigartigen Entwicklungspfad entdeckt, der dem Land erfolgreich zur Industrialisierung und Modernisierung verholfen hat. Der Erfolg von Chinas Reform und Öffnung kann auf vier entscheidende Erfahrungen zurückgeführt werden, die die Reformlogik tief geprägt haben.

*Erstens:* Der Schutz individueller Bürgerrechte muss mit der Zentralisierung der Staatsmacht in Einklang gebracht werden. In der Praxis manifestierte sich die chinesische Reform und Öffnung zunächst in den Veränderungen der Planwirtschaft sowie der Korrektur bestimmter, aus der Kulturrevolution übrig gebliebener Praktiken. Die Menschen bekamen allmählich ihre während der Kulturrevolution abhandengekommenen Freiheiten und Rechte zurück. Die Bevölkerung bekam das Recht, am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, wodurch die wirtschaftliche Eigeninitiative und Innovation angeregt wurden.

China garantierte seiner Bevölkerung im Laufe der Reform den Schutz von wirtschaftlichen und sozialen Rechten, die das Land auf den Weg zu einer beispiellosen wirtschaftlichen Entwicklung geführt haben. Es entstand ein Industrialisierungswunder, das fast ein Fünftel der Weltbevölkerung aus der Armut befreit hat.

Der Schutz grundlegender Bürgerrechte koexistiert in China mit einem stark zentralisierten Staat. Dieser Staat war während der ganzen Reformperiode dazu in der Lage, Ressourcen effizient zu verteilen, das marktwirtschaftliche Verhalten zu regulieren, strategische Pläne der wirtschaftlichen Entwicklung zu formulieren und den Aufbau kritischer Infrastrukturen zu fördern. Wie man sehen kann, war das auf der Übereinkunft von Parteiführung, individueller Freiheiten und Rechtsstaat basierende politische System Chinas in der Lage, den Schutz individueller Rechte und Freiheiten mit einer zentralisierten Staatsmacht zu verbinden.

Im Gegensatz dazu kann das moderne kapitalistische Modell des Westens der Bevölkerung zwar grundlegende Bürgerrechte garantieren, es sorgt aber durch sein System der freien Wahlen gleichzeitig für tiefe soziale Kluften. In der Geschichte der westlichen Industrialisierung spielten politische und wirtschaftliche Partizipation der Bevölkerung stets eine gleichwertige Rolle. Beide Kategorien der gesellschaftlichen Teilnahme erlaubten es den Menschen, ihren Beitrag zum Fortschritt der Gesellschaft zu leisten. Das Problem dieses Modells ist jedoch, dass politische Parteien und Interessengruppen sich leider zu oft gegeneinander ausspielen. Im reichen und stabilen Westen kann man so einen politischen Wettkampf noch verkraften. Für Entwicklungsländer aber, auf ihrem Weg zur Industrialisierung und Modernisierung, werden diese systemischen Mängel besonders sichtbar. Wahlen sind oft Auslöser sozialer Konflikte, die in vielen Fällen zu langfristigen Turbulenzen führen. Die Praxis hat gezeigt, dass das westliche politische System große inhärente Mängel aufweist, die für Entwicklungsländer besonders gravierend sind.

*Zweitens:* Die »Konsultativdemokratie« muss während der Industrialisierungsphase den demokratischen Schwerpunkt bilden. Im Jahr 2012 wurde dies auf dem 18. Parteitag der KPCh erneut bestätigt. Die Konsultativdemokratie wurde dort als passendes Modell für eine sozialistische Demokratie chinesischer Prägung unter Berücksichtigung des Entwicklungsstadiums sowie der Lehren und Erfahrungen anderer Entwicklungsländer identifiziert.

Die Konsultativdemokratie in China berücksichtigt die verschiedenen Ebenen der chinesischen Gesellschaft: Parteien, Staat, Gesellschaft und Bürger. Ihr besonderer Wert für Chinas Industrialisierung ist vor allem in folgenden Bereichen sichtbar: Das Modell trägt dazu bei, gesellschaftliche Konflikte abzubauen und einen gemeinsamen Konsens zu finden. Das wettbewerbsorientierte System freier Wahlen führt oft zur Zuspitzung von Meinungsverschiedenheiten. Es



kommt leicht zur Vernachlässigung von Interessen bestimmter Gesellschaftsgruppen. Dies ist auch einer der wichtigsten Kritikpunkte am derzeitigen Modell der westlichen Demokratie. Die Konsultativdemokratie hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass sie den größten gemeinsamen Nenner zwischen verschiedenen Interessensgruppen sucht, die Interessen aller Parteien vertritt und somit die Bildung von Kompromissen und sozialem Konsens fördert.

Die Konsultativdemokratie verbessert außerdem die Qualität der Demokratie. Sie ist weder ein Gegner von liberaler Demokratie noch von demokratischen Mechanismen der Mehrheitsentscheidung. Sie ermöglicht es den jeweiligen Gesellschaftsgruppen, ihre verschiedenen Meinungen zu äußern, lernt aus dem Austausch und vermeidet die Einseitigkeit. In ihr wird die Meinung der Mehrheit mit der von Minderheiten vereint.

Die Konsultativdemokratie fördert einen effizienten Entscheidungsprozess. Voraussetzung einer wettbewerbsorientierten liberalen Demokratie ist es, Debatten offen auszutragen. Der Nachteil besteht darin, dass Unterschiede und Widersprüche öffentlich gemacht werden. Bestimmte Themen werden abstrahiert und aus einer prinzipiellen Perspektive betrachtet. Es entstehen Wertekonflikte und moralische Urteile, wodurch die Konsensfindung stark erschwert wird. Bei der Konsultativdemokratie geht es hingegen darum, trotz der sichtlichen Unterschiede den Fokus auf Gemeinsamkeiten zu setzen. In der Regel werden scharfe Konflikte nicht offen ausgetragen, was dazu beiträgt, dass Kompromisse im Normalfall einfacher zu vereinbaren sind.

*Drittens:* Individuelle Bürgerrechte müssen an das Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung angepasst werden. Sie dürfen nur dann ausgeweitet werden, wenn das Entwicklungsniveau der Nation dies zulässt. In der westlichen Welt werden Rechte oft als naturgegeben oder heilig betrachtet. Die Geschichte der westlichen politischen Entwicklung hat jedoch gezeigt, dass der Ausbau von Rechten ein langwieriger sozialer Prozess ist.

Die USA können hier als gutes Beispiel herangezogen werden. Seit jeher sieht sich das Land als Verteidigerin von Freiheit und Gleichheit, hatte aber gleichzeitig über Jahre hinweg das System der Sklaverei in ihrer Verfassung verankert. Erst 80 Jahre nach der Staatsgründung wurde der entsprechende Paragraph aus der Verfassung gestrichen. Bis zur vollständigen Umsetzung des durch die US-Verfassung bestätigten Grundsatzes der Gleichheit aller Bürger:innen in die Gesetze der jeweiligen Bundesstaaten mussten nochmal circa 100 Jahre vergehen. In der heutigen Welt kopieren viele Entwicklungsländer das westliche oder amerikanische Modell und scheitern oft daran, dass ihr Entwicklungsgrad und politisches System der progressiven Auslegung individueller Bürgerrechte hinterherhinkt.

Während der Reform und Öffnung und in der offiziellen Ideologie der KPCh werden Rechte nie als heilig oder absolut betrachtet. Rechte werden unter

Berücksichtigung des Entwicklungsgrades von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur kontinuierlich erweitert. Sie können nicht ausschließlich von der Politik vorgegeben werden. Der Weg von der Idee eines individuellen Rechtes bis hin zur dessen Verwirklichung ist immer noch mühselig. Rechte können nur dann genossen werden, wenn sie auch den historischen, sozialen und realistischen Umständen entsprechen.

Unter Deng Xiaoping war die Ausweitung von Bürgerrechten immer an die wirtschaftliche Entwicklung der Nation gekoppelt. Bevor individuelle Bürgerrechte weiter ausgebaut wurden, mussten zuerst geeignete Produktivkräfte entwickelt werden. Es handelte sich um einen graduellen Prozess, der während der kontinuierlichen Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung stattfand. Für die Wahrung der sozialen Stabilität im Land war dieser schrittweise Ausbau von Rechten eine der wichtigsten Reformmaßnahmen. Auf diesem Weg wurde zunächst der Rechtsschutz durch juristische Institutionen ausgebaut. Es folgten Mechanismen zur Interessenkonsultation, zum Schutz von Interessen, zur Äußerung von Rechtsbehelfen etc.

*Viertens:* Die politische Reform muss problemorientiert ausgerichtet sein. Das komplette politische System zu reformieren ist ein gigantisches soziales Projekt. Idealerweise sollte ein solches Vorhaben vor seiner praktischen Umsetzung detailliert vorbereitet werden. In der Realität ist das allerdings nicht immer einfach. Um groß angesetzte politische Projekte effektiv planen zu können, sollte man sie im Vorhinein mit ähnlichen Projekten vergleichen. Im sozialen Bereich, insbesondere im politischen Bereich, wiederholen sich die wenigsten Phänomene aber in exakt gleicher Form. Es ist also schwierig, anderwärtig durchlebte Erfahrungen für die Planung eines eigenen politischen Projektes zu nutzen. Experimente können nicht einfach künstlich erzeugt werden, wie es bei Natur- und Ingenieurwissenschaften der Fall ist. Dies ist ein großer Unterschied zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften. Die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« der Französischen Revolution, die US-Verfassung oder das politische System im neuen China waren alles gigantische »Top-Level-Entwürfe«, die einer revolutionären Vorgeschichte entspringen sind. Sie alle sahen sich mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert. China hat folgende drei Strategien angewandt, um dieses Problem zu lösen:

Politische Reformen müssen sich auf konkrete Probleme fokussieren. Es ist notwendig, tatsächliche Probleme der Bevölkerung zu lösen, um somit die Funktionsfähigkeit bestimmter Praktiken beweisen zu können und erste Erfolge zu erzielen. Kleine Gewinne zu sammeln ist oft mehr wert, als einmalig große Erfolge anzustreben. Wenn die Bevölkerung keine konkreten Ergebnisse sieht, kann das in der Gesellschaft schnell zu Misstrauen gegenüber der Politik führen. Politische Reform braucht Pilotprojekte. Pilotprojekte sind dazu da, Theorien in der Praxis zu testen. Sie ermöglichen es den Planer:innen, Fehler

zu korrigieren und zukünftige Risiken zu umgehen. Politische Reformen dürfen sich auf keinen Fall an Universalmodellen orientieren. Wenn diese fehlschlagen, ist gleich alles verloren. Bei Pilotprojekten sind Fehler weit weniger gravierend. Selbst wenn Reformmaßnahmen bei Pilotprojekten fehlschlagen, können die Risiken und Verluste meist verkraftet werden.

Zur politischen Reform ist eine einheitliche Planung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse notwendig. Wenn politische Probleme in einer bestimmten Lokalität auftreten, weiten sie sich sehr schnell auf das ganze Land aus. Der Erfolg einer politischen Reformmaßnahme in einer bestimmten Ortschaft führt nicht automatisch zu nationalen Erfolgen. Teilweise kann ein lokaler Erfolg sogar Misserfolge für eine andere Lokalität bedeuten. Aus diesem Grund muss bei politischen Reformen stets auf die Gesamtwirkung geachtet werden. Durch die kontinuierliche Durchführung von lokalen Experimenten kann der Gesamteffekt zuerst beobachtet und schlussendlich bewertet werden. Nach einer ersten Phase der Erfahrungssammlung kann ein relativ ausgereiftes und vollständiges politisches System auf nationaler Ebene implementiert werden.

Dank der problemorientierten Ausrichtung der Reform und dem besonderen Zusammenspiel zwischen Pilotprojekten und Gesamtbetrachtung der politischen Reformmaßnahmen, konnte China sich wirtschaftlich stabil entwickeln. Verglichen mit den katastrophalen sozialen Konflikten und Turbulenzen, die Entwicklungsländer und westliche Nationen in ihrer Entwicklungsgeschichte erleiden mussten, kann man Chinas Modernisierung und Industrialisierung als Wunder bezeichnen.

## Literatur

- [1][3][4][5][6][7][8][12][19] 《邓小平文选》(第二卷)·人民出版社1983年版·第141页、第322页、第336页、第145页、第320页、第144页、第146页·第328~329页、第164页。[»Selected Works of Deng Xiaoping«, Second Edition, 1983, Peoples Publishing House, S. 141, 322, 336, 145, 320, 144, 146, 328]
- [2] 中共中央文献研究室:《十一届三中全会以来党的历次全国代表大会中央全会重要文件选编》(上)·中央文献出版社1997年版·第20页。[»Selections of important documents of the Central Plenary Sessions of the National Congresses of the CPC since the Third Plenary Session of the 11th Central Committee«, 1997, Central Party Literature Press, S. 20]
- [9][10][11][14][15] 《邓小平文选》(第三卷)·人民出版社1993年版·第200页、第242页、第252页、第177页、第211页。[»Selected Works of Deng Xiaoping«, Third Edition, 1993, Peoples Publishing House, S. 200, 242, 252, 177, 211]
- [13] 《中国共产党第十二次全国代表大会文件选编》·人民出版社1982年版·第57页。[»Selected Documents of the 12th National Congress of the CPC«, 1982, Peoples Publishing House, S. 57]
- [16] 中共中央文献研究室:《十六大以来重要文献选编》(上)·中央文献出版社

2005年版·第24页。[»Selections of important documents since the 16th National Congress of the CPC«, 2005, Central Party Literature Press, S. 24]

- [17] 中国社会科学院邓小平理论研究中心：《坚定不移走中国特色社会主义民主政治道路》·载《求是》2007年第10期。[»Firmly following the path of socialist democracy with Chinese characteristics«, 2007, Qiushi Journal, Nr. 10]
- [18] 参见邓小平：《坚持四项基本原则》·《邓小平文选》（第二卷）·人民出版社1983年版。[»Selected Works of Deng Xiaoping«, Second Edition, 1983, Peoples Publishing House]

*Beijing Cultural Review: Dezember 2017*

*Übersetzung: Patrick Sebastian Federl*



# Revolution und Rechtsstaatlichkeit: den chinesischen Weg verstehen

von Jiang Shigong

## Die Dialektik der Revolution und die Rechtsstaatlichkeit

### Die doppelte Bedeutung der Revolution

Revolution bedeutet zum einen die Zerstörung etablierter Gesetze, die Negation der Vergangenheit und die Zerstörung der Ordnung. Revolution ist daher immer mit unbändiger Gewalt verbunden. Sie stellt eine ursprüngliche Kraft außerhalb der Ordnung dar und ist mit Zerstörung und Tod sowie unvorhersehbarer Willkür verbunden. Deshalb wird sie oft mit der Tradition von Willkürherrschaft verbunden. Revolution bedeutet zum anderen aber auch Schaffung und Neubeginn, ja sogar Schöpfung aus dem Nichts, die Erschaffung der Zukunft und die Geburt einer neuen Ordnung. Sie wird folglich auch mit einer »Hebamme« und die durch revolutionäre Gewalt hervorgerufene Katastrophe mit den Wehen vor der Geburt verglichen.

In beiderlei Hinsicht besteht eine anhaltende Spannung zwischen Revolution und Rechtsstaatlichkeit. Der Rechtsstaat muss nicht nur die Gewalt zähmen, sondern sich auch dem Nichts verweigern. Wenn die Revolution den Moment des Übergangs zwischen Leben und Tod darstellt, dann stellt die Rechtsstaatlichkeit den relativ reifen Zustand des Lebens in der Zeit dar, die sowohl die Schöpfung neuen Lebens als auch das tödliche Ende einer gesellschaftlichen Ordnung ausschließt. Das »Recht«, von dem der Rechtsstaat spricht, ist daher nicht das positive Recht, das vom Menschen erschaffen und abgeschafft wird, sondern ein Regelsystem von unterschiedlichen Prinzipien, Ideen, Überzeugungen, Traditionen und Gewohnheiten, die die Ordnung aufrechterhalten. Dazu gehört auch das zeitlose universelle Naturrecht. Die Rechtsstaatlichkeit stellt eine selbst geschaffene vollständige Ordnung dar, während die Revolution genau die zerstörerische Kraft außerhalb des Rechtsstaates ist, der sich der Rechtsstaat seinerseits verweigern muss.

### Rechtsstaatlichkeit: in der alten Zeit und in der Neuzeit

Aber auch der Begriff »Rechtsstaatlichkeit« enthält in sich selbst Spannungen. Auf der einen Seite impliziert Rechtsstaatlichkeit die Herrschaft einer Reihe ewiger Regeln der Gerechtigkeit, die in der klassischen westlichen Tradition das Naturrecht und in der klassischen chinesischen Tradition das Tian Dao (der Weg des Himmels) ist. Aber auf der anderen Seite muss sich Rechtsstaatlichkeit im modernen Sinne durch ein formales System von Rechtsnormen manifestieren und das Recht ist das Recht im Sinne des positiven Rechts. Dadurch

ergibt sich das Problem, auf das der österreichische Rechtswissenschaftler Hans Kelsen stieß, als er sich mit der »Grundnorm« befasste. Es ist zu klären, ob diese Grundnorm eine naturrechtliche Norm oder eine Norm des positiven Rechts ist. Aus diesem Grund hat die Verfassung im System der Rechtsnormen eine besondere Bedeutung. Die Rechtsstaatlichkeit ist die Herrschaft der Verfassung als höchste Autorität.

Doch ob man nun die Verfassung als Ausdruck des »höheren Rechts« oder des modernen Naturrechts ansieht oder davon ausgeht, dass die Verfassungsgeber »Halbgötter« waren, so oder so kann man der genannten Spannung im Prinzip der Rechtsstaatlichkeit nicht entgehen. Die Verteidigung des Naturrechtselements in der Verfassung der Vereinigten Staaten durch amerikanische Verfassungstheoretiker verweist genau auf die grundlegende Schwierigkeit der modernen Rechtsstaatstheorie: Die höchste Autorität des Rechtsstaates leitet sich von einer höheren Ordnung oder Autorität ab, die den Rechtsstaat übersteigt oder sich sogar außerhalb des Rechtsstaates befindet. Es ist dies die »absolute Verfassung«.

Aber was ist diese »absolute Verfassung«? Diese »absolute Verfassung« kann heute nicht mehr als ein zeitloses Naturrecht im klassischen Sinne verstanden werden. Sie ist nichts anderes als das Ergebnis einer außergewöhnlichen Revolution. Diese Revolution ist eine Revolution im modernen Sinne des Wortes, eine Aktivität, die ein neues Leben schafft, eine Revolution, die einen neuen Souverän hervorbringt. Die Revolution, der Souverän und die Verfassung bilden die moderne Struktur von Dreifaltigkeit. Zum einen ist das Ziel des Rechtsstaates die Beseitigung der Revolution. Zum anderen aber tut sich der Widerspruch auf, dass der Rechtsstaat selbst aus der Revolution hervorgegangen ist.

### **Die Dialektik der Revolution und die Rechtsstaatlichkeit**

Dieses Problem der modernen Rechtsstaatlichkeit spiegelt sich schon in der Konstruktion des Rechtsstaates durch westliche Aufklärer wider. Hobbes' Überlegungen in seinem Werk »Leviathan« zielten darauf ab, Gewalt grundsätzlich unmöglich zu machen. Die Anwendung von Gewalt ist für ihn ein »Naturzustand«, in dem der Mensch dem Menschen ein Wolf sei, oder ein »Kriegszustand«. Die Rechtsstaatlichkeit bedeutet, durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags die Menschen aus der Gewalt im Naturzustand zu befreien, damit die Menschheit sich im Zustand der Rechtsstaatlichkeit einer Zivilgesellschaft oder einer zivilisierten Gesellschaft befindet. Dies ist die gängige Idee der westlichen Aufklärer. Leider enthält die Rechtsstaatlichkeit Faktoren des Verfalls. Alles, was von Menschen gemacht wird, beinhaltet Verfall, und Hobbes' Ideal ist es, einen künstlichen, aber unsterblichen Leviathan zu schaffen. Diese Faktoren des Verfalls werden in der Gesellschaftstheorie durch die

Tendenzen der Rationalisierung und Formalisierung erklärt, die zu einem »eisernen Käfig« führen. In der politischen Theorie wird dies auch als moderne Tyrannei oder Diktatur beschrieben, die aus dem »schlechten Recht« als oberster Autorität resultieren. Die moderne Tyrannei und Diktatur können beide als »gesetzliche« Ordnung betrachtet werden. Beide sind durch »Gesetzlichkeit« und »Regieren gemäß dem Recht« geprägt. Infolgedessen wird die Leviathan-Vorstellung, die die Gewalt ausrottet, gleichzeitig mit einem »eisernen Käfig« und den genannten Faktoren des Verfalls verbunden. Deshalb wird Hobbes, der Begründer des Liberalismus, auch oft als Feind des Liberalismus angesehen.

Wie kann der Mensch aus dem »eisernen Käfig« oder der Herrschaft des »schlechten Rechts« gerettet und seine Freiheit wiederhergestellt werden, wenn der Rechtsstaat Faktoren des Verfalls enthält, die zu seinem Niedergang beitragen? In diesem Moment wird Gewalt zur einzigen Option, weil die Anwendung von Gewalt genau die Freiheit des Menschen für sich genommen ist und somit ein natürliches Menschenrecht darstellt. Der Mensch ist kein Engel, er kann nur »dafür sorgen, dass Ehrgeiz dem Ehrgeiz entgegenwirkt«, und die Rückkehr zum Naturzustand durch Gewalt ist jener wirksame Weg für Menschen, gegen die Tyrannei zu kämpfen. Gewalt ist nicht ein Gegenstand, den der Rechtsstaat überwinden muss, sie ist vielmehr die Rettung des Rechtsstaates vor dem Verfall. Folgt man dieser Argumentation, dann wird die Gewaltanwendung zu einer begrifflichen Beschreibung von Legitimität. Sie ist Ausdruck des von John Locke bejahten Widerstandsrechts. Dieser kollektive Widerstand wird von Jean-Jacques Rousseau hoch gelobt und der Jubel der kollektiven Volksversammlung wird von manchen als der wahre Ausdruck der Volkssouveränität angesehen. Das Recht auf Widerstand und die Revolution sind legitime Anwendungen von Gewalt.

Die aufklärerischen Denker wollten ursprünglich die Gewalt mithilfe des Rechtsstaates ausrotten, aber stattdessen verherrlichten sie die Gewalt in einer noch nie dagewesenen Art und Weise. Solche Verherrlichung der Gewalt fand ihren Ausdruck im Begriff der Revolution, in der Bejahung der nordamerikanischen Unabhängigkeitsrevolution und der Französischen Revolution. Die Dialektik von Revolution und Rechtsstaat kann in folgender Weise dargestellt werden: Die Revolution beendet die alte Rechtsordnung und schafft zugleich eine neue. Die Revolution ist die Schutzpatronin der rechtsstaatlichen Ordnung und stets bereit, sie zu retten. Der Rechtsstaat beendet sowohl die Gewalt und rechtfertigt sie zugleich im Namen des Rechts, indem er das Recht auf Widerstand proklamiert und damit die Legitimität der Revolution begründet. Für die rechtsstaatliche Ordnung bedeutet der »Abschied von der Revolution« weniger die Rettung, als vielmehr den Beginn des Verfalls des Rechtsstaates.



### **Rechtsstaatlichkeit: eine besondere Herrschaft des Menschen**

Das grundsätzliche Problem mit der Rechtsstaatlichkeit liegt darin, dass das sogenannte Recht zu einem rein säkularen Recht geworden ist und jede Aura des Heiligen verloren hat. Rechtsstaatlichkeit bedeutet dann nur noch, dass der Mensch das Privileg hat, für sich selbst Gesetze zu erlassen. Es wird angenommen, dass genau darin seine Freiheit liege. Im Sinne des säkularen Rechts ist die Rechtsstaatlichkeit grundsätzlich als Willkürherrschaft definiert. Die Willkür besteht darin, dass der Mensch sich selbst regiert und die Gesetze macht, nach denen er sich zu verhalten hat. Der Begriff des individuellen Menschenrechts wird damit zum Begriff der Volkssouveränität erhoben. Die menschliche Freiheit und die Selbstverwaltung werden zur Grundlage der Volkssouveränität, und diese Volkssouveränität bildet die politische Grundlage der Rechtsstaatlichkeit. Dies stellt die rechtswissenschaftliche Grundlage der Verfassung dar, wie sie weitverbreitet ist.

Der Grund, warum die Verfassung als oberstes Gesetz bezeichnet wird, liegt darin, dass sie der Ausdruck des souveränen Willens des Volkes ist. Die Rechtsstaatlichkeit kann durchaus als eine besondere Art der Machtausübung oder des Regierens verstanden werden, als eine verdeckte, umständliche und sparsame Art des Regierens durch den Souverän. Ebenso ist die Revolution eine Art, in der sich die Volkssouveränität manifestiert. Sie ist sogar eine Art des Regierens, denn die Revolution ist nicht nur ein Akt der Zerstörung, sondern auch ein Akt der Gründung, der Schöpfung und der Erneuerung, ein Akt der Selbstbestätigung durch Negation, also ein Prozess, den Joseph Schumpeter als »schöpferische Zerstörung« bezeichnet hat.

Revolution und Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur zwei Manifestationen menschlicher Freiheit, sondern auch zwei gleichrelevante Arten der Selbstverwaltung. Diese verschiedenen Arten des Regierens werden abwechselnd für unterschiedliche Probleme in unterschiedlichen historischen Situationen angewandt. Man könnte sogar sagen, dass genau der Widerspruch zwischen Revolution und Rechtsstaatlichkeit, zwischen Volkssouveränität und Verfassung die Entwicklung der Geschichte vorantreibt. Die Spannung zwischen ihnen muss in der historischen Entwicklung immer wieder vermindert werden.

### **Die Rechtsstaatlichkeit eignet sich die Revolution an: eine Interpretation des USA-Modells**

#### **Das Modell der Rechtsstaatlichkeit der Vereinigten Staaten**

Die Vereinigten Staaten werden oft als ideales Modell von Rechtsstaatlichkeit angesehen. Dies ist zum großen Teil einer weit verbreiteten Wertschätzung der »Stabilität der Verfassung der Vereinigten Staaten« geschuldet. Deshalb

werden die Verfassung der Vereinigten Staaten oder die Rechtsstaatlichkeit als »Gegenrevolution« in Nachfolge der Amerikanischen Revolution favorisiert. Die »Gegenrevolution« ist aber nur oberflächlich, und nicht alle »Gegenrevolutionen« schaffen ein amerikanisches Modell der Rechtsstaatlichkeit. In einer weitergehenden Betrachtung ist der Staat in den Vereinigten Staaten, und vielleicht auch nur in den Vereinigten Staaten, wirklich auf seine Verfassung gegründet. Die Verfassung der Vereinigten Staaten stellt deshalb die »absolute Verfassung« der Vereinigten Staaten dar.

Während die meisten Länder der Welt zuerst einen Staat gründen, und dann eine nationale Verfassung ausarbeiten, oder mit anderen Worten, zuerst eine »absolute Verfassung« haben und dann auf deren Grundlage eine nationale Verfassung formulieren, so wurden die Vereinigten Staaten erst durch die Verfassung von 1787 selbst geschaffen. Diese stellt somit einen wesentlichen Teil der nationalen Identität dar. Dieses Ideal der Rechtsstaatlichkeit spiegelt sich faktisch im Glauben der Föderalisten an die religiöse Mission der Vereinigten Staaten, eine »Stadt auf dem Hügel« zu errichten, wider.

### **John Marshalls politische Erklärung: Etablierung des Rechtsstaatsprinzips**

Aus dem Ideal der Rechtsstaatlichkeit heraus suchten die Schöpfer der US-Verfassung nicht nur die Macht zu teilen und durch gegenseitige Eindämmung auszugleichen, sondern vor allem den Streit zwischen Parteien, der als Ursache von Konflikten, Gewalt und Kriegen betrachtet wurde, zu beseitigen. Die Verfassung der USA wurde auch als das ideale Modell von Rechtsstaatlichkeit mit dem Ziel der Ausrottung von Revolutionen betrachtet. Aber unmittelbar nach dem Abtreten des ersten Präsidenten, George Washington, geriet die Politik der USA sofort in den Streit zwischen Parteien. Mit Thomas Jeffersons Sieg bei den Wahlen von 1800 schien nicht nur der Parteienwechsel zur Realität zu werden, sondern vor allem bestand Jefferson auf dem Vorrang der Volkssouveränität und vertrat die Ansicht: »Die Erde gehört, was ihren Nießbrauch angeht, den Lebenden.« Das Volk hatte, folgt man dieser Auffassung, somit die Freiheit zur »permanenten Revolution«. Das spiegelte sich konkret darin wider, dass die Verfassung alle 19 Jahre abgeschafft und eine neue Verfassung erstellt werden konnte. Jefferson schlug daher vor, die Verfassung zu ändern, einschließlich der Abschaffung der Richter auf Lebenszeit und so weiter. Das Jahr 1800 bedeutete für das amerikanische Verfassungssystem eine »zweite Revolution«, die faktisch auf die revolutionäre Position der »Unabhängigkeitserklärung« zurückgriff, indem sie mit dem revolutionären Prinzip der freien Menschenrechte der »Unabhängigkeitserklärung« die Verfassung von 1787 ablehnte und die Schaffung einer neuen Verfassung in Übereinstimmung mit den revolutionären Prinzipien befürwortete.

Die »Zweite Revolution« von 1800 führte direkt zum Fall Marbury vs. Madison im Jahr 1803. In den heutigen Lehrbüchern wird dieser Fall als Ursprung des amerikanischen Systems der rechtlichen Überprüfung angesehen, wodurch die oberste Autorität des Obersten Gerichtshofs bei der Auslegung der Verfassung etabliert und die »richterliche Souveränität« in der heutigen Verfassung der Vereinigten Staaten konstituiert wurde. In Bezug auf John Marshalls Entscheidung war jedoch die Verfassungsgerichtsbarkeit nur das Nebenprodukt einer Reihe politischer Prinzipien. Die eigentliche Bedeutung der Marshall-Entscheidung lag darin, dass es sich um eine politische Erklärung handelt, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit festschrieb: Die Vereinigten Staaten seien »eine Regierung der Rechtsstaatlichkeit und keine Regierung der Willkürherrschaft«. Das Kernelement der Rechtsstaatlichkeit liegt in der Oberhoheit der Verfassung. Die Macht eines jeden Regierungsorgans ist begrenzt, wodurch das Prinzip von begrenzter Regierung entsteht.

In dieser politischen Erklärung formulierte Richter Marshall ausdrücklich drei Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in den Vereinigten Staaten: den Vorrang der Verfassung gegenüber den vom Kongress erlassenen Gesetzen, die Ungültigkeit von Gesetzen, die mit der Verfassung in Konflikt stehen, und die Überprüfung von Gesetzen, die mit der Verfassung in Konflikt stehen, durch Gerichte. Zu diesem Zweck artikuliert er umfassend die politischen Prinzipien der Amerikanischen Revolution. Die politische Grundlage der Oberhoheit der Verfassung liegt darin, dass die Bürger:innen natürliche Rechte haben und durch den Gesellschaftsvertrag in rechtsstaatliche Zusammenhänge eintreten. Die Verfassung beruht auf der Souveränität des Volkes und der souveräne Wille des Volkes kommt durch die besondere Form einer geschriebenen Verfassung zum Ausdruck. Mit anderen Worten: Die Oberhoheit der Verfassung liegt in der Tatsache, dass die Verfassung die verfestigte Revolution und die Kristallisation der Revolution in Form geschriebenen Rechts ist. Wenn man sich auf die Ansicht im Artikel 78 der »Federalist Papers« bezieht, so ist die Verfassung ein Ausdruck der Souveränität des Volkes und wird vom Volk gemacht; der Kongress besteht aus nichts anderem als den Vertreter:innen des Volkes. Die Souveränität des Volkes steht höher als die Macht der Volksvertreter:innen, und die Verfassung steht über den Gesetzen des Kongresses. Gesetze, die der Verfassung widersprechen, sind ungültig.

### **Konstitutionelle Revolution**

Die Bedeutung des Marbury-Falls in der amerikanischen Verfassungsgeschichte liegt nicht nur in der Etablierung der gerichtlichen Überprüfung von Gesetzen. Noch wichtiger ist, dass dieser Fall durch eine politische Erklärung die Rechtsstaatlichkeit als Lebensform festlegte. Man kann sagen, dass es Marshall gelang, die Autorität der Rechtsstaatlichkeit erfolgreich zu etablieren,

weil er sich die Prinzipien und politischen Ideale der Revolution in Gestalt der Rechtsstaatlichkeit aneignete. Damit der Rechtsstaat sich revolutionäre Prinzipien aneignen konnte, musste die Verfassung ihre Offenheit bewahren und damit Raum für die Revolution reservieren. Dies führte zu dem scheinbar widersprüchlichen Konzept der »konstitutionellen Revolution«.

In der Geschichte des amerikanischen Konstitutionalismus hat es in den Vereinigten Staaten mindestens vier konstitutionelle Revolutionen gegeben. Die Verfassung von 1787 war die erste konstitutionelle Revolution. Der Verfassungskonvent in Philadelphia war eine Revolution der vorangegangenen »Konföderationsartikel« und die rechtswidrige Verabschiedung der US-Verfassung wurde dadurch zu einem zu behandelnden schwierigen Thema der amerikanischen Verfassungsgeschichte. Nach dem Bürgerkrieg erlebte die US-Verfassung eine zweite Revolution in Form der »Reconstruction Amendments«, deren Hauptinhalt der 13. und 14. Zusatzartikel waren. Diese Zusätze änderten die in der US-Verfassung von 1787 festgelegte republikanische Regierungsform in eine Demokratie und bereicherten das Prinzip der Freiheit mit dem Prinzip der Gleichheit. Die so veränderte Verfassung kann als »zweite Verfassung« der Vereinigten Staaten angesehen werden. Die Präambel dieser Verfassung stellt in der Tat das revolutionäre Prinzip dar, das Abraham Lincoln in der »Gettysburg Address« erläuterte. Dieses revolutionäre Prinzip griff direkt auf die Unabhängigkeitserklärung zurück. Die dritte Revolution in der US-Verfassung war die bekannte Verfassungsreform von 1937 in der Zeit von Franklin Roosevelts »New Deal«. Die Verfassungsreform hat nicht nur die politischen Prinzipien des New-Deal-Liberalismus in der US-Verfassung verankert, sondern auch – was noch wichtiger war – den Obersten Gerichtshof aus der gerichtlichen Überprüfung von Wirtschaftsfragen herausgenommen. Die vierte Revolution in der US-Verfassung war die Erweiterung der Bürgerrechte in der Zeit, in der Earl Warren Oberster Richter am Verfassungsgericht der USA war und die Bewegung zum Schutz der Bürgerrechte vorantrieb. Insbesondere die Auslegung des gleichen Schutzes ging weit über den in den »Reconstruction Amendments« vorgesehenen Rahmen hinaus. Und der Inhalt der »Bill of Rights« in der Verfassung der Vereinigten Staaten, die die Bundesregierung einschränkte, wurde in den Zusatzartikel 14 aufgenommen, um die Machtfülle der Regierungen der Bundesstaaten einzuschränken. Das führte schrittweise zum »Tod des Föderalismus« in den Vereinigten Staaten.

### **Die Rechtsstaatlichkeit als Lebensform: theologische Grundlagen**

In den oben erwähnten amerikanischen konstitutionellen Revolutionen sehen wir, dass der Kongress, der Präsident und der Oberste Gerichtshof alle auf ihre eigene Weise zu verschiedenen Zeiten Revolutionen in der US-Verfassung angeführt und gefördert haben. Jede dieser Verfassungsrevolutionen ging über

die spezifischen ausdrücklichen Bestimmungen des Verfassungstextes hinaus und negierte bestehende Verfassungsbestimmungen auf unrechtmäßige Weise, behielt aber die allgemeine Stabilität der Verfassungsordnung bei. Angesichts des Dilemmas von Revolution und Rechtsstaatlichkeit versuchte Professor Bruce Ackerman von der Yale Law School, mit dem Begriff des »konstitutionellen Moments« und der Theorie der dualistischen Demokratie die Legitimität der konstitutionellen Revolutionen zu rechtfertigen. Die Legitimität dieser Revolution lag seiner Auffassung nach in dem Grundprinzip der Volkssouveränität in der Präambel der Verfassung. Dort heißt es: »We the People of the United States«. Für Ackermans Kollegen, Professor Paul W. Kuhn, ist der Eckpfeiler der amerikanischen politischen Tradition aber nicht die liberale Doktrin der Volkssouveränität, sondern die seit dem Mittelalter entwickelte christliche Tradition. Volkssouveränität und die Verfassung seien, so Kuhn, zwei Seiten ein und derselben Medaille, so wie auch Gott und die Bibel zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Die Amerikaner:innen sind erst durch die Verfassung wirklich miteinander zu einer Nation verbunden, so wie die Christ:innen durch die Bibel eine Religionsgemeinschaft bildeten. Die Verehrung und Beachtung der geschriebenen Verfassungen in den Vereinigten Staaten gehen weitgehend auf diese theologische Tradition zurück. Gerade auf der Grundlage der Tradition des christlichen Alten Testaments erhalten das Volk als Souverän und der Text der Verfassung eine sakrale religiöse Dimension. Die Richter:innen des Obersten Gerichts erhalten das richterliche Prüfungsrecht, mit dem sie die verfassungsrechtliche Ordnung verteidigen, weil sie das Recht für die Auslegung der Gesetze besitzen. Sie spielen in der amerikanischen rechtsstaatlichen Ordnung jene Rolle, die der Rolle des Klerus in der mittelalterlichen theokratischen politischen Ordnung bei der Auslegung der »Bibel« entspricht.

Die Auslegung der Verfassung durch den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten unterscheidet sich deshalb von der Auslegung der Verfassung durch Richter:innen im Rahmen des Common Law und ähnelt der Auslegung der »Bibel« im Mittelalter. Im Rahmen des Common Law gehen die Richter:innen vom Prinzip der allgemeinen Vernunft aus, um die Verfassung auszulegen und, wie Friedrich August von Hayek sagte, »Regelmäßigkeiten zwischen allen Phänomenen zu entdecken«, die zweckmäßige Regel in der Ordnung der Dinge aufzudecken. Die Auslegung der Verfassung durch den U.S. Supreme Court dagegen ist ein ständiger Rückgriff auf die politischen Absichten des Souveräns. Dabei unterscheiden sich die originalistische Deutung und die textualistische Deutung. Erstere fragt nach den Absichten der Autor:innen der Verfassung, die andere geht vom Wortlaut selbst aus. Was wie ein Kampf um Leben oder Tod aussieht, sind in Wirklichkeit nur zwei unterschiedliche Weisen, die Absicht des Souveräns zu verstehen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ist ein »politisches Gericht« im wahrsten Sinne des Wortes (Richard

Posner). Es ist wichtig zu beachten, dass »Politik« hier nicht Politik im Sinne der Beilegung von ideologischen Differenzen oder Interessenunterschieden im üblichen Sinne meint, sonst würde der Gerichtshof zum »Zweiten Kongress« werden. Die Politik, die vom Obersten Gericht verteidigt wird, so Kuhn, ist vielmehr die Politik, die den Sinn der amerikanischen Identität und Existenz festlegt und damit zwischen Feinden und Freunden unterscheidet. Ihre Grundlage ist die politische Theologie. Das zeigt, dass die Rechtsstaatlichkeit kein leichter Mantel ist, den man sich jederzeit überziehen kann. Die Entscheidung für die Rechtsstaatlichkeit bedeutet die Entscheidung für eine Lebensform, für einen Glauben, für einen kulturellen Wert, für eine kulturelle Identität. Unsere Theoretiker:innen für Rechtsstaatlichkeit in China stellen sich die Rechtsstaatlichkeit in der Tat zu einfach und die Rechtsstaatlichkeit in den Vereinigten Staaten zu oberflächlich vor. Sie beschränken ihr Verständnis von Recht auf Regeln des geschriebenen Rechts. Und sie glauben, dass alles, was man tun muss, sei, die gesetzlichen Regelungen zu ändern, die Gewaltenteilung einzuführen und die Verrechtlichung der Verfassung durchzuführen. Diese amerikanische Lebensform, in der die Rechtsstaatlichkeit sich die Revolution aneignet, hat aber einen tiefen religiösen Hintergrund. Obwohl die Vereinigten Staaten überall für ihre Werte werben, ist es den Amerikanern ganz klar, dass dieses Modell außerhalb der Vereinigten Staaten nicht repliziert werden kann. Die Rechtsstaatlichkeit der Vereinigten Staaten ist ein Teil dessen, was auch als »amerikanischer Exzeptionalismus« bezeichnet wird.

## **Revolution eignet sich Rechtsstaatlichkeit an: den Chinesischen Weg verstehen**

### **Die Herrschaft des Menschen als Herrschaft des Volkes**

China wird oft als Beispiel für die Tradition der Willkürherrschaft betrachtet. Im Zeitalter des europäischen Absolutismus waren der aufgeklärte Absolutismus der Monarchen und die moralische Erziehung der Literatengruppe in China Modelle, die von westlichen Denkern bewundert und verehrt wurden. Doch mit dem Anspruch, die moderne westliche Zivilisation als globale Norm zu setzen, wurde die chinesische Tradition der Herrschaft des Menschen als das »Andere« der westlichen Zivilisation, als Paradigma des Autoritarismus und der Willkür konstruiert. Die chinesische politische Tradition ist in der Tat eine Tradition der Herrschaft des Menschen. Die Frage ist, wie hier »Mensch« zu verstehen ist, so wie es umgekehrt wichtig ist zu verstehen, was in der westlichen Tradition der »Rechtsstaatlichkeit« das »Recht« ist.

Der »Mensch« in der klassischen Tradition der Herrschaft des Menschen besteht aus zwei Teilen. Der eine Teil ist der »Herrscher«, dessen anderer Begriff

»Sohn des Himmels« oder »Kaiser« ist, und der andere Teil ist hauptsächlich eine Gruppe von konfuzianischen Literaten. Unabhängig davon, ob es »Sohn des Himmels« oder »Kaiser« heißt, besteht die eigentliche Bedeutung dieser Termini darin, dass der Herrscher der Vertreter oder die Inkarnation des Himmels ist und auf die Stimme des Himmels hört. Die Stimme des Himmels wiederum kam in dieser Tradition hauptsächlich aus dem einfachen Volk. Deshalb bedeutet die »Herrschaft des Menschen«, beim Regieren dem Willen des Volkes zu folgen. Oft waren die Interpreten des Willens des Volkes die konfuzianischen Literaten, die die Macht des Monarchen stark einschränkten. Daraus entstanden das politische System und eine Struktur, die Qian Mu als System der gegenseitigen Einschränkung der Macht des Monarchen und der Macht des Ministers beschrieben hat. Es ist ein Kreislaufsystem der gegenseitigen Einschränkungen zwischen dem Himmel (dem Volk), dem Sohn des Himmels (dem Kaiser), den Zivilbeamten und dem Volk (dem Himmel). Mit solchen Traditionen der Herrschaft des Menschen wurde in der Wirklichkeit eine »Monarchie auf der Grundlage der Empfindung des Volkes und des Willens des Himmels« oder ein »Reich des Volkes« errichtet. Das Wesentliche einer solchen Herrschaft des Menschen liegt in der Herrschaft für das Volk, also in der »Herrschaft des Volkes«, wie Abraham Lincoln im Sinne seiner berühmten Formel einer Regierung des »Volkes, für das Volk und durch das Volk« betonte.

### **Die Normalisierung der Revolution**

Dieses politische System der Herrschaft des Menschen beruht auf der bekannten »rituellen Tradition«. Die Tradition der Herrschaft des Menschen in China ist eine völlig andere als die der westlichen absolutistischen Monarchien und ihres Gottesgnadentums. Die im chinesischen Kontext betonte »Herrschaft« versteht darunter nicht das Regieren oder die »Ausübung von legitimer Macht« nach Max Weber, sondern stellte die ethische Erziehung und moralische Anleitung zu vorbildlichem Verhalten ins Zentrum. Deshalb wird in der chinesischen Tradition die »Herrschaft des Menschen« auch als »Herrschaft der Tugend« und als »Herrschaft der Riten« bezeichnet. Genau das unterscheidet sie von der westlichen Tradition der Willkürherrschaft. In der so verstandenen chinesischen Tradition wird der Revolution eine natürliche Legitimation gegeben. Ein Monarch, der nicht dem Willen des Himmels oder dem Willen des Volkes gehorcht, ist kein legitimer Monarch mehr, sondern ein Tyrann und Unterdrücker des Volkes. Das ist die Bedeutung der »Tang-Wu-Revolution«. Rebellion, Aufstand und Revolution sind in den strukturellen Rahmen einer solchen rituellen Tradition eingebunden und bildeten einen wesentlichen Bestandteil der Ordnung und sogar ein wichtiges Mittel zu ihrer Sicherung. Die alte chinesische Geschichte kann deshalb auch als eine Geschichte kontinuierlicher Rebellionen betrachtet werden.

So sahen sowohl der Konfuzianismus der Han-Dynastie, mit seiner Betonung des Wegs des Himmels (Tian Dao) und der Einheit von Himmel und Mensch, als auch der Konfuzianismus der Song-Dynastie, mit seiner Betonung des »neuen Menschen«, die Revolution und die Beseitigung von betrügerischer Selbstbereicherung und korrupten Praktiken als Grundlage der rituellen Ordnung. Man kann sagen, dass die chinesische Tradition der Herrschaft des Menschen ausgerechnet die Revolution als Grundlage der Ordnung ansieht und die Widersprüche, Bewegungen und Veränderungen als Grundlage der Ordnung betrachtet. Die Stabilität der Riten ist eher vorübergehend und die Bedeutung der rituellen Ordnung besteht darin, das Ziel der Revolution zu gewährleisten, damit die reale rituelle Ordnung mit dem Weg des Himmels und dem Gesetz des Himmels übereinstimmt. Die Erziehung des Monarchen und die Aufrechterhaltung des moralischen Charakters der konfuzianischen Elite wurden zum Mittelpunkt der rituellen Ordnung. Die Erziehung und Aufrechterhaltung des moralischen Charakters waren an sich eine alltägliche revolutionäre Kraft; und die rituelle Ordnung war auch die Garantie für die Revolution. Wenn die rituelle Ordnung versagt, muss sie durch eine »Tang-Wu-Revolution« gerettet werden. Was wir vor uns haben, ist ein Modell, in dem die Revolution sich die Rechtsstaatlichkeit aneignet. Die rituelle Ordnung ist nichts anderes als die Garantie für die alltägliche Revolution und die Regularisierung der Revolution.

### **Die revolutionäre Rechtsstaatlichkeit:**

#### **Entstehung und Entwicklung der modernen Ordnung**

Eine Revolution im westlichen Sinne gibt es in der chinesischen Tradition nicht. Die westliche Vorstellung der Revolution ist eigentlich ein Produkt des Christentums. Erst während des Übergangs von der christlichen Heilsgeschichte zur Weltgeschichte erhielt die Revolution die moderne Bedeutung des Endes der Geschichte. Die Revolution im Verständnis einer »Tang-Wu-Revolution« ist nichts anderes als eine Rebellion und ein Wechsel der Dynastien. Sie richtete sich nicht auf ein zukünftiges Ziel, sondern stellte eine Art von Rückkehr und Wiederherstellung der Ordnung dar. Der Begriff »Revolution« hat im Falle Chinas jedoch aufgrund der unterlegenen Stellung des Landes im globalen politischen Gefüge der Weltgeschichte eine besondere Bedeutung. Die Aufgabe, vor der die chinesische Revolution im 20. Jahrhundert stand, war nicht ein einfacher Dynastiewechsel in der historischen Tradition, sondern eine lange und umfassende Revolution. Einerseits musste die Revolution die alte Ordnung und sogar die Errungenschaften der letzten Revolution immer weiter zerstören. Andererseits musste sie eine neue Ordnung umfassend aufbauen. Die Tatsache, dass die Revolution diese doppelte Aufgabe der Zerstörung und des Aufbaus beinhaltet, führt dazu, dass die Revolution in China eher mit dem Begriff »Aufhebung« erklärt werden muss. Die Revolution und der Rechtsstaat



standen somit in den letzten 100 Jahren in einer ständigen Spannung zueinander. Die Revolution allein aus der Perspektive der Rechtsstaatlichkeit zu kritisieren und zu leugnen, geht eindeutig am Wesen der chinesischen Revolution vorbei. Es handelt sich um eine lange Revolution, in der eine alte Zivilisation ihre eigene Würde und ihren eigenen Status erlangte. Die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit konnte nur allmählich im Prozess der Verwirklichung der revolutionären Ziele gestärkt werden. Die Rechtsstaatlichkeit musste oft eher auf revolutionäre Weise zum Ausdruck gebracht werden. Das bedeutet, die Errungenschaften der Revolution auf revolutionäre Weise zu verteidigen und zu konsolidieren.

Wenn das Ziel der Revolution einmal festgelegt ist, dann ist die Revolution nicht so sehr die Zerstörung der Vergangenheit, sondern vielmehr die ständige Rückkehr und Wiederherstellung der Vergangenheit. Das genau führt zur Tradition der »Tang-Wu-Revolution« zurück. Obwohl die chinesische Revolution in Bezug auf die Strategie des Diskurses immer stärker zukunftsorientiert ist, tendiert sie in der Praxis umgekehrt immer mehr zur Wiederherstellung der Vergangenheit. Zum Beispiel waren die Zweite Revolution, der Krieg zur Bewahrung der Konstitution und sogar der Feldzug nach Norden nach der Xinhai-Revolution in Wirklichkeit die Wiederherstellungen der Errungenschaften der Xinhai-Revolution, zu denen die republikanische Regierung und die »Provisorische Verfassung der Republik China« gehörten. Auch die kommunistische Agrarrevolution war eine Wiederherstellung der »Neuen drei Prinzipien des Volkes« von Sun Zhongshan (Sun Yat-sen) und der Befreiungskrieg war eine Wiederherstellung des Programms des friedlichen Aufbaus der Nation von 1945. Wie Mao Zedong auf der ersten Sitzung der neuen Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes betonte, handelte es sich um »eine Wiederherstellung der Politischen Konsultativkonferenz«. So ist auch das System der Kommunistischen Partei seit 1978 eine Wiederherstellung der Tradition des VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei und die Verfassung von 1982 eine Wiederherstellung der Verfassung von 1954. Der Aufbau des sozialistischen Rechtssystems, der 1978 begann, wird immer mehr als eine Wiederherstellung der Rechtsreformen der späten Qing-Dynastie angesehen.

Die Rückkehr oder Wiederherstellung ist eigentlich eine Akkumulation, Konstruktion, Aufrechterhaltung und Bejahung. Die Rückkehr oder Wiederherstellung der bestehenden Regeln der Ordnung ist das, was wir Rechtsstaatlichkeit nennen. Jede Wiederherstellung bekräftigt die Errungenschaften der Revolution auf einer neuen Grundlage, und genau das ist die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in China. Die Rechtsstaatlichkeit dokumentiert und bekräftigt nicht nur die Errungenschaften der Revolution, sondern schränkt auch die Revolution ein und ihr Tempo wird verlangsamt. Sie wechselt von einem Handeln zur Verwirklichung der Universalgeschichte im westlichen Sinne zum

Konzept der Revolution in der klassischen Tradition. Die Revolution wird sowohl zum alltäglichen Mittel, um das politische Bewusstsein der modernen Elitegruppen zu bilden, als auch zum dringend notwendigen Weg, die rechtsstaatliche Ordnung vor dem Verfall zu retten. Die »Kulturrevolution« war ein Versuch, China vor dem Verfall, der vom Planungssystem und von der Bürokratisierung verursacht werden könnte, zu retten. Da es der Einschränkung der Kulturrevolution durch die Rechtsstaatlichkeit fehlte, wurde aus der eigentlichen revolutionären Rettung eine chaotische Krise. Auf der Grundlage der Lehren aus dieser revolutionären Rettungsaktion hat der Aufbau des sozialistischen Rechtssystems seit 1978 nichts anderes getan, als die Tradition des revolutionären Rechtssystems bzw. der revolutionären Rechtsstaatlichkeit, die seit 1949 bestand, wiederherzustellen.

Die revolutionäre Rechtsstaatstradition bedeutet, einerseits der Revolution in der schrittweisen Entwicklung der rechtsstaatlichen Ordnung genügend Raum einzuräumen, andererseits die Willkür der Revolution entsprechend einzuschränken, damit die Revolution und Rechtsstaatlichkeit in Wechselwirkung zueinander stehen, und die Revolution um die Rechtsstaatlichkeit auf und ab schwankt, so wie der Preis der Waren um den Wert auf und ab schwankt. Die inhärent elastische Struktur der rechtsstaatlichen Ordnung konstituiert das, was wir oft als politische und rechtliche Tradition bezeichnen. Im Falle Chinas ist sie eben auch eine Weiterentwicklung der klassischen rituellen Tradition. Die politischen Forderungen der Revolution mögen die starren Anforderungen der formalistischen Rechtsstaatlichkeit übersteigen, aber sie werden nicht völlig von den gesetzlichen Regeln abweichen und halten sich immer noch innerhalb des elastischen Bereichs der substantivistischen Rechtsstaatlichkeit.

### **Ein politisches Manifest für den chinesischen Weg**

Vor diesem Hintergrund hielt der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Wu Bangguo, am 24. Januar 2011 eine Rede über das sozialistische Rechtssystem chinesischer Prägung, die ein politisches Manifest für den Weg der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in China darstellt. Dieses Manifest verkündet auf der einen Seite, dass die Rechtsstaatlichkeit zur Festigung der Errungenschaften der Revolution eingesetzt wird. Dadurch wird »das Fundament des Rechtssystems für den Aufbau und die Revitalisierung des Landes und die langfristige Stabilität verstärkt. Es wird institutionell und rechtlich sichergestellt, dass die Kommunistische Partei Chinas immer das führende Zentrum der sozialistischen Sache chinesischer Prägung sein wird, alle Macht des Staates fest in den Händen des Volkes liegt, die nationale Unabhängigkeit, die staatliche Souveränität und die territoriale Integrität gewährleistet und die nationale Einheit, die soziale Stabilität und die große Einheit aller Nationalitäten garantiert werden.« Auf der anderen Seite erklärt das

Manifest, mit Rechtsstaatlichkeit die revolutionären Impulse einzudämmen. Es verkündet damit, dass die revolutionär orientierte Bewegung der Übertragung des westlichen Rechts nach China, wie sie seit der Rechtsreform in der späten Qing-Dynastie stattgefunden hatte, ihrem Ende zugeht, das Recht wirklich in den einheimischen gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelt ist und die Rechtsstaatlichkeit zur Lebensform des chinesischen Volkes werden soll. Aus diesem Grund wird in der Zusammenfassung der legislativen Erfahrungen die massenhafte Übertragung der westlichen Gesetze nach China überhaupt nicht erwähnt. Dagegen wurden die praktischen Erfahrungen betont.

Betrachtet man diese politische Äußerung im Kontext von mehr als 30 Jahren Reform und Öffnung, so handelt es sich in der Tat um ein politisches Manifest, in dem das revolutionäre Denken der Reform und Öffnung eine grundlegende Wendung erfuhr. Es kündigt das Ende des seit der Reform und Öffnung hauptsächlich aus dem Westen kopierten Reformdenkens an. Das ist nicht nur das Ende der Bewegung der rechtlichen Übertragung, sondern auch das Ende der immer wiederkehrenden Vorstellung von Reform als totale Verwestlichung in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Das Reformdenken hat begonnen, sich zum konstruktiven Denken zu wandeln. Das Manifest des leisen Endes der Reform stand im Einklang mit den Gedanken des »umfassenden Aufbaus«, die von Generalsekretär Hu Jintao vorgebracht wurden. Diese Aufhebung des Reformdenkens, das sich in den letzten 30 Jahren der Reform und Öffnung entwickelte, stellt eine Rückkehr zur Tradition des umfassenden Aufbaus seit 1949 dar.

Wenn man dieses politische Manifest im Kontext der langen chinesischen Revolution betrachtet, dann sieht man eine grundlegende Änderung der Richtung des revolutionären Denkens in den letzten 100 Jahren. Es geht von einer revolutionären Perspektive, die auf das Ende der Geschichte im modernen westlichen Sinne zielt, zu einer klassischen chinesischen revolutionären Perspektive über. Das Ziel der chinesischen Revolution ist nicht, die westliche Lebensweise zu kopieren. Das Konzept der Revolution muss vom westlichen Weg auf den chinesischen Weg zurückkehren. Sie wird sowohl zu einer tagespolitischen und zu einer ethischen Revolution, in der die Elitegruppe der regierenden Partei ihren fortschrittlichen Charakter bewahrt, als auch zu einer regulären Revolution, in der das Volk ermutigt wird, sein eigener Herr zu sein. Es soll auch entsprechenden Raum für eine mögliche »Tang-Wu-Revolution« bewahren, um den Verfall der Revolution zu verhindern. Die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in China kann nur in diesem Kontext der Revolution die Lebensform des chinesischen Volkes werden.

# Rückblick auf 40 Jahre Reform und Öffnung

von Cao Jinqing

Die schon seit knapp vier Jahrzehnten andauernde Reform und Öffnung in China ist ein so großes Unterfangen, dass es schwierig ist, sie als Gesamtes zu analysieren. Am besten konzentriert man sich bei der akademischen Auseinandersetzung mit diesem Thema auf einzelne Gesichtspunkte. In diesem Artikel möchte der Autor die Reform aus der Perspektive des Grundeigentums in China diskutieren und aufzeigen, mit welchen Herausforderungen für die Zukunft zu rechnen ist.

## **Besonderheiten des Grundeigentums in China: Auswirkungen auf die Reform und Öffnung**

Die Einführung des sogenannten Haushalts-Verantwortungssystems im ländlichen Raum wird im Allgemeinen als eine der ersten Maßnahmen der Reform und Öffnung betrachtet. Sie war nicht nur symbolisch von großer Bedeutung, sondern hat auch das Konzept von Grundbesitz in der Bevölkerung komplett verändert. Die Beziehung zwischen Mensch und Grund hat sich nach Einführung dieses Systems gewandelt. Dies war ohne Frage ein zentraler Moment für die Industrialisierung zu Beginn der Reform- und Öffnungsperiode.

Genau genommen war die Einführung des Haushalts-Verantwortungssystems allerdings nur die dritte große Reform von Grundbesitz in der Volksrepublik China. Nach 1949 war es die Landreform, die als erste, groß angesetzte Maßnahme den Grundbesitz veränderte. Sie hob in erster Linie das System des Großgrundbesitzes auf und etablierte Arbeiter:innen als Grundeigentümer:innen. Der Familiengrundbesitz war während dieser ersten Phase weiterhin privat. Die zweite große Reform war die Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften. Ihr Kern bestand darin, Probleme rund um das Eigentum von Grund und Boden zu lösen. In einer ersten Phase der Kollektivierung war der Grundbesitz immer noch privat, während die Arbeit kollektiviert wurde. Die Mitglieder einer Genossenschaft erzielten ihre Gewinne aus beidem, eigener Arbeit und Grundbesitz. In der zweiten Phase, wurden durch die Gründung fortschrittlicher Genossenschaften die Grunddividenden gestrichen – was dementsprechend die komplette Kollektivierung von Grundeigentum bedeutete. Man versuchte damals, die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in

der Gesellschaft mit verschiedensten Gründen zu legitimieren. Die Kollektivierung von Grund und Boden sei aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und Klassenkampf notwendig gewesen. Außerdem stünde sie im Interesse der Industrialisierung der Nation. In jedem Fall war diese zweite Veränderung von Grundbesitz eher eine stille Revolution. Obwohl sie im Vergleich zur ersten Landreform nicht so aggressiv ausfiel – siehe Zwangsenteignungen von Großgrundbesitzern etc. –, waren die Auswirkungen dennoch weitreichend.

Die Genossenschaften entwickelten sich schließlich zu Volkskommunen – einem System der Integration von Politik und Gesellschaft. Der politische Zweig der Volkskommunen bestand aus den jeweiligen staatlichen Institutionen auf ländlicher Ebene. Der gesellschaftliche Teil konstituierte sich aus einem ländlichen Kollektiv von lokal ansässigen, vergleichsweise hochrangigen Landwirt:innen. 1962 wurden die »sechzig landwirtschaftlichen Regulierungen« erlassen, welche unter anderem ein »dreistufiges Eigentumsverhältnis« formell einführten. Diese drei Stufen bezogen sich jeweils auf die Volkskommune, die Produktionsbrigade und die Produktionsgruppen. Der Landbesitz wurde demnach auf diese drei Akteure aufgeteilt. Das Recht zur Nutzung und Bewirtschaftung von Grund und Boden wurde jedoch den jeweiligen Produktionsgruppen auf Basisebene zugeschrieben.

In einem solchen System sind die Verhältnisse von Grundbesitz etwas undurchsichtig. Was bedeutet es eigentlich, dass der Grundbesitz »kollektiv« ist? Ob der Grund und Boden am Ende der Volkskommune, der Produktionsbrigade oder den Produktionsgruppen gehört, ist schwer zu verstehen. Die meisten Landwirt:innen sind schlicht davon ausgegangen, dass der Grund und Boden dem Staat gehöre. Nach der Abschaffung der Volkskommunen im Jahr 1982 wurden die staatlichen Institutionen innerhalb der Volkskommunen durch Gemeinde- oder Stadtverwaltungen ersetzt, die Produktionsbrigade wurde in ein »Dorfkomitee« verwandelt, und die ursprüngliche Produktionsgruppe in eine »Dorfgruppe«. Grund und Boden wurde dann vom Dorfkomitee oder der Dorfgruppe den jeweiligen Bauernfamilien zur Bewirtschaftung zugeteilt. Wer allerdings der legitime Besitzer des Grundstückes war, bleibt auch in dieser neuen Situation unklar. In den Achtzigern und Neunzigern wurden mehrere Feldstudien durchgeführt, die alle zur selben Schlussfolgerung kamen: Landwirt:innen und lokale Beamte gingen auch weiterhin davon aus, dass Grund und Boden dem Staat gehöre.

Diese Situation änderte sich schließlich durch die schlagartige Ausdehnung des urbanen Raums. Aufgrund der immer stärkeren Nachfrage nach bebaubarem Land, kam es in vielen Vorstädten zu Enteignungen von Landwirt:innen. Im Laufe der Enteignung musste natürlich für eine entsprechende Entschädigung, beziehungsweise für Umsiedlung, gesorgt werden. Als sich immer mehr Bauernfamilien und Dorfkollektive mit dieser Situation konfrontiert sahen, be-

gannen sie allmählich, sich mit der Frage des Grundbesitzes auseinanderzusetzen und für ihre Rechte zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund fing man dann auch an, Zertifikate für den Grundbesitz auszustellen. Obwohl sich ein oberflächliches Verständnis des Konzeptes von kollektivem Grundbesitz im Laufe dieser Jahre allmählich in der Bevölkerung verbreitet hatte, verstanden viele Landwirt:innen immer noch nicht genau, was das bedeuten sollte. Im Allgemeinen ist man davon ausgegangen, dass das Wort »kollektiv« für das Dorfkollektiv als Ganzes steht. Grund und Boden gehörte so gesehen dem Dorfkollektiv und wurde dann per Vertrag an die jeweiligen Bauernfamilien für eine Zeitspanne von 30 Jahren verteilt.

China ist ein bevölkerungsreiches Land mit wenig nutzbarem Boden. Dies führt natürlich zu hohen Grundstückspreisen. In China war das schon immer ein schwerwiegendes Problem. Die Kollektivierung von Grundbesitz und das relativ vage Verständnis der Bäuerinnen und Bauern über ihre Landrechte hat die Enteignung von Landwirt:innen im Laufe der Reform- und Öffnung deutlich vereinfacht. Landwirt:innen haben vergleichsweise wenig Widerstand gegen die Umwandlung von landwirtschaftlicher Fläche in Bauland geleistet. Die staatliche Beschlagnahme von Grund und Boden wurde – und wird heute noch immer – von der ländlichen Bevölkerung mehrheitlich als legitim betrachtet. Dies liegt auf der einen Seite daran, dass die meisten Bauern einen stark ausgeprägten Kollektivsinn besitzen. Sie opfern sich gerne für das Gesamtwohl auf. Auf der anderen Seite liegt es aber sicherlich auch an ihrem Unwissen über ihre eigenen Rechte. In den Augen der Landwirt:innen gehörte Grund und Boden ja schon immer dem Staat.

Die undurchschaubare Lage bezüglich des Grundeigentums in China hat sich positiv auf den Bau von großen Infrastrukturprojekten sowie auf die Industrialisierung im Allgemeinen ausgewirkt. Man kann die chinesische Situation ganz gut mit Indien in Kontrast setzen. In Indien existiert der private Grundbesitz. Das 2013 vom indischen Parlament verabschiedete »Grundenteignungsgesetz« sieht vor, dass man für die Enteignung von Grund und Boden für privatwirtschaftliche Projekte mindestens 80% der Zustimmung aller Grundbesitzer benötigt. Für staatliche Projekte muss eine Zustimmung von mindestens 70% nachgewiesen werden. Nachdem Narendra Modi 2013 zum Präsident gewählt wurde, wollte er ursprünglich große Mengen an Investitionen in den Bau von Infrastrukturprojekten fließen lassen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf Vordermann bringen. Er versuchte also eine entsprechende Änderung dieses Gesetzes einzuleiten, die vor allem die oben genannten Voraussetzungen für öffentliche Bauprojekte außer Kraft setzen sollte. Enteignete Grundbesitzer könnten dann, den neuen Vorschriften entsprechend, direkt entschädigt beziehungsweise umgesiedelt werden. Die mit dem Vorschlag nicht einverständene Opposition stiftete die Bauernschaft je-

doch zum Protest an. Ihre Argumente ähnelten denen, die auch in China öfter zu hören sind. Es wurde behauptet, dass Bauern ihres Grundbesitzes beraubt würden. Sie seien nach einer Enteignung finanziell nicht mehr in der Lage zu überleben. Modis Reformversuch blieb also erfolglos. Sein Scheitern wird sich mit Sicherheit negativ auf die von ihm geplanten ehrgeizigen Industrialisierungs- und Urbanisierungspläne auswirken. Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist ein unkomplizierter Zugang zu Grund und Boden von zentralem Wert. Anstatt zu fragen, ob Enteignungen notwendig sind, sollte man lieber diskutieren, wie man Grundbesitzer angemessen entschädigen kann.

### **Auswirkungen des Grundeigentums auf die Industrialisierung**

Das 1986 erlassene »Grundverwaltungsgesetz der Volksrepublik China« reguliert unter anderem folgende Aspekte: 1) In ganz China gibt es zwei Arten des Grundbesitzes: den staatlichem Besitz (z.B. in der Stadt) und den kollektiven Besitz (z.B. auf dem Land und in Vorstädten). 2) Der Staat kann gemäß dem Gesetz kollektives Land im »öffentlichen Interesse« enteignen. Er besitzt demnach die Eigentumsrechte des für das öffentliche Projekt enteigneten Grundstückes. Das für das Projekt beauftragte Unternehmen bekommt lediglich die Bewirtschaftungsrechte für das enteignete Grundstück zugesprochen. 3) Die Entschädigung für enteignetes Land besteht aus drei Kategorien: Grundstücksentschädigung, Umsiedlungsentschädigung und Entschädigung für andere, sich auf dem Grundstück befindende materielle Sachanlagen. Die Grundstücksentschädigung wird mit dem »Drei- bis Sechsfachen des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Produktionswertes der letzten drei Jahre« berechnet, die Umsiedlungsentschädigung mit dem »Zwei- bis Dreifachen Wert« und für die dritte Kategorie gibt es in den jeweiligen Städten und Provinzen unterschiedliche Vorgaben.

Da der Entschädigungswert ausschließlich durch den durchschnittlichen landwirtschaftlichen Produktionswert der letzten drei Jahre bestimmt wird, werden potenzielle Wertsteigerungen des Grundstückes aufgrund von nichtlandwirtschaftlichen Faktoren nicht miteingerechnet. Dies bedeutet, dass der Grundstücksbesitzer und -nutzer keine Entschädigung für den Wert der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung des Grundstückes bekommt. Die marktwirtschaftliche Steigerung des Grundstückswertes ist daher in der Entschädigung oft nicht widerspiegelt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass das Grundverwaltungsgesetz nur eine Obergrenze für die Entschädigungszahlungen angibt, aber keine Mindestentschädigung. Dem Gesetz nach darf der Gesamtwert der Entschädigung das »Zehnfache des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Produktionswertes der letzten drei Jahre« nicht überschreiten. In Artikel 29 des Gesetzes heißt es außerdem, dass wenn eine dem ursprünglichen Lebensstandard ähnliche Lebensqualität des zu Entschädigenden auch

nach Grundstücks- und Umsiedlungsentschädigung immer noch nicht garantiert werden kann, die Umsiedlungsentschädigung mit Zustimmung der entsprechenden Provinz, Gemeinde oder autonomen Regionen nochmal erhöht werden darf. Dies kann aber nur bis zu einer Maximalsumme von höchstens dem »20-fachen durchschnittlichen landwirtschaftlichen Produktionswert der letzten drei Jahre« gestattet werden. Was die weitere Umverteilung der Entschädigungszahlungen auf Dorfkollektive, einzelne Landwirt:innen und Organisationen zur Neuansiedlung von Arbeitskräften angeht, ist die Gesetzeslage von Ort zu Ort verschieden und daher schwer zusammenzufassen. Die gesetzgeberische Absicht liegt auf der Hand: Die chinesische Regierung möchte billiges Land für die Industrialisierung und Urbanisierung bereitstellen.

Das Entschädigungssystem für die Enteignung landwirtschaftlicher Grundstücke hat dem chinesischen Wirtschaftswachstum den Weg frei geräumt. Es ist einer der Gründe für die rapide Industrialisierung und Urbanisierung des Landes.

*Erstens* haben die niedrigen Grundstückskosten die Gesamtkosten für den Bau von Infrastruktur in China erheblich gesenkt. Chinas Infrastrukturprojekte werden hauptsächlich von der Regierung eingeleitet. Für den Bau von neuen Strecken für Hochgeschwindigkeitszüge, Autobahnen, Flughäfen und Häfen wurden in der Vergangenheit viele landwirtschaftliche Grundstücke enteignet. Im Laufe solcher Enteignungsprozesse muss man verschiedene Interessen gegeneinander abwägen. Wenn die Entschädigungen für Grundstücke, die zum Bau öffentlicher Infrastruktur eingesetzt werden sollen, zu hoch sind, übertragen sich die Kosten letztendlich auf die Allgemeinbevölkerung. In den Städten übertragen sich hohe Abrisskosten alter Wohngebiete ja auch oft auf die Immobilienpreise von neu gebauten Wohnblocks.

*Zweitens* haben die niedrigen Grundstückskosten der herstellenden Industrie in China einen Kostenvorteil verschafft. Die gesetzlich vorgeschriebene maximale Pachtdauer für Grundstücke beträgt 50 Jahre in der verarbeitenden Industrie und 70 Jahre im Handelssektor. Provinzregierungen konkurrieren ständig um Investitionen, um ihre jeweiligen BIP-Wachstumsraten und Einnahmen erhöhen zu können (Einnahmen durch die Verpachtung von Grundstücken gehen im Allgemeinen an Lokalregierungen). Eine der am häufigsten angewandten Anziehungsmethoden ist die Reduzierung von Grundstückspreisen für Investoren. Manche Städte und Gemeinden, die sonst nur wenig Anziehungskraft für Investoren haben, streichen Grundstücksrenten oft sogar komplett. Schon vor über zehn Jahren hat man in einigen Studien festgestellt, dass Provinzen diese Taktik oft benutzen, um Investitionen aus Nachbarprovinzen anzulocken. So haben Provinzen wie Zhejiang und Jiangsu, die in der Nähe von Shanghai liegen, ihre entsprechenden Grundstückspreise stets deutlich unter dem Preis von Shanghai gehalten. In investitionsarmen Provin-



zen wie Anhui oder Jiangxi wurden Grundstücke bei hohen Investitionsmengen sogar für einen bestimmten Zeitraum kostenfrei bereitgestellt.

Niedrige Grundstückspreise für die verarbeitende Industrie ist einer der Hauptgründe dafür, dass chinesische Produkte vergleichsweise preiswert sind. Der klassischen Wirtschaftslehre zufolge setzt sich der Preis von Waren zu großen Teilen auch aus Grundstückskosten zusammen. Die billigen Grundstückspreise sind ein wichtiger Grund für die internationale Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte. Chinesische Waren sind auf dem internationalen Markt im Allgemeinen um 30% bis 50% billiger als vergleichbare internationale Produkte. Schon Marx argumentierte, dass preiswerte Massenwaren eine der Waffen mit dem größten Schadenspotenzial seien. Ausländische Unternehmen, die mit chinesischen in Konkurrenz stehen, müssen sich unter diesen Umständen zwischen zwei Alternativen entscheiden: Entweder sie investieren in China, oder sie gehen bankrott. Aus diesem Grund haben sich arbeitsintensive Industriesektoren aus entwickelten Ländern in großem Umfang in China niedergelassen.

Dank dieses Entwicklungsmodells ist China in der Mitte der 1990er Jahre zur Weltfabrik geworden. »Made in China« konkurriert seither nicht nur mit dem verarbeitenden Gewerbe anderer Entwicklungsländer, sondern auch mit Herstellern aus Industrienationen, die sich auf Produkte mit geringer bis mittlerer Qualität spezialisiert haben. Die Gewinnmargen dieser Produkte sind zwar nicht besonders hoch, deren Nachfrage ist es aber allemal. In einem vergleichsweise kurzen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren haben mehrere Hundert Millionen Chinesen aus ländlichen Gebieten Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie, im Baugewerbe oder aber auch im Dienstleistungssektor gefunden. Dank der erfolgreichen Eingliederung in die internationalen Märkte hat China ausreichend Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung geschaffen. Seit dem Jahr 2000 herrscht in manchen Wirtschaftsbereichen sogar Arbeitskräftemangel. Eine solche Situation war in einem durch die Landwirtschaft oder die Schwerindustrie geprägten Zeitalter nicht denkbar. Eine derart schnelle und erfolgreiche Umstrukturierung der Wirtschaft ist in der Geschichte der Menschheit beispiellos.

In China leben über 1,3 Milliarden Menschen. Eine so große Bevölkerung kann sich positiv, aber auch negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Nation auswirken. Nach dem ersten Opiumkrieg hatten sich die Briten folgendes Szenario vorgestellt: Wenn jede:r Chines:in auch nur ein einziges britisches Produkt kaufen würde, dann stieße England binnen weniger Tage an sein Produktionslimit. Damals war China zwar bevölkerungsreich, das Land hatte aber keine Kaufkraft. Erst nach der Industrialisierung konnte der Wohlstand in China rasch steigen. Natürlich hat das zu mehr gesellschaftlicher Ungleichheit geführt. Aber gleichzeitig ist ein Teil des Wohlstandes auch bei den

Arbeiter:innen angekommen. Insgesamt betrachtet hat sich die Industrialisierung also positiv auf die Kaufkraft der chinesischen Gesellschaft ausgewirkt. Die Entwicklung eines starken Binnenmarktes war eine Voraussetzung für die Modernisierung der verarbeitenden Industrie in China. Entwicklungsländer ohne starken Binnenmarkt gleiten normalerweise nach einer ersten Phase des industriellen Fortschritts in die sogenannte Falle des Mittleren Einkommens. In einer bereits saturierten und stark segmentierten Weltwirtschaft ist eine simple Liberalisierung der Märkte allein kein Schlüssel zum Erfolg. Viele Länder verlieren auf diesem Weg Teile ihrer Autonomie. China hat in diesem Szenario seine eigenen Ressourcen (Arbeitskräfte) und institutionellen Vorteile (effektive Regierungsführung) erfolgreich genutzt, um sich eine wichtige Position in der globalen Wirtschaft zu verschaffen.

Eine Nation wie China möchte natürlich mehr als nur die Weltfabrik sein. Es war nur eine Frage der Zeit, bis das Land den Weg der industriellen Modernisierung beschreiten würde. Hierzu mussten folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Erstens muss die nationale Regierung den Ton angeben. Zweitens muss es weitsichtige Unternehmer:innen geben. Die großen Persönlichkeiten unter den chinesischen Unternehmer:innen empfinden eine starke Bindung zu ihrem Vaterland – man sehe zum Beispiel Wang Dongsheng von der Firma BOE Technology. Professor Lu Feng beschreibt die Mentalität von Herrn Wang in seinem Buch »Guang Bian« (光变). Natürlich wisse Herr Wang, dass ein Unternehmen in erster Linie Gewinne erzielen müsse. Dennoch sei ihm bewusst, dass ein chinesisches Unternehmen die Mission habe, die nationale Industrie voranzutreiben und zur Wiederauferstehung der chinesischen Nation beizutragen. Eine derart klare Mission ermöglicht es Unternehmer:innen, ihre Ziele stets klar vor Augen zu haben. Selbst wenn sie scheitern sollten, kann man es ihnen vor dem Hintergrund einer solch lobenswerten Mission besser verzeihen. Drittens wird Innovation benötigt. Allein neue Technologie zu importieren reicht nicht aus. Ein Land muss unabhängige Forschungs- und Innovationskapazitäten aufbauen. Neue Technologien müssen zuerst verstanden werden, um daraufhin eigene technologische Durchbrüche erzielen zu können. Dem Unternehmen BOE Technology ist es zum Beispiel erst nach vielen Jahren gelungen, trotz Geldverlusten von über 100 Milliarden RMB einen Durchbruch auf dem Gebiet der flexiblen Displays zu erreichen. Laut Professor Lu Fengs Beschreibung in »Guang Bian« hat das Unternehmen sich mit diesem Technologiedurchbruch den Eintritt in den Markt qualitativ hochwertiger Produkte gesichert.

Auch heute noch blickt die Weltgemeinschaft voller Hoffnung auf die weitere Entwicklung Chinas. Das Land hat einen beispiellos großen Binnenmarkt, der mit zunehmender Kaufkraft immer weiter wächst, und natürlich eine immer größere Nachfrage nach High-End-Produkten entwickelt. Die chinesische

Fertigungsindustrie muss daher den Sprung zu einer qualitativ hochwertigen Produktion schaffen. Abgesehen davon braucht es zur weiteren Modernisierung der Wirtschaft aber vor allem die Unterstützung des Staates und die Autonomie von Unternehmer:innen. Als die Firma BOE Technology anfang, langfristige und strategische Pläne zu schmieden, verspotteten die Medien dies nur. In Wirtschaftskreisen war man zu dieser Zeit durch und durch marktliberal eingestellt. Nicht der volkswirtschaftliche Fortschritt, sondern schnelle Profite standen im Vordergrund. Es galt, die Konzepte von Wirtschaft und Nation voneinander zu trennen. Aus genau diesem Grund wird seit geraumer Zeit auch das Bruttoinlandsprodukt dem Bruttosozialprodukt als Indikator zur Bewertung von Volkswirtschaften vorgezogen. Das BSP gibt Auskunft über die wirtschaftliche Lage aller Staatsangehörigen eines Landes, während das BIP Auskunft über inländische wirtschaftliche Aktivitäten gibt. Es wird oft behauptet, dass die Herkunft von Kapital irrelevant sei, solange es sich in China befinde. Dies ist aber ein Verständnis von Wirtschaft, das sich jeglicher Werte entzieht. Wenn man Wirtschaft als politikfreien Raum betrachtet, dann ignoriert man, dass der internationale wirtschaftliche Wettbewerb weiterhin auf Grundlage von Nationalstaaten ausgeführt wird.

Der Erfolg der Reform und Öffnung hängt eng mit der in China existierenden Art von Grundbesitz zusammen. Für viele Staaten entlang der neuen Seidenstraße ist es schwierig, das chinesische Entwicklungsmodell zu kopieren. Die Verteilung von Grund und Boden in diesen Ländern ist mit dem Modell von Grundbesitz in China nicht zu vergleichen. Der Autor dieses Artikels war zweimal in Indien und hat dort feststellen müssen, dass die meisten Inder:innen sich der schlechten Lage ihrer Infrastruktur sehr bewusst sind. Gerne würden sie aus den Erfahrungen Chinas lernen. Dies ist aber angesichts der besonderen lokalen Gegebenheiten äußerst schwierig. Große Infrastrukturprojekte können nach der fehlgeschlagenen Landreform oft nicht durchgeführt werden. Um der Masse indischer Bäuerinnen und Bauern aus der Armut zu verhelfen, bräuchte das Land eine tiefgreifende Industrialisierung. Seit 2008 blockiert China diese allerdings. Das Land ist nicht in der Lage dazu, Produkte herzustellen, die mit chinesischen Produkten konkurrieren können. Der Weltmarkt ist schon durch chinesische Produkte gesättigt. Darüber hinaus erschweren auch das Klima und religiöse Probleme Indiens Entwicklung. Obwohl die Löhne indischer Arbeiter:innen niedrig sind, ist ihre Effizienz weitaus geringer als im Nachbarland China. All diese Faktoren haben die wirtschaftliche Entwicklung Indiens in der Vergangenheit schwer beeinträchtigt.

### **Grundeigentum und soziale Sicherheit**

Die in China gängigen, niedrigen Entschädigungen für enteignete Grundstücke haben natürlich auch einige negative Auswirkungen auf die Gesellschaft. Wenn Landwirt:innen sich nicht gerecht entschädigt fühlen, kann das natürlich schnell zu sozialen Konflikten führen. Darüber hinaus gibt es allerdings auch andere Probleme. Lokalregierungen sind seit der Steuerreform von 1994 viel zu sehr von Einnahmen aus der Verpachtung von Grundstücken abhängig. Das Geschäftsmodell der Lokalregierungen sieht im Normalfall wie folgt aus: Ein bestimmter Ort versucht, Investitionen in einen lokalen Industriepark anzulocken. Die Anhäufung von Kapital und der Zuzug von Personen treibt umliegende Grundstückspreise in die Höhe. Es werden viele, neue Immobilienprojekte eingeleitet, die dann teuer an Neuankömmlinge verkauft werden. Obwohl die Lokalregierung zu Beginn durch die billige Verpachtung von Grundstücken an die Betreiber des Industrieparks Geld verloren hat, kann sie das durch die Einnahmen über gewerbliche Mietverträge wieder gut machen. Wenn alles funktioniert wie vorgesehen, kann man von einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung sprechen. Wenn die Investitionen allerdings nicht fließen wie gehofft und trotzdem eine große Anzahl an Häusern gebaut wird, dann wird aus einem solchen Projekt ganz schnell eine Geisterstadt. Die chinesische Entwicklungsgeschichte, insbesondere die der Küstengebiete, hat zwar zahlreiche gute Erfahrungen mit diesem Entwicklungsmodell gemacht. Nach gescheiterten Projekten muss man aber auch nicht lange suchen.

Da vielen chinesischen Landwirt:innen bewusst ist, dass die Bereitstellung von billigen Grundstücken förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung ist, können sie die niedrigen Entschädigungszahlungen im Großen und Ganzen besser hinnehmen. Viele der enteigneten Bauernfamilien haben dank der Industrialisierung Arbeit in der Stadt gefunden. Ihr Einkommen hat sich deutlich verbessert. Einige von ihnen sind sogar selbst Unternehmer geworden. Obwohl viele Landwirt:innen sich zwar anfänglich über die Grundstücksenteignungen beschwert haben, hat es in China diesbezüglich nie so etwas wie Massenproteste gegeben. Die wenigen sozialen Unruhen wurden eher durch Themen wie die Ungleichverteilung von Entschädigungszahlungen ausgelöst – wie zum Beispiel im Fall von Wukan. Der Weg der wirtschaftlichen Transformation war also zumindest unter diesem Gesichtspunkt weitestgehend stabil.

Dank der verbesserten finanziellen Lage von Lokalregierungen sind die Entschädigungszahlungen an Landwirt:innen zwar schrittweise gestiegen. Dennoch entschädigten Lokalregierungen Landwirt:innen manchmal nicht gemäß den gesetzlich festgelegten Kompensationsstandards. Sie orientierten sich oft an ihren eigenen finanziellen Kapazitäten. In einigen Gebieten von Jiangsu und Zhejiang sowie anderen vergleichsweise entwickelten Regionen fanden teilweise auch Tauschgeschäfte statt (mit Immobilien oder Versicherungsplänen

zum Beispiel). Je nach Situation war es auch nicht selten, dass Landwirt:innen mehrere Häuser zur Entschädigung erhielten. Zur Kompensation für die Enteignung von Ackerland wurden Bauern auch oft in bestimmte, für sie vorteilhafte Sozialversicherungssysteme aufgenommen. In Shanghai war in manchen Fällen für Landwirt:innen sogar die Aufnahme in das städtische Sozialversicherungssystem möglich. In einigen Fällen haben die im Laufe der Industrialisierung getätigten Grundstücksenteignungen den Bauern also Stabilität und finanzielle Sicherheit geboten.

Das kollektive Eigentum von ländlichem Grund und Boden ist für viele Bauern eine besonders wichtige finanzielle und soziale Absicherung. Die aktuelle Gesetzeslage trennt Grundeigentum in drei verschiedene Kategorien: Eigentumsrecht, vertragliches Landrecht und Bewirtschaftungsrecht. Im Normalfall befinden sich ländliche Grundstücke in kollektivem Besitz (das Kollektiv besitzt das Eigentumsrecht), werden vertraglich an die einzelnen Bauernfamilien verteilt (die Bauernfamilien besitzen das vertragliche Landrecht) und daraufhin je nach Situation zur weiteren Bewirtschaftung an Dritte weitergegeben (die Partei, die wirtschaftlichen Nutzen aus dem Grundstück zieht, besitzt das Bewirtschaftungsrecht). Gemäß der aktuellen Gesetzeslage gibt es vier Arten von landwirtschaftlichem Grund und Boden: Waldfläche, Ackerland, Hausgrundstück und nicht-landwirtschaftliches Bauland, das dem Dorfkollektiv gehört.

Am kontroversesten ist die Rechtslage mit Bezug auf das Hausgrundstück. Das 2007 erlassene »Eigentumsgesetz« sieht vor, dass Wohngebäude von Landwirt:innen zwar vermietet, aber nicht verkauft werden dürfen. Man möchte somit gesetzlich absichern, dass die Häuser weiterhin den Wanderarbeiter:innen gehören. Es ist für diese Gesellschaftsgruppe schwierig, sich in die Städte zu integrieren. Falls sie in der Stadt arbeitslos werden sollten, muss sichergestellt werden, dass sie auf ihr ländliches Wohneigentum zurückgreifen können.

Wanderarbeiter:innen lassen sich nur selten langfristig in den großen Städten Chinas nieder. Beschäftigungsverhältnisse im urbanen Raum sind für die überwiegende Mehrheit der Wanderarbeitnehmer:innen prekär. Die meisten können sich die teuren Wohnmieten in den Städten nicht leisten. Die hohen Lebenskosten sowie die fehlende Arbeitslosenversicherung machen es den Wanderarbeiter:innen schier unmöglich, in der Stadt sesshaft zu werden. Die Mehrheit unter ihnen baut ihr Eigenheim daher in den Dörfern. Das zuvor angesprochene vertragliche Landrecht, das den Wanderarbeiter:innen in ihrer Heimat vom Kollektiv zugeordnet wird, ist für sie also eine Art Arbeitslosenversicherung. Dieses besondere Phänomen der Wanderarbeiter:innen, welches die chinesische industrielle Entwicklung seit Beginn begleitet hat, wird wohl noch weiterhin lange existieren. Sicherlich gibt es auch viele erfolgreiche Migrant:innen, die sich gut in die urbane Gesellschaft integriert haben. Die überwiegende Mehrheit aber pendelt ihr ganzes Leben lang zwischen Stadt und

Land hin und her, um sich dann schließlich ab einem bestimmten Alter aufs Land zurückzuziehen. Der Gesetzgeber muss diese Tatsache berücksichtigen.

Staatliche Dienstleistungen wie Bildung, Kranken- und Altersvorsorge sind für Wanderarbeiter:innen – und deren Kinder – heute immer noch an ihren Herkunftsort gebunden. Sie können diese Dienstleistungen nur in der Gemeinde in Empfang nehmen, in der sie die vertraglichen Landrechte besitzen. In den Städten können sie diese grundlegenden staatlichen Dienstleistungen nicht nutzen. Natürlich hat die Zentralregierung in den letzten Jahren immer mehr darauf gepocht, dass Kinder von Wanderarbeitnehmer:innen die Möglichkeit haben sollten, dort zur Schule zu gehen, wo ihre Eltern arbeiten. Ebenso werden Unternehmen ständig dazu aufgefordert, Versicherungspläne für Wanderarbeiter:innen anzubieten. In der Realität funktioniert das allerdings selten. Wanderarbeiter:innen tendieren dazu, ihren Arbeitgeber oft zu wechseln. Versicherungsbeiträge gehen beim Übergang zum nächsten Arbeitgeber verloren. Die Einbindung von Wanderarbeiter:innen in ein funktionierendes Sozialversicherungssystem ist daher bis dato nur begrenzt erfolgreich gewesen.

Die Tatsache, dass viele Wanderarbeiter:innen von ihren vertraglichen Landrechten als soziale Sicherung abhängen, ist ein wichtiges Argument für die Aufrechterhaltung des auf den oben genannten drei Kategorien basierenden Grundeigentumssystems im ländlichen Raum. Gleichzeitig ist es ein zentrales Argument der Privatisierungsgegner. Das Modell kann schließlich garantieren, dass rückkehrende Wanderarbeiter:innen auch in der Zukunft ein Dach über dem Kopf haben werden.

### **Probleme hinsichtlich des Systems von Grundeigentum**

Der Bericht des 2017 stattgefundenen 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas hat sich eindeutig für eine Weiterführung des derzeit bestehenden Systems von Grundeigentum ausgesprochen. Es ist also nicht zu erwarten, dass privater Grundbesitz in naher Zukunft eingeführt wird. Dennoch steht das aktuelle System vor einigen schwerwiegenden Problemen.

#### *Abweichung des Systems Grundeigentum von der Realität der Bauern*

Da man sich in China vor einer Herde obdachloser Bauern fürchtet, erlaubt es das Gesetz nicht, Hypotheken auf Häuser im ländlichen Raum aufzunehmen. Landwirt:innen brauchen heutzutage aber immer mehr finanzielle Ressourcen – nicht zuletzt auch für die Modernisierung der Landwirtschaft. Ohne Hypotheken aufnehmen zu dürfen, haben Landwirt:innen wenig andere Alternativen, um an Kredite zu gelangen. Dieses Problem zu beseitigen, ist vielen von ihnen ein dringliches Anliegen.

Es gibt auch einige Bauern, die ihre Dörfer langfristig verlassen haben. Ihre Höfe und Wohngebäude sind teilweise komplett verlassen. Auf dem Land ist es

äußerst selten, dass neue Baugenehmigungen ausgestellt werden und gleichzeitig gibt es einige verlassene Höfe, die von niemandem benutzt werden. Dies ist nicht nur sinnlos, sondern vor allem auch eine Verschwendung von Ressourcen. Obwohl der Kauf und Verkauf solcher Immobilien zwar gesetzlich verboten ist, findet er innerhalb von Dörfern in Wirklichkeit oft genug statt. Wäre es angesichts dieser Tatsache dann nicht auch langsam an der Zeit, über eine Legalisierung des Verkaufs von ländlichem Wohneigentum nachzudenken?

*Immer deutlichere Widersprüche  
zwischen den drei Kategorien des Grundeigentums*

Das bestehende Modell des kollektiven Eigentums von Grundstücken auf dem Land existiert seit 1998 und wird jetzt nochmal um 30 Jahre verlängert. Der rechtliche Rahmen dieser drei Kategorien ist grundsätzlich klar. Dennoch werden die Widersprüche untereinander von Tag zu Tag deutlicher.

Die Aufrechterhaltung des vertraglichen Landrechts dient dem Schutz von Wanderarbeiter:innen, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen. Die meisten Wanderarbeiter:innen besitzen gegenwärtig solche vertraglichen Landrechte. Das Grundstück, das ihnen per Vertrag zugeschrieben wird, ist für sie eine Art soziale Sicherung. Personen oder Unternehmen, die die entsprechenden Bewirtschaftungsrechte für dieses Grundstück haben, ziehen daraus im Allgemeinen landwirtschaftlichen Nutzen und versorgen somit die Städte mit Agrarprodukten. Aus der Perspektive des Bewirtschaftungsberechtigten sind eine längere Vertragsdauer sowie eine niedrigere Grundstücksrente wünschenswert. Aus der Perspektive des Verpächters jedoch (meistens der Landwirt mit entsprechendem vertraglichem Landrecht), wären jedoch eine kürzere Vertragsdauer und höhere Grundstücksrenten willkommen. Darüber hinaus sind Bewirtschaftungsberechtigte normalerweise an größeren Flächen zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung interessiert. Sie müssen sich daher zeitaufwendigen und anstrengenden Verhandlungen mit den Pächter:innen unterziehen. Wenn auch nur ein einziger Landwirt nicht bereit ist, Bewirtschaftungsrechte für sein Grundstück bereitzustellen, kommt der Deal nicht zustande. Wie man sehen kann, ist die Beziehung zwischen vertraglichem Landrecht und Bewirtschaftungsrecht nicht immer harmonisch. Falls vertragliche Landrechte in Zukunft gesetzlich gestärkt würden, hätte das sicherlich noch weitere Auswirkungen auf die Bewirtschaftungsrechte.

Die Konflikte zwischen den beiden Rechten haben dazu geführt, dass ein Großteil der Grundstücksrenten in die Städte fließt. Um den Konflikt mit Pächter:innen ländlicher Grundstücke zu meiden, bevorzugen viele Unternehmen, teure Bewirtschaftungsrechte im städtischen Gebiet zu erwerben. Natürlich stellt sich dann die Frage, ob sich das positiv oder negativ auf die Entwicklung der Landwirtschaft auswirkt. Wer soll im Idealfall die Grundstücksrente für die

Bewirtschaftungsrechte bezahlen? Der Bewirtschaftungsberechtigte selbst? Oder sollte der Staat – angesichts der Tatsache, dass die Landwirtschaft einen schwachen Industriezweig darstellt – diese Kosten vielleicht selbst übernehmen?

Im Kontrast hierzu nehmen die Konflikte zwischen Eigentums- und vertraglichem Landrecht allmählich ab. Während die Bedeutung des vertraglichen Landrechtes stetig zunimmt, verliert das Recht des kollektiven Eigentums an Gewicht. Laut Marx ist vor allem die Partei, die die Grundstücksrente einkassiert, dessen eigentlicher Eigentümer. Da die Mietzahlungen für ein Grundstück stets an die Person mit entsprechenden vertraglichen Landrechten gehen, hat diese Person dann de facto auch so etwas wie Eigentumsrechte.

Nach dem 19. Nationalkongress der Kommunistischen Partei haben sich die drei verschiedenen Kategorien des Grundeigentums an der Oberfläche nicht geändert. Das Eigentum ist immer noch kollektives Eigentum, und vertragliche Landrechte existieren weiterhin. In der Realität aber hat sich in der Gewichtung der einzelnen Kategorien etwas verändert. Nach der gesetzgeberischen Verlängerung des vertraglichen Landrechts hat seine Signifikanz zugenommen. Nach Auffassung des Autors wird die weitere Verlängerung des aktuellen Modells mit Sicherheit zu einem verstärkten Verständnis von privatem Grundeigentum unter den Landwirt:innen mit vertraglichen Landrechten führen. Wie sich dies wiederum auf die langfristige Entwicklung Chinas auswirken wird, bleibt abzuwarten.

### *Spannungen zwischen Marktwirtschaft und dem System von Grundbesitz*

Aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive wäre die Privatisierung von Grund und Boden im ländlichen Raum wünschenswert. Wird sich das aktuelle Modell des kollektiven Eigentums von ländlichem Grund und Boden angesichts dieser Tatsache auch in der Zukunft noch behaupten können? Im internationalen Vergleich ist es nicht ungewöhnlich, dass Grund und Boden von Kollektiv- in Privateigentum übergeht. In Russland war ursprünglich zum Beispiel die Dorfgemeinschaft – auch »Mir« genannt – die grundlegende Organisationseinheit auf Dorfebene. Nach Abschaffung der Sklaverei gehörte Grund und Boden in vielen Dörfern dem Dorfkollektiv. Das System war jedoch nicht in der Lage, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Der Industrialisierung und Entwicklung Russlands hat es Steine in den Weg gelegt. Genau aus diesem Grund führte Pjotr Stolypin eine schrittweise Privatisierung von Grundeigentum ein. Die von ihm eingeführte Reformpolitik erlaubte es Landwirt:innen schließlich, die Dorfgemeinschaften zu verlassen und ihre Grundstücke zu verkaufen.

An dieser Stelle liegt es vielleicht nahe, nochmal die Argumente von Marx und Engels unter die Lupe zu nehmen. Marx und Engels waren beide nicht mit den Ideen von Pierre-Joseph Proudhon und Eugen Dühring einverstanden –



beide wichtige Vertreter des sozialistischen Lagers. Letztere interpretierten Privateigentum zwar per se nicht als etwas Gutes, den Markt als faire Handelsplattform aber schon. Sie plädierten dafür, Privateigentum durch ein System der kollektiven Zusammenarbeit zu ersetzen und dieses in den Markt zu integrieren. In ihrem Szenario sollte die Zentralbank eines Staates Finanzierungsprobleme der jeweiligen Kollektive lösen. Aus der Perspektive von Marx war eine solche Vereinbarkeit von Kollektiven und dem Markt aber nicht möglich. Er war davon überzeugt, dass der Markt schlussendlich eine Methode finden würde, um ein solches System zu seinen eigenen Vorteilen zu untergraben.

Der Markt ist stärker als allgemein angenommen. Er setzt Preise für alle möglichen Dinge und Phänomene auf dieser Welt. Was einen Preis hat, wird zum Verkauf angeboten. Der Markt ist aber nicht nur ein wirksames Mittel zur Ressourcenverteilung, sondern er sucht sich auch seine geeigneten Eigentumsformen aus. Oft ist es der Markt selbst, und nicht der menschliche Wille, der Eigentumsformen definiert. Wir müssen bei der Definition von Eigentumsformen auf sachlichem Urteilsvermögen beharren. Vielleicht ist die Privatisierung von Grund und Boden aus dieser Perspektive betrachtet unvermeidlich. Vielleicht muss sich das Gesetz hier gegenüber der Realität geschlagen geben. Die kollektive Form des Landbesitzes um jeden Preis beizubehalten, könnte im Endeffekt nur zu noch mehr Problemen führen. In jedem Fall ist die Frage des kollektiven versus privaten Grundeigentums ein Thema, das wir in der Zukunft sehr ernst nehmen müssen.

## **Fazit: Effizienz und Fairness des Systems von Grundeigentum**

Die Komplexität des chinesischen Systems von Grund und Boden besteht vor allem darin, dass es mit der Industrialisierung und Urbanisierung des Landes eng in Verbindung steht. Grund und Boden ist nicht nur die Grundlage jeglicher landwirtschaftlicher Produktion, sondern eben auch Lebensgrundlage von Landwirt:innen. Das System des kollektiven und staatlichen Grundbesitzes in China hat in den letzten 30 Jahren das notwendige Fundament für die Industrialisierung geschaffen. Dieses System entpuppte sich vor allem während der Reform- und Öffnungsperiode als besonders effektiv: Es hat niedrige Grundstückspreise ermöglicht und somit die Kosten für die Industrialisierung und Urbanisierung deutlich gesenkt. Wanderarbeiter:innen aus ländlichen Regionen, die zum Arbeiten in die Städte gezogen sind, haben nicht nur zur Steigerung der industriellen Produktivität und zur nachhaltigen Stadtentwicklung beigetragen, sondern vor allem auch Ressourcen zurück in ländlichen Gebiete geleitet. Chinesische Landwirt:innen profitieren von den neu entstandenen Arbeitsplätzen. Seit Beginn der Reform und Öffnung hat sich die landwirtschaftliche

Entwicklung nach und nach an das schnelle Tempo der Industrialisierung angepasst. Chinas Modell von Grundeigentum war dazu in der Lage, eine effiziente und faire Entwicklung für alle Gesellschaftsschichten zu ermöglichen. Heute steht China vor neuen Herausforderungen. Industrialisierung und Urbanisierung haben eine neue Ebene erreicht. Zum einen ist die stabile Nachfrage nach traditionellen Arbeitskräften angesichts der Modernisierung und Digitalisierung in der verarbeitenden Industrie nicht mehr zu garantieren. Es ist ungewiss, ob Wanderarbeiter:innen unter solchen Umständen weiterhin ausreichend Arbeit in den Städten finden werden. Zum anderen hat das existierende System von Grundbesitz in China zu horrenden Immobilienpreisen in den Städten geführt. Es ist eine Ungleichbehandlung zwischen alteingesessenen Stadtbewohner:innen und Neuankömmlingen entstanden. Die Landwirtschaft sieht sich auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Sie ist zwar mittlerweile tief in internationale Märkte integriert, muss sich aber gerade deshalb im Kontext der Globalisierung behaupten können. Das auf Kleinbauern basierende Modell des Grundbesitzes – mit seinem komplizierten System vertraglicher Landrechte – ist international nicht wettbewerbsfähig. Landwirtschaftssubventionen sind in einer solchen Situation oft unerlässlich. Es ist daher höchste Zeit, sich um die Industrialisierung der Landwirtschaft in China zu kümmern. China braucht eine hocheffiziente und großflächige Landwirtschaft. Auf dem Weg hin zu einem solchen Modell wird es sicherlich noch den einen oder anderen Konflikt zwischen landwirtschaftlichen Unternehmen und lokal ansässigen Landbewohner:innen geben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es essenziell, dass wir die Beziehungen zwischen Grundbesitz, ländlicher Entwicklung, Industrialisierung und Urbanisierung neu definieren. Wir benötigen ein Gleichgewicht zwischen Fairness und Effizienz, das den neuen Gegebenheiten angemessen ist. Ein Äquilibrium zwischen industrieller Umstrukturierung (einschließlich der Industrialisierung der Landwirtschaft) und gerechter Verteilung der Kosten und Gewinne des sozialen Wandels im Kontext der Globalisierung. Dies ist eine echte Herausforderung für das chinesische Volk auf dem Weg hin zur Revitalisierung der Nation.

*Beijing Cultural Review, Dezember 2017*

*Dieser Artikel basiert auf Interviews mit dem Autor.*

*Übersetzung: Patrick Sebastian Federl*



# Was aus den »Klassen« geworden ist

von Han Shaogong

Eine Zeit lang hat das Wort »Klasse« die Chines:innen in Angst und Schrecken versetzt. Tatsächlich war damals der Abstand zwischen Arm und Reich nicht groß, meistens lag dazwischen nicht mehr als ein Fahrrad oder eine Armbanduhr. Dagegen aber konnten Dinge wie morgens lange schlafen, ein Wort des Unmuts, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern oder merkwürdige Kleidung zu tragen schwerwiegende Folgen haben. Man wurde dem gefährlichen feindlichen Lager zugeschrieben, und das revolutionäre Volk wurde mobilisiert, um empörte Kritik zu üben. In der »Kulturrevolution« wurde dieses Vorgehen, die Gesinnung der Menschen nicht aus den Augen zu lassen, anhand ihres Verhaltens die Klassenzugehörigkeit zu prüfen und die Linie zwischen uns und dem Feind zu ziehen, dann allzu beliebig. Es ist offensichtlich, dass diese politische Hypersensibilität und der moralische Sauberkeitswahn des »erweiterten Klassenkampfes« die Gesellschaft nur durcheinanderbringen konnte.

Danach kehrte im Verständnis des Großteils der Chines:innen das Wort »Klasse« im Großen und Ganzen zu seiner ökonomischen Bedeutung zurück, d.h. fokussierte wieder das Materielle. Das ist eigentlich ja auch der Stil der Materialist:innen. Zu Beginn, im Jahr 1950, war es folgendermaßen: Der »Beschluss des Staatsverwaltungsrats zur Bestimmung der Klassenzugehörigkeit auf dem Land« (*Zhengwuyuan guanyu Huafen Nongcun Jieji Chengfen de Jueding*) sah vor: »Wer Boden besitzt und selbst nicht arbeitet oder nur nebenbei arbeitet [d.h. weniger als vier Monate im Jahr – Anm. des Autors], sondern seinen Lebensunterhalt durch Ausbeutung bestreitet, wird als Grundbesitzer bezeichnet.« Und so weiter. Danach, im Jahr 1988, war es ganz ähnlich: Die »Provisorische Verordnung der Volksrepublik China zu Privatunternehmen« (*Zhonghua Renmin Gongheguo Siying Qiye Zanxing Tiaoli*) sah vor: »Ein privat bewirtschaftetes Unternehmen ist eine profitorientierte wirtschaftliche Organisation, deren Unternehmenskapital in Privatbesitz ist und in dem mehr als acht Personen angestellt sind.« Und so weiter.

Hier sind »Grund«, »Kapital«, »angestellte Personen« etc. die hauptsächliche Grundlage, um die Klassenzugehörigkeit zu bestimmen. Das sind alles Dinge, die sichtbar und greifbar sind und die berechnet werden können. »Vier Monate«, »acht Personen« etc. sind die in den betreffenden Gesetzen und Verordnungen definierten kritischen Werte für Ausbeutung. Die großen westlichen Gelehrten der Vergangenheit wie Adam Smith, David Ricardo, Augustin Thierry, François Guizot u.a. haben sich alle mit diesem Thema befasst.

Sie waren der Meinung, dass solch eine quantitative und intuitive Methode einfach zu verstehen und einfach anzuwenden ist. Karl Marx ging noch einen Schritt weiter. Angesichts der Frühphase der Industrialisierung in Europa, d.i. angesichts der (dem Erscheinungsbild der »ländlichen Unternehmen« im gegenwärtigen China sehr ähnlichen) Manufakturen, Kleingewerbeunternehmer, Schornsteine, Dampfmaschinen, zerlumpten Arbeiter:innen und Selbstjustiz in dunklen Hinterzimmern, hat er die Klassenfrage zur wichtigsten Sache gemacht und immer wieder betont, dass die Art und Weise, wie Reichtum geschaffen wird, sowie die Besitzverhältnisse die wesentlichen Merkmale der Klasse sind, und das heißt auch, die wichtigste Aufgabe der Sozialwissenschaften. Im *Kommunistischen Manifest* hat er die bestehende Gesellschaft in zwei große Klassen unterteilt, die Bourgeoisie und das Proletariat, und geschrieben: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.«

Die Marxist:innen hatten seither keine Möglichkeit, diese klassische, zentrale These zu umgehen, wie viele Gründe sie in den unterschiedlichen Situationen, in denen sie sich jeweils befanden, auch gehabt hätten, diese zu vermeiden, zu vergessen oder zu vernachlässigen. Die Populist:innen mit ihrem Hass auf die Reichen und die Bürokraten aber sind auch nicht überzeugend. Sie müssen, zumindest im Verborgenen, zugeben, dass sich, egal zu welcher Zeit, der Schatten des alten Marx nicht wegwischen lässt. Selbst bei einem nur geringen wirtschaftlichen Einbruch wird dieses Gespenst sofort wieder lebendig und entzündet den Enthusiasmus der Volksmassen. Obwohl Marx längst von der öffentlichen Meinung niedergetreten wurde und mit Hungersnöten und Umerziehungslagern in Zusammenhang gebracht wird, führen die Volksmassen den Namen Marx, ähnlich den volkstümlichen Zaubersprüchen, noch immer im Munde, und selbst bei weltweiten Rankings der einflussreichsten Denker:innen steht er erstaunlicherweise ganz oben auf der Namensliste (wie z.B. bei einer im September 1999 von der British Broadcasting Corporation [BBC] durchgeführten weltweiten online-Umfrage).

Dafür gibt es tatsächlich nur einen Grund: Das Problem der Spaltung in Arm und Reich nimmt zu und nicht ab. Zahlreiche Daten zeigen, dass in den 300 Jahren von der Industriellen Revolution im England des 18. Jahrhunderts bis heute der Unterschied zwischen Arm und Reich weltweit nicht nur nicht kleiner, sondern vielmehr größer geworden ist, bis im Jahr 2015 der Reichtum, der weltweit im Besitz von 1% der Menschen war, die Gesamtsumme des Vermögens aller übrigen Menschen überstieg.<sup>1</sup> Das bildet den Hintergrund für eine Reihe von Erscheinungen wie »Occupy Wallstreet«, die »Nuit Debout«-Bewegung in Frankreich oder die Attentate des internationalen Terrorismus. Xi

---

<sup>1</sup> Siehe den Oxfam-Bericht vom 16.1.2017 »An Economy for the 99%«.

Jinping betonte 2016 beim G-20-Gipfel in Hangzhou: »Heute liegt der Gini-Koeffizient weltweit bei ca. 0,7 und hat damit die allgemein anerkannte kritische Grenze von 0,6 überschritten. Das verlangt unsere höchste Beachtung.«

Niemand wird diese Ausführungen offen anzweifeln. Das Problem ist, dass sich mit dem wachsenden Einfluss des Finanzwesens, der zunehmenden Bedeutung von Information und der Globalisierung in der Spätphase der Industrialisierung die Struktur der Klassen verändert hat. Außerdem sind neue Perspektiven der Betrachtung aufgekommen, die ähnlich kompliziert sind wie Platinen und QR-Codes. Das macht es noch schwieriger, die Klassen zu verstehen und zu erklären. Das ist, fürchte ich, ein weiterer Grund, warum die Klassen für viele unklar sind. Für manche beginnt die Verunsicherung damit, dass in Trier, jener Stadt, in der Marx geboren und 17 Jahre lang gelebt hat, »die Arbeiter alle ein Auto besitzen, Mikrowellenherde benutzen und ein angenehmes kleinbürgerliches Leben führen und man nicht sieht, inwiefern sie arm sind«. (Paul Samuelson) Und weiter: Wenn in den aufstrebenden Ländern ein Arbeiter zugleich Hausbesitzer und Aktionär und Inhaber eines kleinen Betriebs (d.h. ein Privatunternehmer mit weniger als acht angestellten Personen) ist, gehört er dann noch zum »Proletariat«? Umgekehrt besitzt der Reiche vielleicht keine Aktien und arbeitet als angestellter Professor oder CEO oder ist selbstständiger Künstler oder Erfinder. Zählt er dann auch zum »Proletariat«? Wie soll man nun, wo die Beziehung zwischen Arm und Reich in keinem Zusammenhang mehr mit der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital steht, mit merkwürdigen Phänomenen wie fetten »Arbeiter:innen« und dünnen »Kapitalist:innen« umgehen?

Zählt »managen« als Arbeit, oder ist das eine Art höhere Arbeit? Zählt »Kapital« als Arbeit? Könnte es sein, dass zumindest ein Teil des Kapitals unter besonderen Voraussetzungen eine Art Ablagerung oder Ausfällung von Arbeit ist?<sup>2</sup> Und was ist mit der »Mittelschicht«? Ist diese Gruppe, die einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmacht, und deren Einkommen, Reichtum und Abhängigkeitsstruktur immer vielgestaltiger werden, eine Bourgeoisie mit Abschlägen oder ein Proletariat, dessen Aussehen sich verändert hat? Oder sind sie eine neue soziale Spezies, die sich gerade unbemerkt außerhalb des Rahmens der traditionellen Klassenanalyse ausbreitet und eine »olivenförmige Gesellschaftsstruktur« schafft, was dazu führt, dass viele der

---

<sup>2</sup> So treten auf dem Aktienmarkt viele einzelne kleine Aktionär:innen mit dem Überschuss aus ihrem mühsam gesparten Lohn in den Markt ein. Dieses Kapital ist von seiner ursprünglichen Gestalt her betrachtet ganz offensichtlich eine Ablagerung und Ausfällung ihrer Arbeit. Ob es dann in dem folgenden dynamischen Prozess zu einem ausbeuterischen Kapital wird, ist eine andere Frage.

Konzepte, Gesetzmäßigkeiten und Beschreibungen der Vergangenheit nicht mehr zu gebrauchen sind?

Einerseits verschärft sich die Spaltung von Arm und Reich, andererseits verschwimmen die Grenzen zwischen den Klassen zunehmend. Einerseits ist es nötig, darüber zu sprechen, andererseits ist es schwierig, den Mund aufzumachen. Für die Linke ist das eine recht merkwürdige Herausforderung.

Die Klassenpolitik war einst die Haupttätigkeit der Linken. Wenn die Linke nicht über »Arme«, »Ausbeutung« und »benachteiligte Gruppen« spricht, heißt das schlichtweg, dass sie aus dem Konzept geraten ist. Doch auch wenn man die Theorie vom heftigen Klassenkampf beiseitelegt und gegen eine sanftere Klassen-Spieltheorie austauscht und die Nullsummen-Beziehungen zu Win-win-Beziehungen versüßt, braucht man, um an dem klassischen Standpunkt der Mittel- und Unterschicht festhalten zu können, zumindest als Voraussetzung die Klassenanalyse. Und man muss beim Thema Armut und Reichtum anfangen zu erzählen. Heute aber ist der Begriff der »Klasse« an sich unpräzise und wenig effektiv, was die Sache nicht einfacher macht. Der Linken fehlt es an Diskussionen über Nebensächlichkeiten und Genauigkeit. Manchmal wollen sie alle Barrikaden niederreißen und gemeinsam mit den Massen die Welt befreien. Doch wenn es um konkrete Aktionen geht, wissen sie nicht, wo ihre Massenbasis ist und wer die Zielscheibe der Mobilisierung. Sie wissen nicht, wo die potenziellen Genoss:innen sind. Sie nehmen die Einkommensgrenze als Vergleichsmaßstab und suchen damit nach den ärmsten, schmutzigsten und am meisten erschöpften und bekümmerten Gesichtern. Das Ergebnis ist, dass sie den Kreis der Genoss:innen möglicherweise zu klein ziehen, d.h. die meisten sind »Verlierer« wie Xiang Linsao oder A Q.<sup>3</sup> Wenn sie das Eigentumssystem und das Beschäftigtenverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Maßstab ansetzen, ist die Folge möglicherweise, dass sie den Kreis der Genoss:innen zu weit ziehen, sodass fast alle dazu gehören. Dann werden Frauenrechte und Luxusapartments oder Religion und Mode in einen Topf geworfen. Und es sind auch einige Mächtige und Reiche mit dabei. Wenn die Linke selbst aber mit diesen hohen Tieren den Kontakt pflegt und mit den Privilegierten über Einigkeit, Gefühle, Standpunkt und den Sozialismus spricht, wird man allmählich auch Zweifel bekommen.

Solange es so große Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Ideale in die Praxis gibt, stehen Dinge wie die Linie, Programm und Durchführbarkeit auf

---

<sup>3</sup> Xiang Linsao ist die Hauptfigur in Lu Xuns Erzählung »Das Neujahrsopfer« (Zhufu). Früh verwitwet versucht sie, selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, endet aber zuletzt als Bettlerin auf der Straße und stirbt. A Q ist der Tagelöhner ohne richtigen Namen und ohne Bleibe in Lu Xuns Erzählung »Die wahre Geschichte des A Q« (A Q zhengzhuang). (Anm. der Übers.)

schwachen Beinen. Sie sind mehr Schein als Sein. Es gibt die enthusiastische Linke, die Gelehrten-Linke, die Luxus-Linke, die Opportunisten-Linke, Bürokraten-Linke, die Linke, die alles nur von einer Seite betrachtet ... Es gibt unzählige Linke, die aber, außer schön auszusehen, keinen Nutzen haben. Die Erinnerung an das große Idol Che Guevara zieht noch immer unzählige begeisterte Anhänger:innen an. Der Nimbus des Che überstrahlt die Welt und zeigt die Überlegenheit seiner Wertauffassung, und manchmal sagen sogar die Mächtigen und Reichen ein paar höfliche Worte. Doch wenn es darum geht, Tatsachen zu schaffen, egal ob in den reichen oder in den armen Ländern, wird für gewöhnlich bedauert, dass »die Linke nie erwachsen« wird.

Mehrere Jahrzehnte sind so vergangen, es gab die unterschiedlichsten politischen Bewegungen. Doch bei Wahlen bekommt die Linke in der Regel weiterhin nicht mehr Stimmen, die Klickquoten steigen nicht und ihre wesentlichen Aussagen werden von den Leuten übersehen oder nicht verstanden. All das kann unter Umständen vernachlässigt werden. Nicht zu entschuldigen aber ist, dass die in der Volksmeinung wichtigste Frage und für die Linke am wenigsten tolerable soziale Ungleichheit nach wie vor nicht gelöst ist, d.h. die mit dem Gini-Index aufgezeigte alarmierende Spaltung von Arm und Reich unentwegt zunimmt. Dass sie diesen Trend nicht aufhalten oder korrigieren kann, zeigt die Unfähigkeit der Linken. Anders ausgedrückt: Nach dem Kalten Krieg hat sich der Neo-Liberalismus weltweit ausgebreitet und in vielerlei Hinsicht erheblichen Schaden angerichtet. Allerdings hat der Neo-Liberalismus nicht nur von der Wall Street profitiert, sondern auch die Linke hat durch ihre Erstarrung, Desorientiertheit, Schwäche und Selbstzufriedenheit die Voraussetzungen dafür geschaffen.

## Die neue Gestalt des Reichtums

Es ist unbedingt notwendig, dass die Linke erneut von der Wahrheit der Tatsachen ausgeht – »nicht nur die Anweisungen von oben befolgt, nicht nur den Büchern vertraut, sondern stets von den Tatsachen ausgeht« (Chen Yun) – ihr Blickfeld erweitert und Posen ablegt, dass sie die Maßnahmen ausgehend von den konkreten Problemen ergreift und die Probleme von Grund auf löst. Die Linke muss überprüfen, ob es vielleicht ein Problem in ihrer Methodologie gibt. Zum Beispiel sollte sie überprüfen, was aus den »Klassen« und was aus dem damit zusammenhängenden »Reichtum« geworden ist. Dafür könnte es sich lohnen, die folgenden Phänomene einmal genauer zu betrachten.



### Der Finanz-Reichtum

Paul Volcker, ehemaliger Vorsitzender der US Federal Reserve, sagte einmal: Die größte und auch unglücklichste Veränderung im Finanzwesen der USA seit den 1980er Jahren war der Wandel vom »Industrie- und Dienstleistungs-Modell« zum »Finanzgeschäft-Modell«. Thomas Piketty betont in seinem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert«: Eine äußerst wichtige Erscheinung des 21. Jahrhunderts ist, dass »die Zunahme des Einkommens aus Vermögen bei weitem die Zunahme des Einkommens durch Erwerbsarbeit übertrifft«. Der Blickwinkel der beiden ist nicht der gleiche, doch sprechen sie annähernd über dieselbe Sache: die Abkehr vom Realen und Hinwendung zum Schein der Wirtschaft.

Selbst in China, diesem Land, das die Finanzmärkte immer vorsichtig kontrolliert hat, gab es nahezu unbemerkt einen Wendepunkt: 2014 war die Einkommenssteuer aus der Finanzwirtschaft (von der ein bestimmter Anteil aus Finanztransaktionen stammt) so hoch wie die Einkommenssteuer aus dem produzierenden Gewerbe. Und im Jahr 2015 stieg sie rapide um 13% und erreichte 857,2 Milliarden RMB, während letztere um 5,3% auf 742,5 Millionen RMB sank.<sup>4</sup> Was zu diesem Wendepunkt führte, waren die florierenden Finanzgeschäfte der Banken, Wertpapierhändler, Treuhandgesellschaften und Drittanbieter sowie das Kaufen und Verkaufen von Immobilien, Boden, Aktien, Währungen, Sammelobjekten, Optionen, Gold, Bitcoins und Unternehmen (d.h. Kapitalbewegungen) überall in China. Selbst Studierende und die Tante auf dem Land sind eingestiegen, aus Angst, mit dem Nachbarn soundso nicht mithalten zu können. Diese Leute sind begeistert davon, »mit Geld Geld zu machen«. Tag für Tag verfolgen sie die Bewegungen auf dem Aktienmarkt, und einer nach dem anderen verabschiedet sich von der »Realproduktion«. »Sich um den Kuchen reißen«, indem man seine Aktien im günstigsten Moment kauft und verkauft, hat das »Kuchen backen«, bei dem sich der Erfolg erst nach mühevoller Arbeit und langer Zeit einstellt, ersetzt.

Angesichts der stürmischen Wogen auf dem Aktienmarkt ist das Selbst der Menschen gespalten und instabil. Ihr Reichtum besteht nicht mehr aus physischen Dingen wie Land und Fabriken und hat auch nicht mehr viel mit Kostbarkeiten wie Brokat oder Jade zu tun, sondern besteht aus einigen verschwommenen Möglichkeiten, aus einigen veränderlichen Zahlen, aus einer Reihe von Gewinnprognosen, über die letztendlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand sagen kann, wie zutreffend sie sind. So wird in einem nie endenden Prozess von Gewinn und Verlust das »sowohl arm als auch reich« zum Normalzustand: Auf dem Lohnzettel gehören sie zum Rang der Knechte; an der Börse

---

<sup>4</sup> Zitiert nach einem Artikel von Zhang Yundong im Economic Herald (Jingji Dao-kan), Nr. 6, 2016.

gehören sie zum Rang der Begüterten. Oder diese Woche gehören sie zu den Knechten, in der nächsten Woche zu den Begüterten. Zuletzt, nachdem die Aktienkurse eingebrochen sind und sie alle ihre Aktien unter Wert verkauft haben, gehören sie zum Rang der Knechte, doch in ihrer Selbstwahrnehmung und Wunschvorstellung gehören sie für immer dem Rang der Begüterten an. Was sind sie nun eigentlich: Knecht oder begütert?

Die Finanzgeschäfte sind die Adern der heutigen Wirtschaft. Sie sind für Unternehmen, Organisationen, Bevölkerung und Regierung das unentbehrliche System zur Energieregulierung und das Instrument zur Effektivitätssteigerung. Doch wenn man zu weit geht, wird der Engel zum Teufel. Wenn die Finanzblase platzt, führt das nicht nur zur Aushöhlung der Industrie und birgt ein enormes wirtschaftliches Risiko für die gesamte Gesellschaft, sondern zwingt auch viele Anleger:innen in die Knie, denen nun nichts anderes übrig bleibt als, anstatt zu investieren, zu spekulieren. Mit der Folge, dass sie in diesem Spielkasino der Finanzgeschäfte in eine »Kapitalisierung« oder »Halbkapitalisierung« oder »Viertel-Kapitalisierung« ihrer Person abgleiten – selbst wenn ihr Status außerhalb der Börse der einer gewöhnlichen Arbeiterin, eines Geschäftsmanns, Lehrers oder der Bäuerin ist. Die meisten von ihnen sind in dieser Finanzschlacht letztendlich nur Kanonenfutter und, wenn die Schlacht vorüber ist, Arbeiter:innen, Geschäftsleute, Lehrer:innen und Bauern, die in einer noch schlechteren Lage sind. Eine Persönlichkeit mit »doppelter Klassenzugehörigkeit« ist dabei sich herauszubilden. In ihrer »Kapital«-Rolle verfolgt sie mehr oder weniger mit den großen Kapitaloligarchen gemeinsame Interessen, doch ist es sehr gut möglich, dass sich zu guter Letzt keiner und auch sie selbst nicht mehr an diese Rolle erinnert. So gesehen ist das Ganze nichts mehr als ein merkwürdiger Prozess, in dem die anfängliche Beziehung gemeinsamer Interessen zuletzt zu einer Beziehung »zwischen uns und dem Feind« wird.

### **Der Intelligenz-Reichtum**

Marx hat in »Das Kapital« »einfache Arbeit« und »komplizierte Arbeit« unterschieden. Erstere war in der Frühphase der Industrialisierung allgegenwärtig und hat daher von den Gelehrten mehr Aufmerksamkeit bekommen. Infolge der Fortschritte in Wissenschaft und Technik hat der Anteil des Wissens – man könnte auch sagen der Intelligenz – an den ökonomischen Aktivitäten stark zugenommen. Die explodierenden Preise für Wohnungen im Einzugsgebiet von Schulen führten zu einem steilen Kursanstieg in der sogenannten Wissensökonomie. Dass die ungerechte Verteilung der Bildungsressourcen die wichtigste Ursache für die Erstarrung der Klassen ist, ist mittlerweile eine allgemein anerkannte Sichtweise und macht viele Eltern sehr wütend. Alle sind sich darin einig, dass Intelligenz und Fähigkeiten die Voraussetzung sind, um

reich zu werden. Sind mit »einfacher Arbeit« nicht jene überholten Tätigkeiten wie Erde ausheben, Eisen schmieden, Weben und Lasten tragen gemeint? Oder wie manche es ausdrücken: Die White Collars (sie verfügen über Wissen) haben die Blue Collars und Black Collars ersetzt. Sie sind jetzt die Helden, die die Welt erschaffen.

Die literarische Figur des tyrannischen Großgrundbesitzers »Zhou Bapi«<sup>5</sup> und die »Sweatshops«, über die in den Nachrichten berichtet wird, machen natürlich nicht das gesamte Wirtschaftswunder aus. Wer in einem Unternehmen gearbeitet hat, weiß, dass die wirklich herausragenden Unternehmen in der neuen Ära nicht auf Muskelkraft und Schweiß basieren. Selbst in arbeitsintensiven Unternehmen kommt der Profit zu einem großen Teil aus der Entwicklung und dem Management. Das sind intellektuelle Aktivitäten, die Aspekte wie die Wettbewerbsfähigkeit des Führungsteams, das Wissen, die Fähigkeiten, die Erfahrung, Kreativität und Persönlichkeit des Führungsteams umfassen. Das heißt nun nicht, dass man sich vor den Vorgesetzten ehrfürchtig verneigen muss, und es soll auch nicht die Ausbeutung beschönigen. Doch Tatsache ist, wie es in einer Redewendung heißt: »Es ist leicht, 100 einfache Soldaten anzuheuern, aber schwierig, einen General zu finden.« Die Linke rümpft, sobald sie einen »Chef« sieht, die Nase und ignoriert die Wichtigkeit von Management und Entwicklung. Das ist gegen den gesunden Menschenverstand und bedeutet zunächst eine Niederlage gegenüber der Rechten.

Manager:innen können ein Zhou Bapi sein, sie können aber auch vorbildliche Unternehmer:innen sein. Sie können ausbeuten, sie können aber auch ausgebeutet werden, inklusive der Ausbeutung durch die Belegschaft (bei großmütigen Unternehmer:innen ist das häufig der Fall). Der Experte für künstliche Intelligenz Kevin Kelly betont in seinem Buch »Out of Control« die Tendenz zur »Entmaterialisierung« im gegenwärtigen Wirtschaftsleben, was sich weniger auf den Umweltschutzgedanken von weniger Verbrauch bezieht, sondern vor allem die wichtigere Rolle der Intelligenz meint. Der Soziologe Richard Florida hat in seinem Buch »The Rise of the Creative Class Manager«, Rechtsanwält:innen, Ärzt:innen, Designer:innen, Programmierer:innen, Künstler:innen usw. als »creative class« zusammengefasst. Ihr gehören ungefähr 40% der amerikanischen Bevölkerung an und Florida stellt ihr das Verschwinden der »working class« gegenüber. Diese Schlussfolgerung ist etwas verfrüht. Doch was der Autor beobachtet hat, ist keinesfalls erfunden, und seine Bekräftigung der Bedeutung von Wissen ist ebenfalls nicht überzogen.

Das Problem ist die Bestimmung des Werts, wenn die intelligenten Produkte auf den Markt treffen. Intelligenz ist nicht wie Getreide, Stahl, Kühe

---

<sup>5</sup> Der Vorname Bapi bedeutet wörtlich »die Haut abziehen«. (Anm. der Übers.)

oder ein Jadearmreif. Sie hat keine Gestalt, man sieht sie nicht und kann sie nicht anfassen. Wenn sie nützlich ist, ist ihr Wert unermesslich, wenn man sie nicht braucht, ist sie nichts wert. Momentan bekommt alles – Patente, Marken, Informationen, Kreativität, Bildung, Datenbanken, Soft Power, Managementaktivitäten, die Kulturindustrie, Klickraten usw. – von den Bewertungsagenturen einen Preis zugewiesen. Tatsächlich sind vieles Fehleinschätzungen, zumindest fragwürdige Beurteilungen. Sie sind ungenau und nicht fundiert und man sollte sie besser nicht ernst nehmen. Es gibt wohl kaum einen objektiven Bewertungsmaßstab dafür, ob ein Topmanager ein Jahresgehalt von 300.000 oder von 3 Millionen RMB bekommen soll. Lohnt sich die Investition in ein Projekt der »Fan Economy«? Egal welches Messinstrument man verwendet, gibt es sehr wahrscheinlich sowohl für die Einschätzung, dass das Projekt erfolgreich sein wird, als auch dafür, dass es scheitert, Gründe. Das ist das Problem: Der Intelligenz-Markt ist ein Markt, auf dem ein großes Durcheinander herrscht. Ein unbedeutender Professor kann mit ein paar aus der Luft gegriffenen Thesen seinen Bekanntheitsgrad erhöhen, eine ungebildete Influencerin kann mit ihrem hübschen Aussehen und großem Unfug Millionen verdienen, ein Haufen Erbrochenes wird zu einem Kunstwerk mit einem astronomischen Preis, ein Medienunternehmen lebt von Fake-Nachrichten und macht damit auch noch weiter, nachdem es wiederholt entlarvt wurde... Und auf der anderen Seite finden manche Intelligenz-Modellarbeiter:innen möglicherweise keinerlei Beachtung.

Kann die qualitativ schlechte Intelligenz denn nicht durch den Wettbewerb aussortiert werden? Das wird so behauptet, doch ist es für den Großteil der Menschen eben sehr viel schwieriger, die Qualität von intelligenten Produkten zu erkennen als die von Chinakohl und Handys und anderen materiellen Gütern. Hinzu kommt, dass die unelastische Nachfrage nach materiellen Dingen begrenzt ist, die elastische Nachfrage nach Wissen und Intelligenz dagegen nahezu unbegrenzt, was auch gefälschter und schlechter Ware einen riesigen Manövrierraum lässt. Wenn es hier nicht funktioniert, dann vielleicht dort, man zieht eine andere Weste an und betritt die Bühne erneut. In diesem Ausscheidungswettkampf, bei dem ständig Zeit zugegeben und die Zeit verlängert wird, wird der Rückzug der rückständigen Wissens-Produkte vom Markt auf jeden Fall sehr viel länger dauern als bei den kleinen Kohlegruben und qualitativ schlechten Industrieprodukten.

Wenn die Wissens-Produkte, egal ob gut oder schlecht, Geld einbringen, wird der Intelligenz-Reichtum zu einem Teil des Reichtums und betritt das komplizierte Terrain der sozialen Verteilung – einschließlich der Leute, die von der Kulturblyse und dem nutzlosen Wissen leben. Sie machen aus der Intelligenz-Ökonomie ein Fest der Betrügereien und schaffen damit gerade eine neue Form der Ausbeutung. Ja richtig, es ist Ausbeutung.

### Der Status-Reichtum

Die Klasse ist keineswegs eine sehr homogene Gruppe. Es gibt innerhalb der Klassen beträchtliche Unterschiede. Eine Geschichte aus der Zeit der Bodenreform in China geht so: Nachdem die Bauern eines Dorfes den Despoten ihres Dorfs geschlagen hatten (oder auch, nachdem sie es nicht fertiggebracht hatten, den Despoten ihres Dorfs zu schlagen), haben sie sich aufgemacht, um den Despoten eines anderen Dorfs zu schlagen. Die Bauern aus diesem anderen Dorf aber haben jene verdächtigt, ihnen ihre Lebensgrundlage streitig machen zu wollen, und unter Einsatz von Gewalt verhindert, dass sie »ihren« Despoten schlagen. Weil die Bauern aus den beiden Dörfern einen unterschiedlichen »Lokal-Status« hatten, waren sie in dieser Situation keine Vertrauten, keine Gleichgesinnten und keine Genossen. Solche Geschichten wurden allerdings von den Buchgelehrten meistens nicht sehr ernst genommen und fanden daher selten Eingang in ihre Überlegungen und Diskussionen.

In der Tat ist an der gegenwärtigen Einwanderungs- und Flüchtlingsfrage und -krise in den USA und Europa nichts verwunderlich. Ist das nicht einfach eine Vergrößerung der obigen Geschichte vom Dorf? Und wenn man etwas weiter in die Tiefe geht, ist es dann nicht eine Auseinandersetzung um wirtschaftliche Interessen, bei der der Bauch das Denken bestimmt? In diesen Ländern stehen die Arbeiter:innen oft mehr als andere Gruppen (wie z.B. im Silicon Valley oder in Hollywood) fremden Gesichtern ablehnend gegenüber. Es ist das gleiche, wie wenn die Klasse der höheren Arbeiter:innen gegen die Klasse der niedrigen Arbeiter:innen kämpft, oder wie die Vorstellung, dass der örtliche »Despot« nur von den Bauern aus seinem Dorf geschlagen werden darf und sein Besitz nur von ihnen aufgeteilt werden kann, nicht aber auch von den Bauern aus dem Nachbardorf. Und ebenso: Dass sich die Proletarier:innen aller Länder nicht vereinigen, ist seit langem ein Problem und rührt nicht unbedingt daher, dass ideologische Spion:innen Zwietracht säen, zumindest nicht nur. Die anti-chinesische Haltung der amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO war immer sehr viel stärker als die der amerikanischen Regierung. Mehr als die amerikanische Regierung beschimpft und droht diese China und verbreitet eine entsprechende Propaganda. Für sie ist der Kapitalist, der in China investiert, nichts anderes als der »Despot« aus dem Dorf, der in der Tiefe der Nacht entflieht und mit Leuten von außerhalb des Dorfes gemeinsame Sache macht. Sein Geld, seine Wertsachen, seine Pferde und Konkubinen nimmt er alle mit nach China und baut dann dort Häuser und Straßen – d.h. andere, und nicht die Leute aus dem eigenen Dorf, profitieren davon. Sind die Chines:innen auf der anderen Seite des Pazifik nicht die Kompliz:innen des ins Ausland abfließenden Kapitals?

Statuspolitik wird leicht zum Pulverfass und überschneidet sich außerdem mit der Klassenpolitik. Sie hat zunächst wenig Ähnlichkeit mit der Pariser Kom-

mune und der Oktoberrevolution. Doch wenn man die darin enthaltenen ökonomischen Interessen nicht beachtet, führt das entweder dazu, dass die komplexe Situation der Klassen ignoriert wird oder die Struktur der sozialen Wirklichkeit so zersplittert, dass nur ein Haufen von Identitätsscherben wie Rasse, Religion, Kultur usw. übrig bleibt. Wenn dann irgendein Unglück passiert, lässt sich dieses als Unheil betrachten, das von einer schlechten Rasse, einer schlechten Religion, einer schlechten Kultur oder von schlechten Menschen angerichtet wurde. Eine solche universelle moralische Verurteilung kann wohl alles erklären, vertuscht aber auch alles.

Einwanderung ist ein Statuswandel. Im Lauf der Entwicklung der modernen Staaten wurde die soziale Wohlfahrt zu einem wichtigen Bestandteil der staatlichen Systeme. Die Verteilung der Wohlfahrt verkörpert die rechtmäßige Struktur der Schichten und hat verschiedene exklusive Festungen geschaffen. Je nach Status partizipiert man mehr oder weniger daran. Der grundlegendste Status ist der Staatsbürger-Status. Die Staatsangehörigkeit (oder Green Card) der reichen Länder steht für entsprechende Rechte und bedeutet den automatischen Erhalt von Status-Reichtum. Deshalb trachten die Menschen in den armen Ländern, von der Studentin der renommierten Universität bis zum Nudelkoch, alle danach. Egal ob auf legalem oder illegalem Weg versuchen sie, durch einen einmaligen Ortswechsel die Armut abzuwerfen. Indem sie diese Abkürzung nehmen, hoffen sie, die anderen zu überholen und damit ihre Lebensumstände mit einem Mal zu verbessern. In dem System Nation/Staat empfinden viele allerdings auch immer noch einen Rest von »Rassen-Status«. So wie Samuel Huntington in seinem letzten Buch »Who are we?« wieder und wieder das Amerika des weißen angelsächsischen Protestanten herbeiwünscht. Das »weiß« sollte man besser nicht an die große Glocke hängen, doch wenn People of Colour Respekt, Sicherheitsgefühl und Gleichberechtigung einfordern wollen, ist es nicht schwer, bei der täglichen Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe und angesichts der Armutsquote, Schulabbrecherquote, Inhaftierungsquote und Hinrichtungsquote den negativen Kapitalwert des eigenen »Rassen-Status« bestätigt zu sehen; verglichen mit der Überlegenheit, die von einer »hochrangigeren« Hautfarbe ausgeht.

In China bestimmt der »Wohnsitz« (*Hukou*) den Status-Reichtum. Das »Umwandeln des ländlichen Wohnsitzes in einen nicht-ländlichen Wohnsitz«, das den Chines:innen noch frisch in Erinnerung ist, und auch das gegenwärtig an manchen Orten durchgeführte, wenn auch seltene »Umwandeln des nicht-ländlichen Wohnsitzes in einen ländlichen Wohnsitz« sind beide Ausdruck des Strebens nach Reichtum. In der Vergangenheit stand der »nicht-ländliche« Wohnsitz für den Vorrang der städtischen Bevölkerung bei der Versorgung mit Getreide und Arbeit, für niedrige Mieten, Lebensmittelmarken und eine relativ gute Bildung und Gesundheitsversorgung. Heutzutage steht der »ländliche«

Wohnsitz für per Vertrag unentgeltlich zur Verfügung gestellte Felder, Boden, Wälder und Grasland und preiswerte Grundstücke für Wohnhäuser und anderes. All das hat natürlich auch einen entsprechenden Schattenpreis. Bevor die Integration von Stadt und Land letztendlich diese Schattenpreise beseitigen wird, gleicht der Wohnsitznachweis einer innerchinesischen Green Card und gibt das Schicksal sehr vieler Menschen vor. »In die Stadt gehen und ein Leben lang hart arbeiten, ist weniger wert als eine Wohnung in der Stadt« – diese etwas übertriebene Formulierung weist darauf hin, dass in einer Situation, in der die Vermögenswerte in die Höhe schnellen, die Generation der alteingesessenen Städter:innen, ohne etwas zu tun, ihre schnell wachsende Dividende einstreichen kann, während die neue Generation der Städter:innen nicht Schritt halten kann. Möglicherweise sind die neuen Städter:innen unabhängiger, fleißiger und besser ausgebildet als die alten Städter:innen, aber sie haben einen Zug verpasst und müssen nun die Rechnung für den zeitlichen Abstand bei der Beantragung des städtischen Wohnsitzes bezahlen. Sie sind im Kampf zwischen Wohnungsbesitzer:innen und »Wohnungssklav:innen«, zwischen den »zwei großen Klassen« (*Liangda Jieji* – eine Formulierung eines jungen Autors) in der schwächeren Position.

Wenn man sich die Unterschiede bei der Status-Wohlfahrt anschaut, wird deutlich, dass es in den Monopol-Branchen, -Unternehmen und -Organisationen ganz offensichtlich eine höhere Wohlfahrt gibt. Ungeachtet dessen, ob diese staatlich oder privat geleitet werden, entstehen, wenn das Monopolsystem nicht streng kontrolliert wird, in kürzester Zeit Privilegien, VIP-Räume und goldene Reisschalen. Bei denjenigen, die das Glück haben, in diesen Branchen, Unternehmen und Organisationen zu arbeiten, kann jemand, der Stromzähler abliest, auf ein Jahresgehalt von 100.000 RMB kommen und ein Chauffeur fünf oder sechs Immobilien ersparen. Solche Nachrichten können nur bewirken, dass die unteren Schichten der Volksmassen neidisch und wütend werden, was für die Gesellschaft und die Regierung zu einem Problem werden kann. Noch problematischer ist, dass eine normale Gesellschaft nicht in der Lage ist, einen Zustand der Unordnung ohne Regierung oder mit mehreren Regierungen auszuhalten. Die Regierung muss einzigartig sein. Deshalb wird die Regierung zum Monopol im Monopol. In China, mit seiner tief verwurzelten Tradition einer starken Regierung, ist diese Einzigartigkeit noch wichtiger. Deshalb sind die öffentlichen Ämter – diese Sache, die früher auf den Ahnentafeln und in den Begrüßungs- und Trauerreden der Gegenwart am wenigsten fehlen durfte und darf – mit noch mehr Macht ausgestattet. Die öffentlichen Ämter haben einen direkten Einfluss darauf, ob das Leben der gewöhnlichen Menschen glücklich oder unglücklich ist, und sie sind das Objekt der Begierde all jener, die auf ihren eigenen Vorteil aus sind. Die berühmten Fragen Mao Zedongs an Huang Yanpei in den Lösshöhlen in Yanan betreffen

auch dieses jahrtausendealte Problem. Selbst die entfernten Verwandten und Freund:innen der Beamten haben einen latenten Status-Wert und geraten daher ins Zielfernrohr derer, die auf einen Regierungsposten aus sind. Sobald die soziale Überwachung laxer wird, werden die sozialen Beziehungen der Inhaber:innen öffentlicher Ämter und der Nutznießer:innen der Wohlfahrt sehr leicht zu einem Super-Status der Verbindung von Beamtentum und Geschäft, mit dem sich ein Super-Reichtum anhäufen lässt. Sie entziehen sich der politischen Überwachung durch die Volksmeinung und durch die Bestimmungen der Regierung und umgehen auch die Gesetze des Marktwettbewerbs. Die »Geschäftsleute mit Beamtenhut« ziehen sowohl aus der Politik als auch aus der Wirtschaft ihren Nutzen.

Über die Erfolgsgeschichte der Scheinwirtschaft können sie nur lachen. Was heißt »Schein«? Sind sie nicht die Ahnherren des »Scheins«? Ein Stempel ist eine Goldgrube, was darauffolgt, sind Gewinnbeteiligung und Profit. Schmutzige Fabriken und landwirtschaftliche Betriebe würdigen sie keines Blickes, sie verdienen ihr Geld längst, ohne ihre Hände zu benutzen. Gekonnt interagieren sie mit all den anderen, die ihr Geld ebenfalls nicht mit ihrer Hände Arbeit verdienen. Damit wird der Super-Status zum Zauberstab für Erfolg.

### **Der Kredit- und Leih-Reichtum**

Der Begriff »Konsumgesellschaft« ist nach der »Marktgemeinschaft«, »Informationsgesellschaft«, »postindustriellen Gesellschaft«, »Wohlfahrtsgesellschaft« eine weitere, neue Beschreibung für die gegenwärtige Wirklichkeit. Die ganze Gesellschaft ist auf den Zug der Marktwirtschaft aufgesprungen. Eine Folge davon war eine ständige Zunahme der Produktivkraft, der Konsum aber hinkte oft hinterher. Er war die Schwachstelle der wirtschaftlichen Entwicklung. Zu wenig Konsum bedeutet langsame Entwicklung, kein Konsum bedeutet keine Entwicklung. Deshalb sollen diejenigen, die die Voraussetzungen dafür haben, konsumieren, und diejenigen, denen es an den notwendigen Voraussetzungen fehlt, die entsprechenden Voraussetzungen schaffen und auch konsumieren. Die Voraussetzungen für Konsum zu schaffen, ist das neue Vorgehen, um Konsum zu fördern und anzustacheln. In den Augen mancher Ökonom:innen ist ein Staatsbürger, der nicht leidenschaftlich konsumiert (und das nicht nur am Black Friday) und der nicht ein paar neue Ideen hat, wie er sein Geld ausgeben kann, schlichtweg beklagens- und verachtenswert. Er schadet dem Land und dem Volk.

So sind verschiedenste Formen der Verkaufsförderung entstanden und in der Folge davon der Konsum, der auf »leihen« basiert. Außer dem traditionellen Mieten von Wohnungen und Autos und den neu aufgekommenen »Leihfahrrädern« und »Leih-Regenschirmen« kann man auch Schmuck, Armbanduhren, Handtaschen, Abendkleider, Antiquitäten, Luxuskarossen, gutes Aussehen



und Freundschaft (hübsche junge Damen und gutaussehende junge Männer, die einen auf einer Reise oder bei Verwandtenbesuchen begleiten) leihen. So gut wie alle Luxusartikel können geliehen werden. Das hat einige Strategien für einen »erschwinglichen Luxus« geschaffen, der die Sehnsucht nach Glück und das Geltungsbedürfnis von vielen Menschen befriedigen kann. Man könnte das als das Leihen von Luxus bezeichnen. Um den Konsum anzukurbeln, entstand außerdem ein »Kredit-Konsum«. Im Zusammenwirken mit dem Finanzhebel werden die Menschen dazu ermuntert, mehr Geld auszugeben als sie haben. Sie werden ermuntert, in dem einen Leben das Glück von drei Leben zu genießen, und so zu leben, wie die Models in den Hochglanzmagazinen und in der Werbung. Die berühmte »Subprime-Krise« in den USA im Jahr 2008, die in allen westlichen Ländern zu einem starken Einbruch der Wirtschaft führte, ist eine Folge von diesem Vorgehen, geliehenes Geld als Gewinn zu betrachten. In China überstiegen damals allerlei regelwidrige Wohnungskredite, Autokredite, Konsumkredite und »Campus-Kredite« bei weitem die Summe der Überziehungskredite bei Kreditkarten in den Jahren davor. Die meisten Kredite waren für übermäßigen Konsum oder flossen gar indirekt in den Aktien- und Immobilienmarkt. Das hat nicht nur den Geldfluss in der Gesellschaft durcheinander-, sondern auch viele Beteiligte in eine kritische Situation gebracht. Das maßlose Leihen endet, einmal nicht aufgepasst, leicht in der Verzweiflung gelandet. (Entsprechende Berichte über Selbstmorde finden sich regelmäßig in den Schlagzeilen.) Man könnte das als Luxus-Kredit bezeichnen.

Die Luxus-Kredite und das Leihen von Luxus haben das vernünftige Maß für Kredite und für das Leihen von Dingen und Dienstleistungen weit überschritten. So ist aus einer ursprünglich guten eine schlechte Sache geworden. Der Grund, warum sie hier zusammen behandelt werden, ist, dass sie gemeinsame Merkmale aufweisen und zusammen den übermäßigen Konsum vorangetrieben und einen Schein-Reichtum geschaffen haben (der auch ein Teil des gegenwärtigen Reichtums ist). Das hilft vielleicht ein paar jungen Leuten, reich zu werden, bevor sie überhaupt gearbeitet haben, oder wenig zu arbeiten und trotzdem reich zu werden, oder zumindest einmal das Gefühl zu haben oder einmal so tun, als wären sie reich. Vielleicht kann es außerdem dazu beitragen, den Anteil der ungenutzten Ressourcen in der Gesellschaft zu reduzieren, wenn auch Gucci und Porsche einen Zweck erfüllen können – denn was ist schlecht daran, wenn die Luxusbranche zur Beseitigung der Armut beiträgt? Doch die andere Seite in dieser Angelegenheit ist, dass der übermäßige Konsum, wenn er ein gewisses Maß überschreitet, für die Wirtschaft zu einer riesigen Zeitbombe wird. Es war schon immer so, dass die Veränderung von einem genügsamen Leben zum Luxusleben einfach ist, die vom Luxusleben zum genügsamen Leben aber schwierig. Der Aufschwung, den die Luxus-Kredite und das Leihen von Luxus herbeigeführt haben, ist eine »Schuldschein-Öko-

nomie« und »Stimulans-Ökonomie«, die den Wunsch und die Fähigkeit der Menschen zu arbeiten vernichtet und damit von der Psyche und Kultur ausgehend die Realwirtschaft zum Einsturz bringt.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal von Kredit und Leihen ist, dass hier, anders als in der Frühphase der Industrialisierung, »den Anschein haben« und »in Besitz haben« vermischt werden. Hier sind die Nutzer:innen nicht unbedingt die Besitzer:innen. Das Verfügungsrecht hat das Besitzrecht verwässert. Man strebt nicht mehr danach, Dinge zu besitzen, sondern sie zu benutzen, was dazu führt, dass beim »Eigentumssystem«, das für die traditionelle Linke von so großer Bedeutung war, eine gewisse Auflösung und Überlappung der Rechte und Interessen, eine »Verflüssigung« (eine Formulierung von Kevin Kelly) des Sachenrechts sichtbar wird. So wie auf dem Land eine Trennung in Eigentumsrecht, vertragliches Bodennutzungsrecht und Bewirtschaftungsrecht erfolgte. Diejenigen, die Luxus-Kredite aufnehmen und Luxus leihen, passen nach dem Maßstab »besitzend/besitzlos« auf keine der beiden Seiten. Sie haben anscheinend alles, doch sie haben auch nichts. Oder man könnte auch sagen, solange alles nach Plan geht, haben sie alles, doch wenn der Kapitalfluss unterbrochen wird, haben sie gar nichts. Solange der Kredit- und Leih-Reichtum wächst, fühlen sie sich wie das gnädige Fräulein, wenn der Kredit- und Leih-Reichtum plötzlich versiegt, gleichen sie dem Dienstmädchen – sie haben eine »Doppel-Klasse«-Persönlichkeit, bei der zwei unterschiedliche Arten Gewinn zu machen und zwei unterschiedliche Formen von Reichtum sowie die zugehörigen Besitzverhältnisse miteinander verwoben sind.

Keine:r weiß, wann diese zwei unterschiedlichen Empfindungen sich in ihr Extrem entwickeln und die Sozialpsyche in Aufruhr versetzen werden. An welches Ende im Schaubild der Klassen soll man sie stellen? Kann es sein, dass sie die Zeug:innen davon werden, wie infolge der »Verflüssigung« der kommunistische Traum Wirklichkeit wird? So viel zu den neuen Formen des Reichtums (wobei es außer den oben genannten Formen möglicherweise auch noch andere neue Formen von Reichtum gibt). Es versteht sich von selbst, dass diese verschiedenen Formen von Reichtum alle ihre Besonderheiten haben und sich zudem im realen Leben gegenseitig durchdringen, überlagern, anstacheln, unterstützen und zusammen eine äußerst verworrene Moderne weben. Die Lebensgeschichten der »Meister des schnellen Geldes«, jener Habenichtse, die in kürzester Zeit reich geworden sind, werden in den Lokalzeitungen in den buntesten Farben geschildert. Gewöhnlich werden dabei folgende Details genannt: Hochschulabschluss oder innovative Fähigkeiten (= Intelligenz-Reichtum), Green Card eines anderen Landes oder hohe Beamte als Freunde (= Status-Reichtum), angemietete Bürogebäude oder die Aufnahme zweifelhafter Kredite (= Kredit- und Leih-Reichtum), hohe Gewinne auf dem Immobilien- oder Aktienmarkt (= Finanz-Reichtum) usw. Geschickt mischen sie diese verschiede-

nen Formen von Reichtum, und so wird der Habenichts über Nacht zu einem Besitzenden. Dann wird er in eine »Liste« aufgenommen und gilt fortan als klassisches Beispiel für den Erfolg der Befähigten. Doch was die Lokalzeitungen nicht erwähnen, ist, dass das »Ponzi-Schema«, das die ganze Welt entrüftet hat, genau die gleichen Elemente aufweist wie diese Geschichte.

Das soll nun nicht heißen, dass diese Formen von Reichtum alle unmoralisch sind. Tatsächlich ist ein Teil des neuartigen Reichtums lediglich eine Ausweitung, ein Derivat, eine Konversion des traditionellen Reichtums (wie die Ernte oder der Lohn der Arbeitenden) bzw. ist an sich das Ergebnis einer neuen Form von Arbeit und nützt der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Volk.

Die Schwierigkeit besteht wohl in erster Linie darin, auf folgende Fragen eine Antwort zu finden: Was ist bei dieser Entwicklung das vernünftige Maß? Wo verläuft bei dem Trend der »Abkehr vom Realen und Hinwendung zum Schein« die rote Linie? Was ist der jeweilige Entfremdungsmechanismus der verschiedenen Formen des neuen Reichtums? Wie wurde der neuartige Reichtum, in einem Entfremdungsprozess des »Spekulierens, um selbst im Überfluss zu leben«, zu einer Blase des Schein- und übermäßigen Konsums (was im Volksmund als »Seifenblasen-Reichtum« bezeichnet wird) und zu faulen Vermögenswerten? Wie wurde das Prinzip von »der Arbeit entspringen und der Arbeit dienen« zu »der Ausbeutung entspringen und der Ausbeutung dienen«?

## Methoden, um die »Klassen« zu verstehen

Jede Schlussfolgerung ist lediglich die Beschreibung einer gewissen Wahrscheinlichkeit. Das trifft auch auf die »Klasse« zu. Wenn man sagt, dass die Schildkröte nicht schneller laufen kann als der Hase (wenn der Hase faul ist, trifft das nicht unbedingt zu), dass Wasser, wenn es auf 100 Grad Celsius erhitzt wird, verdampft (in großen Höhen trifft das nicht unbedingt zu), dass die Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution ist (bei progressiven Vorgesetzten trifft das nicht unbedingt zu), so sind das alles unter bestimmten Bedingungen und mit Bezug auf eine große Menge an Musterbeispielen wahrscheinliche Zusammenfassungen. Sie sind eine »beliebige Sache mit bestimmten Gesetzmäßigkeiten« (eine Formulierung des Mathematikers Daniel Bernoulli).

Daher sind solche Erklärungen von der Makroebene betrachtet äußerst effizient, auf der Mikroebene aber wenig effektiv. Das heißt, in Bezug auf die großen Zahlen sind sie gewiss nützlich, in Bezug auf das Besondere aber sind sie relativ wirkungslos. Das ist das »Gesetz der großen Zahlen« (Bernoullis Theorem der Wahrscheinlichkeit). Wer diesen Punkt nicht versteht, denkt zu eingleisig. Wer z.B. darauf besteht, dass »der Apfel nicht weit vom Stamm

fällt«, wird sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene einen falschen Schluss ziehen und glauben, dass aus einer reichen und einflussreichen Familie kein Friedrich Engels kommen kann, oder umgekehrt glauben, dass jeder, der aus einer reichen Familie kommt, ein Friedrich Engels ist. Tatsächlich waren nicht wenige Revolutionsführer in China (Zhou Enlai, Peng Pai u.a.) aus wohlhabenden Familien oder ihre Familien verfügten zumindest über die finanziellen Voraussetzungen, dass sie die Schule besuchen konnten. Daher haben sie die Interessen der mittleren und unteren Gesellschaftsschichten vertreten, und konnten andererseits auch das unermessliche Wissen und die kulturellen Leistungen der Menschheit weiterführen.

Mit Leuten zu sprechen, die die Dinge immer nur von einer Seite betrachten, ist äußerst anstrengend und auch sehr gefährlich. Jeder Mensch ist vielseitig und komplex. Möchte man die unüberschaubare Masse der Menschen klassifizieren, gleicht das ein bisschen den Mengenlehre-Aufgaben im Mathematikunterricht. Das heißt, das Festlegen der hinreichenden Bedingung kommt der Bestimmung eines Unterscheidungskriteriums gleich, anhand dessen man eine große Anzahl von Elementen heraussieben und dann eine Menge bilden kann. Wenn man eine andere hinreichende Bedingung definiert, kann man eine andere Menge bilden, die mit der vorher gebildeten Menge in einer Beziehung steht, sei es, dass sich Teile überlappen oder sich gegenseitig einschließen, oder auch keine Beziehung haben. Der Marxismus macht nichts anderes, als die Einkommensgrenze, das Eigentumssystem und das Beschäftigungsverhältnis als hinreichende Bedingung zu nehmen und damit eine Menge als »Proletariat« zu bestimmen. Das bedeutet aber nicht, dass diese Menschen nicht hinsichtlich eines anderen Kriteriums, wie z.B. Protestant, Bergbewohnerin, 1 Meter 90-Mann, Homosexuelle etc., eine andere Menge bilden. Max Weber hat die Dinge nicht nur von einer Seite betrachtet. Er hat der Kultur und dem Geist große Bedeutung zugemessen und den ökonomischen Determinismus abgelehnt.

Max Weber hat außer der Marx'schen »Klasse« auch den Begriff »Status« verwendet und damit eine weitere Menge gebildet. In seinen Augen hat das Eigentumssystem nicht diese große Bedeutung, vielmehr wird die soziale Differenzierung mehr von außerwirtschaftlichen Dingen wie Ansehen, Charakter, Bräuchen und Gewohnheiten, Religion etc. bestimmt.<sup>6</sup> Dieses kulturelle Muster, das dem Denken größere Beachtung schenkt als dem Materiellen, wird die Hungrigen sicherlich nicht überzeugen und in Zeiten großer Konflikte zwischen Arm und Reich als die Sichtweise eines Buchgelehrten zurückgewie-

---

<sup>6</sup> Zum Beispiel ist Max Weber der Meinung, dass für die moderne Geschichte Europas die die Klassen überschreitenden Unterschiede zwischen Protestantismus und Katholizismus eine entscheidendere Rolle gespielt haben.

sen werden. Doch wer weiß, vielleicht werden in manchen Teilen der Gesellschaft zu einer gewissen Zeit die Satten und die Hungrigen einander doch in die Arme schließen und gemeinsam handeln. So wie die Kulturindustrie sowohl die Reichen als auch die »Verlierer« in den zentralen Finanzdistrikten der Metropolen gewonnen und eine Art gemeinsamen Kulturkreis geschaffen hat, in dem sie sich gegenseitig beeinflussen und einen ähnlichen Lebensstil sowie ähnliche Meinungen entwickeln. Es sollte nicht so schwierig sein, dass sich die Menschen angesichts der Menge »nobler Bürokomplexe« mit ihren Merkmalen (Wertpapiere, Internet-Serien, Schönheitspflege, Mode etc.) wieder an Max Weber erinnern.

Offensichtlich ist der Begriff »Klasse« nicht überall nützlich. Manchmal werden die tatsächlichen Unterschiede zwischen den Menschen besser berücksichtigt, wenn man ihn durch »Schicht«, »Clique«, »Gruppe«, »Beziehungsgruppe« etc. ersetzt. Die Bedingungen der Schnittmenge »Proletariat« müssen mit der veränderten Situation ebenfalls erneuert werden. Die Einkommensgrenze bleibt weiterhin wichtig, und das Eigentumssystem sowie das Anstellungsverhältnis sind ebenfalls noch immer ein effektiver Maßstab. Auch wenn weltweit der Anteil der Zhou Bapis und der Sweatshops abnimmt, existieren sie noch immer in großer Anzahl. Deshalb ist es auch weiterhin notwendig, über die Einkommensgrenze, das Eigentumssystem und das Anstellungsverhältnis zu sprechen. Doch wenn man den Unternehmer, der mit Schwielen an den Händen die Dorfbewohner:innen anleitet, ihre Armut abzuwerfen, auf der Seite des »Kapitals« sieht und umgekehrt den Solo-Selbstständigen, der durch Immobilienspekulation einen Profit von mehreren Millionen einstreicht auf der Seite der »Arbeit«, hat man da nicht das Gefühl, dass etwas nicht stimmt? In der gegenwärtigen Phase der Modernisierung zu sagen, dass die, die »weniger als vier Monate arbeiten« auf die Seite des »Kapitals« gehören, und die, die »mehr als vier Monate arbeiten« auf die andere Seite, oder dass die, die »weniger als acht Personen anstellen« zur Seite der »Arbeit« gehören, und die, die »mehr als acht Personen anstellen« zum »Kapital«, führt tatsächlich nur zu Verwirrung.

Natürlich kann aber auch die revisionistische Abschaffung der »Klassen« dazu führen, dass keiner mehr durchblickt. Denn Tatsache ist: Der Unterschied zwischen Arm und Reich, von dem Marx sprach, ist noch immer ein echtes Problem – auch wenn die Beziehung zwischen Arm und Reich nicht mehr der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital entspricht. Die Ausbeutung, von der Marx sprach, ist auch ein echtes Problem – auch wenn die Ausbeutung heute auf den verschiedenen Ebenen der Realwirtschaft und der Scheinwirtschaft geschieht. Der »Klassenkampf«, von dem Marx sprach, ist noch weniger ein falsches Problem – auch wenn die beiden Seiten vielleicht eine Maske namens Rasse, Religion oder Kultur etc. tragen, oder mit Widersprüchen wie Rasse, Re-

ligion und Kultur etc. Schnittmengen bilden. Man könnte dieses echte Problem andersherum auch so formulieren: Wenn sie die Kriterien Arm und Reich/Ausbeutung/Klasse sowie den Bezugspunkt Wertschöpfung und Wertverteilung entfernen, wird das gesamte gesellschaftliche Bewusstsein in sich zusammenstürzen. Sie werden dann gewiss nicht angenehm überrascht darüber sein, was für eine großartige Idee sie hatten, und werden auch nicht den Eindruck haben, dass ab jetzt alle Menschen in den Genuss der Großen Gleichheit (*Datong*)<sup>7</sup> kommen. Und noch weniger werden sie angesichts der sozialen Ungerechtigkeit in Begeisterung ausbrechen.

Bis heute haben bereits sehr große Veränderungen stattgefunden und es werden auch noch weitere große Veränderungen geschehen. Gegenwärtig sind die »Klassen« noch nicht verschwunden, sie haben sich nur verändert. Die Klassen heute haben eine komplexe und unklare Beschaffenheit, sie wurden zu einem fließenden Konzept. Betrachtet man die Klassen vom Aspekt der Ausbeutung aus, ist leicht zu erkennen, dass gerade eine neue Form von Ausbeutung auf den Plan tritt. Diese bewegt sich häufig im Umfeld der kritischen Linie des Wandels von der Realwirtschaft zur Scheinwirtschaft. Mit dem Schein- und übermäßigen Reichtum als wichtigstem Instrument treibt sie mit Vehemenz eine bössartige Veränderung des Finanz-, Intelligenz-, Status-, Kredit und Leih-Reichtums voran und ist gerade im Begriff, eine schrankenlose, rasante und großangelegte Ausplünderung der Volksmassen zu vollziehen. Die Finanzkrise in Asien im Jahr 1997 und die wiederholten Einbrüche der Wirtschaft in der gesamten westlichen Welt seit 2008 sind nur einige der frühesten Auswüchse. Auch der Zusammenbruch der Wirtschaft in Russland hängt zum Teil damit zusammen. Was diese Ausplünderer (die die Arbeit verabscheuen, selbst nicht arbeiten und Arbeit vernichten) spielen, ist, »sich mit dem Schein in der Realität bereichern«, »mit der Faulheit den Fleiß besiegen«, »mit dem Falschen das Echte besiegen«. Sie versuchen, mit größeren oder kleineren »Ponzo-Betrügereien«, ohne Anstrengung, die Welt zu erobern. Sie bilden damit so etwas wie eine Spekulanten-Klasse, oder man könnte sie auch »schnelles Geld-Klasse« oder »schnelles Geld-Bourgeoisie« nennen – das Unheil, das sie anrichten, übersteigt bei weitem das der anderen Ausbeuter.

Verwenden wir doch den Begriff »schnelles Geld-Bourgeoisie«. Was das »schnell« angeht, so ist tatsächlich keine Branche der Realwirtschaft »schnell«. Selbst in der Wissenschaft und Kunst führt Eile nie zum Ziel. Auch wenn Wissenschaftler:innen und Künstler:innen gelegentlich eine Eingebung oder plötzliche Erleuchtung haben, ist die Voraussetzung dafür immer unermüdliches Lernen, harte Arbeit und wiederholtes Experimentieren. Das kann nicht schnell gehen.

---

<sup>7</sup> Philosophisches Ideal der vollkommenen Gesellschaft. (Anm. der Übers.)

Im Gegensatz dazu zeigt sich die Ausbeutung der »schnelles Geld-Klasse« darin, dass sie die Voraussetzungen abschafft und die Früchte direkt erntet. Sie streben danach, ohne Arbeit reich zu werden – egal ob sie dafür Beziehungen spielen lassen, Tricks anwenden oder mit Geschäftspartner:innen in die Bar gehen – was ja vielleicht auch eine gewisse Ähnlichkeit mit »Arbeit« hat, denn sie verbrauchen dabei nicht unbedingt weniger Kalorien als andere. Offensichtlich reicht der Kalorienzähler heutzutage nicht aus, um Arbeit von Ausbeutung zu unterscheiden.

Wenn man die Gruppe derer, die an der Ausbeutung durch schnelles Geld beteiligt sind, d.h. diejenigen, deren Einkommen hauptsächlich vom schnellen Geld kommt, genauer betrachtet, so gehören dazu Superreiche, weniger Reiche und noch nicht Reiche, abhängig Beschäftigte, Selbstständige und gering Beschäftigte – es ist eine neuartige Menge, die über die alte Klassenstruktur hinausgeht. Was die Einzelnen angeht, so sind diese nicht unbedingt schlechte Menschen. Es kann durchaus sein, dass sie gute Taten vollbringen, z.B. Geld für die Opfer von Naturkatastrophen spenden oder in den Fluss springen, um jemanden vor dem Ertrinken zu retten. Der alte Nachbar Wang war ehemals ein vorbildlicher Institutsleiter oder ein vorbildlicher Schullektor und hatte an einer renommierten Universität studiert, doch dann hat er vor mehr als zehn Jahren angefangen, Aktien zu kaufen, bis er schließlich zuhause den Boiler nicht mehr eingeschaltet hat (um die Stromgebühren zu sparen) und den Kühlschrank nicht mehr benutzt hat (es gab keine frischen Lebensmittel zum Aufbewahren). Und bis seine Frau, wenn sie im Sommer in die Stadt ging, lieber darauf verzichtet hat, sich eine Flasche Mineralwasser zu kaufen – gleicht das nicht sehr dem »Proletariat«? Aber gerade er hofft selbst im Traum noch darauf, dass die Wall Street den Aktienmarkt retten und das Volk unterstützen wird, dass die chinesische Regierung sämtliche Regulierungen aufheben und er mit einem großen Fest den Einmarsch der Wall Street und die Befreiung begehen wird. Diese zweite Hälfte seines Lebens ist eine Geschichte des Kampfes im feindlichen Hinterland. Er sehnt die Befreiung herbei und glaubt an die Befreiung, und er glaubt nicht, dass er unter den freien und gerechten Regeln des Aktienmarkts nicht zu der Gruppe der großen Gewinner an der Wall Street mit dazugehört. Dafür schreckt er auch nicht davor zurück, sich mit allen Schulfreund:innen, Kolleg:innen und Verwandten zu überwerfen.

Zehntausende solcher alten Wangs bilden so eine ideale Basis in dem System des schnellen Geldes. Bevor sie zuletzt in dem System untergehen, begegnen sie dem Krokodil »Kapital« mit entschlossener Bewunderung und größtem Vertrauen. Um zu garantieren, dass diese ideale Basis andauernd zur Verfügung steht, das wissen die Gewinner in dem System des schnellen Geldes sehr gut, sind eine kulturelle Gehirnwäsche sowie administrative Macht und eine offene oder versteckte Taktik unentbehrlich.

Deshalb ist, was die grundlegenden Veränderungen von Wirtschaft, Politik und Kultur betrifft, das schnelle Geld das große Übel der Menschheit. Die psychologische Logik der Fraktion »schnelles Geld« und der Fraktion Realwirtschaft waren nahezu von Anfang an unvereinbar. Sie beinhalten folgende grundlegend verschiedene Werte-Orientierungen:

- Für die Fraktion der Realwirtschaft gilt, unabhängig davon, wie groß die Konkurrenz innerhalb der einzelnen Berufszweige ist, vom Gesamten her betrachtet: Je reicher der Großteil der Menschen in einer Gesellschaft ist, desto größer ist die Kaufkraft. Das bedeutet, dass die Absatzmöglichkeiten zunehmen, was wiederum dazu führt, dass die Realwirtschaft floriert. Beim schnellen Geld dagegen gilt, unabhängig davon, wie groß die Konkurrenz ist, im Ganzen gesehen: Je mehr Verluste die Mehrheit der Menschen in einer Gesellschaft macht, desto größer sind die Chancen, selbst Gewinne zu machen. Das heißt auch, je schlechter es der Realwirtschaft geht und je mehr Kapital aus der Realwirtschaft abgezogen wird, desto mehr boomt die Scheinwirtschaft.
- Die Vertreter der Realwirtschaft meinen außerdem, dass, je klüger, kenntnisreicher und vernünftiger der Großteil der Menschen in einer Gesellschaft ist, je mehr der Großteil der Menschen die Wahrheit in den Tatsachen sucht und sich mit praktischen Dingen befasst, desto mehr ist die Marktgerechtigkeit gewährleistet und haben gute Produkte und guter Service gute Erfolgchancen. Die Vertreter der Scheinwirtschaft dagegen meinen, je dümmer und realitätsferner der Großteil der Menschen in einer Gesellschaft ist und je mehr sie sich beeinflussen lassen, desto größer ist die Chance, mit unseriösen Geschäften Geld zu machen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, beim »Schafe scheren« große Gewinne einzufahren. Anders gesagt, sowohl auf der Ebene unterbewusster, instinktiver Reaktionen als auch auf der Ebene des höchsten Prinzips, alles aus dem Blickwinkel von Nutzen und Profit zu betrachten, sind die Vertreter der Realwirtschaft die Nutznießer und Förderer des kulturellen Aufbaus, während die Vertreter der Scheinwirtschaft die Nutznießer und Förderer des kulturellen Verfalls sind.

Ist das etwa kein Klassenkampf? Es bedarf hier keiner moralischen Wertung, doch ist nicht schwer zu erkennen, wie räuberisch, schmarotzerhaft, unsozial und zersetzend das schnelle Geld ist. Im Lauf der Geschichte hat das »Gesetz des Dschungels« (der Stärkere frisst den Schwächeren) immer wieder die Bühne betreten, auf der gerade ein neues Theaterstück »Schnelles Geld gegen Realwirtschaft« begonnen hat. Die Aufgabe der Intellektuellen ist es nun, einen »Index für schnelles Geld« (oder auch einen »Spekulations-Index«) als Unterscheidungsinstrument zu entwickeln, um die alten Maßstäbe wie »Einkommengrenze«, »Anstellungsverhältnis« etc. zu ersetzen und schnellstmöglich das neue Volk sowie seine Gegenseite zu ermitteln, damit eine wir-



kungsvolle Reform oder Revolution durchgeführt werden kann. Leider sind sich viele Beteiligte dessen nicht bewusst. Oder wissen nicht, wie sie darüber sprechen sollen.

Mao Zedong hat einst ausgehend von den tatsächlichen Umständen in China in dem Aufsatz »Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft« den neuen Begriff der »Nationalen Bourgeoisie« eingeführt und diese mit in die revolutionäre Einheitsfront einbezogen. Man sagt, dass sie später einer der kleinen Sterne auf der chinesischen Nationalflagge wurde. Es versteht sich von selbst, dass diese feinen und kultivierten Personen eine »Sterne«-Behandlung bekamen. Man kümmerte sich um ihr soziales Wohl und betonte die Freundschaft, was für einige den Anschein erweckte, man würde von den Grundlagen der marxistischen Lehre abweichen; in den Augen mancher war es zweifellos eine feindselige Aktion der Rechten (Trotski hat das so gesehen). Während des Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression hat die Kommunistische Partei nicht einmal die Grundbesitzer-Klasse bekämpft (sie hat lediglich eine verbesserte Version der alten Forderung »die Pacht und die Zinsen zu reduzieren« vorgebracht), um mit den Grundbesitzern gemeinsam den äußeren Feind zu bekämpfen. Für manche war das schwerwiegender Revisionismus, der die Grundlinie der Prinzipien von Sichel und Hammer übertrat. Tatsächlich aber sind beim Umgang mit verschiedenen Widersprüchen das Ergreifen des »Hauptwiderspruchs und der Seite des Hauptwiderspruchs« und der Grundsatz »Um den Stier zu führen, muss man ihn an der Nase führen.« (Mao Zedong) die üblichen Methoden im Prozess der Revolution. Es ist die Fähigkeit der Praktiker.

Konkrete Umstände müssen konkret analysiert werden. Unterschiedliche Situationen müssen mit unterschiedlichen Worten beschrieben werden. Wenn man sich in einem halb-kolonialisierten Land befindet (Marx hat nie dort gelebt) – China wurde damals vom ausländischen Monopolkapitalismus beherrscht – wäre es reine Zeitverschwendung, allgemein über die Bourgeoisie zu reden. Die damals von den Praktikern eingeführten Begriffe »Kompradorenklasse« und »Kompradorenbourgeoisie« waren da genau richtig. Damit konnte man den Stier an der Nase führen und die Verbindung zu den tatsächlichen Empfindungen der Menschen herstellen. Wenn man sich in einem Land befindet, in dem der Autokratismus und die Bedeutung des Beamtenrangs tief verwurzelt sind (Marx hat auch da nie gelebt), angesichts des Ausmaßes des bürokratischen Kapitals aber nur allgemein über die Bourgeoisie redet, heißt das, dass man den Kern der Sache nicht erfasst bzw. das Thema verfehlt hat. Dass die Praktiker damals die Begriffe »Bürokratenklasse« und »bürokratische Bourgeoisie« vorgebracht haben, war auch genau richtig. Damit haben sie den richtigen Fokus und die beste Durchbruchstelle gefunden, um verschiedene positive Faktoren zu verbinden, um die Emotionen, das Denken und das

Gruppengefühl der Menschen zu mobilisieren und so die größtmögliche Wirkung zu erzielen. In diesem Punkt haben die wirklichen Marxist:innen stets die Marx'schen Epigonen verachtet.

Diese Erfahrungen in der Vergangenheit könnten den kommenden Generationen einige Denkanstöße geben.

*Beijing Cultural Review: Dezember 2017*

*Übersetzung: Dr. Beate Geist*



# Über die Weitergabe von Reichtum: zur Frage der Gerechtigkeit in der Gesellschaft

von Huang Jisu

Die Weitergabe von Reichtum ist ein altes Thema der Menschheit und zugleich auch ein neues Problem in China. Dass es ein altes Thema ist, muss nicht näher erläutert werden: Die Geschichte der Weitergabe von Reichtum ist so lang wie die Geschichte des Reichtums. Aber warum ist es auch ein neues Problem? Die Reform und Öffnung Chinas hat zu einer rapiden Zunahme und schnellen Konzentration des Reichtums geführt. Diese Generation hat in kürzester Zeit Reichtum angesammelt, pausenlos und ohne zu realisieren, dass sie alt geworden ist, bis sie vor sich ein großes Tor erblickt. Links und rechts und über dem Tor sind Spruchrollen angebracht. Auf der ersten Spruchrolle rechts neben dem Tor steht »Wie bist Du hergekommen?«, auf der Spruchrolle links »Wie gehst Du weg?« und über dem Tor »Alle Menschen sind gleich.« Und nun haben sie ein Problem: Was sollen sie mit den ganzen Brieftaschen und kleinen und großen Taschen, die sie mit sich herumschleppen, machen?

## Über die Weitergabe von Reichtum im Allgemeinen

Die Kaiser, Könige, Generäle und Minister im Altertum haben ihr Geld, ihre Kostbarkeiten, ihre Frauen und allerlei Gegenstände für Speisen, Getränke und Vergnügungen mit ins Grab genommen (das heißt, mit dahin, was sie als das »Jenseits« verstanden). Vielleicht haben sie den Unterschied zwischen dem Diesseits und dem Jenseits wirklich nicht verstanden und brauchten deshalb diesen Prunk. Denn wie können sie, die Drachen und Phönixe unter den Menschen, dort sonst von den Grillen und Ameisen unter den Menschen unterschieden werden? Allerdings gibt es für den Reichtum, den man mit ins Grab nehmen kann, Grenzen, sodass sie den Großteil des Reichtums doch den Lebenden hinterlassen mussten. Und letztendlich ging selbst der Reichtum, den sie mit in ihre Gräber mitgenommen hatten, Stück für Stück an die Masse der Grabräuber über oder, dank der Archäologie, an die Gesellschaft.

Welchen Lebenden nun wird der Reichtum hinterlassen? Vor allem den Verwandten, denn Verwandte bilden eine auf Blutsverwandtschaft und Heirat basierende Interessen-, ja sogar Lebensgemeinschaft. Warum eine *Interessengemeinschaft*? Wenn eine:r in der Familie es zu etwas bringt, leben alle gut; wenn einer alles verliert, bedeutet das für alle einen Verlust. Und wa-

rum auch eine *Lebensgemeinschaft*? Auch Räuber bilden Interessengemeinschaften, die jedoch nicht selten bei der Aufteilung der Beute mit Mord und Totschlag enden. Die Familie aber verbindet eine die reinen Interessen übersteigende Bande. Mit den Verwandten sind hier im Wesentlichen die Nachkommen gemeint. Warum die Nachkommen? Die Menschen behandeln normalerweise sich selbst am besten, und nur bei den eigenen Nachkommen ist es anders. Viele behandeln ihre Kinder und Enkelkinder noch besser als sich selbst. Warum? Man könnte sagen, es ist der »Leck-Instinkt«, den die Menschheit von der Tierwelt geerbt hat, wobei die menschliche Soziokultur diesen Instinkt noch verstärkt hat. Der Mensch betrachtet seine Nachkommen als einen Teil seines »Selbst«. Sie sind die Träume, Hoffnungen und die Vollendung des »Ich«. Das »Selbst« ist der einzige Weg, die Begrenzung des eigenen Lebens in Richtung Ewigkeit zu durchbrechen. Deshalb: Den Reichtum seinen Nachkommen zu hinterlassen, bedeutet zugleich auch, ihn seinem »Selbst« zu hinterlassen, denn dadurch wird das »Selbst« unsterblich.

Allerdings hinterlassen keineswegs alle Menschen ihren Reichtum den Verwandten, was äußerst interessant ist. Verwandtschaftsbeziehungen sind enge Beziehungen. »Eng« ist »nah«, doch »eng« und »nah« sind nicht dasselbe. Bei »eng« liegt die Betonung auf dem Gefühl. Man sagt oft »Wir Schwestern haben ein enges Verhältnis.« »Eng« steht hier für Zuneigung und Empathie. Bei »nah« liegt die Betonung auf dem Abstand und der Frequenz. Wenn Eheleute in einem Bett schlafen, ist das ein geringer Abstand. Wenn Familienmitglieder den ganzen Tag miteinander verbringen, bezieht sich das auf die Frequenz. Oft ist »nah« eine wichtige Voraussetzung für »eng«. Die Redensart »Nähe führt zu Vertrautheit, Abstand führt zu Distanz« (*Jin ze Qin, Yuan ze Shu*) hat diese Bedeutung. Als die Kommunistische Partei im Untergrund agierte, wurden aus Überlegungen der Sicherheit oft ein Genosse und eine Genossin dazu bestimmt, sich als Ehepaar auszugeben, um ihre geheimen Aufträge zu erfüllen. Infolge des geringen Abstands und häufigen Kontakts stellten diese falschen Eheleute nicht selten nach einiger Zeit bei der Partei den Antrag, heiraten zu dürfen. Allerdings wird aus »nah« nicht zwangsläufig »eng«. Es gibt viele Ehepaare, die zwar im selben Bett schlafen, aber von unterschiedlichen Dingen träumen. Und Geschwister, die sich in Fernsehsendungen wegen einer Wohnung heftigste Wortgefechte liefern und sich nach der Fernsehsendung gegenseitig das Bankbuch aus den Händen reißen, sind auch nicht selten. Das heißt, es gibt durchaus auch zwischen »engen« und »nahen« Verwandten Streit. Daher gibt es, während der Großteil der Menschen den Reichtum seinen Verwandten hinterlässt, auch Menschen, die ihren Reichtum Außenstehenden hinterlassen. Wie so mancher einsame ältere Herr, dessen Kinder sich nicht um ihn kümmern, obwohl sie Verwandte sind. Die Haushaltshilfe dagegen hilft ihm morgens aus dem Bett und geht mit ihm spazieren. Sie ist nicht

seine Verwandte, sie ist aber sogar mehr als eine Verwandte, weshalb der alte Herr nach seinem Tod seinen Besitz der Haushaltshilfe vermachte.

Natürlich gibt es außer der Haushaltshilfe auch noch andere »Außenstehende«, die einem einsamen älteren Herrn ein Gefühl von familiärer Vertrautheit geben können. Zum Beispiel spenden manche Gläubige ihren Besitz der Kirche. Die Religion schwächt die Bedeutung der »Verwandten« aus der Familie bzw. stärkt die Bedeutung der Gemeinde als »Verwandte«. Auch soziale und politische Organisationen haben diese Funktion. So sprach man in der Frühphase der Kommunistischen Partei gerne von »Klassenbrüdern« und »Klassenschwestern«, und viele Parteimitglieder haben vor ihrem Tod ein Testament verfasst, in dem sie die Ersparnisse ihres gesamten Lebens als Mitgliedsbeitrag der Partei übergaben. Peng Pai, einer der politischen Führer aus der Frühphase der Kommunistischen Partei, stammte aus einer Großgrundbesitzerfamilie. Er hat die Landbesitzurkunde seiner Familie verbrannt und Land und Besitz an die Armen verteilt, deren Klasse er gefühlsmäßig gerade erst beigetreten war. Die »Verwandten«, die von ihm beschenkt wurden, haben dabei eine Bedeutung, die weit über die konkreten »Menschen« hinaus bis in die Sphäre der abstrakten »Doktrin« (*Dao*) reicht.

## Die Verteilung und Weitergabe von Reichtum in den ersten 30 Jahren

Der Begriff »Gegenwart« bezieht sich in China auf die 60, 70 Jahre seit 1949. Dieser geschichtliche Zeitraum wird häufig in zwei Abschnitte unterteilt: die »ersten 30 Jahre« (Mao-Ära) und die »zweiten 30 Jahre« (Reform und Öffnung). In der Mao-Ära hat die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) mit der Bodenreform und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die ungleiche Verteilung des Reichtums eingeebnet – auch wenn noch immer nicht alles ganz eben war, war sie doch verglichen mit allen Epochen in der Geschichte am wenigsten uneben. Positiv gesehen war diese Nivellierung von sehr großer Bedeutung. Negativ gesehen war der Preis dafür auch nicht gering. Ohne dieses »Einebnen des Bodens« damals wäre die Situation in China heute die gleiche wie in jenen wirtschaftlich rückständigen »Dritteweltländern« mit ihrer extremen Kluft zwischen Arm und Reich. Dennoch sind manche der Meinung, dass gerade die Gleichmacherei in der Mao-Ära zur Schließung der Betriebe geführt hat und erst die Reform und Öffnung mit dem Prinzip »die Unterschiede vergrößern und mehr Anreize schaffen« China den Aufschwung gebracht hat. Wie kommen sie darauf, entgegen andere, die kapitalistischen Errungenschaften der zweiten 30 Jahre auf den Sozialismus der ersten 30 Jahre zurückzuführen? Dieser Einwand ist auf jeden Fall berechtigt, aber auch problema-

tisch. Ich möchte hier einen Punkt nennen: Hätte es in den ersten 30 Jahren nicht diese relativ gleiche Verteilung des Reichtums gegeben, wie hätte man dann in den zweiten 30 Jahren »die Unterschiede vergrößern und mehr Anreize schaffen« können? Wenn das Gummiband bereits auf einen Gini-Koeffizienten von 0,4 oder 0,5 angespannt ist, kann nicht noch mehr daran gezogen werden. Als das nationale Gummiband so angespannt war, dass es bereits nicht mehr elastisch war, hat die Kuomintang-Regierung immer noch weiter daran gezogen. Das Resultat war der Sieg der KPCh 1949. Damit ungleiche soziale Beziehungen zu einer historischen Kraft werden, bedarf es bestimmter Voraussetzungen wie Rückfederungen und Rekursionen. Und es ist eine sehr dialektische Angelegenheit.

Bei den Produktionsmitteln (wie Fabriken und Geschäften), als einer wichtigen Form von Reichtum, existierte in der Mao-Ära das Problem der Weitergabe nicht, da alles gesellschaftliches Eigentum war. Was die Werkzeugkiste des Schusters oder den Schubkarren des Messerschleifers anging, so hätten ihre Kinder diese erben können, aber vermutlich wollten die meisten diese Sachen gar nicht erben. Was die Konsumgüter anging, so hatte es auf dem Land eine Bodenreform gegeben, und von der Porzellanschale bis zur Fuchspelzjacke waren die Besitztümer der Grundbesitzer alle restlos aufgeteilt worden. Wenn der Reichtum relativ gleich verteilt ist, gibt es natürlich auch bei der Weitergabe des Reichtums keine großen Unterschiede. In den Städten hatte es keine so gewaltige soziale Revolution wie die Bodenreform gegeben und die meisten Familien haben ihre Häuser, ihre Ersparnisse, Gold, Silber, Schmuck und Antiquitäten behalten. Zu Beginn der »Kulturrevolution« wurde zwar einiges davon konfisziert, doch wurde danach alles wieder zurückgegeben oder ersetzt. Die ungleichmäßige Verteilung des Reichtums der Städter:innen vor 1949 wurde zu einem gewissen Grad in die Zeit nach 1949 übertragen. Hinzu kamen die Unterschiede im Einkommen nach 1949, was dazu führte, dass der Reichtum in den Städten um einiges ungleichmäßiger verteilt war als auf dem Land. Diese ungleichmäßige Verteilung des Reichtums wurde durch die Vererbung des Reichtums auch auf die nächste Generation übertragen.

An dieser Stelle muss natürlich auch über die Privilegien der Bürokraten gesprochen werden, wie: große Wohnung, Dienstwagen, Leibwächter und Dienstpersonal. Diese Privilegien, die ja durchaus auch Merkmale von Reichtum sind, waren nach der offiziellen Definition »für die revolutionäre Arbeit notwendig«. Das war sicherlich beschönigend formuliert, aber auch nicht völlig unangemessen. Die oben erwähnten privaten Immobilien, Ersparnisse und Antiquitäten konnten vererbt werden, während die Privilegien der Bürokrat:innen im Prinzip nicht vererbt werden konnten (und auch in der Praxis gab es kaum jemanden, der diese geerbt hat). Allerdings war das Phänomen weitverbreitet, dass Familienmitglieder und Freund:innen die Privilegien der Büro-

krat:innen mit nutzten – sonst hätten die »Weiterführung der Revolution« und die »Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus« ja auch kein Ziel gehabt.

Wenn man über die Weitergabe des Reichtums spricht, muss man unbedingt auch über die Wertauffassung jener Zeit sprechen. Weil die Produktionsmittel vergesellschaftet und die Konsumgüter relativ gleich verteilt waren, war Reichtum ein schwacher Wert. Interessant ist, dass der Begriff »Wertauffassung« sprachlich eine enge Beziehung zu Reichtum hat. Doch hatte Reichtum damals keine große Bedeutung. Man hat andere Dinge herangezogen (wie die politische Stellung und soziale Ehre), um den Wert der eigenen Existenz zu bestimmen. Für den sozialen Wettbewerb war Reichtum nicht das wichtigste (allerdings auch nicht völlig unwichtig). Wenn die jungen Frauen damals einen Partner suchten, war es wichtiger, ob er Parteimitglied war, und nicht, ob er ein paar Yuan mehr oder weniger verdiente. Deshalb hatte in dieser Zeit auch die Weitergabe des Reichtums keinen so großen Stellenwert, nicht wie heute, wo die Leute deswegen Privatkriege ausfechten. Das oben genannte alte Parteimitglied, das die Ersparnisse seines ganzen Lebens der Partei als Mitgliedsgebühr übergeben hat, oder der betagte Intellektuelle, der seine kostbaren Kunstschatze und sein traditionelles Hofhaus dem Staat geschenkt hat, haben das nicht getan, weil ihre Kinder für sie nicht wichtig waren, sondern weil das ihren Kindern nicht wichtig war. Damals war es schlichtweg nicht üblich.

## **Die Verteilung und Weitergabe von Reichtum in den zweiten 30 Jahren**

In den letzten 30, 40 Jahren hat sich die Situation grundlegend verändert. Die Produktionsmittel wurden im großen Rahmen privatisiert. Anfangs gab es kleine Geschäfte und Restaurants, später kamen die »Immobilienhaie« und »Finanzmagnaten«. Aufgrund der raschen Privatisierung der Produktionsmittel fand auch bei den Konsumgütern eine rasend schnelle Konzentration auf wenige Personen statt. In einigermaßen geregelten kapitalistischen Gesellschaften bedarf es für eine solche Ansammlung von individuellem Reichtum mehrerer Jahrzehnte, doch in China waren in der Zeit oft nur ein paar Jahre oder gar nur einige Tage nötig. Für diesen Zaubertrick »Reichtum« erwies sich der Zauberstab Macht als bestens geeignet. Wie gesagt war es in der Mao-Ära nicht möglich, dass die Kinder der Bürokrat:innen deren Privilegien erben. Auch die großen Hofhäuser, die ihnen vom Staat zugewiesen worden waren, konnten also nicht von den Kindern geerbt werden. Doch dann wurden die Regierungsbeamten mit einem Schlag Chefs von Privatunternehmen, und keiner konnte ihnen Einhalt gebieten, wenn sie sich prunkvolle Paläste bauten.



Reichtum als sozialer Wert breitete sich wie ein Lauffeuer in der gesamten Gesellschaft aus. Er wurde zum zentralen Bestandteil des Wertesystems. Die Elite der Oberschicht, die eine gewaltige Menge von Reichtum an sich gerissen hatte, wurde für die unteren Schichten zum Anreiz und Vorbild. Andererseits aber hat diese Elite auch unentwegt die Kanäle verstopft, durch die die unteren Schichten hätten aufsteigen können. Wenn die Begierde nach Reichtum, wie sie in den unteren Schichten geweckt worden ist, nicht zu Ehrgeiz und einem Lebensziel werden kann, kann sie nur innerlich weiterlodern. Als ich vor Jahrzehnten ein Krankenhaus besuchte, war die neurologische Abteilung menschenleer. Heute ist dort ein Gedränge wie morgens in der U-Bahn. Die Frau hat es satt, dass ihr Mann nichts zustande bringt und der Sohn keinen Ehrgeiz hat, und seufzt, dass sie kein Glück hat im Leben – weil sie damals so jemanden geheiratet hat. Der Ehemann denkt: Wenn ich mich mit den anderen vergleiche, bleibt mir nur noch, mich umzubringen. Der größte Fehler Chinas ist, dass es zu viele Menschen gibt. Ich muss bei mir selbst anfangen, ich soll nicht nur meinen Beitrag für das Land leisten, sondern meine Aufgabe über dem Soll erfüllen. Er würde bestimmt am liebsten die Regierungsbeamten, Reichen und Erfolgreichen »über dem Soll« beseitigen, aber diese Menschen werden von Bodyguards begleitet und von hohen Mauern geschützt. An sie kommt er nicht heran, weshalb er einen Kanister Benzin kauft, damit in den Bus einsteigt und ihn anzündet. Die, die ihm mit in sein Grab folgen, gehören alle zu seiner eigenen Klasse.

Die Reform-Ära ist eine Periode mit einer extremen gesellschaftlichen Atomisierung und Individualisierung. Was die allgemeine soziale Psyche angeht, so ist die »Familie« – und nicht mehr das »Land« – die grundlegende Einheit der sozialen Gemeinschaft. Sie können in irgendeine Familie gehen und werden feststellen, dass drinnen alles penibel geputzt und geordnet ist, während Sie draußen auf das genaue Gegenteil treffen: Häufig wird der öffentliche Raum (Gehwege, Grünflächen usw.) als Pissoir benutzt. In diesem individualisierten, atomisierten Umfeld wird die Redewendung »Die Gülle für das eigene Feld soll nicht das Nachbarfeld düngen« (d.h. nicht andere, sondern nur man selbst soll den Nutzen von etwas haben) zum »Naturgesetz« für die Weitergabe des Reichtums.

Ein Beispiel ist die Erbschaftssteuer, über die seit Jahren ohne Ergebnis geredet wird. Seit der Gründung der Volksrepublik China bis heute wurde nie eine Erbschaftssteuer erhoben. In den ersten 30 Jahren waren die Einkommensunterschiede und auch die Summe des Reichtums nicht groß. Unter diesen Umständen war eine Erbschaftssteuer als Maßnahme zur Regulierung der Verteilung des Reichtums ohne großen Nutzen. Doch warum in den 30 Jahren danach noch immer keine Erbschaftssteuer erhoben wurde, hat einen anderen Grund. Es wird oft gesagt, dass die Besitzverhältnisse der Wohlhabenden

schwer zu erfassen sind und deshalb keine Erbschaftssteuer erhoben werden kann. Diese Erklärung ist absurd. Die das sagen, haben nicht nur die ursprünglichen Zielsetzungen der Regierung vergessen, sondern auch ihre von ihnen selbst dauernd im Mund geführte »politische Überlegenheit«. Der Grund dafür, dass keine Erbschaftssteuer erhoben wird, ist weniger, dass die Bürokraten-Clique die finanzielle Situation anderer nicht erfassen kann, sondern vielmehr, dass sie sich nicht selbst entlarven will. Denn das Ausmaß der Korruption in dieser Bevölkerungsgruppe ist erstaunlich: Es ist keine Ausnahme, wenn ein Unterabteilungsleiter oder Abteilungsleiter über einen »Besitz unklarer Herkunft« von mehreren Millionen oder auch Milliarden verfügt. Wie kann man diesen Besitz, bevor er nicht gründlich weißgewaschen wurde, registrieren oder öffentlich machen?

In letzter Zeit ist in den Nachrichten oft von Cheng Muyang, dem Sohn des ehemaligen Ersten Sekretärs der Provinz Henan, die Rede. Nachdem der Vater begriffen hatte, dass Unheil bevorstand, schickte er seinen Sohn nach Kanada, um dort ins Immobiliengeschäft einzusteigen. Das ist inzwischen ein klassisches Muster, an dem wenigstens drei Aspekte der Bedeutung der blutsverwandten Familie erkennbar sind: 1) Reichtum, der aus den Taschen anderer genommen wurde, kann nur in die Tasche von Verwandten gesteckt werden. 2) Die blutsverwandte Familie ist nicht nur eine Lebensgemeinschaft im üblichen Sinne, sondern auch eine Special Task Force zum Schutz und Verlagern von Reichtum. 3) Der korrupte Beamte agiert in China, die Söhne und Töchter im Ausland. Das ist, verglichen mit den Vätern und Söhnen in der Vergangenheit, die gemeinsam Gräber ausgeraubt haben, sehr viel humaner. Beim Ausrauben der Gräber hat immer der Vater über der Erde das Einstiegsloch bewacht und der Sohn unter der Erde in der Grabkammer gearbeitet und nicht umgekehrt. Der Grund dafür war, dass jeder Vater, nachdem er die Schätze mit dem Seil nach oben gezogen hat, garantiert auch seinen Sohn wieder nach oben ziehen und nicht unten begraben wird.

### **Die Frage der Gerechtigkeit bei der Weitergabe von Reichtum**

Sollte Reichtum eigentlich überhaupt gleich verteilt werden? Wenn es nicht notwendig ist, den Reichtum gleichmäßig zu verteilen, dann muss der Reichtum auch nicht gleichmäßig weitergegeben werden. In der Frage, ob der Reichtum gleichmäßig verteilt werden soll, gibt es in der Geistesgeschichte grundsätzlich zwei Ansichten. Die eine besagt, dass der Reichtum nicht gleichmäßig verteilt werden muss, die andere, dass er gleichmäßig verteilt werden muss. Die ideologischen Strömungen, die die Meinung vertreten, dass der Reichtum nicht gleichmäßig verteilt werden soll, betrachten in der Regel die sozi-

ale Ungerechtigkeit (inklusive der ungleichen Verteilung des Reichtums) als den ursprünglichen Zustand der menschlichen Gesellschaft, den sie als »natürliche Ordnung« bezeichnen. In der Natur frisst der große Fisch den kleinen, und der kleine Fisch die Garnele und die Garnele die Mikroorganismen im Sand – und gilt nicht: Wenn der Sand sauber ist, ist das Wasser klar? Ich habe vor einiger Zeit einen »Kulturgelehrten« getroffen, der die ungleiche soziale Ordnung auf die Ordnung des Universums zurückführt. Ausgehend von den Prinzipien der »Thermodynamik des Universums« und dem Energieerhaltungssatz (»Energie geht nicht verloren«), kommt er zu dem Schluss, dass Wohlstand für alle nicht möglich ist. Wenn sich die Kulturwissenschaften mit Federn aus den Naturwissenschaften schmücken, lassen sich tatsächlich alle möglichen Theorien aufstellen.

Ich persönlich tendiere in der obigen Frage mehr zu dem zweiten Ansatz, gebe aber zu, dass auch der erste Ansatz nicht gänzlich irrational ist. Denn er erkennt, dass soziale Ungleichheit in den Tiefen der »menschlichen Natur« wurzelt, weshalb man sie durchaus als eine »natürliche Ordnung« betrachten könnte. Doch wohnt diesem Gedankengang auch ein grundlegender Fehler inne. Denn er erkennt nicht, dass auch die soziale Gerechtigkeit in den Tiefen der menschlichen Natur wurzelt. Die soziale Gerechtigkeit und die soziale Ungerechtigkeit entspringen im Grunde derselben menschlichen Natur. Sie sind die zwei Seiten einer Sache, die Einheit der Gegensätze. Wenn die soziale Ungerechtigkeit als natürliche Ordnung betrachtet wird, dann gilt das genauso auch für die soziale Gerechtigkeit. Das möchte ich hier allerdings nicht weiter diskutieren. (Wer Interesse hat, kann hierzu meine Artikel »Über die Gleichheit« (*Gaogao Didi Hua Pingdeng*) und »Nachdenken über die Modernisierung, Konkurrenz und Ungleichheit« (*Fansi Xiandaihua, Jingzheng yu Bu pingdeng*) konsultieren.

Ausgehend von den oben dargelegten Überlegungen vertrete ich in der Frage der sozialen Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit (inklusive der Gleichheit bzw. Ungleichheit bei der Verteilung des Reichtums) einen Standpunkt, der einem Satz von Mao Zedong sehr nahekommt: Unterschiede sind nötig, aber die Unterschiede dürfen nicht zu groß sein. In der Tat geht es nicht ohne Unterschiede, denn die Fähigkeiten und Anstrengungen der Menschen sind unterschiedlich. Lu Xun sagte einmal, er verwende die Zeit, in der andere Kaffee trinken und Mahjong spielen, dafür, Bücher zu lesen und Artikel zu schreiben. Lu Xun war begabt und dazu außergewöhnlich fleißig. Wenn sein Ruf und sein Einkommen gleich wären wie von den Leuten, die Kaffee trinken und Mahjong spielen, wäre das in der Tat ungerecht. Doch andererseits stehen die riesigen Unterschiede in der Verteilung des Reichtums auf dieser Welt in keinerlei Verhältnis zu den Unterschieden zwischen den einzelnen Menschen. Woraus sind diese wenigen Menschen eigentlich gemacht, die so viel Reichtum besitzen!

In meinem Theaterstück *Che Guevara* gibt es einen Satz: »Rede nicht ständig von natürlichen Unterschieden, das sind alles menschengemachte Gräben!«

Doch zurück zur Weitergabe des Reichtums. Alle Menschen lieben ihre Kinder, denn, um eine Formulierung aus dem *Decameron* zu verwenden, sie werden »nach 9 Monaten Schwangerschaft geboren und abertausend Male auf den Arm genommen«. Dazu kommen all die Jahre, in denen man Freuden und Kummer teilt und sich gegenseitig beisteht. Deshalb ist man mit seinen Kindern nicht nur, was die gemeinsamen Interessen angeht, aufs engste verknüpft, sondern auch emotional verbunden. So ist es durchaus vernünftig und nachvollziehbar, wenn die Menschen ihren mühsam angesammelten Besitz ihren Kindern hinterlassen. In einer Gesellschaft, in der der Reichtum im Großen und Ganzen gleich verteilt ist, könnte man also sagen, ist es am gerechtesten und einfachsten, wenn der Reichtum von den Kindern weitergeführt wird – vorausgesetzt, dass die Anzahl der Kinder ebenfalls im Großen und Ganzen gleich ist und nicht manche Familien nur ein Kind haben und andere acht oder neun Kinder.

Die Frage der Weitergabe des Reichtums wird erst wirklich zu einem Thema, das sich zu betrachten lohnt, wenn diese mit einer großen Ungleichheit bei der Verteilung des Reichtums verbunden ist. Wenn eine Minderheit aufgrund einer misständigen Gesellschaftsstruktur und einem misständigen Verteilungssystem einen enormen Reichtum besitzt, der keine Entsprechung in ihren Fähigkeiten und Anstrengungen findet, ist das schon nicht gerecht. Wenn nun aber diese Ungerechtigkeit bei der Verteilung des Reichtums durch die Vererbung des Familienbesitzes auf die nächste Generation transferiert wird, ist das noch ungerechter. Warum »noch ungerechter«? Es ist noch ungerechter, weil die reiche erste Generation zumindest selbst vom Fuß des Bergs zum Gipfel gestiegen ist. Die reiche zweite Generation dagegen wurde von ihren Eltern auf den Gipfel getragen, und die dritte und vierte reiche Generation wird gleich auf dem Berg geboren. Das hat große Ähnlichkeit mit der kaiserlichen Thronfolge in der Vergangenheit. Die Dynastiegründer der ersten Generation verfügten über die Hilfe des Himmels, die Unterstützung anderer sowie persönlichen Ehrgeiz. Sie haben sich unzähligen Strapazen und Gefahren unterzogen, doch die meisten sind gescheitert. Tausende haben versucht, eine Dynastie zu gründen, aber nur einem ist es tatsächlich gelungen. Dieser hat mit seinen Fähigkeiten und Erfahrungen tatsächlich alle anderen übertroffen. Wie Zhu Yuanzhang, der erste Kaiser der Ming-Dynastie, sagte: »Bis heute sind es 40 Jahre, dass ich meine Streitkräfte mobilisiert habe und dieses Reich regiere. Ich habe das Gute, Böse, Wahre und Falsche der menschlichen Gefühle kennengelernt.« Der zweite Ming-Kaiser war hartherzig und brutal, doch durchaus fähig. Der Kaiserthron gehörte eigentlich nicht ihm, er hat ihn mit einem Krieg von seinem Neffen an sich gerissen. Die Prinzen und kleinen Lieblinge

nach ihm waren unfähig. Zhu Yuanzhang hatte das bereits vorausgesehen und deshalb seine »Kaiserlichen Anweisungen« (*Huangming Zuxun*) verfasst, damit die kaiserlichen Nachkommen jene Grundsätze auswendig lernen sollten, die er selbst in seinem gefahrenvollen Leben erkannt hat.

Das Problem war, dass die kaiserlichen Nachkommen in ihren luxuriösen Gemächern sich diese Grundsätze vielleicht zwar merken konnten, sie aber nicht unbedingt verstanden und umsetzen konnten, und noch weniger an neue Umstände anpassen konnten. Deshalb ist das System der blutsverwandtschaftlichen Thronfolge sowohl ungerecht als auch ineffektiv. Auch für die kaiserlichen Nachkommen war es keineswegs gut. Denn eigentlich sind sie nicht anders als die Kinder in gewöhnlichen Familien: Manche lassen gerne Grillen gegeneinander kämpfen und werden Straßenhändler, manche können gut malen oder spielen ein Musikinstrument und wollen Künstler werden. Doch die kaiserlichen Nachkommen mussten den kaiserlichen Drachenthron besteigen und das Land regieren. Bedeutete das nicht eher, dass man sie auf den Schandstuhl setzte? Desgleichen gilt: Wenn man seinen Kindern zu viel Reichtum aufbürdet, wird dieser zu »unsinnigem Geld«. Im Lauf der Geschichte gab es unzählige Herrscheröhne, die nicht wussten, was sie mit den Schätzen, die sie bekommen hatten, anfangen sollten, und es fiel ihnen nichts Besseres ein, als irgendwelche zwielichtigen Personen durchzufüttern. Allerdings blieb ihnen so wenigstens noch der gute Ruf, aus Gerechtigkeitssinn ihr Vermögen mit anderen geteilt zu haben. Heute fährt die zweite reiche Generation sündhaft teure Autos und verursacht auf den Straßen heillose Unfälle. Wenn sie sich bei ihren Zusammenstößen selbst zu Tode erschrecken, ist das ihre Sache, doch stürzen sie damit schließlich auch andere ins Verderben.

## Die Frage nach dem Sinn der Weitergabe von Reichtum

Der Kern der traditionellen chinesischen Gesellschaft war die blutsverwandte Familie. Sämtliche soziale Wertauffassungen hatten unmittelbar damit zu tun. Für viele Menschen bestand der Sinn des Lebens darin, den Kindern ein Stück Land zu vermachen, auf dem sie glücklich leben konnten. Für die eigenen Kinder zu leben, sich für sie abzumühen und zu sterben, war für viele Menschen die Biografie ihres gesamten Lebens. Das ist sehr berührend, doch nüchtern betrachtet, war es auch ein Missstand. Denn es fehlte ihnen an einem Bewusstsein für das Leben, die menschlichen Gefühle und das Glück. Im Internet sieht man häufig Prominente, die auf Ehre und Gewissen versichern, dass sie alles tun werden, damit ihre Kinder ein unbeschwertes, süßes Leben haben. Sie sollen nichts arbeiten, sie sollen nur Spaß haben und sich freuen. Das ist nichts anderes als die Leute, die glauben, sie seien weiß Gott wer, wenn sie einmal

mehr als zwei Geldstücke in der Tasche haben. Doch solange man als Mensch angedredet wird, sollte man sich auch noch wie ein Mensch verhalten. Vieles in der menschlichen Gesellschaft wurde vor langer Zeit festgelegt. So sind der Wettbewerb und das Kämpfen für ein Ziel wichtige Aspekte der menschlichen Gesellschaft und der sozialen Beziehungen. Daher sind Wettkampf und Ehrgeiz auch eine wichtige Quelle für das Glücksempfinden (und das heißt: für den Sinn des menschlichen Lebens). Alle Menschen auf dieser Welt arbeiten, geben sich Mühe und ernten dafür Glück. Nur wenn man vom Fuß des Berges auf den Gipfel gestiegen ist, erlebt man diesen Moment, wenn man sieht, wie klein die anderen Berge sind. Menschen, die auf dem Gipfel geboren wurden, kennen dieses hehre Gefühl nicht. Deshalb: Es ist möglich, nur »Spaß zu haben«, wenn man Geld hat, aber es ist unmöglich, nur »glücklich zu sein«.

Vielleicht werden nun manche junge Leute fragen: Warum soll das nicht möglich sein? Mein Dad hat mir zum Geburtstag einen Lamborghini geschenkt, damit fahre ich jeden Tag eine Runde auf Leben und Tod, das macht mich total high! »High« ist in der Tat ein stabiler Index für ein momentanes Glücksgefühl. Bei 250 Kilometer pro Stunde richten sich einem die Haare auf, da wird man high, ob man will oder nicht. Doch das auf starken sinnlichen Reizen basierende Glücksgefühl lässt sich nicht über lange Zeit aufrechterhalten. Wenn die Nebenniere ständig auf 180 ist, ist der Körper mit Sicherheit bald am Ende. Die Beschreibungen der Ausschweifungen königlicher Nachkommen in den alten Texten sind in der Tat nicht wirklich realistisch. Selbst wenn sie an einem Tag 24 Orgasmen haben können – wie viele Tage halten sie das durch?

Es ist unnötig zu sagen, dass sinnliche Freuden und Glück nicht dasselbe sind. Glück beinhaltet das Bewusstsein eines lang andauernden Glückszustands, es ist eine rationale, tiefe und umfassende Freude wie Erkenntnis. Nur indem man das Gaspedal drückt und Viagra einnimmt, steigt die Ziffer auf dem Glücksindex nicht. Würde sie dadurch tatsächlich steigen, würden Drogenkonsument:innen zu den glücklichsten Menschen auf dieser Welt gehören. Bedauerlicherweise meinen tatsächlich viele dieser »zweiten Generation« – die Kinder der Reichen, Beamten und Prominenten – schnelle Autos zu fahren und Drogen zu nehmen sei Glück. Und noch bedauerlicher ist, dass es das »unsinnige Geld« ihrer Eltern ist, das die Voraussetzung für diese ultimativen Kicks schafft.

## Die Frage nach der Rolle der Kultur bei der Weitergabe von Reichtum

In Systemen mit Privateigentum ist es kaum zu vermeiden, dass die Eltern Voraussetzungen schaffen. Ebenfalls in einem System mit Privateigentum, war die chinesische traditionelle Kultur, was das Schaffen von Voraussetzungen für die eigenen Kinder angeht, besonders aktiv und leidenschaftlich. Die blutsverwandte Familie ist das Fundament der chinesischen Gesellschaft. Die Familie ist die kleine Dschunke, auf der man gemeinsam in dem Meer von Bitternis dieser Welt aufsteigt und untergeht. Natürlich gibt es für den Einzelnen außer der Familie auch noch andere gesellschaftliche Organisationen – von der Schulklasse im Kleinen bis zur Nation im Großen –, an denen er partizipieren und mit denen er sich identifizieren kann. Doch steht die Identifikation mit der Familie immer an erster Stelle. Der zentrale Wert in der traditionellen chinesischen Gesellschaft ist die Pietät (*Xiao*) der Kinder gegenüber ihren Eltern. Die andere Seite der kindlichen Pietät ist die fürsorgliche Liebe (*Ci*) der Eltern gegenüber ihren Kindern. Beide Werte sind nahezu bedingungslos. (Beispielsweise galt über lange Zeit in der chinesischen Geschichte im Bereich des Rechts das Prinzip der »wechselseitigen Geheimhaltung unter Verwandten« (*Qinqin Xiangyin*). Das heißt, wenn ein Verwandter das Gesetz gebrochen hat, *müssen* seine Verwandten dies verschweigen – nicht *dürfen* es verschweigen. (In vielen Dynastien wurden Personen, die Verwandte angeklagt haben, bestraft.) Religionen können über der blutsverwandten Familie stehen. Der Buddhismus hatte, nachdem er nach China gekommen war, einen solchen Einfluss, inklusive dem Einkassieren von einem Teil des Reichtums, der eigentlich hätte entlang der blutsverwandtschaftlichen Adern weiterfließen sollen. Die Hauptströmung aber war weiterhin die Wertauffassung von »nur die eigenen Verwandten sind Verwandte, nur der eigene Sohn ist ein Sohn« und die dazugehörigen Prinzipien für die Weitergabe des Reichtums.

Die Chines:innen kennen sich bestens aus mit Phänomenen wie »wer im Leben Leid und Not erleidet, stirbt einen friedlichen Tod«, »Reichtum hält nicht länger als drei Generationen« und »Helden kommen aus armen Familien«, haben aber dennoch die soziale Mobilität nach »unten« (wie auch das Abfließen des Reichtums nach »außen«) nicht zu einem sozialen Wert erhoben. Der Reichtum soll bewahrt und nicht umgeleitet oder verteilt werden. Sie haben gesehen, wie ein unfähiger Herrscher nach dem anderen das Land in den Untergang trieb und die Prinzen mit ihrem ungezügelter Lebensstil ihre Familien ruiniert haben. Doch nach ein paar Seufzern des Bedauerns, haben sie sich nicht weiter mit dem Thema befasst. Um es zusammenzufassen: Die traditionelle chinesische Gesellschaft hat, vom System bis zur Kultur, die Frage der Konzentration und Weitergabe des Reichtums nicht gut gelöst. Wertauf-

fassungen wie »die Moral weitervererben« und »die Kultur weitervererben« haben die Form der Verteilung und Weitergabe des Reichtums zwar durchaus auch beeinflusst, doch in einem sehr begrenzten Umfang.

Im neuen China hat alles ein völlig neues Gesicht bekommen. Sozialismus und Kommunismus hatten eine Zeit lang großen Einfluss und haben viele bestehende Gepflogenheiten verändert. Damals wollten die Söhne und Töchter aus einflussreichen Familien nicht in den stattlichen Anwesen ihrer Familie wohnen, sondern lebten lieber in den kaum mehr als zehn Quadratmeter großen Zimmern, die ihnen vom Staat zugeteilt worden waren. Die alte Generation schämte sich, dass sie nichts für das Land getan hatte, und nicht wenige schenkten ihre Häuser und Kostbarkeiten dem Staat. Doch wurde diese gesellschaftliche Tendenz von »alles unter dem Himmel ist Gemeingut« nach kurzer Zeit durch eine ultralinke Politik zunichtegemacht. In den darauffolgenden 30, 40 Jahren schrumpfte die Identifizierung mit dem Land auf die Identifizierung mit der Familie zusammen. Frei nach Jean-Paul Sartre wurde »Die anderen sind die Hölle« zum Leitspruch für die sozialen Beziehungen. Im Unterbewusstsein vieler fehlte nur noch, dass »jede Familie ein Verteidigungsministerium einrichtet« und »jeder Haushalt eine Grenzschutzarmee gründet«. In einem solchen extrem egoistischen kulturellen Umfeld kann es leicht passieren, dass großer Reichtum zu jenem oben erwähnten »unsinnigen Geld« degeneriert.

Im Vergleich dazu fließen in den westlichen Ländern der Gegenwart Werte wie religiöse Traditionen, sozialistisches Gedankengut und auch die kapitalistische Chancengleichheit usw. zu einer kulturellen Kraft zusammen, die bewirkt, dass eine relativ große Menge des Reichtums aus Privatbesitz an die Gesellschaft übergeht. Dass ein Teil der besitzenden Klasse eine Vermögens- bzw. Erbschaftssteuer befürwortet, zeigt, dass die Kraft kultureller Werte nicht unterschätzt werden darf. Man sollte die kulturellen Unterschiede zwischen Ost und West in diesem Punkt nicht überbewerten, aber sie müssen auf jeden Fall aufgezeigt werden.

## Schlusswort

Der Schöpfer hat den Menschen mit einer Reihe von angeborenen körperlichen und psychischen Einschränkungen ausgestattet. Der Tod, von dem eingangs die Rede war, ist die sogenannte große Beschränkung. Etwas kleinere Beschränkungen sind Dinge wie die Nebenniere, die Keimdrüsen oder der Blutzuckerwert. Auch hat die menschliche Psyche die Besonderheit, dass sie beim »Übersetzen« der äußeren Reize »neutralisiert«. Die Erregung, die ein Lottogewinn von 100 Millionen Yuan bewirkt, ist nicht hundertmal größer als die bei einem Lottogewinn von 10 Millionen. Sie ist nicht einmal zehnmals größer.



Sonst würde der Mensch kollabieren – wie der arme Gelehrte Fan Jin, der verrückt wurde, nachdem er die Beamtenprüfung bestanden hatte.<sup>1</sup> Diese »Neutralisierung« ist das hämische Grinsen angesichts des anmaßenden Reichtums. Wenn ich mir vorstelle, wie manche dieser Nachfahren der Affen wie auf einem Fließband auf die Golfplätze fahren, in exklusive Clubs gehen, in ihre Privatflugzeuge einsteigen, in Sieben-Sterne-Hotels übernachten, in der Aufbahnhalle liegen und im Krematorium eingäschert werden, kann ich nur voller Bedauern aufseufzen: Diese Menschen haben einen so großen Reichtum besessen, dass sie sich alles hätten kaufen können, doch konnten auch sie die große Beschränkung durch die Sterblichkeit des menschlichen Körpers nicht durchbrechen.

Um diese Beschränkung zu durchbrechen, ist der einzige Weg, das »Ich« zu vergrößern, das »kleine Ich« zu einem »großen Ich« zu machen, das »Eigene« zum »Allgemeinen« zu erweitern. Humanismus, Kommunismus und die großen Religionen sind sich hier alle einig. Weiter vorne habe ich geschrieben, dass die Kinder die Verlängerung des »Ich« sind. Tatsächlich aber ersetzen sie nur das »Ich«, sie erweitern es nicht. Besser ist es, wenn sich das »kleine Ich« den Prinzipien der menschlichen Beziehungen folgend – von eng zu lose, von nah zu entfernt – allmählich in die Richtung »alle Menschen« vergrößert.

Die Klasse der Reichen in China – sowie die große Masse, die sich danach sehnt, reich zu werden – könnte in einem vergrößerten »Ich« einen Lebenssinn finden, der den menschlichen Eigenschaften mehr entspricht als das high-Sein – zum Beispiel Gerechtigkeitssinn und Respekt. Vor einigen Jahren lief im Fernsehen eine Diskussionsendung über das Gesundheitssystem im Westen Chinas. Es ging um einen armen Kreis in Westchina, wo die Menschen, die an einer bestimmten Blutkrankheit erkranken, ihr ganzes Vermögen ausgeben, um die Krankheit zu behandeln, und dann meistens dennoch sterben. Die örtliche Regierung hat finanzielle Schwierigkeiten und ist nicht in der Lage, das Problem zu lösen. Da fasst ein dynamischer junger Unternehmer den Entschluss, zwei Millionen Yuan zu spenden, um für die Kreisstadt einen Hilfsfonds zur Behandlung der Krankheit einzurichten. Wie schön! Wie Hoffnung der Menschen, die diese Krankheit haben, steigt, und das Risiko des Unternehmers für einen erhöhten Blutzuckerwert, Cholesterinwert und Blutdruck sowie die Wahrscheinlichkeit, dass sich sein Sohn mit Frauen, schnellen Autos und Drogen die Zeit vertreibt, sinken. Rühren uns die Tränen der Dankbarkeit der Menschen, die die Wohltat erfahren, ihrer Familienangehörigen und selbst der Fernseh Zuschauer nicht mehr als der Glanz von Edelsteinen, Jade und Goldbarren?! Das

---

<sup>1</sup> Fan Jin ist eine Figur aus dem Qing-zeitlichen satirischen Roman »Das Privatleben der Gebildeten« von Wu Jingzi. (Anm. der Übers.)

heißt nicht, dass alle Menschen, die Geld haben, ihr Geld spenden sollen. Es gibt viele Wege, Reichtum für einen guten Zweck zu verwenden.

Die Evolution vom Tier zum »Menschen« ist noch längst nicht abgeschlossen, sondern gerade im Gange. Die Erweiterung des »kleinen Ich« zum »großen Ich«, vom »Eigenen« zum »Allgemeinen« ist ein wichtiger Aspekt dieser Evolution. Das ist natürlich ein Thema, das eine große Zeitspanne umfasst, doch indem wir über die komplizierte und vielgestaltige moralische Evolution der Menschheit nachdenken, können wir damit vielleicht für das Problem der Weitergabe des Reichtums, mit der China demnächst konfrontiert wird, ein paar Anregungen geben.

*Beijing Cultural Review: Dezember 2015*

*Übersetzung: Dr. Beate Geist*



# Wie man das gegenwärtige China verstehen kann

von Zhang Zhiqiang

## Die richtige Haltung, um China zu verstehen

Was das gegenwärtige China angeht, so hat die Frage, wie man China verstehen kann, eine große politische Bedeutung. In den akademischen und ideologischen Kreisen gibt es bei dem Thema, wie man China verstehen kann, seit jeher verschiedenerlei Ansichten, die wiederum verschiedenerlei ideologische Voreinstellungen enthalten. Vom gegenwärtigen Kontext ausgehend können wir die Beschreibungen von China in zwei große Kategorien einteilen: Die eine Kategorie ist der Modus der Selbstaufgabe, die andere der Modus der Selbstverteidigung.

Als Modus der Selbstaufgabe bezeichne ich eine Haltung, bei der China vom Standpunkt eines sogenannten höheren zivilisatorischen Wertes aus kritisiert wird. Im heutigen Kontext gehören sowohl die »öffentlichen Intellektuellen« als auch die »kritischen Intellektuellen« zu diesem Modus. Warum sage ich, dass sie sich selbst aufgeben? Weil die Art und Weise, in der sie China kritisieren, mehr und mehr zu einem Ventil geworden ist, um dem eigenen Missmut über Chinas Unzulänglichkeiten Luft zu machen. Seit vielen Jahren geht die Kritik an China gewöhnlich von einem anti-feudalistischen Standpunkt und den sogenannten modernen Werten aus. Darüber hinaus aber ist in diesen Jahren eine weitere Art der Kritik an China aufgekommen, die das gegenwärtige China von der chinesischen Tradition ausgehend angreift. Wenn China im gegenwärtigen Kontext von der Moderne ausgehend angegriffen wird, so geschieht das meistens vor dem Hintergrund des Westens und Amerikas. Wenn China von seiner Tradition aus angegriffen wird, so vor dem Hintergrund von Japan, Korea und Taiwan. Das »Republik China-Fieber« (*Minguore*) der letzten Jahre beinhaltet in konzentrierter Form beide diese Unzufriedenheiten gegenüber dem gegenwärtigen China. Aus Sicht des »Republik China-Fiebers« (das sich in erster Linie auf Taiwan bezieht) ist das gegenwärtige China weder »traditionell« noch »modern«. Diese Kritik wird zusehends heftiger und übersteigt bereits die politische Kritik. Sie ist eine umfassende Negation der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft und Kultur und in einem gewissen Sinn sogar eine Kritik an den heutigen Chines:innen. Oberflächlich betrachtet ist es eine interne Selbstkritik, denn in China gibt es in der Tat vieles, was unzureichend ist. Auch geschieht diese Kritik natürlich mit dem Ziel, China besser zu machen. Doch allem Anschein nach hat diese Kritik die rationale Ebene bereits überschritten und sich zu einer Stimmung der Wut und der Selbstab-

scheu entwickelt. Zu einem gewissen Grad korrespondiert dies auch mit der momentanen weltweiten Tendenz, China anzuschwärzen. Man könnte sagen, dass sich beides gegenseitig bedingt. Doch wenn wir so mit uns selbst umgehen, ist das entsetzlich. Es könnte die Grundlage für die Selbständigkeit Chinas zerstören. Möglicherweise ist diese Haltung der Selbstaufgabe das eigentliche Problem der chinesischen Gesellschaft. Eine solche Haltung bringt mit Sicherheit extreme Erscheinungsformen mit sich. Eine Erscheinungsform ist ein extremes Minderwertigkeitsgefühl. Ein extremes Minderwertigkeitsgefühl bringt unweigerlich eine abnormale extreme Selbstachtung mit sich, die wiederum, wenn es zu nationalen Konflikten kommt, sehr schnell zu einem irrationalen gewalttätigen Nationalismus werden kann. Wenn es einer Nation mit einer so tief verwurzelten Geschichte und Kultur an kultureller und politischer Entschlossenheit mangelt, wird das für das Land nicht von Vorteil sein.

Die zweite Haltung ist die der Selbstverteidigung. In diesen Jahren gibt es zahlreiche Diskussionen über das chinesische Modell, die auch ein Schauplatz für die Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links sind. Die meisten, die das chinesische Modell befürworten, sind »Linke«. Ihre Darstellungen gehen von den Erfolgen der wirtschaftlichen Entwicklung im gegenwärtigen China aus und verteidigen diese Erfahrungen des chinesischen Erfolgs. Ausgehend von den erzielten Erfolgen suchen sie rückblickend nach den Grundlagen und Gründen für den Erfolg Chinas. Nach meinem Verständnis ist diese Vorgehensweise nicht wirklich perfekt, da sie im Prinzip lediglich die Erfahrungen des chinesischen Erfolgs zusammenfasst, die innere Logik und Triebkraft des sogenannten chinesischen Wegs hinter diesen Erfahrungen sowie die Rückschläge in dem historischen Prozess, der von dieser Triebkraft und Logik ausgelöst wurde, nicht sieht. Genau diese Rückschläge aber müssen wir verstehen. Für eine vollständige Erklärung genügt es nicht, lediglich die Erfolge zu verteidigen.

Welche Haltung sollten wir nun gegenüber diesen beiden Standpunkten einnehmen? Ich bin der Meinung, dass die Frage, wie China und seine Moderne verstanden werden sollen, letztendlich die Frage ist, wie die heutigen Chines:innen wieder Chines:innen werden können. Um China zu verstehen, müssen wir unser in der Gegenwart befindliches kleines Ich (*Xiaowo*) erweitern, damit es mit den historischen Erfahrungen dieses Landes, dieser Nation und Zivilisation mit ihrer fünftausendjährigen Geschichte und ihren großen Dimensionen ein tiefes Gefühl der Verbundenheit entwickelt und eine Beziehung zu dem Schicksal der Nation herstellt.

Das heißt, unsere Aufgabe, China zu verstehen, ist völlig verschieden davon, wie Japaner:innen oder Amerikaner:innen China verstehen. Auch wenn unsere Schlussfolgerungen auf der wissenschaftlichen Ebene vielleicht die gleichen sind, muss unsere Haltung eine vollkommen andere sein. Denn hier geht es um die Erkenntnis der Chines:innen ihr eigenes Land betreffend. Dahinter

steht eine emotionale Frage. Nun werden natürlich alle fragen, ob diese emotionale Haltung denn nicht das objektive Erkennen des Problems überdeckt. Unsere positivistische Ausbildung verlangt, dass wir zuerst das Subjekt leeren und dann das Objekt betrachten. Nur so ist objektive und eindeutige Erkenntnis möglich. Tatsächlich vertrete ich hier eine entgegengesetzte Meinung. Die Welt, oder der Erkenntnisgegenstand, mit dem wir Geistes- und Sozialwissenschaftler:innen uns befassen, ist kein unveränderliches Objekt, das nicht sprechen kann und keine Bedeutung hat, sondern eine Bedeutungswelt, ein Objekt mit einem tieferen Sinn. Angesichts eines solchen bedeutungsvollen Objekts bedarf es gerade eines Subjekts mit einem Gefühl für Bedeutung. Nur so kann Resonanz entstehen. Wenn wir der Welt gegenüber wirklich eine geisteswissenschaftliche Haltung einnehmen, werden wir bemerken, dass immer das Objekt die Methode bestimmt. Nur wenn die Methode nach den spezifischen Besonderheiten des Objekts ausgewählt und entwickelt wird, kann man eine Erkenntnis erlangen, die dem Objekt wirklich entspricht. Nur eine Methode, die für dieses Objekt geeignet ist, ist eine wirkliche Garantie für Objektivität. Deshalb wird eine emotionale Haltung die Erkenntnis unser eigenes Land betreffend nicht nur nicht behindern, sondern im Gegenteil zu einer äußerst objektiven Erkenntnis führen. Deshalb brauchen wir, wenn wir China verstehen wollen, eben diese Haltung und Methode und keine diffuse Methodologie von der Art »In der Gelehrsamkeit gibt es keine Unterscheidung in Ost und West« (*Xue Wu Zhong Xi*), in der Annahme, man könne ein und dieselbe Methode für sämtliche Erkenntnisobjekte anwenden und damit alle Probleme lösen.

## Die chinesischen Prinzipien

Die Frage, wie man China verstehen kann, bedeutet für mich, nach den Prinzipien zu forschen, die dazu geführt haben, dass China China ist. Nach den chinesischen Prinzipien zu forschen, heißt dabei nicht, dass wir in der Geschichte nach einigen wichtigen Faktoren suchen, diese unter Verwendung einer Methode miteinander verflechten und daraus eine Theorie machen. Es heißt vielmehr, die Methode von »Ursprung und Entwicklung« anzuwenden, um die Prinzipien Chinas historisch und dynamisch zu erfassen. Was die Prinzipien angeht, die China zu China gemacht haben, muss meiner Ansicht nach beim Zeitpunkt der Entstehung Chinas begonnen werden. Doch wann war dieser Zeitpunkt der Entstehung Chinas? Zur Entstehung der chinesischen Zivilisation gibt es zahlreiche archäologische Untersuchungen. Li Boqian nimmt hier eine sehr kluge Abgrenzung vor, indem er betont, dass die Entstehung von zivilisatorischen Faktoren und die Herausbildung einer Zivilisation zu zwei unterschiedlichen Ebenen gehören, und feststellt, dass es zwar zahlreiche Diskussionen

über den Ursprung der zivilisatorischen Faktoren in China gibt, jedoch keine Diskussion über die Herausbildung der chinesischen Zivilisation.<sup>1</sup> Das heißt, auf dem Gebiet Chinas sind in der Vergangenheit viele Faktoren der menschlichen Zivilisation entstanden; doch inwiefern die Entstehung dieser zivilisatorischen Faktoren auch als Entstehung der chinesischen Zivilisation bezeichnet werden kann, bedarf weiterer Untersuchungen. Su Bingqi<sup>2</sup> hat ebenfalls eine sehr gute Erklärung gegeben. Er sagt, dass erst, als sich ein politisches Gebilde mit der Bedeutung China herausgebildet hat, dieses zum Ursprung der chinesischen Zivilisation werden konnte. Das impliziert, dass die Entstehung Chinas in Wirklichkeit der politischen Lösung für die Frage nach Chinas Dimensionen entsprungen ist. »China« ist ein Selbstbewusstsein, das aus der Erschaffung einer politischen Ordnung heraus entstanden ist, um das Problem der Dimensionen von »China« zu lösen. Deshalb meint Su Bingqi, dass bereits in der Zeit der Fünf Kaiser im allgemeinen Bewusstsein ein »China« aufgetaucht ist, doch erst während der drei Dynastien gab es »China« als eine Idee. Das Kennzeichen Chinas ist das Aufkommen eines vereinten politischen Gebildes. Gleichzeitig mit der Entstehung dieser politischen Einheit aber gab es auch eine Wertausrichtung, die diese politische Ordnung erst ermöglicht hat, d.h. die bewirkt hat, dass es für die politische Einheit gültige Wertgefühle und Wertauffassungen gab. In der Shang-Zeit kam die Vorstellung vom Mandat des Himmels (*Tianming*) auf. Diese Vorstellung steht in einer engen Wechselbeziehung mit dem Konzept »China«. Sie zeigt die Rechtmäßigkeit der Werte hinter der Idee »China«.

Die Zhou waren ein kleiner Staat und standen, nachdem sie die Shang abgelöst hatten, bei der Verwaltung des riesigen Erbes der Shang zunächst vor dem Problem, dass sie nicht stark genug waren, um dieses Reich zu regieren. Deshalb haben sie das patriarchalisch-feudale System geschaffen. Dieses System beinhaltet ein besonderes Prinzip: einen Mechanismus der Verteilung der Macht auf unterschiedliche Gruppen. So hat das patriarchalisch-feudale System gleichzeitig mit der Lösung des Problems der politischen Kontrolle auch das Problem der Legitimität der politischen Macht gelöst. Der Hintergrund für dieses patriarchalisch-feudale System ist eine allgemein anerkannte Wertimplikation: Einheit schaffen, indem man die Unterschiede in Einklang bringt, und nicht durch das Beseitigen der Unterschiede. Betrachtet man die Prinzipien, die China zu China gemacht haben, von ihrem Ursprung her, so lassen sich

---

<sup>1</sup> Li Boqian (1937) ist Archäologe mit Schwerpunkt Bronzezeit, beschäftigt sich insbesondere mit »bronzekulturellen Struktursystemen in China«.

<sup>2</sup> Su Binqi (1909–1997) war Archäologe und vor allem für seine Forschungen über die regionale Verbreitung der chinesischen neolithischen Kultur und den Ursprung der chinesischen Zivilisation bekannt.

folgende Merkmale erkennen: 1. Von der politischen Wirkung her betrachtet, ist es die »Große Einheit« (*Dayitong*), die notwendig war, um das Problem der Dimensionen Chinas zu lösen. Es war diese Frage der Dimensionen Chinas, die die Herausbildung der Zivilisation und der politischen Ordnung »China« vorangebracht hat. 2. Von der Wertbedeutung her betrachtet, gibt es den Wert des himmlischen Mandats. Auch wenn das »Mandat des Himmels« Teil der Vorstellung ist, dass »der Herrscher in der besonderen Gunst des Himmels steht«, erfordert es als Voraussetzung ein Bewusstsein, dass alle an diesem Mandat des Himmels teilhaben können. Das wurde zur Wertequelle für das Prinzip der politischen Legitimität. 3. Das patriarchalisch-feudale System hat die Vorstellung der Teilhabe an der Macht des Himmels und die Vorstellung, dass der Herrscher in der besonderen Gunst des Himmels steht, dialektisch miteinander verbunden. Unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Gegebenheiten wurde dies zu einem grundlegenden Entwurf für ein neues System: das »Regieren durch die Riten« (*Lizhi*), das auf dem Prinzip der rechtmäßigen Teilhabe an der Macht und der Verwirklichung der politischen Ordnung nicht durch das Beseitigen der Unterschiede, sondern indem die Unterschiede miteinander in Einklang gebracht werden, gründet. Die Zhou-Dynastie hat, um ein konkretes politisches Problem zu lösen, das Prinzip des Regierens anhand der Riten geschaffen. Dieses Prinzip wurde zum leitenden Werteprinzip der nachfolgenden politischen und historischen Entwicklung »Chinas«. Zwar sah sich jede Dynastie mit unterschiedlichen konkreten historischen Fragen konfrontiert, doch dieses Werteprinzip war in der gesamten chinesischen Geschichte stets das bestimmende Werteprinzip.

Daher kann man sagen, dass sich die historische Entwicklung Chinas in der Wechselbeziehung zwischen zwei Grundsätzen abgespielt hat. Einerseits hat die Triebkraft für die historische Entwicklung kausalen Charakter und wird von realen Interessen bestimmt. Auf der anderen Seite wird die historische Entwicklung aber von Werten gelenkt. Das Wertstreben der Menschen ist zwar nicht die Triebkraft für die Kausalität der Geschichte, doch existiert es als ihr Ziel. Daher mussten in der chinesischen Geschichte alle Lösungen für neue historische Probleme die Werteprinzipien hinter dem Prinzip des Regierens anhand der Riten aktivieren, damit diese die Richtung für die Lösung des historischen Problems vorgeben konnten. Nur dadurch können die Erfahrungen aus der chinesischen Geschichte fort dauern, und nur so gründen die Lösungen für das Problem von Chinas Dimensionen auf Erfahrungen, die in der chinesischen Zivilisation von Bedeutung sind. Die Essenz dieser Erfahrungen ist: 1) Die »Große Einheit ist die Lösung für das Problem von Chinas Dimensionen. 2) Die »Große Einheit« bedarf als Grundlage der »Menschlichkeit« (*Ren*), die die Unterschiede in Einklang bringt. Denn sonst ist es nicht möglich, das Problem von Chinas Dimensionen grundsätzlich zu lösen. 3) Das Ziel des Prinzips



des Regierens anhand der Riten (*Lizhi*) unter der Anleitung durch das Prinzip der »Menschlichkeit« ist, das Fortbestehen und Florieren der Gemeinschaft zu verwirklichen und aufrechtzuerhalten.

Bekanntlich war im alten Griechenland und im Römischen Reich die Art und Weise, wie mit Unterschieden umgegangen wurde, eine andere als die chinesische Methode, die Unterschiede in Einklang zu bringen, und die Macht zu verteilen. Die Demokratie innerhalb der griechischen Stadtstaaten führte nicht zwangsläufig zur Demokratie zwischen den Stadtstaaten, vielmehr herrschte zwischen den Stadtstaaten ein andauernder Kriegszustand und es entstanden immer wieder Hegemonien. Das Römische Reich war nicht mehr als die Kontrolle Roms über das Imperium, so wie Qian Mu es beschrieben hat: Das Römische Reich ist wie ein Leuchter in der Mitte des Reichs. Sobald er gelöscht wird, zerfällt das Reich zwangsläufig. In China dagegen ist der ganze Himmel voller Lampen, und wenn ein Licht erlischt, leuchten noch immer viele andere.

Francis Fukuyama hat etwas sehr Vernünftiges gesagt: Was Hobbes sich als den Ursprung der Politik und der Gesellschaft vorgestellt hat, entspricht in Wirklichkeit nicht den anthropologischen Tatsachen. Nach den Entdeckungen der Anthropologie haben die Menschen immer in Gemeinschaften gelebt. Deshalb herrscht zwischen den einzelnen Menschen nicht unbedingt Krieg, jedoch zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften. Der Mensch kann nur in der Gemeinschaft überleben, er ist »ein soziales Tier«. Er muss in einer Gruppe leben und ist kein einsames absolutes Individuum wie in der Hobbes'schen Vorstellung. Die chinesischen Prinzipien entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen der Menschheit und den Tatsachen des Ursprungs der Politik daher besser.

## Wie man das moderne China verstehen kann

Heutzutage wird sowohl in der Revolutionsgeschichte als auch in den Darstellungen der chinesischen Modernisierung der Opiumkrieg im Jahr 1840 als Beginn der Neuzeit (*Jindai*) betrachtet. Man geht davon aus, dass das der Beginn der westlichen Aggression war, die für die bis dahin stagnierende chinesische Gesellschaft einen grundlegenden Wandel mit sich gebracht hat, der wiederum der Anstoß für den Fortschritt Chinas war. Das ist die grundlegende Annahme sowohl in den Beschreibungen der Revolutionsgeschichte als auch in den Beschreibungen der Modernisierung. Das heißt, es gibt im Verständnis der chinesischen Moderne eine Voreinstellung, die sich auf die modernen westlichen Normen stützt. Meiner Ansicht nach muss diese Voreinstellung hinterfragt werden. Wie kann es sein, dass China, als ein Land mit einer so großen Bevölkerung und so großen Dimensionen, nicht Teil der Welt war? Worauf es ankommt, ist zu fragen, wie China in der Welt existiert hat und in was für einer

Welt. China wurde selbstverständlich nicht erst im Jahr 1840 Teil der Weltgeschichte. China war immer ein Teil der Welt und ein unentbehrlicher Teil der Weltgeschichte. Und, was noch wichtiger ist, China war einst eine der zentralen Triebkräfte der Weltgeschichte. China war das Zentrum jener sogenannten vormodernen Welt.

In diesem Sinn dürfen wir die chinesische Neuzeit nicht einfach als ein Resultat der Einwirkung äußerer Kräfte betrachten, zumal äußere Ursachen auch erst aufgrund innerer Ursachen ihre Wirkung entfalten können. Selbstverständlich hatten diese äußeren Kräfte eine Auswirkung. Doch welche Bedeutung diese Auswirkung hatte, lohnt es sich von Neuem zu bewerten. Ich meine, wenn man diesen historischen Moment als den Prozess der Aufnahme der chinesischen Geschichte in die Geschichte der Neuzeit versteht, betont man damit lediglich, dass die moderne Weltordnung mit Europa als Zentrum die vormoderne Weltordnung mit China und Indien als Zentrum abgelöst hat. Wenn man die moderne chinesische Geschichte aber in diesem großen historischen Rahmen betrachtet, muss man sie verlängern, sie mit dem Altertum verbinden. Um die chinesische Moderne zu verstehen, sollte man insbesondere von dem Beitrag der Yuan-Zeit für die chinesische Geschichte ausgehen.

Die sogenannte vormoderne Weltordnung steht in einem engen Zusammenhang mit der Gründung der Yuan-Dynastie. Die Yuan-Dynastie hat zwei äußerst wichtige historische Beiträge geleistet: Der erste war die Errichtung eines riesigen Reichs, das den gesamten eurasischen Kontinent umfasste, und das Erschließen des eurasischen Binnenmarkts, was die Kosten für den Handel deutlich senkte. Der zweite Beitrag betrifft die chinesische Geschichte. Die Yuan-Dynastie hat den Zustand der politischen Teilung in Nord und Süd seit dem Aufstand des An Lushan in der Tang-Zeit aufgehoben und das Reich erneut vereint. In der chinesischen Geschichtsschreibung gibt es die Vorstellung der Legitimität (*Zhengtong*) und eine lineare Beschreibung der Geschichte. Das Aufkommen des Neokonfuzianismus in der Song-Zeit brachte die orthodox-konfuzianische Vorstellung der legitimen Herrschaft zur Reife. In den auf dieser Vorstellung von Legitimität basierenden Beschreibungen der chinesischen Geschichte hat die Song-Dynastie die legitime Herrschaft von der Tang-Dynastie übernommen. Doch übersieht diese lineare legitimistische Geschichtsauffassung die gleichzeitig mit der Song-Dynastie bestehenden Dynastien Liao, Jin und Xia. Diese Dynastien existierten von der Song-Dynastie örtlich getrennt, aber zur gleichen Zeit. Das heißt, in dieser Periode gab es außer der Song-Dynastie noch drei weitere Staaten. Diese drei Staaten waren zwar Regime nationaler Minderheiten, doch alle waren konfuzianische und damit chinesische Systeme. Wenn wir die Geschichte der Song anhand der orthodox-konfuzianischen Vorstellung der legitimen Herrschaft betrachten, vernachlässigen wir die historische Rolle der Liao, Jin und Xia. Die wichtige Bedeutung der Yuan-

Dynastie besteht darin, dass sie aus dieser Situation – dass es neben der Song-Dynastie noch drei weitere Staaten gab, wieder eine Einheit geschaffen hat und damit das 500 Jahre lang seit dem An Lushan-Aufstand geteilte Gebiet wieder vereint hat – erneut ein Großchina geschaffen haben.

Die Ming-Dynastie war mit der Situation konfrontiert, dass sie die einst von der Yuan-Dynastie kontrollierten Gebiete der Liao und Jin mit in das eigene Territorium aufnehmen musste. Das war das Problem der Ming-Dynastie. Zudem hatte die Yuan-Dynastie eine Weltordnung errichtet, die zu einer umfassenden Freisetzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Energien innerhalb Chinas geführt hatte. Die Yuan-Dynastie hat die in der Song-Zeit bereits weitentwickelte Warenwirtschaft noch mehr ausgeweitet. Auch erfuhr die soziale Mobilität eine Entwicklung wie noch nie zuvor. Daher war die historische Aufgabe der Ming-Dynastie, die sich in jenem Zwischenraum zwischen der vormodernen und der modernen Weltordnung befand, äußerst schwierig. Sie musste angesichts einer historischen Situation, in der die gesellschaftlichen Energien wie nie zuvor freigesetzt waren, und unter der Voraussetzung, den wirtschaftlichen Aufschwung weiterzuführen, eine neue stabile politische Ordnung schaffen.

Strenggenommen existieren diese Schwierigkeiten, auf die die Ming-Dynastie stieß, heute immer noch. Man könnte sagen, dass diese Epoche, die vor drei-, vierhundert Jahren begonnen hat, heute noch immer nicht zu Ende ist. Wie sollen wir nun diese historischen Schwierigkeiten betrachten, mit denen sich die Ming-Dynastie konfrontiert sah? Zunächst war eine wichtige Besonderheit der Politik in der Ming-Zeit die starke Konzentration der Herrschergewalt. In der Vergangenheit wurde häufig der Standpunkt vertreten, dass die Machtkonzentration in der Ming-Dynastie eine Stärkung der absoluten Herrschaft darstellte. Sowohl in der Revolutionsgeschichte als auch in den Beschreibungen der Modernisierung wurde dies als eine reaktionäre historische Entwicklung gesehen. In meinen Augen aber ist, wenn man diese Werte-Voreinstellung hinter sich lässt, die Ursache für diese Entwicklung der Politik in der Ming-Zeit vielleicht gerade Ausdruck einer vernünftigen politischen Entwicklung. Denn angesichts einer Gesellschaft mit einer solchen Freisetzung der gesellschaftlichen Energien ist die erste Reaktion der Politik immer, die Kontrolle zu verstärken. Daher bestand der Kern des Problems der Ming-Dynastie nicht in der starken Konzentration der Herrschergewalt, sondern in dem historischen Paradox, dass die Herrschergewalt einerseits in hohem Maße konzentriert war, andererseits jedoch zunehmend schwächer wurde.

Beginnend mit dem Ersten Qin-Kaiser stellte das Kaisertum prinzipiell einen historischen Fortschritt dar. Das Kaisertum hat die große Einheit und Stabilität im Innern herbeigeführt. Allerdings hat es von Natur aus den Makel, dass sein politisches Fundament schwach ist. Der Kaiser kann nicht einmal seinen Ver-

wandten vertrauen, und von den Gelehrten ist er zum einen abhängig, muss sich zugleich aber auch vor ihnen in Acht nehmen. Was die vernünftige Entwicklung der Politik angeht, war ein großer Schwachpunkt des Kaisertums von jeher, dass es ihm an einer breiten Machtbasis fehlte. In der Ming-Dynastie wurde dieser Punkt noch deutlicher.

Zudem hatte die fortlaufende Freisetzung der gesellschaftlichen Energien auch noch eine weitere, noch wichtigere Auswirkung auf die Gesellschaft. Während der Ming-Zeit kamen einige landwirtschaftliche Produkte vom amerikanischen Kontinent nach China. Der Maisanbau löste das Problem der Knappheit an Getreide und die Bevölkerung begann, in großem Umfang zuzunehmen. Frühere Statistiken über die Bevölkerung in der Ming-Zeit sind oft ungenau, doch ist die Bevölkerung in der Ming-Zeit tatsächlich bereits explosionsartig gewachsen. Das Bevölkerungswachstum hatte zur Folge, dass die Mobilität der Bevölkerung zunahm, was schließlich zu einer Gesellschaft von Migrant:innen führte. Die Besonderheit der Gesellschaft der Migrant:innen ist die Loslösung von der konfuzianischen ethischen Ordnung.

Nach der mittleren Periode der Ming hat der Staat allen erlaubt, ihrem ersten Ahnherrn Opfer darzubringen, was zu einer Ausweitung der Macht der Clans führte. Die konfuzianische Ethik und das Clansystem haben sich so bis auf die untere Ebene der Gesellschaft ausgebreitet. Zugleich wurde die Entwicklung der Clans in der Ming- und Qing-Zeit von einer weiteren Erscheinung begleitet: der Entstehung der Volksreligionen. Die Volksreligionen und die Clangesellschaft erfüllten die gesellschaftspolitische Funktion, die Ordnung der unteren Gesellschaftsebenen zu stabilisieren. Damit stehen sie in einer Linie mit der großen Tradition. In der Gesellschaft der Migrant:innen – sie waren von der Clan-Ordnung losgelöst und benötigten daher eine andere Form der Organisation – bildeten sich Organisationen, die das System der Blutsverwandtschaft imitierten. So entstanden jene von mir als »Religionen des gemeinen Volkes« (*Shumin Zongjiao*) bezeichneten volkstümlichen Organisationen. »Religionen des gemeinen Volkes« meint jene Organisationen, die aus dem Bedürfnis nach gegenseitiger Unterstützung und Gemeinsamkeit entstanden, nachdem sich die Einzelnen von der alten Ordnung gelöst hatten. Der Glaube an Guandi ist eine typische Form einer Religion des gemeinen Volkes. Religiöse Organisationen wie die Geheimgesellschaft des Weißen Lotus sind typische religiöse Organisationen des gemeinen Volkes. Die Entstehung des gemeinen Volkes und einer Gesellschaft des gemeinen Volkes war zu einer Frage geworden, mit der sich der Staat auseinandersetzen musste. Anders als bei der Migrant:innen-Frage in den Epochen zuvor aber, konnte aufgrund der großen Dimension der Gesellschaft des gemeinen Volkes in der Ming-Zeit die Lösung nicht mehr sein, dass der Staat die Migrant:innen ein weiteres Mal in das Volk eingliederte. Der Staat musste der Gesellschaft des gemeinen Vol-

kes eine neue Ordnung geben. Ich denke, das war eine Frage, mit der sich die Ming-Dynastie auf jeden Fall auseinanderzusetzen hatte.

Bei der Entstehung der Gesellschaft des gemeinen Volkes gab es eine äußerst wichtige Erscheinung – die Städter:innen. Ich verstehe die Städter:innen nicht vom Blickwinkel der modernen städtischen Gesellschaft oder bürgerlichen Gesellschaft aus, sondern meine damit das gemeine Volk, das in Städten wohnte und sich bereits von der alten moralischen Ordnung losgelöst hat. Das Aufkommen der städtischen Gesellschaft ist ein sehr bedeutendes Phänomen. Der Städter ist ein eigenständiges Individuum, er hat die moralische Ordnung abgestreift und sich zu einem Subjekt mit Begierden gewandelt. Wie kann dieses Subjekt nun wieder zu einem Teil einer Gemeinschaft werden und ein sinnvolles Leben führen? Der Staat wird hier als erstes den Buddhismus wählen, denn die buddhistische Vorstellung von Karma und Seelenwanderung bietet eine unmittelbare Einschränkung für das Verhalten des Menschen. Dass der Buddhismus in der Ming-Zeit Eingang in die Trauerzeremonie fand, war eine wichtige Reaktion auf die Symptome der Zeit und der Gesellschaft.

Wie diese Individuen, die sich aus der Ordnung der himmlischen Prinzipien (*Tianli*)<sup>3</sup> gelöst haben, in sich selbst erneut eine Ethik der zwischenmenschlichen Beziehungen entdecken können, war eine Frage, mit der sich die Gelehrtenwelt der Ming-Zeit auseinandersetzen musste. Es war ein Problem, das die Entwicklung der geistigen Kultur der Ming-Zeit unbedingt lösen musste. Grundsätzlich können wir die Probleme der Ming-Zeit ausgehend von den drei Aspekten Politik – Gesellschaft – Denken diskutieren. Antworten zu diesen drei Aspekten waren ein wichtiger Inhalt der mingzeitlichen Yang Ming-Schule. Deshalb betrachte ich diese auch als Ursprung des modernen Denkens. Vor allem zu den letzten beiden Fragen hat die Yang Ming-Schule besondere Überlegungen angestellt: Die erste Überlegung betrifft die Frage der Neuorganisation der Gesellschaft des gemeinen Volkes. Die zweite Überlegung betrifft die Frage, wie in den einsamen Individuen erneut die Möglichkeit einer Ethik der zwischenmenschlichen Beziehungen entdeckt werden kann, was die Frage des sogenannten intuitiven Wissens (*Liangzhi*)<sup>4</sup> betrifft.

Die Entdeckung des intuitiven Wissens ist ein überragender Ausdruck der Entwicklung der chinesischen Kultur. Die Entdeckung des intuitiven Wissens bedeutet, dass wir auf keinerlei äußere Wertewurzeln mehr angewiesen sind, dass das Individuum vielmehr aus sich selbst heraus seine Wertstütze findet. Die Entdeckung des intuitiven Wissens bedeutet, bei dem isolierten Individuum nach der Möglichkeit einer Ethik zu suchen. Darüber hinaus hat das in-

<sup>3</sup> Der Begriff »Himmlische Prinzipien« bezeichnet die moralischen Richtlinien der konfuzianischen Ethik der Song-Zeit. (Anm. der Übers.)

<sup>4</sup> Eigentlich: das von Natur aus gute Wissen. (Anm. der Übers.)

tuitive Wissen für die Yang Ming-Schule noch eine weitere Bedeutung. Das ist die Frage, wie wir uns eine auf der Grundlage des intuitiven Wissens geformte Gesellschaft vorstellen. Dies ist eine äußerst wichtige Quelle des modernen Denkens: Wir sollen nicht nur in dem Individuum das intuitive Wissen entdecken, sondern zugleich auch eine Gesellschaftsstruktur entwerfen, die auf dem intuitiven Wissen basiert.

Was sind nun die Merkmale einer auf dem intuitiven Wissen gründenden Gesellschaft? Sie legt großen Wert auf Gleichberechtigung. Wang Yangming hat einen äußerst wichtigen Text mit dem Titel »Die Wurzel herausreißen und die Quelle verstopfen« (*Baben Saiyuan Lun*) verfasst, in dem er über die Merkmale der idealen Gesellschaft spricht. In seinen Augen muss die neue ideale Gesellschaft eine Voraussetzung erfüllen: sie muss die Idee des Weisen (*Shengren*) weiterführen. Wang Yangming betont dabei, dass es bei dem Weisen »nur um die Qualität, nicht um Quantität« geht. Das bedeutet, dass es keiner äußeren Handlungen bedarf, um zu beurteilen, ob jemand ein Weiser ist, sondern der Weise wird ausschließlich anhand seiner Tugendhaftigkeit gemessen. Wenn seine Tugendhaftigkeit ausreichend ist, ist er ein Weiser, es hat nichts damit zu tun, wie viele gute Taten er vollbracht hat. Das ist auch der Grund für die Formulierung »jeder kann ein Yao und Shun werden«.<sup>5</sup> Dies ist genau der Punkt, in dem die Yang Ming-Schule die Schule des Zhu Xi weiterentwickelt hat. Allgemein gesagt, geht es bei Zhu Xi noch immer um die Kultiviertheit des Gelehrten. Der Gelehrte strebt danach, durch moralische Selbstkultivierung ein Vorbild für die Gesellschaft zu sein. Dabei hat dieses gesellschaftliche Vorbild auch eine wichtige politische Funktion: die Umsetzung der Vorstellung eines »mit der Moral das Land regieren«. So erreichte die Schule des Zhu Xi durch die moralische Selbstvervollkommnung des Gelehrten eine Religionisierung der Politik. Wenn Wang Yangming sagt, dass es bei dem Weisen nur um die Qualität und nicht um Quantität geht, zielt er damit nicht nur auf die Tugend des Gelehrten ab, sondern er hat die Gesamtheit des gemeinen Volkes im Blick. Es ist eine Lehre, die alle Menschen ins Auge fasst und betont, dass jeder ein Weiser werden kann. Zhu Xi vertrat das Prinzip, »die Tugend zu respektieren und nach Gelehrsamkeit zu streben«. Wang Yangming machte daraus »die Gelehrsamkeit vom Respektieren der Tugend«. Das heißt »tugendhaftes Verhalten« und »Gelehrsamkeit« bestanden nicht mehr nebeneinander, sondern es entstand eine reine Gelehrsamkeit, d.i. eine Gelehrsamkeit betreffend die Tugend – eine reine Lehre, wie Tugendhaftigkeit erlangt wird. Ich denke, ein wichtiger Beitrag der Yang Ming-Schule war, dass sie einige Aspekte des Kon-

---

<sup>5</sup> Yao und Shun sind zwei mythische Kaiser und konfuzianische Vorbilder. (Anm. der Übers.)

fuzianismus radikalisiert und bereinigt hat und damit zu einer Gelehrsamkeit des Erlangens von Tugendhaftigkeit weiterentwickelt hat.

In der Lehre des Yang Ming gibt es keine eigenständige politische Lehre. Nach seinem Verständnis beruht »geschickte Handhabung« in der Politik auf »eigenem Nachdenken«. Die Politik ist lediglich ein Bereich der Anwendung der intuitiven Erkenntnis in konkreten Dingen. Diese »Lehre vom richtigen Handeln in Übereinstimmung mit den moralischen Prinzipien« hat durchaus eine gesellschaftspolitische Bedeutung, die auch politische und gesellschaftliche Ideen beinhaltet, doch hat sie kein eigenständiges System des »Strebens nach Gelehrsamkeit« (*Dao Wen Xue*) hervorgebracht. Deshalb kam in der späteren Entwicklung der Yang Ming-Schule die Frage der Vermittlung zwischen Zhu Xi und Lu Jiuyuan auf, die in einem gewissen Sinn außerhalb der »Gelehrsamkeit des Respekts der Tugend« der Yang Ming-Schule nach der Möglichkeit einer eigenständigen »Gelehrsamkeit des Strebens nach Gelehrsamkeit« (*Dao Wen Xue de Xuewen*) suchte. In der späten Ming-Zeit haben Gu Tonglin, Wang Chuanshan und Huang Zongxi diesen Gedanken weiterentwickelt. Darüber hinaus erfolgte später auch die »Verschmelzung von Konfuzianismus und Buddhismus« unter den buddhistischen Laien auf der Grundlage der »Gelehrsamkeit des Respekts der Tugend« der Yang Ming-Schule.

Man kann sagen, dass die Yang Ming-Schule die Richtung für die Entwicklung der neuen chinesischen Kultur aufgezeigt hat. Sie hat einerseits eine Gelehrsamkeit hervorgebracht, die in der Lage ist, den Bereich der Politik objektiv zu betrachten, andererseits hat sie mit ihrer Lehre, dass das gemeine Volk Tugendhaftigkeit erlangen kann, die Richtung bestimmt für die Entwicklung des Konfuzianismus zur Religion. Die Yang Ming-Schule hat eine neue Ausrichtung des Systems der konfuzianischen Lehre unter den neuen historischen Bedingungen vorgegeben. Streng genommen hat das System der konfuzianischen Lehre ununterbrochen auf neue, die Dimensionen Chinas betreffende historische Herausforderungen reagiert. Es hat ununterbrochen Anpassungen vorgenommen, damit es den neuen Anforderungen entsprechen kann. Dabei hat es bei jeder Angleichung die grundlegenden Wertprinzipien des Konfuzianismus erneut bestätigt. Denn nur so kann garantiert werden, dass die Antworten auf die die Dimensionen Chinas betreffenden Fragen eine chinesische Bedeutung haben.

Man könnte sagen, dass sich die gesamte historische Entwicklung nach der Ming-Zeit in der von der Yang Ming-Schule eröffneten Richtung entfaltet hat. Ein wichtiger Beitrag der Qing-Zeit war, erneut ein neues konfuzianisches System geschaffen zu haben, das ein kompliziertes und vielgestaltiges politisches System beinhaltete. In dem konfuzianischen System der Qing hat der Tibetische Buddhismus eine wichtige Funktion für die Religionisierung der Politik entfaltet. Zugleich hat es objektiv betrachtet für dieses Regime einer natio-

nenalen Minderheit das politische Fundament seiner Macht vergrößert. Noch wichtiger ist, dass die Qing-Kaiser, um ihre politische Legitimität zu betonen, eine ideologische und politische Bewegung initiiert haben, die versuchte, die konfuzianische Orthodoxie und die politische Tradition zu einer Einheit zu verknüpfen. Das war eine weitere Entwicklung der Verbindung von Politik und Religion. Man könnte sagen, dass die Qing-Dynastie den Strömungen der historischen Entwicklung seit der Ming-Zeit gefolgt ist, dabei angemessene Veränderungen an dem konfuzianischen System vorgenommen hat und damit zu einem gewissen Grad die seit der Ming-Zeit bestehenden gesellschaftlichen und politischen Probleme abgeschwächt hat. Allerdings konnte auch das konfuzianische System der Qing diese historischen Probleme nicht grundlegend lösen. Man darf die Geschichte nicht von einem erhabenen Punkt eines Wertesystems aus kritisieren, sondern muss tief in sie eintauchen, um die Umstände und Gründe für die tatsächlichen Entwicklungen zu verstehen. Auch gibt es für diese sogenannten historischen Probleme keine absolute Lösung, mit der ein für alle Mal alles erledigt ist. Vielmehr müssen wir ständig neue historische Herausforderungen annehmen.

## Anstelle eines Schlussworts

Zuletzt möchte ich hier noch auf die Frage der »Krise der Republik« eingehen. In der späten Qing-Zeit, insbesondere nach 1840, haben sich aufgrund der Aggressionen des Westens die seit der Ming-Zeit bestehenden gesellschaftlichen und sozialen Probleme Chinas vertieft und ausgeweitet. Im Prozess des Umgangs mit den historischen Problemen sind zudem ständig neue Probleme entstanden. Das ist im Grunde ein ganz normales historisches Phänomen. Doch die Denker der späten Qing-Zeit haben angesichts dieser historischen Probleme eine extreme Vorgehensweise gewählt: die republikanische Revolution. Diese hat verschiedene Fragen aufgeworfen. Erstens: Hat die »Republik« die Frage der Stabilität und der Erweiterung des politischen Fundaments gelöst? Zweitens: Hat die »Republik« erneut ein stabiles politisches Zentrum geschaffen? Und die dritte, noch wichtigere Frage ist, ob die »Republik« mit dem Sturz des Kaisertums zugleich auch jenes System kultureller Erscheinungen gestürzt hat, auf das sich das Kaisertum stützte. D.h. hat die »Republik« zugleich auch ein neues System kultureller Symbole geschaffen, das die ganze Gesellschaft durchdringt? Meiner Meinung nach bestand die Krise der »Republik« genau darin, dass sie nicht in der Lage war, diese Probleme zu lösen, bzw. diese Probleme zu einem gewissen Grad noch verschärft hat. Ich lehne keineswegs die Werte hinter der Republik ab, und noch weniger will ich das Kaisertum verteidigen. Ich möchte lediglich aus dem Blickwinkel der historischen Vernunft und



dem Blickwinkel der Lösung des Problems der Dimensionen Chinas einige Fragen zur Diskussion stellen. In meinen Augen hätte es für die Geschichte vielleicht auch noch eine andere Möglichkeit gegeben: Angesichts der verschiedenen irrationalen Aspekte des Kaisertums hätten wir es mit dem Ziel stürzen können, die historischen Probleme, die das alte System nicht zu lösen in der Lage war, zu lösen. Wir hätten das alte System reformieren können. Doch die extreme Haltung, die auch die Prinzipien hinter dem System mit verneint hat, hatte zur Folge, dass für die Lösung der Probleme Chinas die Lösungen, die eigentlich immer vorhanden waren, nicht zur Verfügung standen, was zu der wirklichen Krise Chinas geführt hat. Meiner Ansicht nach müssen die Lösungen für die Probleme Chinas von Neuem die chinesischen Prinzipien weiterentwickeln. Nur dann können wirklich neue historische Entwürfe geschaffen werden, die notwendig sind, um die Probleme von Chinas Dimensionen zu lösen. Was das heutige China angeht, so ist die kulturelle Aufgabe, ein neues, den neuen historischen Bedingungen entsprechendes, kulturelles System zu errichten, die wichtigste politische Frage, die in allen politischen Fragen enthalten ist. Denn diese Frage betrifft das Wesen des zukünftigen China.

*Beijing Cultural Review: Februar 2014*

*Der Artikel basiert auf Mitschriften bei einem Vortrag in der »Ruxing she« (Arbeitsgruppe Verhalten und Verhaltensregeln des Konfuzianismus) an der Peking University, wofür ich an dieser Stelle Chen Jianmei meinen Dank aussprechen möchte.*

*Übersetzung: Dr. Beate Geist*

# Glossar

- 3. Plenarsitzung des 12. Zentralkomitees der KPCh (十一届三中全会)** – Diese Plenarsitzung am 20. Oktober 1984 erlangte besondere historische Bedeutung, da auf ihr das Zentralkomitee der KPCh die Wirtschaftsreformen und neue wirtschaftspolitische Richtlinien beschloss, die von Deng Xiaoping bereits verfolgt wurden. Sie markiert eine historische Zäsur und formal den Beginn der Reform- und Öffnungspolitik.
- 996-System** – Das dem Arbeitsrecht widersprechende, doch vor allem in der IT-Branche oft praktizierte Überstundensystem 996, beschreibt eine Arbeitszeit, wonach von 9:00 Uhr morgens bis 9:00 Uhr abends an sechs Tagen pro Woche gearbeitet wird. Seit 2014 eskaliert die 996-Praxis zum öffentlichen Streitthema. Der Internet-Milliardär Jack Ma, der Gründer von Chinas größtem IT-Konzern Alibaba, heizte die Debatte erst richtig an, als er 2019 in einer Rede behauptete, dass es ein Glück sei, für Alibaba zwölf Stunden pro Tag arbeiten zu dürfen. Über GitHub wurde ein »Anti-996«-Protest gestartet. Ma wurde nicht nur im Internet, sondern auch von offiziellen Stellen und Medien für seine Äußerung scharf kritisiert.
- Angang-Verfassung (鞍钢宪法)** – Angang »Verfassung« ist eine Anweisung und bezieht sich auf einen Erfahrungsbericht der Unternehmensführung der »Anshan Iron and Steel Group« und entsprechender Empfehlungen. Mao Zedong verwies 1960 auf diesen Bericht und forderte, dass aus den (gescheiterten) sowjetischen Erfahrungen gelernt werden müsse, und dass Arbeiter:innen und Techniker:innen am Management beteiligt werden sollten.
- Beiyang-Periode (北洋时期)** – Die Beiyang-Periode beschreibt eine Phase von 1912 bis 1928, in der eine Reihe von wechselnden zivilen und militärischen Regierungen der Republik China versuchten, das Land von Beijing aus zu regieren, während in Guangzhou seit 1917 eine Guomindang-Regierung unter Sun Yat-sen regierte, die die Legitimität der Nordregierung nicht anerkannte.
- Bewegung der Verwestlichung (洋务运动)** – Bewegung der Verwestlichung oder Selbststärkungsbewegung war ein Versuch der kaiserlichen Qing-Regierung zwischen dem Zweiten Opiumkrieg und dem Chinesisch-Japanischen Krieg durch das Erlernen und Übernehmen westlicher Wissenschaft und Technik, die Vorherrschaft ausländischer Mächte zurückzudrängen. Die Bewegung konnte nicht verhindern, dass die Kolonialmächte ihre Interessensphären weiter ausdehnten, setzte jedoch eine kulturelle Öffnung zur Welt in Gang, deren Auswirkungen tiefgreifend und anhaltend waren.
- Chen Yun (陈云)** – Chen Yun (1905–1995) war in den 1980er und 1990er Jahren einer der einflussreichsten Führer der Volksrepublik China und neben Deng Xiaoping einer der wichtigsten Architekten und politischen Entscheidungsträger der Reform- und Öffnungspolitik.

**Fall von Wukan** (乌坎事件) – Der Fall von Wukan (die Wukan-Proteste oder auch die Belagerung von Wukan) war ein Anti-Korruptions-Protest, der im September 2011 begann und im Dezember 2011 mit der Vertreibung von Beamten und Parteifunktionären durch Dorfbewohner:innen eskalierte. Das Dorf Wukan im Osten der Provinz Guangdong wurde daraufhin mehrere Tage lang von der Polizei umstellt. Die Situation entspannte sich nach Verhandlungen mit der Gemeinde- und Provinzregierung. Im September 2016 kam es erneut zu Zusammenstößen, als der frühere Dorfvorsteher Lin Zulian zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

**Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand** (小康社会) – Der Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand (Xiaokang) bezeichnet das erste Jahrhundertziel, das – nachdem die absolute Armut überwunden, durchschnittliche Einkommen gesteigert und eine soziale wie wirtschaftlich-technologische Infrastruktur bereitgestellt wurde – als offiziell erreicht betrachtet wird. Als Ziel wurde »Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand« zwar schon 1979 von Deng Xiaoping proklamiert, aber erst durch Hu Jintao popularisiert, dessen Wirtschaftspolitik auf eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands abzielte. Der Begriff selbst geht jedoch auf die konfuzianische politische Philosophie zurück.

**Große Harmonie** (大同) – Die Große Harmonie ist eine traditionelle chinesische Vision der Welt, in der alle und alles in Frieden miteinander sind. Es findet sich in der antiken chinesischen Philosophie, auf die sich auch moderne Denker:innen immer wieder beziehen.

**Große Sprung nach vorn** (大跃进) – Der »Große Sprung nach vorn« war der Name für eine von Mao Zedong initiierte, von 1958 bis 1961 laufende Landwirtschafts- und Industrialisierungskampagne, durch die der Rückstand zu den westlichen Industrieländern aufgeholt und die Übergangsperiode zum Kommunismus deutlich verkürzt werden sollte. Aufgrund von massiven Fehleinschätzungen, Fehlinvestitionen und Fehlkommunikation, Zwangskollektivierung, übertriebener intensiver Landwirtschaft und fehlenden Arbeitskräften in der Landwirtschaft scheitert die Kampagne katastrophal und mündet in einer landesweiten Hungersnot mit je nach Schätzung bis zu 40 Mio. Toten. Der Große Sprung wurde 1961 nach dem offensichtlichen Scheitern abgebrochen und Mao in der Tagespolitik zunehmend marginalisiert. Die Volkskommunen, die zusammen mit dem Großen Sprung nach vorn ins Leben gerufen wurden, bestanden jedoch bis 1983 auf dem chinesischen Festland weiter.

**Guomindang** (国民党) – Die Guomindang (Pinyin-Transkription) oder Kuomintang (Wade-Giles-Transkription) ist die Chinesische Nationalistische Partei. Sie war bis Ende der 1930er Jahre Chinas größte revolutionäre und republikanische Partei, deren Ziel die Vereinigung Chinas unter einer republika-

nischen Regierung war. Es ist schwierig, die ideologische Haltung der Nationalistischen Partei Chinas in ihrer Geschichte zu bestimmen, da sie sich im Laufe der Zeit mit dem Wechsel der Parteiführung radikal geändert hat. Die Nationalistische Partei wurde 1912 von Sun Yat-sen aus der von ihm geleiteten revolutionären Gruppe gegründet. Unter Chiang Kai-sheks Führung wandelte sich die Guomindang zunehmend in eine faschistisch-nationalistische Partei. 1927 konnte die Guomindang ihre Herrschaft über weite Teile des chinesischen Festlands etablieren, musste aber nach dem verlorenen Bürgerkrieg 1949 gegen die Kommunistische Partei nach Taiwan fliehen, wo sie die Republik China formell fortführte, beanspruchte China als Ganzes zu repräsentieren und regierte bis 1990 weitgehend diktatorisch. Heute ist die Guomindang Teil des parlamentarischen Mehrparteiensystems Taiwans. Sie gilt als die Partei, die der Annäherung zur Volksrepublik China offen gegenübersteht und sich weiterhin für die Ein-China-Politik einsetzt.

**halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft** (半殖民地半封建社会) – Die Bezeichnung »halbfeudale Gesellschaft« wurde zuerst von Marx und Engels verwendet. Lenin benutzte die Begriffe »halbfeudal« und »halbkolonial« in seinem Artikel »Vereinigung, Schulden und die Kuomintang von 1922«, um die Natur der modernen chinesischen Gesellschaft zu beschreiben. 1939 erschien Mao Zedongs Buch »Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas«, in dem er das Erkennen der Hauptwidersprüche des halbkolonialen und halbfeudalen Chinas als Grundlage für das Erkennen aller revolutionären Fragen erklärt.

**harmonische Zusammenarbeit zwischen den Fünf Rassen** (五族共和) – Die harmonische Zusammenarbeit zwischen den Fünf Rassen oder Die Fünf Rassen in einer Union war eines der Hauptprinzipien, nach denen die Republik China infolge der Xinhai-Revolution von 1911 gegründet wurde. Dieses Grundprinzip besagt die harmonische Existenz der fünf wichtigsten ethnischen Gruppen in China in einer Nation: den Han, den Mandchus, den Mongolen, den Uiguren und den Tibetern.

**Haushalts-Verantwortungssystem** (家庭联产承包责任制) – Das Haushaltsverantwortungssystem oder Vertragsverantwortungssystem war eine Politik, die ab 1979 in der Landwirtschaft eingeführt wurde und die das Ende der Volkskommunen einleitete. Das Kollektiv wurde unter Gruppen aufgeteilt, die jeweils etwa fünf bis sechs Familien umfassten. Diese mussten eine bestimmte Quote ihrer Produktion zu einem festgesetzten Preis abliefern, konnten ansonsten aber ihre Arbeit selbst organisieren. Die Überschüsse durften verkauft werden. Ab 1980 wurden diese Verträge mit den einzelnen Familien abgeschlossen. Darin wurde ihnen Land zur Nutzung überlassen und damit auch das Risiko für Gewinn und Verlust übertragen. Mit Ausnahme eines kleinen Teils des Betriebseinkommens, das dem Vertrag

entsprechend als kollektive und staatliche Steuern gezahlt werden muss, werden alle Einkünfte den Landwirten zugerechnet.

**Kaiser Hongwu (朱元璋)** – Kaiser Hongwu (1328–1398) begründete die Ming-Dynastie und regierte von 1368 bis 1398.

**kaiserliches Beamtenprüfungssystem (科举)** – Während der Sui-Dynastie im 7. Jahrhundert wurde das System der kaiserlichen Beamtenprüfung in China errichtet. Dadurch sollten qualifizierte Fachkräfte mit kaiserlichen Ämtern bekleidet werden. In der darauffolgenden Tang-Dynastie wurde dieses System weiter vervollständigt. So konnten auch normale Gelehrte durch die kaiserliche Beamtenprüfung politische Karriere machen. Die Prüfungen stellten den wichtigsten Weg zum sozialen Aufstieg und damit für die Angehörigen der gebildeten Stände ein zentrales Lebensziel dar.

**Kompradorenclasse (买办阶级)** – Der Begriff Komprador ist in China im Kontakt mit portugiesischen Händlern geprägt worden. Die ursprüngliche Verwendung des Wortes in Ostasien bedeutete, dass ein einheimischer Diener in europäischen Haushalten in Guangzhou in Südchina oder in der benachbarten portugiesischen Kolonie in Macao auf den Markt ging, um Waren des Arbeitgebers zu tauschen. Er bezeichnete bald das Oberhaupt des chinesischen Personals einer ausländischen Firma, der chinesische Arbeitskräfte rekrutierte und bezahlte. Im weiteren Sinne meint Kompradorenclasse ein Ensemble einheimischer Träger kolonialistischer Fremdherrschaft und Ausbeutung, die die Herrschaft des ausländischen Kapitals in den Kolonien garantierten.

**Landreform** – Verschiedene Landreform-Kampagnen fanden bereits in der späten Phase des Chinesischen Bürgerkriegs und in der Frühphase der Volksrepublik China statt. Eine umfassende Bodenreform fand 1950 im Anschluss an das »Landreformgesetz« statt. Das Land von Grundbesitzern wurde beschlagnahmt und an Bauern umverteilt. Rund 300 Millionen Bäuerinnen und Bauern, die wenig oder gar kein Land hatten, wurden rund 47 Millionen Hektar Land sowie landwirtschaftliche Geräte, Vieh und Gebäude zugewiesen. Sie wurden von Pachtzahlungen in Höhe von 35 Milliarden Kilogramm Getreide pro Jahr befreit. Die Landreform verlief jedoch nicht friedlich. Die Grundbesitzer waren Schauprozessen ausgesetzt, die für sie in der Regel tödlich endeten. Historiker:innen schätzten, dass bis zu fünf Millionen Menschen infolge der Landreform (bis 1953) zu Tode kamen, von denen die meisten Verpächter und ihre Familien waren. Darüber hinaus wurde ab 1953 während der »sozialistischen Transformationsbewegung« (社会主义改造), insbesondere im Rahmen der Politik der »landwirtschaftlichen Kollektivierung« (农业集体化), das Land den Bauern wieder weggenommen.

**Massenlinie (群众路线)** – Die Massenlinie ist ein politisches Konzept der KPCh – vor allem unter der Führung Mao Zedongs propagiert –, das ihr in den

1940ern eine große Anhängerschaft sicherte. Das Konzept der Massenlinie sieht vor, dass Forderungen und Erwartungen der Gesellschaft vorausschauend von der Partei aufgegriffen und hieraus Theorien und politische Richtlinien abgeleitet werden, die wiederum in die »Massen« zurückgespielt werden sollen.

»**Mauer der Demokratie**« (西单民主墙) – Die »Mauer der Demokratie« im Pekinger Stadtteil Xidan, war eine graue niedrige Mauer an der Südseite des heutigen Xidan-Kulturplatzes. Nach der Verhaftung der »Viererbände« 1976 und der unklaren Machtverhältnisse zwischen 1976 und 1979 fungierte die Mauer als eine Art Pinnwand, an die die Bevölkerung ihre Forderungen, Wünsche und Meinungen heften konnte. Die Mauer verschwand Ende 1979.

**Peng Pai** (彭湃) – Peng Pai (1896–1929) war Pionier der chinesischen Agrarbewegung und ein Aktivist für Bauernrechte, ein prominenter Revolutionär und einer der Führer der KPCh in ihrer Frühphase. Peng Pai war einer der wenigen chinesischen Intellektuellen, die sich bereits in den 1920er Jahren bewusst waren, dass die Bauern- und Landfrage das kritischste Problem der chinesischen Gesellschaft war. Er war überzeugt, dass eine erfolgreiche Revolution in China nur von der Bauernschaft ausgehen könne. Mao Zedong bezeichnete ihn als »König der Bauernbewegung«.

**Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes** (政协会议) – Die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes soll anderen Parteien als der KPCh, Massenorganisationen und Vertreter:innen nationaler Minderheiten Mitwirkungsmöglichkeiten an der Meinungsbildung des Nationalen Volkskongresses bieten. Als beratendes Gremium im Staatsapparat der Volksrepublik China besteht es sowohl aus Mitgliedern der KPCh wie aus Nichtparteimitgliedern oder Mitgliedern anderer Parteien, den sogenannten »Acht Demokratischen Parteien und Gruppen«, wie etwa das Revolutionäre Komitee der Kuomintang, die Chinesische Demokratische Liga oder die Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau. Politische Konsultativkonferenzen finden sich jeweils auch auf regionalen Ebenen.

**Reise in den Süden im Jahr 1992** (邓小平南巡) – Deng Xiaopings berühmte Reise war eine politische Inspektionstour nach Südchina vom 18. Januar bis zum 21. Februar 1992. Nach ersten Wirtschaftsreformen in den 1980er Jahren sah es nach der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 zeitweise so aus, als ob die Kritiker:innen der wirtschaftlichen Öffnung Oberhand gewinnen und die Reformen zurückgenommen werden könnten. Dann unternahm Deng 1992 eine symbolkräftige Reise in den Süden Chinas, auf der er in Reden und Gesprächen die Fortsetzung forderte. Die Südtour von 1992 wird deshalb allgemein als kritischer Wendepunkt in der modernen Geschichte Chinas angesehen.

**Sanwan-Reorganisation** (三湾改编) – Sanwan-Reorganisation bezeichnet eine Reorganisation der verbleibenden Truppen der Roten Armee und vor allem eine strategische Neuausrichtung nach dem Scheitern des Herbsternernte-Aufstands (秋收起义). Als Reaktion auf die Niederschlagung der gewerkschaftlichen und kommunistischen Bewegung 1927 in Shanghai durch die GMD und dem folgenden »Weißen Terror«, versuchte die KPCh in dem sogenannten Herbsternernte-Aufstand mit einer Roten Bauernarmee vergeblich Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Danach wurde die Armee in eine Guerilla-Armee umstrukturiert, die ländliche Regionen unter Kontrolle zu bekommen versucht. Zudem wurde die Armee der Parteiführung, insbesondere Mao Zedong unterstellt (»Party Commands Gun«).

**Schicksalsgemeinschaft der Menschen** (人类命运共同体) – »Schicksalsgemeinschaft der Menschen« ist ein Begriff, Slogan, Leitmotiv oder Formel, die von der chinesischen Führung verwendet wird, um ein außenpolitisches Ziel der Volksrepublik China zu beschreiben. Der Slogan ist zuerst vom ehemaligen KPCh-Generalsekretär Hu Jintao verwendet worden, ist aber von Xi Jinping als zentraler Begriff seiner eigenen Politik massiv aufgewertet worden und wird in seinen Reden und Schriften immer wieder benutzt.

**Song Jiaoren** (宋教仁) – Song Jiaoren (1882–1913) war ein chinesischer Revolutionär und Politiker. Er war Mitbegründer der Tongmenghui und Guomindang, deren erster Vorsitzender er war. Er starb 1913 an den Folgen eines Attentats.

**Tang-Wu-Revolution** (汤武革命) – Tang-Wu-Revolution bezieht sich auf den gewaltsamen Sturz der Xia-Dynastie (ca. 2070–1600 v. Chr.), durch die Führer der darauffolgenden Shang-Dynastie Shang Tang und Zhou Wu. Die Xia-Dynastie galt als die erste Dynastie Chinas und der Aufstand entsprechend als erster gewaltsamer Machtwechsel in der chinesischen Geschichte. Die Xia-Dynastie wurde lange als halbmythische Herrschaftsperiode angesehen, die von der Zhou-Dynastie erfunden wurde, um ihren Sturz der Shang-Dynastie zu rechtfertigen (»Mandat des Himmels«), die angeblich zuvor die Xia-Dynastie stürzte. Doch chinesische Archäolog:innen haben kürzlich Beweise für die Existenz der Xia-Dynastie gefunden.

**Tongmenghui** (同盟会) – Tongmenghui (sinngemäß: Bund der revolutionären Allianz) war eine von Sun Yat-sen 1905 in Tokio gegründete Gesellschaft und Widerstandsbewegung, deren politisches Ziel darin bestand, das Mandschu-Reich der Qing-Dynastie zu stürzen. Sie war ein Zusammenschluss aus mehreren kleinen revolutionären Gruppierungen, die davor autonom agierten, und verstand sich zu Anfang noch als Geheimgesellschaft. Die Tongmenghui-Vereinigung wird gelegentlich auch mit »Schwurbund« übersetzt.

- Viererbande (四人帮)** – Die sogenannte Viererbande – Jiang Qing, Zhang Chunqiao, Yao Wenyan und Wang Hongwen – war eine Gruppe einflussreicher Führungskräfte innerhalb der KPCh, die im Umfeld Mao Zedongs die Kulturrevolution vorantrieb, sich durch ihr radikales Auftreten »bewährt« hatte und nach Maos Tod die Macht zu übernehmen bestrebt war. Sie wurden 1976 verhaftet und 1981 zu Todesstrafen (die aber in Haftstrafen umgewandelt wurden) und langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Exzesse der Kulturrevolution, die von der Viererbande initiiert und gefordert wurden, sind allerdings schwer vom diesbezüglichen Einfluss Maos zu trennen. Die Schuld an den grausamsten Taten der Kulturrevolution allein der Viererbande zu geben, dient vor allem dazu, Maos Verantwortung zu relativieren.
- Volkskommunen (人民公社)** – Die Volkskommunen waren von 1958 bis 1983 die höchste der drei Verwaltungsebenen in den ländlichen Gebieten der Volksrepublik China, bis sie mit der Reform- und Öffnungspolitik durch Gemeinden und Stadtbezirke ersetzt wurden. In den späten 1950er Jahren gab es in ganz China 24.000 Volkskommunen, die jeweils etwa 5.000 bäuerliche Haushalte umfassten, und mit den traditionellen Dörfern nichts mehr zu tun hatten, sondern eine Vielzahl von Dörfern zusammenschlossen. Nach dem Scheitern des »Großen Sprung nach vorn« wurden Formen der Kollektivierung zurückgenommen und die Bauern wurden in Produktionsgruppen von etwa 20 bis 30 Familien zusammengefasst, die ihre Arbeit organisierten und die Erträge verteilten. Die Volkskommunen hatten während der Kulturrevolution staatliche, politische und wirtschaftliche Funktionen.
- Wang Yangming (王阳明)** – Wang Shouren (王守仁) (1472–1529) nannte sich selbst Wang Yangming, war ein neokonfuzianistischer Philosoph, Politiker und Schriftsteller während der Ming-Dynastie. Seine Interpretationen des Konfuzianismus und des rationalistischen Dualismus werden oft als »Yang Ming-Schule« zusammengefasst.
- Wuxu-Reform (戊戌变法)** – Die Wuxu-Reform war das gescheiterte Vorhaben des chinesischen Kaisers Guangxu im Jahr 1898, das Kaiserreich China zu reformieren. Nach der Niederlage im ersten Sino-japanischen Krieg 1894/1895 wurde deutlich, dass der Überlegenheit der Fremdmächte auf wirtschaftlichem, technologischem und militärischem Gebiet nur durch eine grundsätzliche Revision der tradierten, konfuzianisch geprägten Strukturen des Landes begegnet werden konnte.
- Xinhai-Revolution (辛亥革命)** – Die Xinhai-Revolution beendete Chinas letzte kaiserliche Dynastie, die von Mandschu geführte Qing-Dynastie, und führte am 1. Januar 1912 zur Gründung der Republik China. Die Revolution begann im Herbst 1911 und endete mit dem Thronverzicht des sechsjährigen Kaisers Puyi am 12. Februar 1912. Die Beendigung der Regentschaft des letzten Mandschu-Kaisers Puyi aus der Qing-Dynastie bedeutete das Ende des



über 2100 Jahre alten chinesischen Kaiserreichs, das seit 221 v. Chr. über viele Dynastien hinweg Bestand hatte.

**Yan Fu** (严复) – Yan Fu (1853–1921) war im 19. Jahrhundert ein berühmter chinesischer Übersetzer und Gelehrter. Insbesondere wegen seiner Übersetzungen westlicher Werke und damit einhergehender Einführung westlicher Ideen und Konzepte in den chinesischen Kulturkreis erlangte er hohe Anerkennung.

**Zhou-Dynastie** (周朝) – Die Zhou-Dynastie wird in eine westliche Dynastie mit der Hauptstadt Zongzhou/Hao (ca. 1122/1045–770 v. Chr.) und in eine östliche Dynastie mit der Hauptstadt Chengzhou (770–256 v. Chr.) unterteilt. Die Verlegung der Hauptstadt folgte dem Einfall von der Nomaden, die 771 v. Chr. den König You töteten und die alte Hauptstadt plünderten.

**Zhu Xi** (朱熹) – Zhu Xi (1130–1200) war wohl der bedeutendste Neokonfuzianer Chinas. Er lehrte während der Song-Dynastie an der berühmten Akademie der Weißen Hirsch-Grotte und war Lehrer und Berater des Song-Kaisers.

# Die Autor:innen

*Wang Hui* ist einer der wichtigsten linken Intellektuellen in China. Er ist Professor am Institut für Chinesische Literatur und am Institut für Geschichte der Tsinghua Universität. Er ist außerdem Direktor des Tsinghua Institute for Advanced Study in Humanities and Social Sciences. Von Mai 1996 bis Juli 2007 war er Chefredakteur (zusammen mit Huang Ping) von »Lesen« (Dushu), das bis heute eine der einflussreichsten Zeitschriften chinesischer Intellektueller ist. Er ist Autor von u.a. »The End of the Revolution«, »The Rise of Modern Chinese Thought« und »The Politics of Imagining Asia«.

*Cao Jinqing* ist ein Soziologe und Experte zu Fragen des ländlichen Chinas. Er war Professor an der Fakultät für Soziologie der Ostchinesischen Universität für Wissenschaft und Technologie und Ehrendirektor des Zentrums für China-Studien zur ländlichen Entwicklung. Zu seinen einflussreichen Büchern gehören »China Along the Yellow River: Reflections on Rural Society« (2004) und »How to study China« (2018).

*Huang Jisu* ist Schriftsteller und ein Vertreter des neuen linken Denkens in China. Seine Schriften reflektieren die sich wandelnden Beziehungen zwischen China und der Welt sowie zeitgenössische Fragen der chinesischen Literatur. Er ist derzeit Forscher an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und stellvertretender Chefredakteur des International Social Science Journal (chinesische Ausgabe). Er ist auch Dramatiker und Autor des Theaterstücks »Liebesameisen« (Aiqing Mayi) und der chinesischen Adaption »Unfalltod eines Anarchisten«. Sein episches Theaterstück »Che Guevara« wurde im Jahr 2000 als eines der wichtigsten Kulturereignisse bewertet.

*Fang Ning* ist chinesischer Politikwissenschaftler. Er war Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Zu seinen bekanntesten Büchern gehören »Moderne westliche politische Theorie« (Xiandai Xifang Zhengzhi Lilun) und »Chinas Erfahrung der Demokratie« (Minzhu de Zhongguo Jingyan).

*Zhang Qian* ist wissenschaftliche Referentin am Institut für Politikwissenschaft der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Sie ist bekannt für ihre umfassenden Feldforschungen zur ländlichen (Selbst-)Verwaltung in mehreren chinesischen Provinzen. Ihre Arbeiten umfassen vergleichende Wahlsystemforschung, Selbstverwaltung und Grassroots-Governance. Ihr einflussreichstes Buch ist »Between Heaven and Earth: Social Basis and the Internal Mechanism of Rural Unified & Decentralized Governance System« (Tian Di Zhijian: Nongcun Tong yu Fen Jingying Tizhi Xingcheng de Shehui Jichu yu Neizai Jili).

*Han Shaogong* ist ein Schriftsteller und Romanautor. Mitte der 1980er Jahre war er berühmt geworden als Leiter der Avantgarde-Schule Xungen-Bewegung (»Wurzelsuche«). Seitdem beschäftigt er sich immer wieder mit der Transformation der chinesischen Gesellschaft. 1995 war er Mitbegründer der berühmten Kulturzeitschrift »Grenzen« (Tianya). Seine Werke wurden in mehr als zehn Sprachen übersetzt und weltweit veröffentlicht. Derzeit ist er Mitglied des Präsidiums des Chinesischen Schriftstellerverbandes und Professor der Pädagogischen Hochschule Hunan.

*Jiang Shigong* ist ein Rechts- und Politikwissenschaftler. Er ist Professor an der Juristischen Fakultät der Peking Universität, stellvertretender Leiter des Instituts für Sozialwissenschaften der Peking Universität und Beauftragter des Komitees von Rechtsexperten in der Stadt Peking. Er ist Autor von »Legal System and Governance: The Law of National Transformation« (Fazhi yu Zhili: Guojia Zhuanxing de Falu) und »China's Hong Kong: A Political and Cultural Perspective«.

*Li Tuo* ist ein einflussreicher Theoretiker zeitgenössischer chinesischer Literaturkritik. Er war stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift Beijing Wenxue (Beijing Literature) und Mitglied der Beijing Writers Association. Seine Sammlung von Kurzgeschichten »Mögen Sie dieses Lied hören« (Yuan Ni Tingdao Zhezhi Ge) gewann den Staatspreis für herausragende Kurzgeschichten, und seine Drehbücher »Li Siguang« und »Sand Gull« gewannen 1979 und 1981 den Filmpreis des Kulturministeriums.

*Zhang Zhiqiang* ist Direktor des Instituts für Philosophie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Derzeit ist er Ratsmitglied der Internationalen Konfuzianischen Vereinigung und der Chinesischen Konfuzianischen Akademie. Seine Forschungsgebiete umfassen den chinesischen Buddhismus und die Geschichte des modernen chinesischen akademischen Denkens. Er ist der Autor von »Zhu Xi and Lu Jiuyuan; Confucianism and Buddhism in Modern Thought, Buddhism and the Modern Transformation of Chinese Thought Since the Late Ming Dynasty« (Zhulu-Kongfo-Xiandai Sixiang: Foxue yu Wanming yilai Zhongguo Sixiang de Xiandai Zhuanhuan).

## Notizen

## Notizen

## Notizen

## Notizen

# VSA: Über Sozialismus reden



Frank Deppe  
**SOZIALISMUS**

Geburt und Aufschwung – Widersprüche  
und Niedergang – Perspektiven

368 Seiten | € 29,80

ISBN 978-3-96488-116-8

Frank Deppe untersucht die mögliche Wiederbelebung des Sozialismus in drei Abschnitten: Zunächst im Rückblick auf die Geschichte des modernen Sozialismusbegriffs seit der Erklärung der Menschenrechte im 19. Jahrhundert, anschließend mit Blick auf das Verhältnis Klasse – Partei – Staat, insbesondere im realen Sozialismus des 20. Jahrhunderts, und schließlich als Perspektive in einer »Welt des Aufbruchs«.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: info@vsa-verlag.de



Michael Brie  
**SOZIALISMUS neu entdecken**

Ein hellblaues Bändchen  
von der Utopie zur Wissenschaft  
und zur Großen Transformation

160 Seiten | € 12,00

ISBN 978-3-96488-055-0

Was kann der Sozialismus in das Projekt einer sozialökologischen Transformation einbringen? Michael Brie skizziert die zentralen Widersprüche, die den Sozialismus seit Herausbildung im 19. Jahrhundert geprägt haben: zwischen Sozialisten und Kommunisten der 1820er bis 1840er Jahre, zwischen Anhängern Proudhons und Bakunins einerseits, Marxisten andererseits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie zwischen Sozialdemokratie und Bolschewiki im »kurzen« 20. Jahrhundert.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



# VSA: Linker China-Diskurs



Meng Jie/Jan Turowski (Hrsg.)  
**Immer noch tastend  
den Fluss überqueren**  
Chinas marktsozialistisches  
Modell verstehen | Linker ChinaDiskurs 2  
Eine Publikation des Beijing-Büros der RLS  
224 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-118-2  
Das spektakuläre Wachstum hat China zu  
einer urbanen, mittelständischen Gesell-  
schaft gemacht und Hunderte Millionen  
Landbewohner:innen aus der Armut  
befreit. Chinesische Politökonom:innen und  
Sozialwissenschaftler:innen diskutieren  
zentrale Aspekte des marktsozialistischen  
Entwicklungsmodells.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



Wolfgang Müller  
**Die Rätsel Chinas –  
Wiederaufstieg einer Weltmacht**  
Digitale Diktatur, Staatskapitalismus oder  
sozialistische Marktwirtschaft?  
160 Seiten | € 14.80  
ISBN 978-3-96488-053-6  
Chinas rasanter Aufstieg zur zweitgrößten  
Wirtschaftsmacht der Welt stellt den ka-  
pitalistischen Westen, in dem einige nach  
dem Fall der Mauer 1989 schon vom »Ende  
der Geschichte« halluzinierten, wieder vor  
die Systemfrage. Die wirtschaftlich erfolg-  
reiche, aber durchaus widersprüchliche  
Entwicklung des Landes wirft viele Fragen  
auf, denen in diesem Buch nachgegangen  
wird. Es beruht auf Analysen und langjähri-  
gen beruflichen Erfahrungen des Autors in  
China selbst.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

VSA: